

Landtag Rheinland-Pfalz
13. Wahlperiode

Plenarprotokoll 13/114

114. Sitzung

Donnerstag, den 17. August 2000

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

8558

- Drucksache 13/6090 -

Die Mündlichen Anfragen Nummern 1, 5 und 12 werden zusammen aufgerufen.

Die Mündlichen Anfragen Nummern 3 und 10 werden zusammen aufgerufen.

Auf Antrag der Fraktion der CDU findet zu der Mündlichen Anfrage Nummer 5 eine Aussprache gemäß § 96 der Geschäftsordnung des Landtags statt. Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird in die Aussprache die Mündliche Anfrage Nummer 1 einbezogen.

8570

AKTUELLE STUNDE

„Aktuelle Weinmarktsituation“
auf Antrag der Fraktion der CDU
 - Drucksache 13/6043 -

8586

„Haltung der Landesregierung zur Aussetzung von (zwangsweisen) Rückführungen von Bürgerkriegsflüchtlings in Anbetracht der Situation in den Zielländern“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - Drucksache 13/6046 -

8600

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Regierungserklärung

8606

**„Auswirkungen der Steuerreform auf die Bürgerinnen und Bürger
und die Wirtschaft von Rheinland-Pfalz“**

Die Regierungserklärung wird von Staatsminister Mittler abgegeben.

Aussprache.

**Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 109 der Geschäftsordnung des
Landtags**

8638

Jahresbericht 1999

8638

**Besprechung des Berichts des Bürgerbeauftragten (Drucksache 13/5611)
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der F.D.P.
und der Fraktion der SPD
- Drucksachen 13/5618/5623/5626 -**

*Der Bericht des Petitionsausschusses wird von dem Vorsitzenden des
Petitionsausschusses, Abgeordneten Klaus Hammer, abgegeben.*

Aussprache zu beiden Tagesordnungspunkten.

Die Tagesordnungspunkte sind jeweils mit der Besprechung erledigt.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlte:

Die Abgeordnete Friederike Ebli.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	8558, 8559, 8560, 8561, 8562, 8564, 8567, 8568, 8569 8570, 8571, 8572, 8573, 8574, 8576, 8578, 8579, 8580 8581, 8582, 8583, 8584, 8585, 8586, 8587, 8588, 8589 8590, 8594, 8595, 8596, 8597, 8599, 8600
Vizepräsident Schuler	8624, 8625, 8626, 8627, 8632, 8634, 8635, 8637, 8638 8641, 8642, 8644, 8645, 8646
Vizepräsident Heinz	8600, 8601, 8602, 8603, 8604, 8605, 8606, 8611, 8613 8615, 8618, 8621
Altherr, Dr. (CDU)	8568, 8569
Anheuser (CDU)	8586
Bauckhage (F.D.P.)	8618
Baumann (SPD)	8595, 8599
Berg (CDU)	8558
Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8564, 8567, 8568
Böhr (CDU)	8621
Braun, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8558, 8562, 8585, 8642
Brede-Hoffmann (SPD)	8572, 8573, 8583
Creutzmann (F.D.P.)	8585, 8586
Dröschner (SPD)	8644
Franzmann (SPD)	8587
Frey, Dr. (F.D.P.)	8589, 8597, 8603, 8645
Gölter, Dr. (CDU)	8632
Grütmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8600, 8605
Hammer, K. (SPD)	8564, 8567, 8569, 8638
Hörter (CDU)	8602
Itzek (SPD)	8613
Jullien (CDU)	8611
Keller (CDU)	8560, 8571, 8582
Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8562, 8564, 8588, 8596, 8599
Kuhn (F.D.P.)	8573, 8580, 8584, 8626
Lelle (CDU)	8558, 8561, 8578
Mertes, J. (SPD)	8624, 8635
Mertes, Dr. (SPD)	8561
Müller (CDU)	8641
Redmer (SPD)	8601
Rosenbauer, Dr. (CDU)	8568, 8569
Schmidt, Dr. (SPD)	8579
Schmitt, D. (CDU)	8594, 8599
Schweitzer (SPD)	8561
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8561, 8570, 8576, 8581, 8615, 8625
Beck, Ministerpräsident	8627
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	8590, 8598
Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit	8565
Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten	8562
Mittler, Minister der Finanzen	8606, 8637
Zöllner, Prof. Dr., Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung	8559, 8574
Zuber, Minister des Innern und für Sport	8604

**114. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 17. August 2000**

Die Sitzung wird um 9.31 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 114. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu Schriftführern berufe ich die Abgeordneten Heinz Leonhard und Ulla Brede-Hoffmann, die auch die Rednerliste führt.

Entschuldigt ist für heute die Kollegin Friederike Ebli.

Wir beginnen mit Punkt 3 der Tagesordnung:

**Fragestunde
- Drucksache 13/6090 -**

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass zwischen den Mündlichen Anfragen Nummern 1, 5 und 12 ein gewisser Sachzusammenhang besteht. Ich rege daher an, diese Mündlichen Anfragen gemeinsam aufzurufen und sie nacheinander beantworten zu lassen.

Auch die Mündlichen Anfragen Nummern 3 und 10 sollten wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam behandelt werden.

Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Bernhard Braun und Gisela Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Lehrerinnen- und Lehrermangel zum Beginn des Schuljahres in Rheinland-Pfalz betreffend, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Erhard Lelle und Josef Keller (CDU), Unterrichtssituation an den allgemein und berufsbildenden Schulen des Landes zum Schuljahresbeginn 2000/2001 betreffend, sowie die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Johannes Berg (CDU), Unterrichtsversorgung an den Schulen in Rheinland-Pfalz betreffend, auf.

Die Mündliche Anfrage Nummer 1 trägt Herr Abgeordneter Dr. Braun vor.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Schulstunden fielen in der ersten Schulwoche des Schuljahres 2000/2001 aus?

2. Welche Regionen und Städte waren und sind vom akuten Lehrerinnen- und Lehrermangel besonders betroffen?
3. Welche kurzfristigen Maßnahmen plant die Landesregierung, um die offenen Stellen an den rheinland-pfälzischen Schulen besetzen zu können?
4. Wie hoch wird der strukturelle Unterrichtsausfall im Schuljahr 2000/2001 nach den Plänen und Erwartungen der Landesregierung sein?

(Schweitzer, SPD: Das Schuljahr ist genau sechs Tage alt!)

Präsident Grimm:

Die Mündliche Anfrage Nummer 5 trägt Herr Abgeordneter Lelle vor.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer haben in den letzten vier Wochen vor Unterrichtsbeginn die ihnen zugesagten Stellen an den Schulen des Landes abgesagt?
2. Wie verteilen sich diese Stellen auf die einzelnen Schularten?
3. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer haben am ersten Schultag die ihnen zugesagten Stellen nicht angetreten?
4. Wie viele der angekündigten 600 Vollzeitlehrerstellen waren zum Schuljahresbeginn noch nicht besetzt, und warum nicht?

Präsident Grimm:

Die Mündliche Anfrage Nummer 12 trägt Herr Abgeordneter Berg vor.

Abg. Berg, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Treffen Presseberichte zu, dass Schulen - wie die Grundschule Jahnplatz in Wittlich - für pensionierte Lehrer zum Schuljahresbeginn keinen Ersatz zugewiesen erhielten, so dass betroffene Klassen nach Hause geschickt bzw. nur im tageweisen Wechsel mit anderen Klassen unterrichtet werden?

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

2. An welchen weiteren rheinland-pfälzischen Schulen waren wie viele Klassen nach den Sommerferien ebenfalls ohne Klassenlehrer?
3. Wie hoch waren die Ausgaben des Landes Rheinland-Pfalz, um die Lehrer und Lehramtsanwärter auszubilden, die in den letzten sechs Monaten von Rheinland-Pfalz in den hessischen Schuldienst gewechselt sind?
4. Wie hat sich aufgrund der kritischen Einstellungssituation bei Lehrern in Rheinland-Pfalz der Notendurchschnitt bei der Einstellung von Lehrern entwickelt?

Präsident Grimm:

Zur Beantwortung erteile ich Herrn Bildungsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner das Wort.

(Schweitzer, SPD: Viel Vergnügen!)

**Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage Nummer 1 beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Angaben im Sinne der Fragestellung sind im Rahmen der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwands und der Kürze der Zeit nicht leistbar.

(Frau Nienkämper, CDU: Das ist wirklich lächerlich!)

Zu Frage 3: Insgesamt standen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung neben den zum Schuljahresende frei werdenden Stellen 600 zusätzliche Stellenäquivalente zur Verfügung. Damit konnten im Umfange von insgesamt ca. 1 200 Vollzeitlehrereinheiten in rund 1 600 Fällen Lehrer und Lehrerinnen eingestellt werden bzw. Aufstockungen von Verträgen vorgenommen werden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Der fächerspezifische Bedarf war in Teilbereichen nicht durch Neueinstellungen zu decken. Der zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wurde daher die Möglichkeit eingeräumt, neben den vorgesehenen Neueinstellungen in diesen Fällen Dreiviertelverträge geeigneter Lehrkräfte an den betroffenen Schulen oder an Nachbarschulen unter gleichzeitiger Teilabordnung aufzustocken. Ferner wird von der Möglichkeit, Lehrkräfte, die das erste Staatsexamen abgeschlossen haben und derzeit auf den Vorbereitungsdienst warten, übergangsweise zu beschäftigen, Gebrauch gemacht.

Trotz zum Teil sehr kurzfristiger Absagen von Lehrerinnen und Lehrern konnten die vorgesehenen Einstellungen zum allergrößten Teil zum Schuljahresbeginn vollzogen werden. Von den zum Schuljahresbeginn noch nicht besetzten Stellen konnte ein Großteil in der ersten Schulwoche besetzt werden.

Zu Frage 4: Daten zur Unterrichtssituation der Schulen werden jährlich im Rahmen der amtlichen Schulstatistik erhoben. Für das Schuljahr 2000/2001 ist als Erhebungsstichtag für die allgemein bildenden Schulen der 23. August 2000 und für die berufsbildenden Schulen der 20. September 2000 festgelegt. Wie üblich, werden die Ergebnisse im Spätherbst vorliegen und können dann bekannt gegeben werden.

Herr Dr. Braun, die 600 zusätzlichen Stellen dürften einen erheblichen Beitrag zu einer guten Unterrichtsversorgung leisten.

(Beifall bei der SPD)

So weit meine Antwort zu der Mündlichen Anfrage Nummer 1.

Zu der Mündlichen Anfrage Nummer 5 der Abgeordneten Lelle und Keller verweise ich eingangs auf die Bemerkungen, die ich im Rahmen der Beantwortung der ersten Mündlichen Anfrage gemacht habe. Darüber hinaus beantworte ich die Einzelfragen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Mit Stand vom 8. August 2000 - Herr Lelle, Sie müssen berücksichtigen, dass dies ein sehr fließendes Geschäft ist - haben 117 Lehrerinnen und Lehrer, wobei ich darauf hinweise, dass es sich um ein Einstellungsvolumen in der Größenordnung von ca. 1 600 handelt, die für eine Einstellung in den Schuldienst vorgesehen waren; ihre Bewerbung kurzfristig zurückgezogen. Die Verteilung auf die Schularten stellt sich wie folgt dar:

Grund- und Hauptschulen 40, Sonderschulen 18, Realschulen 28, Gymnasien 24, berufsbildende Schulen 7. Daneben haben Lehrkräfte die von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in den letzten Wochen telefonisch gemachten Stellenangebote abgelehnt. Statistische Erhebungen werden hierüber jedoch nicht vorgenommen.

Zu Frage 3: Ihren Dienst an der Schule haben trotz entsprechender Vereinbarungen neun Lehrerinnen und Lehrer nicht angetreten.

Zu Frage 4: Die Hälfte von 76 Stellenäquivalenten.

Ich komme damit zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage Nummer 12. Auch hier verweise ich auf die Ausführungen zu den Fragen 1 und 5 und zu den Ausführungen zu den konkret in den Punkten 1 und 2 erfragten Sachverhalten. Eine Buchführung über vorübergehende Schwierigkeiten bei der Unterrichtsversorgung erfolgt nicht. In allen uns bekannt wer-

denden Einzelfällen gehen wir jedoch der Sache nach. Im Falle der Grundschule Jahnplatz in Wittlich konnte das Verfahren zur Besetzung der Stelle des Konrektors bis zum Schuljahresbeginn nicht abgeschlossen werden, da die Stelle dreimal ausgeschrieben werden musste. Bis zu Beginn der ersten Schulwoche war es ferner nicht möglich, eine Vertretungskraft zur Überbrückung zu gewinnen. Der Schulleiter sah sich deshalb veranlasst, eine Schulklasse an einem Tag nach Hause zu schicken. Seit Ende der ersten Schulwoche steht jedoch eine Lehrerin zur Verfügung, sodass nunmehr auch die Unterrichtsversorgung an der Grundschule Jahnplatz in Wittlich gesichert ist.

(Beifall des Abg. Dr. Mertes, SPD)

Zu Frage 3: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben nicht im Mittelalter. Deshalb gilt auch nicht: cuius regio, eius referendarius. Ein junger Mensch, der ein Lehramt anstrebt, entscheidet sich für einen Studienort oder auch für ein Studienseminar nach seiner persönlichen Wahl. Nach Abschluss kann er sich in der Regel bundesweit bewerben. Natürlich haben wir ein Interesse, in Rheinland-Pfalz ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer im Land zu behalten.

(Frau Nienkämper, CDU: Dann müssen Sie aber anders handeln!)

Wir greifen aber auch gern auf Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern zurück. Angaben im Sinne der Fragestellung können nicht gemacht werden. Rechnungen und Gegenrechnungen mit einzelnen Bundesländern werden nicht angestellt. Sie ergeben aus meiner Sicht auch keinen Sinn.

(Dr. Mertes, SPD: Sehr richtig, Herr Minister!)

Zu Frage 4: Angaben im Sinne der Fragestellung - ich gehe davon aus, es ist die aufgrund der besonders zahlreichen zusätzlichen Stellen im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders günstige Einstellungssituation in Rheinland-Pfalz gemeint - sind im Rahmen der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwands in der Kürze der Zeit nicht zu leisten.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? - Bitte schön, Herr Keller.

Abg. Keller, CDU:

Herr Minister, um ein ähnliches Fiasko in Zukunft zu vermeiden,

(Zurufe von der SPD: Oje!)

ist es notwendig, die genauen Gründe für die massenhafte Abwanderung von Junglehrerinnen und Junglehrern aus Rheinland-Pfalz zu kennen. Haben Sie diese Gründe erheben lassen? Wenn ja, welche Gründe sind dies?

Prof. Dr. Zöllner,

Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Wenn Sie es als Fiasko bezeichnen, dass eine Organisationseinheit wie in diesem Fall das rheinland-pfälzische Schulsystem die Aufgabe und das Problem hat, innerhalb von zwei Monaten in der Größenordnung von 1 600 Stellenbesetzungsverfahren oder Personalvorgänge erfolgreich abzuschließen und in diesem Bereich in der Größenordnung von 100 Verfahren nicht erfolgreich abgeschlossen worden sind, dann unterscheiden sich unsere Wertparameter qualitativ ganz entscheidend.

(Beifall bei der SPD)

Ich benutze diese Gelegenheit und sage es mit allem Nachdruck, ich danke ausdrücklich der Schulaufsicht, weil ich der festen Überzeugung bin, dass jeder Wirtschaftsbetrieb, der vor diesem Problem stehen würde, in diesem Zeitraum so viele Stellen neu zu besetzen, stolz und glücklich wäre, wenn er es mit dieser Erfolgsquote abgeschlossen hätte. Alle Verantwortlichen hätten entsprechende Boni zu erwarten.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich möchte noch ein Zweites in Bezug auf das Fiasko sagen. Es ist darauf hinzuweisen, ohne dass ich genaue Zahlen habe und mich nur auf Presseberichte beziehen kann, dass das Problem, das Sie mit einer schlechteren Relation von Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern, zumindest in den von Ihnen immer wieder zitierten Bundesländern Hessen und Nordrhein-Westfalen, dargestellt haben, mindestens so groß ist wie in Rheinland-Pfalz. Ich betone dies. Ich verweise auf Presseberichte, dass in Hessen bei nur 300 zusätzlichen Stellen zum Schuljahresbeginn noch eine Größenordnung von 250 Stellen nicht besetzt war und weise weiter darauf hin, dass in Nordrhein-Westfalen, das nicht in dieser Größenordnung Stellen neu geschaffen hat, der Anteil der nicht besetzten Stellen spürbar größer ist als in Rheinland-Pfalz.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Aber mit unterschiedlichen Zahlen!)

Als dritten Punkt möchte ich noch anfügen: Aus dem vorher Gesagten wird deutlich, dass es sehr wohl zu einem Wechsel von Lehrerinnen und Lehrern und Bewerberinnen und Bewerbern von Rheinland-Pfalz in andere Bundesländern kommt. Ich bin mir auch sicher - ich betone dies -, dass in Einzelfällen die Tatsache, dass wir zu einem Teil Dreiviertelstellen machen, für Einzelentscheidungen der jungen Menschen maßgebend ist. Sie sind aber nicht das Grundproblem, was überzeugend durch die Tatsache belegt wird, dass

das Problem in Ländern, die nur Volleinstellungen machen, noch größer ist.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Lelle.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Minister, wollten Sie mit Ihrer Antwort eben deutlich machen, dass sich unsere Fragen gegen die Bediensteten der ADD wenden? Wenn ja, dann würde ich dies als eine böswärtige Unterstellung bezeichnen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:**

Herr Lelle, ich wollte dies nicht machen. Ich habe aber die Gelegenheit genutzt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich auch in der Öffentlichkeit zu loben, weil sie durch die öffentliche Berichterstattung und Kommentare von einzelnen Personen in Misskredit geraten sind.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, Sie haben bei der Nachfrage, mit welchem strukturellen Unterrichtsausfall im laufenden Schuljahr gerechnet wird, auf die Schulstatistik verwiesen.

Am 8. August 2000 stand in der „Allgemeinen Zeitung“ ein Artikel mit dem Titel „Im Schulkarussell nach Gonsenheim“. Dort wurde für die Mainzer Gymnasien ein struktureller Unterrichtsausfall zwischen 2 % und 3 % prognostiziert. Würden Sie eine solche Prognose teilen?

**Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:**

Ich habe keine konkrete Antwort auf diese konkrete Frage gegeben, weil sie im Moment nicht konkret zu beantworten ist und jede Festlegung meinerseits eine Genauigkeit suggerieren würde, die ich persönlich nicht verantworten kann.

Ich habe in meiner Antwort deutlich gemacht, dass aufgrund der Tatsache, dass wir insgesamt im Schulsystem mit nur ca. 3 000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern zu rechnen

haben, aber dieses Land die Kraft und die Möglichkeit gefunden hat - ich betone dies -, 600 zusätzliche Lehrereinheiten zur Verfügung zu stellen, die Vermutung nahe liegt - das ist schüchtern formuliert -, dass sich das strukturelle Unterrichtsdefizit nicht verschlechtert. Ich glaube, das ist die einzig verantwortbare Aussage zum jetzigen Zeitpunkt, weil natürlich die konkreten Daten erst dann vorliegen können, wenn man Klassenbildungen und Verteilungen auf die Schularten und die einzelnen Bildungsgänge vor allen Dingen im BBS-Bereich nachvollzogen hat.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schweitzer.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, dass es zu Beginn eines Schuljahres wichtiger ist, dass Lehrerinnen und Lehrer Unterricht halten, statt Statistiken für Mündliche Anfragen anzufertigen?

(Frau Schmidt, CDU: Wenn sie Unterricht halten!)

**Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:**

Ich stimme dem ausdrücklich zu. Ich würde sogar noch hinzufügen, dass dies insbesondere für die Schulaufsichtsbeamten gilt, deren vornehmste Aufgabe es ist, in einer solch schwierigen Situation zum Telefonhörer zu greifen, Briefe zu schreiben und Gespräche zu führen, um in den wenigen Fällen, in denen es noch Probleme gibt, Abhilfe zu schaffen, und nicht im Sinne der Nabelschau Pseudobilanzen zu erstellen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dr. Mertes.

Abg. Dr. Mertes, SPD:

Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, dass sich dann, wenn die Schulstatistik vorliegt und veröffentlicht ist, die Opposition in diesem Hause noch wundern wird, wie gut die Unterrichtsversorgung in diesem Jahr ist?

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU -
Frau Nienkämper, CDU: Das kann er doch selbst nicht ernst nehmen! -
Hörter, CDU: Der Frager musste selbst lachen! -
Schmitt, CDU: Er wundert sich selbst über seine Frage!)

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Es ist für ein Regierungsmitglied immer ein gewisses Problem, wenn es auf eine Frage eines Abgeordneten der sie tragenden Koalitionsfraktionen nicht durch eine Zustimmung reagieren kann, Herr Mertes. Ich bin mir nicht sicher, ob sich die Opposition wirklich wundern wird, weil ich mir nicht sicher bin, ob sie nicht anders denkt, als sie redet.

(Beifall bei der SPD -
Zuruf von der CDU)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, da davon auszugehen ist, dass kein Unterricht ausgefallen ist, weil Lehrer Statistiken angefertigt haben, sondern weil Lehrermangel herrscht, möchte ich noch einmal eine ernsthafte Frage stellen: Wie werden die Eltern davon unterrichtet, dass Schulstunden ausfallen? Wie können sich die Eltern darauf einstellen, dass ihre Kinder plötzlich keinen Unterricht haben?

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Herr Braun, als Erstes lege ich Wert darauf, dass ich nicht den Eindruck erweckt habe, dass bisher gestellte Fragen nicht ernsthaft sind, sondern dass Sie das gesagt haben.

Zum Zweiten habe ich nicht gesagt, dass kein Unterricht ausgefallen ist.

Zum Dritten verweise ich darauf, dass die rechtzeitige Information der Eltern selbstverständlich vornehmste Pflicht der Schule und der Schulleitung ist. Ich gehe davon aus, dass dies verantwortungsvoll wie die anderen Aufgaben der Schule von den Schulleiterinnen und Schulleitern wahrgenommen wird.

Präsident Grimm:

Gibt es weitere Fragen? - Das sehe ich nicht. Die Mündlichen Anfragen sind beantwortet.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen zur Mündliche Anfrage der Abgeordneten Elke Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Gentechnische Veränderung von Lebensmitteln betreffend.

Frau Kiltz, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die Ergebnisse der Zeitschrift Warentest (August 2000) bei der Stichprobenkontrolle von Lebensmitteln auf gentechnische Veränderungen?
2. Entsprechen diese Ergebnisse auch den Erfahrungen der rheinland-pfälzischen Lebensmittelkontrolle oder weichen sie davon ab?
3. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung einerseits in der gesetzlichen Vorgabe der Kennzeichnung und andererseits in der praktischen Umsetzung?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Erzeugerinnen und Erzeuger und Verarbeiterinnen und Verarbeiter von Öko- oder konventionellen Erzeugnissen ohne Gentechnik vor gentechnischer Verunreinigung durch Auskreuzung oder durch Verarbeitungswege zu schützen (beispielsweise Bekanntgabe von Feldern mit transgenen Pflanzen, Datenbank Gentechnikfrei)?

Präsident Grimm:

Zur Beantwortung erteile ich der Umweltministerin Frau Martini das Wort.

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf die Fragen namens der Landesregierung wie folgt beantworten:

Erzeugnisse aus den gentechnisch veränderten Round-up-Ready-Sojabohnen bzw. dem Bt-Mais, die bereits vor dem Inkrafttreten der Novel-Food-Verordnung in den Verkehr gebracht wurden, müssen nach den Bestimmungen der Verordnung 1139/98 besonders gekennzeichnet werden. Dies gilt allerdings nur dann, wenn in dem Produkt neue Proteine aufgrund der eingefügten Erbinformation oder gentechnisch veränderte DNA vorhanden sind.

Die Verordnung ist in diesem Jahr geändert worden. Es wurde ein so genannter Schwellenwert eingeführt. Danach ist der entsprechende Hinweis erforderlich, wenn der Anteil an gentechnisch verändertem Material auf die jeweilige Zutat bezogen über 1 % liegt. Bei Gehalten unter einem Prozent müssen die Verantwortlichen gegenüber den zuständigen Behörden nachweisen können, dass das Material zufällig vorhanden ist. Diese Regelungen sind im April in Kraft getreten.

Nach den Bestimmungen der Novel-Food-Verordnung liegen zurzeit verschiedene Anzeigen vor, wie zum Beispiel für raffinierte Öle aus gentechnisch verändertem Raps, die zu herkömmlichen Rapsölen im wesentlichen gleichwertig sind.

Genehmigungen für das In-Verkehr-bringen von neuartigen Lebensmitteln, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus ihnen bestehen, existieren aufgrund dieser Verordnung noch nicht.

Diese Ausführungen habe ich vorangeschickt, damit die nachfolgenden Antworten sich besser eingliedern lassen.

Frau Abgeordnete, zu Ihrer Frage 1: Im Auftrag der Stiftung Warentest sind 82 Lebensmittel untersucht worden, die Anfang des Jahres gekauft wurden. Dabei konnten in 31 Produkten gentechnisch-veränderte Bestandteile nachgewiesen werden. In drei Fällen von 82 lag der Anteil des gentechnisch veränderten Materials bezogen auf die jeweilige Zutat über 1 %. Wie aus der Veröffentlichung der Zeitschrift „test“ hervorgeht, sind die Proben im Handel entnommen worden, bevor der Schwellenwert von 1 % eingefügt wurde.

Bezogen auf die alte Rechtslage, die gerade angesichts der Problematik der unvermeidbaren Kontamination zu der Forderung des Schwellenwerts geführt hat, ergibt sich damit eine relativ hohe Beanstandungsquote von 38 %, weil die entnommenen Proben noch nicht der Vorschrift des Schwellenwerts unterlegen haben. Bezogen allerdings auf die jetzige Rechtslage, die den Schwellenwert eingeführt hat, ist die Beanstandungsquote mit 4 % eher als niedrig anzusehen. Zum Vergleich: Verstöße gegen die Kennzeichnungsregelungen sind im vergangenen Jahr allgemein bei Lebensmitteln in Rheinland-Pfalz je nach betroffener Produktgruppe zwischen 1 % und 19 % der Proben festgestellt worden. Vor diesem Hintergrund sind die 4 % bezogen auf die neue Rechtslage relativ gering.

Unabhängig davon hält es jedoch die Landesregierung für erforderlich, dass die Firmen die geltenden Kennzeichnungsvorschriften bei den gentechnisch veränderten Lebensmitteln stärker beachten.

Zu Frage 2: Im Jahr 1999 wurden von der gentechnischen Untersuchungsstelle in Trier insgesamt 156 Proben auf gentechnische Veränderungen untersucht. Bei 8 % der Proben wurden gentechnische Veränderungen ohne einen entsprechenden Hinweis festgestellt. Diese Zahlen liegen unter der Beanstandungsquote, die sich nach der früheren Rechtslage aus den Ergebnissen der Zeitschrift „test“ ergibt. Das sind die 38 %, die ich gerade genannt habe - Ergebnis der Beprobung der Zeitschrift „test“ bezogen auf die alte Rechtslage 38 %. Bei uns waren es bei den Untersuchungen 1999 8 %.

Im laufenden Jahr sind bislang 87 Proben überprüft worden, also mehr als die 82 Proben der Stiftung Warentest. Bei uns sind in den 87 Proben 9 % gentechnische Veränderungen nachgewiesen worden. Soweit die quantitative Bestimmung abgeschlossen werden konnte, lag der Anteil genetisch ver-

änderten Materials unter 1 %. Die Firmen wurden bei diesen Proben aufgefordert darzulegen, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um zufällige Kontamination zu vermeiden. Bei verschiedenen Maiserzeugnissen steht die Quantifizierung noch aus.

Zu Frage 3: Die zurzeit geltenden gemeinschaftsrechtlichen Regelungen gehen von dem Grundsatz aus, dass eine ungewollte Kontamination mit gentechnisch veränderter DNA von höchstens 1 % keine besondere Kennzeichnungspflicht auslöst. Da der Schwellenwert von 1 % nicht für das Gesamterzeugnis, sondern immer nur für die jeweilige Zutat gilt, vertritt die Landesregierung nach wie vor die Auffassung, dass der derzeitige Wert insgesamt als akzeptabel angesehen werden kann.

In seinem Umweltgutachten 2000 ist der Sachverständigenrat für Umweltfragen auch auf die Problematik der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln eingegangen. Die Landesregierung teilt die Auffassung, dass eine umfassende Regelung für einen Schwellenwert oder, wie es in dem Gutachten heißt, eine Bagatellogrenze erforderlich ist, die auch für gentechnisch veränderte Zusatzstoffe und Aromen gilt.

Bei Produkten bzw. Zutaten mit allergenem Potenzial ist ein Schwellenwert hingegen grundsätzlich nicht akzeptabel. Das heißt, bei allergenen Produkten kann auch unterhalb der Grenze eines Schwellenwerts eine gesundheitliche Gefährdung gegeben sein.

Hinsichtlich der Probenuntersuchung sieht die Landesregierung zurzeit keinen Handlungsbedarf. Sie hat die Veröffentlichung in der Zeitschrift „test“ allerdings zum Anlass genommen, die nachgeordneten Behörden noch einmal zu bitten, auch bei Betriebskontrollen auf die Einhaltung der Kennzeichnungsvorschrift zu achten. Ich habe deutlich gemacht, dass wir allein in diesem Jahr bereits 87 Proben entsprechend untersucht haben.

Zu Frage 4: Ein Überblick über die genehmigten Freisetzen von genetisch veränderten Organismen in Deutschland kann auf der Internet-Seite des Robert-Koch-Instituts eingesehen werden. Bezüglich einer Verpflichtung, für einen Zeitraum von drei Jahren auf einen kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland zu verzichten, haben auf Initiative der Bundesregierung Gespräche mit der Wirtschaft stattgefunden. Während dieser Zeit soll ein Forschungs- und Beobachtungsprogramm laufen, bei dem Experten untersuchen sollen, welche Folgen der großflächige Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen für die Umwelt hat. Dabei sollen die Umweltwirkungen der kommerziellen Verwendung unter Praxisbedingungen bewertet werden.

Die Landesregierung begrüßt die Initiative der Arbeitsgemeinschaft „Lebensmittel ohne Gentechnik e. V.“ zum Auf-

bau einer Datenbank. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit wird die Landesregierung auch immer auf diese Datenbank hinweisen.

So weit die Beantwortung der Fragen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, Sie haben davon gesprochen, dass bei allergenen Potenzialen kein Schwellenwert toleriert werden kann. Nun haben wir das Problem, dass wir bei manchen transgenen Veränderungen noch gar nicht wissen, ob sie allergene Potenziale enthalten. Wie verträgt sich das mit der Vorstellung, dass man dort keinen Schwellenwert akzeptiert, wenn man es noch gar nicht weiß, ob das allergene Potenzialle sind?

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

In dieser Haltung berufen wir uns auf wissenschaftliche Untersuchungen zu diesen Fragen. Insofern sind wir der Auffassung, dass der Schwellenwert, der mit 1 % bezogen auf die jeweilige Zutat extrem gering ist und mit einem hohen analytischen Aufwand erfassbar ist, der richtige ist. Die Frage der allergenen Potenziale muss noch gesondert geregelt werden.

Präsident Grimm:

Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Vereinzelte Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Ich rufe nun die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Gisela Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Rechtsaufsicht des Landes über die Kassenärztliche Vereinigung Rheinhessen betreffend und die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Klaus Hammer (SPD), Probleme der Kassenärztlichen Selbstverwaltung in Rheinhessen betreffend, auf.

Zunächst trägt die Abgeordnete Frau Gisela Bill ihre Mündliche Anfrage vor.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde das die Rechtsaufsicht über die Kassenärztliche Vereinigung Rheinhessen führende Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit bezüglich des Verdachts

des Honorar Betrugs eines Vorstandsmitglieds erst am 7. August 2000 - nach öffentlicher Berichterstattung - mit der Aufforderung tätig, der Beschuldigte möge seine Aufgaben als Vorstandsmitglied für die Kontrolle der Honorarabrechnungen ruhen lassen, obwohl die Tatsache der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft und deren Gründe dem Ministerium bereits seit langem bekannt waren?

2. Wie beurteilt die Rechtsaufsicht führende Behörde die Tatsache, dass der Vorsitzende des Laborausschusses der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhessen bereits rechtskräftig wegen Abrechnungsbetrugs im Laborbereich verurteilt wurde?
3. Wie bewertet die Landesregierung die erklärte Absicht von Vorstandsmitgliedern der Kassenärztlichen Vereinigung, offensichtliche Betrugsfälle lediglich intern zu lösen, statt diese den Justizbehörden zu übergeben?
4. Sieht sich die Landesregierung durch den vorliegenden Fall in ihrer Auffassung bestärkt, dass die Struktur der Kassenärztlichen Vereinigungen dringend einer Reform hin zur professionellen Geschäftsführung bedarf, wie dies im vergangenen Jahr von der Bundesgesundheitsministerin vorgeschlagen wurde, und ggf., was wird die Landesregierung dazu unternehmen?

Präsident Grimm:

Nun trägt Herr Abgeordneter Klaus Hammer seine Mündliche Anfrage vor:

Abg. Hammer, SPD:

Ich frage die Landesregierung:

1. Was hat sie im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht unternommen, als sie die Hintergründe der durch die Staatsanwaltschaft veranlassten Hausdurchsuchung erfahren hat?
2. Wie beurteilt sie den derzeitigen Stand der Angelegenheit?
3. Wie bewertet sie das Instrument der Rechtsaufsicht über die Kassenärztlichen Vereinigungen?
4. Hält sie aus rechtlicher Sicht eine Begleitung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen durch rechtsaufsichtliche Aktivitäten für notwendig?

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung antwortet Staatsminister Gerster.

Gerster,
Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Fragen der Abgeordneten Frau Bill wie folgt:

Zu Frage 1: Nach den Vorschriften des SGB V führt das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit die Aufsicht über die Kassenärztlichen Vereinigungen. Diese Aufsicht erstreckt sich auf die Beachtung von Gesetz und sonstigem Recht. Zum sonstigen Recht gehört auch die Satzung der Kassenärztlichen Vereinigungen. Diese Satzung der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhesen enthält folgende Bestimmung: „Das Amt eines Mitgliedes eines Organs endet durch Tod, durch Niederlegung des Amtes, durch Verlust oder Wechsel der ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliedschaft, durch Verlust oder Beschränkung der Geschäftsfähigkeit, mit der rechtskräftigen Verurteilung wegen schwerer strafrechtlicher oder sittlicher Verfehlungen.“

In dem von Ihnen zitierten Fall geht es um den Verdacht des Abrechnungsbetrugs eines Vorstandsmitglieds der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhesen. Für diesen Fall sieht die Satzung keinen Amtsverlust vor. Das Ministerium hatte also als Aufsichtsbehörde zunächst keine Veranlassung, gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhesen tätig zu werden, als diese zunächst an ihrem Vorstandsmitglied festhielt, zumal Ermittlungen oft jahrelang gehen und auch im strafrechtlichen Sinne ergebnislos enden.

Gleichwohl war es geboten, vonseiten des Ministeriums zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, weil und als öffentlich der Eindruck entstanden war, die Kassenärztliche Vereinigung Rheinhesen wolle sich vom Gesundheitsminister vor staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen schützen lassen. Es gab da etwas missverständliche öffentliche Äußerungen und auch Briefe. Die Kassenärztliche Vereinigung wurde darauf hingewiesen, dass sie sich als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung nicht im rechtsfreien Raum bewegt. Die Bedeutung der Unschuldsvermutung zugunsten des beschuldigten Arztes wurde ausdrücklich anerkannt. Es wurde aber außerhalb der Rechtsaufsicht, und zwar durch mich, der Rat erteilt, eine vorläufige Maßnahme zu ergreifen und dem beschuldigten Vorstandsmitglied nahezulegen, auf seine Ämter zu verzichten bzw. ihn während der Ermittlungen von seinen Ämtern, vor allen Dingen der Vorstands- und Prüftätigkeit, zu entbinden.

Es sollte selbstverständlich sein, dass ein Arzt, der im Verdacht steht, selbst nicht ordnungsgemäß abgerechnet zu haben, nicht für die Kontrolle der Abrechnungen anderer Kassenärzte eingesetzt wird. Dafür sollte eigentlich schon die interne Kultur einer solchen öffentlich-rechtlichen Körperschaft sorgen. Das beschuldigte Mitglied des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhesen hat im Rahmen einer Vertreterversammlung am 9. August die Konsequenz gezogen und seine Ämter zum Ruhen gebracht.

Zu Frage 2: Diese Frage geht zunächst auch an die Rechtsaufsicht im formellen Sinn. Das ist das Ministerium und vor allen Dingen seine entsprechende Abteilung 2 für Sozialversicherung. Selbstverwaltungsorgane der Kassenärztlichen Vereinigung sind die Vertreterversammlung und der Vorstand. Die beiden eben genannten Gremien haben Organcharakter. Neben den von den Kassenärztlichen Vereinigungen unabhängigen Ausschüssen der gemeinsamen Selbstverwaltung sind bei den Kassenärztlichen Vereinigungen weitere Fachausschüsse eingerichtet. Hierzu gehört auch die Laborkommission. Diese Fachausschüsse haben gewissermaßen beratenden Charakter. Es handelt sich um ein Gremium von Sachverständigen, das die Fachkunde von Laborärzten beurteilt, die höherwertige Laboruntersuchungen erbringen wollen. Diese Sachverständigentätigkeit ist im Zusammenhang mit dem Vorwurf des Abrechnungsbetrugs anders zu bewerten als der Vorsitz im Prüfungsausschuss. Mit anderen Worten, es gibt überhaupt keinen Zusammenhang mit Abrechnungsehrlichkeit - wie ich einmal umgangssprachlich sagen möchte -, sondern es geht ausschließlich um die Bewertung der labortechnischen Qualifikation von ärztlichen Antragstellern.

Zu Frage 3 - Wie bewertet die Landesregierung die erklärte Absicht von Vorstandsmitgliedern der Kassenärztlichen Vereinigung, offensichtliche Betrugsfälle lediglich intern zu lösen, statt diese den Justizbehörden zu übergeben? -: Frau Abgeordnete Bill, diese Frage bezieht sich offenbar auf ein Rundschreiben der KV Rheinhesen an ihre Mitglieder vom April 1994 - also einige Jahre alt - im Zusammenhang mit dem Abschluss einer Vereinbarung über die Prüfung der Abrechnung auf Rechtmäßigkeit durch Plausibilitätskontrollen.

In diesem Rundschreiben ist wörtlich ausgeführt: „Der Abschluss dieser Vereinbarungen ist nicht zuletzt als Signal an Politik, Vertragspartner und Staatsanwaltschaft zu verstehen, dass die Kassenärztliche Vereinigung Rheinhesen als Selbstverwaltungskörperschaft zusammen mit den Vertragspartnern in der Lage ist, Unstimmigkeiten bei ärztlichen Abrechnungen ohne Staatsanwaltschaft und Gerichte zu klären.“

Die Vorschrift über Plausibilitätskontrollen wurde mit dem Gesundheitsreformgesetz von 1988 neu in das Kassenarztrecht eingefügt. Hier geht es, wie der Name schon sagt, um die Prüfung der Plausibilität von Abrechnungen - also in einem Vorstadium - vor möglichen - ich sage jetzt einmal - Verdachtsmomenten, dass eine Abrechnung rechtlich fragwürdig ist. Im Vorstadium soll überprüft werden, ob das Bild der ärztlichen Tätigkeit, das sich aus den Abrechnungen ergibt, plausibel ist und damit dem Anschein nach auch weitere Untersuchungen zunächst nicht angezeigt sind - Plausibilitätskontrolle.

Diese Plausibilitätskontrollen, die ausdrücklich vom Gesetzgeber als Vorstufe vor weiteren und letzten Endes dann auch rechtlich gravierenden Untersuchungen vorgesehen sind, sind ganz bewusst aufgenommen worden, um gewissermaßen die Spreu vom Weizen zu trennen. Die beteiligten Partner, also auch die Rechtsaufsicht des Gesundheitsministe-

riums, sind sehr einverstanden - auch heute noch -, dass solche Plausibilitätskontrollen zunächst innerhalb der Ärzteschaft selbst vorgenommen werden, zumal die Ärzteschaft selbst ein Interesse daran hat, dass nicht durch unkollegiales Verhalten andere Mitglieder der KV geschädigt werden. Im Rahmen des Budgets ist dies ein Nullsummenspiel.

Diese Vereinbarungen entsprechen der Zielsetzung des Gesetzgebers. Sie tragen auch dazu bei, dass Falschabrechnungen nicht erst durch Strafverfahren aufgedeckt werden, sondern möglicherweise schon im Zuge einer solchen Plausibilitätskontrolle, und Sie können sicher sein, dass es dann bei entsprechenden Verdachtsmomenten auch nicht bei einer rein kollegialen Aktion bleibt.

Zu Frage 4 - Die Struktur der Kassenärztlichen Vereinigungen betreffend -: Frau Abgeordnete Bill, eine stärkere Professionalisierung der Arbeit der Kassenärztlichen Vereinigungen wurde im Rahmen der Gesundheitsreform 2000 von der Bundesregierung vorgeschlagen. Es war in dem ursprünglichen Gesetzentwurf vor allen Dingen eine hauptamtliche Arbeit in den KVen vorgesehen, die derzeit noch ehrenamtlich erfolgt, allerdings in einer Form, die das Wort „Ehrenamt“ ein bisschen mit Fragezeichen versieht, insbesondere was die Höhe der Vergütung angeht.

Diese ehrenamtliche Aufgabe oder Erledigung der Aufgabe ist bei der Bedeutung der Kassenärztlichen Vereinigungen für die internen Verfahren, für die Abrechnung usw., sicherlich ein Problem. Deswegen hat die Bundesregierung vorgeschlagen, dies künftig hauptamtlich vorzusehen, nicht zuletzt auch, damit der Kostenträgerseite, also gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen vor allem, sozusagen ein gleicher „Counterpart“ gegenübersteht - hauptamtliche Vorstandmitglieder. Dies ist dann auch in Verbindung mit einem größeren Zuschnitt von KV-Bezirken zunächst am Bundesrat gescheitert. Der Bundesrat hätte es nicht passieren lassen. Deswegen sind diese Elemente der Gesundheitsreform herausgenommen worden.

Es bleibt - ich vermute dies - einer späteren Gesundheitsreform vorbehalten, die Struktur der Kassenärztlichen Vereinigungen erneut auf den Prüfstand zu stellen. Die Landesregierung hat bis dahin nicht vor, sozusagen statt des Bundesgesetzgebers in dieser Frage isoliert tätig zu werden.

Zu den Fragen des Kollegen Hammer darf ich wie folgt antworten:

Zu Frage 1 - Was hat die Landesregierung zusätzlich zu dem unternommen, was die Staatsanwaltschaft veranlasst hat? -: Herr Kollege Hammer, ergänzend zu den Antworten auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Bill darf ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass zusätzlich zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft keine Maßnahmen der Rechtsaufsicht über die KV im förmlichen Sinne erforderlich waren.

Das Ministerium musste aber öffentlich Position beziehen, um dem Eindruck entgegenzutreten, die KV könne gewissermaßen Schutz vom Ministerium gegen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen bekommen.

Das wäre eine Rollenverteilung, die auf keinen Fall akzeptabel ist. Deswegen habe ich als Minister auch öffentlich die KV aufgefordert, die Ämter des Kollegen, um den es geht, ruhen zu lassen.

Zu Frage 2 - Wie beurteilt die Landesregierung den derzeitigen Stand der Angelegenheit? -: Das beschuldigte Mitglied des Vorstands der KV Rheinhessen hat seine Ämter zum Ruhen gebracht. Im Rahmen der Vertreterversammlung haben die Anwälte dies für ihn erklärt. Er selbst hat an dieser Vertreterversammlung am 9. August 2000 nicht teilgenommen.

Nach einer ganz „frischen“ Information, die ich noch nicht überprüfen konnte, soll er inzwischen verhaftet sein. Aber das kann ich jetzt nur als allerletzte Nachricht weitergeben. Ich kann Näheres dazu nicht sagen. Das ist im Zweifelsfall auch Sache der Justizbehörden.

Zu Frage 3 - Wie beurteilt die Landesregierung das Instrument der Rechtsaufsicht über die Kassenärztlichen Vereinigungen? -: Herr Abgeordneter Hammer, Sie ist ein wichtiges Instrument, mit dem durchgesetzt werden kann, dass sich Selbstverwaltungskörperschaften an Recht und Gesetz halten - nicht mehr und nicht weniger. Ähnliches gilt für die Rechtsaufsicht gegenüber Versicherungsträgern, zum Beispiel LVA oder AOK Rheinland-Pfalz.

Zu Frage 4 - Hält die Landesregierung aus rechtlicher Sicht eine Begleitung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen durch rechtsaufsichtliche Aktivitäten für notwendig? -: Nein. Das Gesundheitsministerium ist sich in vollem Umfang bewusst und akzeptiert die unterschiedliche Aufgabenstellung der Justiz und letzten Endes auch des Justizministeriums, Herr Kollege Mertin, und des Gesundheitsministeriums.

Dort, wo der Staatsanwalt tätig ist, ist die Rechtsaufsicht des Gesundheitsministeriums zunächst nicht gefordert. Nur dort, wo nicht klar wird, in welchem Rahmen sich eine KV und die handelnden Organmitglieder bewegen, auch gesundheitspolitisch äußern, ist unter Umständen die Rechtsaufsicht oder in Fragen, die nicht nur die Rechtsauffassung betreffen, der Minister gefordert, um Einfluss zu nehmen, um öffentliche Verzerrungen zu vermeiden.

Wir müssen aber andererseits auch alles unterlassen - also das Gesundheitsministerium als Rechtsaufsicht gegenüber der KV -, was in irgendeiner Weise als Einmischung in staatsanwaltschaftliche Ermittlungen interpretiert oder verstanden werden könnte.

Präsident Grimm:

Vielen Dank, Herr Minister.

Ich möchte zunächst Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Mainz-Bretzenheim, Stipendiaten aus verschiedenen Ländern sowie Damen und Herren der Senioren-Union Bad Ems. Seien Sie alle herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Zusatzfragen? - Frau Bill, bitte schön.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatsminister, trifft es zu, dass sich aus den zuletzt von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Unterlagen Anhaltspunkte für den Verdacht weiterer Abrechnungsbetrügereien ergeben haben?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Kollegin Bill, diese Frage geht so eindeutig an die Staatsanwaltschaft, dass ich dazu nichts sagen kann. Ich habe nur, als öffentlich der Eindruck entstand, dass nicht alle Unterlagen sozusagen aktiv von der KV zur Verfügung gestellt werden, die KV gebeten, jeden Eindruck zu vermeiden, dass sie nicht in vollem Umfang an diesen Ermittlungen mitwirkt.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Bill.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Offensichtlich haben Sie die Frage 3 missverstanden und die Plausibilitätskontrollen erläutert. Gegen diese habe ich nichts einzuwenden, aber ich stelle diese Frage noch einmal deutlicher: Ist es richtig, dass Vorstandsmitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhessen an das Ministerium der Justiz, an das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit und an andere Justizbehörden geschrieben haben, dass sie ihre Angelegenheiten besser intern lösten, als sie der Staatsanwaltschaft zu übergeben?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Abgeordnete Bill, es geht eindeutig um die im Jahr 1988 neu in das Recht aufgenommenen Plausibilitätskontrollen.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das war aber nicht meine Frage. Das haben Sie lediglich so interpretiert.

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Dann bezieht sich Ihre Frage, wie Sie mir vorhin durch Kopfnicken bestätigt haben, auf das Rundschreiben.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nein.

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Dann habe ich Sie falsch verstanden und sage in aller Deutlichkeit: Meines Wissens gibt es keinen Versuch einer Kassenärztlichen Vereinigung, offensichtliche Betrugsfälle intern, das heißt, nicht rechtlich und unterhalb der Ebene rechtlicher Vorgänge, zu lösen. Solche Vereinbarungen bzw. Absichten kenne ich nicht. Wenn es sie aber gäbe, würden wir dagegen vorgehen.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist also nicht an Sie herangetragen worden?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Ja.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Hammer.

Abg. Hammer, SPD:

Herr Minister, ich frage Sie vor dem Hintergrund der Nachfrage der Abgeordneten Frau Bill: Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit einer Veränderung des Fünften Sozialgesetzbuchs, des Selbstverwaltungsrechts der Kassenärztlichen Vereinigung, als notwendig an?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Kollege Hammer, wenn Sie in erster Linie die rechtsaufsichtlichen Zuständigkeiten meinen, scheinen mir diese zurzeit ausreichend. Wenn Sie darüber hinaus die Konstruktion der Kassenärztlichen Vereinigung meinen - die Kassenärztli-

chen Vereinigungen gibt es erst seit etwa 70 Jahren -, verweise ich auf Bemühungen der Gesundheitsreform, die Arbeit der Kassenärztlichen Vereinigungen zu professionalisieren. Das habe ich vorhin erwähnt. Das ist natürlich das weite Feld der Gesundheitspolitik und steht nicht im Zusammenhang mit der Rechtsaufsicht.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Bill.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, bei der Beantwortung meiner ersten Frage haben Sie die Satzung der Kassenärztlichen Vereinigungen zitiert. Sind Sie der Ansicht, dass eine solche Satzung angesichts der Tatsache, dass es sich um Gelder von Versicherten handelt, in der Form in Ordnung ist oder angesichts der vielen Skandale der letzten Jahre in diesem Bereich nachgebessert werden muss?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Abgeordnete Bill, in dem konkreten Fall ging es darum, dass ein Arzt, gegen den seit Jahren wegen Abrechnungsbetrug ermittelt wird, nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen andere Praxiskollegen, selbst für die Prüfung von Abrechnungen zuständig war. Das war eine so eindeutige Kollision, dass es im Zuge der weiteren staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und des öffentlichen Verhaltens dieser Kassenärztlichen Vereinigung mehr als nahe lag, der Kassenärztlichen Vereinigung zu empfehlen, ihn „aus dem Verkehr zu ziehen“.

Ich halte nichts davon, die Satzung formell so filigran auszuformulieren, dass eine so unwahrscheinliche Einzelkonstellation durch Satzungsrecht erfasst wird; denn die vorhin beschriebene Kollision von konkreten Einzelaufgaben wird es vermutlich sehr selten geben. Ich bin der Meinung, dass die Satzung befriedigend geregelt ist.

Die Kassenärztliche Vereinigung Rheinhessen hat gezeigt, dass sie diesen mehr oder weniger politischen - nicht im engeren Sinne rechtlichen - Aufforderungen nachkommt.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dr. Altherr.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Staatsminister, in einer Mitteilung in der „Ärztezeitung“ vom 3. August 2000 ist zu lesen, dass die Kassenärztliche Vereinigung eigene Ermittlungen in diesem Fall angestellt habe

und zu abweichenden Ergebnissen gekommen sei. Ich zitiere: „Hierüber haben wir die Staatsanwaltschaft, das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, das Ministerium der Justiz, die Strafkammer und die Generalstaatsanwaltschaft in einem einzigen gemeinsamen Schreiben unterrichtet.“ Was war der Inhalt dieses Schreibens?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Abgeordneter Dr. Altherr, der Inhalt dieses Schreibens war die Klage über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Über das Vorgehen eines Staatsanwalts kann man sich alle möglichen Gedanken machen. Für uns war das aber kein Anlass, dieses Vorgehen zum Thema zu machen für irgendein Verhalten unsererseits, sondern eher Anlass dafür, die Kassenärztliche Vereinigung darauf hinzuweisen, dass sie im eigenen Interesse nicht den Verdacht erwecken darf, dass sie abwehrt und unter Umständen weniger Informationen herausgibt, als es sinnvoll ist.

Die eigenen Ermittlungen der Kassenärztlichen Vereinigung bei dieser besonderen Konstellation haben natürlich nur begrenzten Aussagewert, aber sie werden sicherlich im Zuge der weiteren Ermittlungen eine Rolle spielen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Herr Staatsminister, gibt es einen Zusammenhang zwischen Ihrem Tätigwerden wegen dieses Briefes und der gleichzeitigen Recherchen von Journalisten?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Es gibt einen Zusammenhang bezüglich der öffentlichen Äußerungen der Kassenärztlichen Vereinigung. Erst als sich die Kassenärztliche Vereinigung Rheinhessen missverständlich verhalten hat, sah ich mich gezwungen, zu vermeiden, dass wir in ein Verfahren hereingezogen werden, in dem unter Umständen das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit und das Ministerium der Justiz an zwei verschiedenen Enden Probleme hätten.

Das ist absurd und kann auch gar nicht vorkommen, aber auch dieser öffentliche Eindruck musste vermieden werden. Deshalb habe ich der Kassenärztlichen Vereinigung geraten - sie ist diesem Rat auch nachgekommen -, jeden Verdacht auszuräumen, dass es kollegiale oder darüber hinausgehende Versuche gibt, strafrechtlich zu würdigende Sachverhalte nicht strafrechtlich zu würdigen.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Altherr.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Staatsminister, ich nehme Bezug auf die Frage 3 der Abgeordneten Frau Bill. Sind Sie mit mir der Ansicht, dass es sehr wohl im Interesse der Kassenärztlichen Vereinigung liegt, Abrechnungsfehler bzw. Betrugsfälle intern zu überprüfen; denn der betrügende oder falsch abrechnende Arzt betrügt in erster Linie die eigenen Kollegen. Er betrügt nicht die Kassen der Treuhänder oder Versicherten. Aus diesem Grund muss es sehr wohl im Interesse der Kassenärztlichen Vereinigung sein, dass solche Abrechnungsfehler intern aufgeklärt werden.

Frau Kollegin Bill, die Abrechnung ist ein sehr differenziertes ---

Präsident Grimm:

Herr Kollege, stellen Sie bitte lediglich Fragen.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Das gehört dazu.

Präsident Grimm:

Nein, das gehört nicht mehr dazu. Die Frage ist gestellt worden. Im Übrigen ist sie bereits beantwortet worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

- Nein, ich habe wie gegenüber allen anderen Kolleginnen und Kollegen die Geschäftsordnung zu beachten. Darum geht es. Bitte schön, Herr Minister!

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Im Rahmen der Plausibilitätskontrolle ist ein Vorverfahren der Selbstverwaltung sinnvoll.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Typisch!)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Hammer.

Abg. Hammer, SPD:

Herr Minister, vor dem Hintergrund dieser Ausführungen stelle ich die Frage: Teilen Sie mit mir die Auffassung, dass in unserem Rechtsstaat das Institut der Selbstverwaltung auch die eigenständige Selbstkontrolle enthalten muss?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Ich stimme Ihnen in vollem Umfang zu.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Herr Gerster, wie beurteilen Sie das Verhalten und die Rolle von Herrn Dr. Gerhardt? Ist er seinen Aufgaben gerecht geworden?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Kollege Dr. Rosenbauer, diese Frage geht weit über die ursprüngliche Frage hinaus. Ich habe bereits gesagt, dass ich tätig geworden bin, als Missverständliches von der Kassenärztlichen Vereinigung geäußert worden ist. Wer das im Einzelnen geäußert hat und weshalb, kann jeder beurteilen, der das genau beobachtet hat.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Anders herum gefragt: Herr Minister, ist die Kassenärztliche Vereinigung Ihrer Auffassung nach ihrer Prüfungsaufgabe vollkommen gerecht geworden und ihr ordnungsgemäß nachgekommen?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Wenn Sie damit meinen, dass wir die Qualifikation von Vorstandsmitgliedern einer Selbstverwaltungskörperschaft, die unserer Rechtsaufsicht unterliegt, zu prüfen oder irgendwie zu bewerten hätten, kann ich Ihnen entgegen, dass diese Aufgabe nicht zu erfüllen ist. Das wäre eine Auslegung von Rechtsaufsicht, die unmöglich ist. Genauso gut könnten Sie

mich fragen, was ich von Herrn Kollegen Hammer halte. Diese Frage würde ich Ihnen auch nicht beantworten - jedenfalls nicht in der Fragestunde.

(Unruhe und Heiterkeit im Hause)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Fragestunde angekommen. Die Mündlichen Anfragen sind beantwortet.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Die CDU-Fraktion hat gemäß § 96 GOLT die Aussprache über die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Erhard Lelle und Josef Keller (CDU), Unterrichtssituation an den allgemein und berufsbildenden Schulen des Landes zum Schuljahresbeginn 2000/2001 - Nummer 5 der Drucksache 13/6090 - betreffend und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Aussprache über die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Bernhard Braun und Gisela Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Lehrerinnen- und Lehrermangel zum Beginn des Schuljahres in Rheinland-Pfalz - Nummer 1 der Drucksache 13/6090 - betreffend, beantragt. Diese beiden Mündlichen Anfragen werde ich gemeinsam aufrufen, damit wir sie zusammen diskutieren können.

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Die Startschwierigkeiten zu Beginn des Schuljahres sind für uns nicht momentane Schwierigkeiten oder eine Situation, die sich kurzfristig einstellt und dann wieder schnell überwunden ist. Für uns sind die Startschwierigkeiten zu Beginn dieses Schuljahrs im Grunde genommen nichts anderes als der Ausdruck der chronischen Unterfinanzierung und der Mangelwirtschaft in der Bildungspolitik dieser Landesregierung und ihrer Vorgängerin.

(Unruhe bei der SPD)

Trotz der vorgesehenen 600 zusätzlichen Stellen für Ihren Wahlkampf beginnt das Schuljahr 2000/2001, wie das vergangene Schuljahr geendet hat: Struktureller und temporärer Unterrichtsausfall bleiben uns erhalten.

Sie haben sicherlich alle die Schlagzeilen in der vergangenen Woche gelesen, die zum Beispiel lauteten: „Schulstart mit Vertretungsstunden und Notplänen“ - „Erstklässler stehen ohne Lehrer da“ - „Klasse 3 a ohne Lehrer“.

Ich kann auch ein ganz persönliches Erlebnis nennen: Ich saß an einem Vormittag in meinem Wahlkreisbüro in Andernach. Innerhalb von einer Schulstunde marschierten dort vier komplette Klassen in den Wandertag am zweiten Unterrichtstag.

Das hat mich dann doch schon verwundert. Ich habe mich dann umgehört. Ich musste gar nicht weit hören; denn die besorgten Eltern haben bei uns permanent angerufen. Ich nehme an, sie haben auch bei Ihnen angerufen, Frau Brede-Hoffmann. Vielleicht sind sie aber nicht so auf offene Ohren gestoßen.

(Dr. Mertes, SPD: Was hat das mit Unterrichtsausfall zu tun?)

- Was das mit Unterrichtsausfall zu tun hat, Herr Dr. Mertes? Das hat etwas mit der Situation zu tun, dass zu wenig Lehrerinnen und Lehrer vorhanden sind und dass sie den Unterricht nicht ausgestalten können. Vielleicht haben Sie aber auch am zweiten Unterrichtstag immer Wandertage veranstaltet und Notpläne gemacht.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Mertes, die Eltern können nicht verstehen, wenn sie ihre Kinder im Frühjahr zum ersten Mal zur Grundschule oder zu weiterführenden Schulen angemeldet haben, dass sie nach den Sommerferien mit der Situation konfrontiert werden, dass nicht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen vorhanden sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Die Eltern können nicht verstehen, dass in diesem Zeitraum nach der Anmeldung, wenn klar ist, wie viele Schülerinnen und Schüler sich angemeldet haben - Herr Professor Dr. Zöllner hat gesagt, dass rund 3 700 zusätzliche Schülerinnen und Schüler in diesem Jahr erwartet werden -, die Schulbehörden und das Ministerium nicht in der Lage sind, das so zu organisieren, dass für jede Klasse und für alle Schülerinnen und Schüler die entsprechenden Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit solchen Entwarnungsmeldungen, wie wir sie heute von Herrn Professor Dr. Zöllner gehört haben, geben sich die Eltern auch nicht zufrieden. Was produzieren Sie denn damit? In jeder Sonntagsrede und in vielen anderen Reden wird die Bedeutung der Bildungspolitik, der Ausbildung, der guten schulischen Bildung hervorgehoben. Eine solche Erfahrung zu Schuljahresbeginn weckt bei den Eltern genau den Eindruck, dass das eine hehre Worte sind, während das andere die konkrete Situation ist. So entsteht Frust und auch Enttäuschung über die Politik.

Viele, die bei uns angerufen haben, haben uns gebeten, ihre Empörung darüber auch ins Parlament zu tragen.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Mertes, Sie hatten gefragt, wie viele zusätzliche Stellen wir beantragt haben. Natürlich haben wir in den vergangenen Jahren, weil wir wussten, dass in den vergangenen zehn Jahren rund 100 000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler zu erwarten waren, in al-

len Haushaltsberatungen die Vorschläge gemacht, wie und wie viele zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu finanzieren sind. Denen sind Sie nicht gefolgt. Sie haben stattdessen die Lern- und Arbeitsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler und für die Lehrerinnen und Lehrer ständig verschlechtert.

(Zuruf von der SPD: Verbessert!)

- Nein, Sie haben sie verschlechtert. Ich nenne die Kürzung der Stundentafel und viele andere Maßnahmen, von denen jede einzelne umstritten war. Sie haben zu einer Situation beigetragen, in der deutlich wird, dass das, was an Schule, an Qualität und an Bildungsangebot angeboten wird, nicht nur nicht ausreichend, sondern unzureichend ist. Die Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Schulen lässt nach wie vor auf sich warten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Glocke des Präsidenten)

Herr Professor Dr. Zöllner, vielleicht noch einen Satz zum Schluss: Sie haben aufgrund von Anfragen von uns deutlich gemacht, dass die rund 600 zusätzlichen Stellen, zu denen wir Sie auch durch unsere Anträge und unsere Aktivitäten gedrängt haben, bei weitem nicht ausreichen, um das auszugleichen, was an strukturellem Unterrichtsbedarf anfällt. Sie selbst haben gesagt, dass Sie, um alleine das ausgleichen zu können, 700 zusätzliche Stellen benötigen. Sie bleiben dahinter zurück. Ich habe noch kein Wort zum temporären Unterrichtsausfall und noch kein Wort zu den zusätzlichen Schülerinnen- und Schülerzahlen gesagt.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Keller das Wort.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch nie herrschte zu Schuljahresbeginn an den rheinland-pfälzischen Schulen ein so großes Chaos wie in diesem Jahr.

(Beifall der CDU -
Heiterkeit bei der SPD)

Es geht drunter und drüber. Dafür trägt diese Landesregierung die alleinige Verantwortung.

(Beifall der CDU)

„Schulstart mit Vertretungsstunden und Notplänen“ titelte zum Beispiel die „Rheinpfalz“. Andere Zeitungen titelten: „Schulstart mit Hindernissen“ - „Schulbehörde im Feuer der Kritik“ - „Klasse 3 a ohne Lehrer“ - „Schulverwaltung nach der Umstrukturierung weiterhin außer Tritt“. Das sind alles üble Falschmeldungen, wenn man den Aussagen des Ministers glauben darf, die er eben bei der Beantwortung - das war eher eine Nichtbeantwortung - der Mündlichen Anfragen gemacht hat.

(Beifall der CDU)

Auch über eine Woche nach Schulbeginn kann an vielen Schulen des Landes noch kein stundenplanmäßiger Unterricht erteilt werden, weil Rheinland-Pfalz die Junglehrer davongelaufen sind, das in erster Linie deshalb, weil sie zum Beispiel in Baden-Württemberg und im Saarland ganze Stellen angeboten bekommen haben.

(Staatsminister Zuber: Hessen!)

Diesen Grund kennt der Minister, nur er gibt ihn nicht zu, weil er sich dadurch natürlich im Nachhinein ein schlechtes Zeugnis ausstellen würde.

(Beifall der CDU)

War die Entwicklung, dass Lehrerinnen und Lehrer wenige Wochen vorher, zum Teil sogar noch am ersten Schultag, ihre zugesagte Stelle abgesagt haben, etwa höhere Gewalt, wie das die Landesregierung gern hätte? Nein, das war keine höhere Gewalt, sondern das war vorhersehbar, das war geradezu vorprogrammiert. Die CDU hat wiederholt auf diese Entwicklung hingewiesen. Leider hat das nur Erfolg im berufsbildenden Bereich gehabt.

Jetzt rächt sich die sture und unflexible Einstellungspraxis dieser Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Leidtragende sind, wie so oft in den letzten Jahren, die Schülerinnen und Schüler dieses Landes. Sie scheinen aber bei dieser Landesregierung überhaupt keine Rolle mehr zu spielen.

(Beifall der CDU -
Heiterkeit der Staatsministerin Frau Dr. Götte)

- Frau Dr. Götte, was lachen Sie? Ein Kompliment muss ich Ihnen im Nachhinein machen. Dieses Chaos haben noch nicht einmal Sie während Ihrer Amtszeit hinbekommen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das will schon etwas heißen.

Viele gute Lehrerinnen und Lehrer mit bei uns dringend benötigten Fächerkombinationen sind abgewandert und hin-

terlassen Lücken. Zur Ehrenrettung derjenigen Lehrerinnen und Lehrer, die trotz --

(Zuruf von der SPD)

- Herr Mertes, hören Sie einmal zu, hier können Sie vielleicht sogar klatschen.

-- eines Dreiviertelvertrags ihren Dienst in Rheinland-Pfalz angetreten haben, muss gesagt werden, dass es sich nicht um Lehrer zweiter Wahl handelt, die ihren Dienst angetreten haben. Dieser drohenden Stigmatisierung müssen wir gemeinsam entschieden entgegentreten, weil die Politik dieser Landesregierung dazu geführt hat, dass sich plötzlich Lehrer, die hier bleiben, rechtfertigen müssen, ob sie nicht diejenigen sind, die den schlechten Durchschnitt usw. und so fort haben.

Ich komme zu den Zahlen des Ministers. Rund 100 Stellen seien noch nicht besetzt, so der Minister am 10. August in der Presse. Damit wollte er die Bevölkerung beschwichtigen. Heute erfahren wir, es sind jetzt 117 Stellen. Das ist schon etwas mehr.

Herr Minister, ich bezweifle auch diese Zahlen. So waren allein an den Ludwigshafener Grund- und Hauptschulen fünf Stellen nicht besetzt. Dazu kommen noch die anderen Schularten. Wenn man das Ludwigshafener Ergebnis auf das Land hochrechnet, kommen wir mit Sicherheit deutlich über diese 117 Stellen, die Sie genannt haben. Es wird wiederum klar, dass Sie - wie schon so oft in der Vergangenheit - Weltmeister im Schönrechnen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Nachher geht es weiter.

(Beifall im Hause)

Itzek, SPD: Es ist einfach schön im Landtag!

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Es sprach der Weltmeister im Schwarzreden.

Herr Abgeordneter Keller, danke schön für diese Beschreibung eines Zustands, die irgendwo Ihren Wunschvorstellungen, um alles schlecht machen zu können, entsprang. Dies entspricht jedoch nicht der Realität an den rheinland-pfälzischen Schulen.

Frau Kollegin, Herr Kollege, trotz 3 000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern haben wir 600 neue zusätzliche Lehre-

rinnen und Lehrer in den Landesdienst einstellen können. Wir haben alle frei gewordenen Stellen wiederum neu besetzen können.

Wir haben dies so getan, damit in diesen Schulen ein wirklicher Zufluss von jungen Lehrerinnen und Lehrern stattfinden konnte. War das nicht auch immer Ihre Forderung, alles ist viel zu alt, obwohl ältere Lehrerinnen und Lehrer auch gute Lehrerinnen und Lehrer sein sollen, wie man selber weiß?

Neue junge Lehrerinnen und Lehrer bringen natürlich auch ganz neue Ideen mit. Wir haben davon in diesem Land für dieses Schuljahr 1 600 neue junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen können. 76 Stellen bei 33 000 Lehrerinnen und Lehrern im Landesdienst konnten am ersten Schultag noch nicht besetzt werden, weil die Fachkräfte dafür fehlten. Dies sind im Übrigen - der Minister hat darauf hingewiesen - im Vergleich zum Bundesland Hessen 76 Stellen zu 250 Stellen in Hessen. Ein Riesenkompiment an die ADD und alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Schulaufsicht. Diese haben offensichtlich viel effektiver als die in Hessen gearbeitet, sonst wären dort nicht 250 Stellen unbesetzt geblieben, obwohl die Dreiviertelstellen nicht angewandt werden.

Wir haben in Rheinland-Pfalz nicht den großen Exitus auf dem Land, der hier beschrieben worden ist. Wir haben das Gegenteil. Sie alle haben auch im letzten Schuljahr Zahlen darüber erhalten, wie viel junge Kolleginnen und Kollegen sich aus den anderen Bundesländern in Rheinland-Pfalz beworben haben. Ich habe es gar nicht glauben wollen und habe aller Heimatliebe zum Trotz gefragt: Warum ist das so?

Dieses war eine größere Zahl als die Gesamtzahl aller rheinland-pfälzischen Bewerbungen. Mehr junge Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern wollten in diesem Bundesland arbeiten als die rheinland-pfälzischen Lehrerinnen und Lehrer, die sich insgesamt hier beworben haben. Es kann wohl nicht an diesem System liegen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es liegt am System hier!)

Es liegt daran, dass es in der ganzen Bundesrepublik bei einigen Fächern schlicht und einfach zu wenig junge Lehrerinnen und Lehrer gibt.

Frau Thomas und Herr Keller, was hat diese Landesregierung getan? Sie hat punktgenau reagiert. Sie hat der Bezirksregierung bzw. den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulaufsicht die Möglichkeit geboten, überall dort aufzustocken, wo sie die Fachkräfte nicht finden konnten, weil sie nicht ausgebildet für die ganze Bundesrepublik vorhanden sind, und junge Lehrerinnen und Lehrer mit vollen Stellen zu versehen. Auf diese Art und Weise - Sie konnten es, weil Sie immer alles in den Zeitungen verfolgen, in den letzten Tagen lesen - wurden zum Beispiel die Fälle in Heidesheim, Nieder-Olm und Klein-Winternheim gelöst. In den Zeitungen wurde jeder Fall

als Erfolgsfall mitgeteilt. Überall dort, wo Sie Ihre Überschriften über das Chaos fanden, waren dann die Überschriften über die gelösten Fälle.

Meine Damen und Herren, des Weiteren ist dargestellt worden, dass am zweiten Schultag Wandertag ist. Wie furchtbar, meinen Sie.

Frau Thomas, ich frage Sie als Psychologin: Was glauben Sie, wie Integration in neu gebildeten Klassen besser durchgeführt werden könnte als dadurch, dass sich Kinder in einer Atmosphäre eines Ausflugs, der gleichzeitig Lehrgang sein kann, kennen lernen?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch an den Haaren
herbeigezogen!)

Hierbei handelt es sich um ein praktisches Instrument, das Lehrerinnen und Lehrer nicht erst seit heute, sondern schon seit Jahrzehnten anwenden. Mein Sohn ist in die IGS Bretzenheim eingeschult worden. Vorhin waren Besucherinnen und Besucher aus dieser Schule hier. In der zweiten Woche bereits wurde dort dieses Instrument angewandt, um die Kinder miteinander bekannt zu machen und um Lehrerinnen und Lehrer zusammenzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde das gut. Ich hoffe, unsere Lehrerinnen und Lehrer lassen sich nicht von Leuten wie Ihnen einreden, dass das scheinbarer Unterrichtsausfall ist. Das ist ein pädagogischer Unterricht auf höchster Qualität.

Ich danke den Lehrerinnen und Lehrern dafür, dass sie dies praktizieren.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Keller, Sie sollten die fortgelaufenen Junglehrerinnen und Junglehrer in den nächsten Wochen an unseren Schulen besuchen und sie fragen, ob das, was in Rheinland-Pfalz jetzt durch 600 zusätzliche Stellen an unseren Schulen passiert, nicht eine wesentliche Verbesserung der Situation darstellt. Mehr könnten wir alle und könnte jeder gebrauchen, und zwar nicht nur der Staat.

Jeder Privatbetrieb könnte mit doppelt so viel Mitarbeitern wahrscheinlich viel lockerer und entspannter arbeiten. Natürlich könnten wir mehr gebrauchen. Zeigen Sie mir das Bundesland in der Bundesrepublik, das es bei Haushaltssituationen, wie wir sie alle haben, geschafft hat, 600 zusätzliche Stellen als Dauerstellen bei einem gleich bleibend hohen Niveau an Vertretungsmitteln an unseren Schulen in den Schuldiensten zu bringen. Das müssen Sie mir erst einmal zeigen. Dann reden wir darüber, dass das alles viel zu wenig sei.

Präsident Grimm:

Frau Kollegin, Sie haben zeitlich deutlich überzogen.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Null, null steht hier.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Das ist von null bis 60.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Ich bitte um Entschuldigung.

Präsident Grimm:

Eine Minute hat 60 Sekunden.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, nicht zu überziehen - das ist auch dem Thema nicht angemessen - und mich ganz kühl auf die Fakten zu beschränken.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bisschen lauter!)

- Das muss ausgesteuert werden. Ich freue mich, dass Sie ein derartiges Interesse an meinen Äußerungen haben.

Ich komme noch einmal zu den Fakten. Ich nehme Bezug auf das, was Frau Brede-Hoffmann gesagt hat. 600 neue Lehrstellen, 3 000 Schüler mehr in Rheinland-Pfalz - das ergibt eine Relation von eins zu fünf. Natürlich wissen wir, dass diese Relation in der Realität nicht so umgesetzt werden kann. Das macht aber deutlich, dass sich die Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz verbessern wird. Das ist eindeutig klar. Daran beißt wirklich keine Maus einen Faden ab.

Wir sind gerade durch diese große Zahl von neuen Stellen in einer Situation, dass insgesamt wegen der Schaffung der 600 neuen Stellen 1 600 Lehrer in Rheinland-Pfalz zum Schuljahresbeginn eingestellt werden. Das ist eine riesige Dimension. Dies erklärt auch, warum in Einzelfällen, wie auch in der Rela-

tion zu anderen Bundesländern, die Einstellung nicht ganz termingerecht erfolgen konnte. Das ist eine besondere Herausforderung gerade wegen der Schaffung dieser 600 neuen Stellen. Das ist eine riesige Dimension.

Auch ich möchte betonen, dass die Schulaufsicht diese Aufgabe hervorragend bewältigt hat. Die verbleibenden Besetzungen werden natürlich von Tag zu Tag weiter erfolgen. Dieser Restbestand wird natürlich auch eingestellt. Das zur Korrektur dessen, was hier an Eindruck vermittelt wird.

Dann zum Thema „Wanderungsgewinn, Wanderungsverlust“. Es ist natürlich leicht, hervorzuheben, dass eine bestimmte Zahl von Lehrerinnen und Lehrern nicht in Rheinland-Pfalz, sondern in anderen Bundesländern eingestellt wurde. Aber der Weg geht auch umgekehrt; er geht auch von anderen Bundesländern nach Rheinland-Pfalz. Dann muss man, wenn man statistisch sauber arbeiten wollte, einmal eine Wanderungsbilanz erstellen. Das ist mit Sicherheit nicht einfach. Es ist auch nicht einfach, die Motive der einzelnen Lehrerinnen und Lehrer nachzuvollziehen, warum sie sich für eine Stelle in diesem oder jenem Land entschieden haben. Die Motive sind sehr unterschiedlich.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Einstellung in Rheinland-Pfalz geradezu zügig erfolgt. Es war eine große Leistung.

Die F.D.P.-Fraktion hat mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, dass die Aufstockung auf ganze Beamtenstellen in einer Dimension erfolgt ist, die unseren Vorstellungen entspricht. Insgesamt 585 Aufstockungen auf ganze Beamtenstellen sind erfolgt. Das ist eine bemerkenswert große Zahl. Alle die, die in diesem Raum den Eindruck erwecken wollen, dass eine sofortige Umwandlung aller Dreiviertelstellen möglich sei, haben entweder von der Situation keine Ahnung oder sie reden wider besseres Wissen. Es ist nicht möglich, alle Dreiviertelstellen in einem Zug umzuwandeln.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Das ist jedem, der die Situation kennt, klar. Es ist auch nicht denkbar, dass man für eine ganze Lehrergeneration die Tür zumacht. Der Abbau der Dreiviertelstellen muss stufenweise erfolgen und natürlich bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation für Lehrer möglichst schnell. Darüber sind wir uns in der Koalition auch einig.

Noch einmal zusammengefasst: Das ist eine besondere Herausforderung. Aber dadurch, dass wir viele neue Lehrerstellen geschaffen haben, ist diese Einstellung im Vergleich zu anderen Bundesländern

(Glocke des Präsidenten)

hervorragend gelungen. Andere Länder haben wesentlich größere Probleme gehabt.

Insgesamt gesehen: Die Unterrichtsversorgung im nächsten Schuljahr wird sich erkennbar verbessern.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner,

Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Keller, es ist richtig, ich trage die Verantwortung für diesen Schulbereich und insbesondere auch für die Situation am Beginn dieses Schuljahres. Ich bin aber nicht bereit, mich an Ihren Interpretationen, sondern nur an den realen Tatsachen messen zu lassen. Ich glaube, diesen Tatsachen sollten wir uns zuwenden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Diese Landesregierung und der Minister haben nie in der Öffentlichkeit oder in diesem Parlament versucht, einen anderen Eindruck zu erwecken. Selbstverständlich gibt es Problembereiche im Zusammenhang mit der Lehrerversorgung und mit den Stellenbesetzungen. Im Wesentlichen sind es drei Problembereiche, einmal die Tatsache, dass es richtig ist, dass wir letzten Endes bei steigenden Schülerzahlen nicht in der Lage sind - daraus haben wir nie einen Hehl gemacht - die wünschbare Zahl von Lehrerinnen und Lehrern in den Schulbereich einzustellen. Wenn dies aber auch öffentlich selbstverständlich klargestellt wird, würde ich erwarten, dass diejenigen, die es kommentieren, auch die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass nach objektiv vergleichbaren Zahlen das Land Rheinland-Pfalz doppelt so viel wie der Bundesdurchschnitt in den 90er-Jahren an zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern eingestellt hat. Nur ein einziges Bundesland, nämlich Hamburg, hat mehr als das Land Rheinland-Pfalz eingestellt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Es gilt, dies in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Das ist sicher eine entscheidende Messlatte zur Beurteilung der Situation. Die Tatsache, dass wir in diesem Jahr - das ist schon mehrfach erwähnt worden - bei einer Größenordnung von ca. 3 000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern 600 zusätzliche Stellen geschaffen haben, spricht zumindest dafür, ohne dass man objektiv vergleichbare Zahlen hat, dass wir uns nicht am Ende, sondern in der Spitzengruppe der Anstrengungen der Bundesländer befinden.

So weit zu dem ersten Problembereich.

Der zweite Problembereich, der existiert und der überhaupt nicht geleugnet wird, ist die Tatsache, dass bundesweit ein Problem bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern in Bezug auf einzelne Schularten besteht, zum Beispiel im berufsbildenden Bereich und in Bezug auf bestimmte Fächerkombinationen. Bekannt ist der Mangel an Informatiklehrern, bekannt ist der Mangel an Musik- und Kunstlehrern, und in der letzten Zeit überraschend hinzugekommen ist der Mangel an Englischlehrern sowohl im Gymnasial- als auch im Realschulbereich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir aber bewerten wollen, wie mit diesem bundesweiten Problem diese Landesregierung und das Land Rheinland-Pfalz fertig geworden sind, dann muss man auch feststellen, dass offensichtlich die Situation, wie sie bei uns geschaffen wurde - dafür trägt eine Landesregierung die Verantwortung -, dass wir ein flexibles Instrumentarium der Reaktion haben, gezielt bedarfsgerecht

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Zweidrittelarbeitsverträge aufstocken können, um gezielt in den Schulen Fächermangel zu beheben, wo er tatsächlich stattfindet, zumindest kein schlechter Weg, sondern, wie sich jetzt herausgestellt hat, ein möglicherweise sehr weiser Weg ist. Da es uns gelungen ist, über den Ansatz in Zeiten eines Überangebots an Lehrerinnen und Lehrern, indem wir viele mit Dreiviertelstellen einstellen konnten, diese jungen Menschen nicht in andere Berufe zu treiben - sie wären für den Schulbereich verloren gewesen -, haben wir jetzt die Möglichkeit, zum Wohl dieses Schulsystems gezielt in Mathematik, Informatik und all diesen Fächern aufzustocken und damit vorhandene motivierte Lehrerinnen und Lehrer hoher Qualifikation im Schulsystem mehr einzusetzen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir bestreiten nicht, dass es Probleme gibt. Das beschreibt nur, wie wir mit diesem Problem umgegangen sind. Es mag sich dann jeder, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, ein eigenständiges Urteil bilden, ob dies ein Chaos ist oder nicht. Das ist letzten Endes die Fähigkeit, in schwierigen Situationen verantwortungsvoll mit dem Problem umzugehen.

Dann gibt es einen dritten Problembereich, den ich nie bestritten habe. Es gibt Probleme bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen, dass offensichtlich - ich betone - bundesweit ein riesiger Wechsel noch am Schuljahresbeginn stattfindet, Zusagen zurückgenommen werden und ähnliche Dinge mehr. Meine Damen und Herren, selbstverständlich gibt es das Problem, dass am ersten Schultag eine junge Lehrerin aus Bonn angerufen hat, dass sie tatsächlich nicht den Job im Großraum Mainz antreten wird, weil ihr der Weg jeden Tag nach Mainz zu weit ist. Natürlich gibt es die Fälle, dass eine Zusage beispielsweise aus Berlin zurückgezogen wird, weil es letzten Endes für viele

attraktiver ist, im Bereich ihres Lebensmittelpunkts eine Stelle anzutreten, wenn sie sie durch eine nachträgliche Zusage bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Problem haben alle. Ich werde dieses Problem noch einmal auf der Ebene der Kultusministerkonferenz zur Sprache bringen. Ich bin nicht bereit, auf dem Altar einer jetzt möglicherweise nach außen guten Verfahrensweise den Grundsatz der Freizügigkeit und der Möglichkeiten, dass sich Menschen ihren Berufsort wählen können, aufzugeben. Mit diesem Problem müssen wir verantwortungsvoll umgehen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich habe auch nie bestritten, dass es spezielle rheinland-pfälzische Probleme bei der Besetzung gibt. Es gibt zwei, von denen Sie eines noch gar nicht erwähnt haben. Wir waren in einer gewissen Zeitnot. Wir haben relativ spät mit dem Besetzungsverfahren angefangen.

(Lelle, CDU: Ursache?)

- Die Ursache ist auch klar. Herr Lelle, auch diese habe ich im Voraus angekündigt. Auf Wunsch der Lehrerinnen und Lehrer, nach Überzeugung der Landesregierung und, soweit ich verfolgt habe, auch mit eindeutiger Unterstützung der Oppositionsparteien sind wir den Weg gegangen, über schulscharfe Ausschreibungen den Schulen mehr Einflussmöglichkeiten bei der Besetzung von Lehrerinnen und Lehrern zu geben.

Jeder, der damals Beifall geklatscht hat, Herr Lelle und Herr Keller, musste wissen, dass dies bedeutet, dass wir dies als vorgezogenes Verfahren vor der eigentlichen Besetzung dazwischenschieben müssen und es dadurch eine Zeitverzögerung gibt. Meine Damen und Herren, es gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass Fortschritte manchmal auch ihren Preis haben. Ich habe immer zu diesem Preis gestanden, und das ist ein Grund für zusätzliche Schwierigkeiten.

Damit nicht genug. Es gibt die zusätzlichen Schwierigkeiten. Wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer irgendwo eine volle Stelle angeboten bekommen, ist es selbstverständlich, dass sie/er diese lieber nimmt als die Dreiviertelstelle, die in Rheinland-Pfalz zur Verfügung steht.

Herr Keller, ich habe das nie bestritten. Der Punkt ist, ich bin stolz darauf, weil ich die Grundprinzipien und die wichtigen Ziele der Politik nicht wie eine geheiligte Monstranz vor mir hertragen will und nur darüber rede, wenn es jedoch ans Handeln geht und möglicherweise Schwierigkeiten auf mich zukommen, den Schwanz einziehe.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich bin stolz darauf, weil die Arbeitsplatzproblematik in der Bundesrepublik Deutschland das zentrale Problem ist und es vor diesem Hintergrund verantwortungslos ist, hoch qualifi-

zierte und gut ausgebildete junge Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken, wenn man sich etwas einfallen lassen könnte, um ihnen einen Arbeitsplatz zu geben. Das ist für mich kein leeres Stroh, sondern ich war bereit, das dazu zu tun, was ich dazu tun kann. Ich kann bei einer vorhandenen Stellenanzahl mehr jungen Menschen eine Beschäftigung geben, wenn ich ihnen Dreiviertelverträge anbiete. Das sind im Land Rheinland-Pfalz über 1 000 Menschen, die wir dem Schulsystem erhalten haben und die sich nun nicht berufsfremd beschäftigen müssen.

(Beifall der SPD -

Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Oder arbeitslos sind!)

Verantwortungsvolle Politik bedeutet aber gleichzeitig, wenn es bei einer solchen Grundsatzentscheidung, die man trägt - ich dachte, Sie tragen sie mit -, einen Nachteil gibt, so ist es klug und weise, die Nachteile, wenn möglich, zu minimieren. Dieses haben wir getan.

Herr Kuhn hat darauf hingewiesen. Herr Lelle, es sind nicht nur die 15 %, die wir, wie versprochen, vorzeitig in volle Beamtenstellen übernommen haben. Es sind die gesamten Stellen mit schulscharfen Ausschreibungen. Es ist die Erkenntnis, dass die Marktlage in der Bundesrepublik Deutschland im berufsbildenden Bereich so ist, dass wir uns die Dreiviertelstellen nicht mehr leisten können. Deswegen wandeln wir alle Stellen in volle Beamtenstellen um.

(Beifall bei SPD und F.D.P. -

Keller, CDU: Sie haben aber lange
gebraucht, um das zu erkennen!)

Wir haben im Realschulbereich den gesamten ersten Jahrgang auf volle Beamtenstellen überführt. Keiner von Ihnen hat das gezielt gefordert.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Das bedeutet, dass jeder, der über diesen Bereich diskutiert, feststellen muss, dass wir das Machbare getan haben und somit echte Nachteile durch die Dreiviertelstellensituation und Besetzungsproblematik vermieden haben. Der Beleg dafür ist, es war symptomatisch, dass in der Aufzählung Ihrer großen Vorbilder Hessen nicht mehr vorgekommen ist. Das ist offensichtlich!

(Beifall bei SPD und F.D.P. -

Zuruf von der CDU: Das sind Altlasten! -
Mertes, SPD: Die Altlasten sind auf
Schweizer Konten, das ist wahr!)

Wenn ich den Zeitungsberichten glauben soll, haben die benachbarten Bundesländer die gleichen, wenn nicht größere Schwierigkeiten, ihre Probleme durch eine Vollzeitbesetzung zu ändern.

Im Übrigen sind es nicht 117, wie Sie gesagt haben. 117 waren die Absagen. Herr Keller, man muss schon genau zuhören. Es waren zum Stichtag am 8. August nur 76 Stellen, die in Rheinland-Pfalz nicht besetzt waren. Ich gehe davon aus, dass es jetzt noch weniger sind. Das bedeutet, dass wir dieses Problem verantwortungsvoll im Griff haben.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich bin nicht zufrieden. Aber ich meine, die objektiven Tatsachen sprechen für sich, dass wir verantwortungsvoll mit dem Problem umgehen; denn zufrieden kann man nur sein, wenn es überhaupt keine Probleme mehr gibt.

Aber es ist sicherlich der falsche Weg, ein Chaos herbeizureden zu wollen, wenn offensichtlich alle denkbaren Möglichkeiten besser genutzt werden als in den Bereichen, die vor vergleichbaren Problemen stehen und damit nicht fertig geworden sind.

Ich sage ein Letztes: Wenn wir dauernd in allen verschiedenen Bereichen, aus welchen Motivationen auch immer, das Problem der so genannten Dreiviertelstellen herausheben, betätigen wir uns im Sinne der selbsterfüllenden Prophezeiung verantwortungslos dafür, dass eine Situation herbeigerechnet wird, die nach objektiven Tatsachen nicht der Realität entspricht. Das kann letztlich nur auf Kosten des Schulsystems gehen.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -

Keller, CDU: Aha! Ach so! -
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Zöllner, es ist immer eine gute Art, mit eigenen Mängeln umzugehen, sie festzustellen, zu erkennen und zu benennen. Aber es bleibt dabei: Sie haben soeben in Ihren Ausführungen dargestellt, was die Landesregierung tut, ist eigentlich eine Mängelverwaltung im Schulwesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich dies auf den Punkt bringen kann, ist es das.

Sie sagen, wir verwalten den Mangel mit dem einen oder anderen Instrument möglicherweise auch ganz gut. Das haben wir Ihnen in verschiedenen Bereichen durchaus zugestanden. Im Unterschied zur CDU haben wir nicht die Dreiviertelstellen für Lehrer zum Hauptthema dieser Aktuellen Stunde gemacht. Ich glaube, damit liegt die CDU auch auf der falschen Linie.

Es gibt Wanderungsbilanzen. Vor einem Jahr gab es eine umfangreiche Anfrage unsererseits dazu, die breit erörtert wurde und in der deutlich wurde, dass die Zuwanderung aus anderen Bundesländern höher ist als die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die sich aus Rheinland-Pfalz in andere Bundesländer bewerben. Herr Kuhn, damals haben Sie sich übrigens noch nicht so gern auf diese Antwort bezogen. Mittlerweile gab es diesbezüglich bei Ihnen einen Gesinnungswechsel. Damals haben Sie gesagt, damit könne man nicht argumentieren; vielmehr müsse man mit der Qualität argumentieren.

Sie waren heute ganz nah an der CDU, die sagt, diejenigen, die in Rheinland-Pfalz bleiben, sind noch die Dummen, die woanders nicht mehr unterkommen. Gefährliche Argumentation für die Lehrerinnen und Lehrer, die an rheinland-pfälzischen Schulen unterrichten!

(Lelle, CDU: Das haben Sie getan, aber nicht wir!)

- Lesen Sie nach, was von Ihnen in der Zeitung zitiert wurde!

(Bruch, SPD: Aber nicht von Herrn Kuhn!)

Ich glaube, das Problem sind nicht die Dreiviertelstellen, sondern das Problem ist, dass es Ihnen grundsätzlich nicht gelungen ist, die tatsächlich notwendige Anzahl an Lehrerinnen und Lehrern in die rheinland-pfälzischen Schulen zu holen und sie auch zu bezahlen. Sicherlich haben Sie im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgeholt. Aber Sie sind damit nicht an der Spitze, sondern Sie müssen immer sehen, von welchem Niveau aus Sie gestartet sind. Meine Damen und Herren von der CDU, dieses Ausgangsniveau haben Sie mit zu verantworten.

Ich möchte sagen - das ist unsere Linie -, es ist notwendig, deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen und deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer zu beschäftigen, wenn man eine solche Mängelverwaltung feststellt. Ich weiß, Sie sagen gern, sie wollen immer nur mehr und mehr. Aber wir haben Ihnen in den vergangenen Beratungen über den Doppelhaushalt Vorschläge gemacht, wie man es finanzieren kann.

(Bruch, SPD: Aber das waren doch keine seriösen Vorschläge!)

Wir haben Ihnen auch Vorschläge darüber gemacht, wie man es umsetzen kann, wenn man im Bildungsbereich tatsächlich eine Priorität setzen will und wenn man das umsetzen will. Sie behaupten in anderen politischen Debatten immer, wie wichtig schulische Bildung und Ausbildung für unsere Kinder und Jugendlichen sowie für deren Zukunft ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Bruch, SPD)

Meine Damen und Herren, das Chaos wird nicht herbeigere-det. Uns wurde das Chaos beschrieben. Genau das haben wir hineingetragen. Wir haben Sie aufgefordert, sich genau damit auseinander zu setzen.

(Schwarz, SPD: Sind Sie denn auch einmal dieser Beschreibung nachgegangen, Frau Thomas?)

- Herr Schwarz, wenn Sie dies tun, indem Sie sagen, ich habe auch immer gern Wandertage gemacht, wenn Sie noch nicht einmal davor zurückscheuen, solche Maßnahmen als pädagogisches Konzept darzustellen,

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

dann sollten Sie sich vielleicht einmal den einen oder anderen Schullalltag im Einzelnen anschauen.

(Schwarz, SPD: Ich erinnere mich noch, dass wir früher zu CDU-Zeiten Wanderklassen hatten!)

Wenn Sie sich auf die 600 Stellen berufen, stelle ich fest, tatsächlich veranschlagt waren 400. Nun sind 200 dazugekommen. Ich finde, dann sollten Sie sagen, dass dies nicht die Leistung des Landes Rheinland-Pfalz ist, sondern dass dies quasi denjenigen Lehrern abgeknipst wurde, die die Altersermäßigung nicht mehr bewilligt bekommen. Mit diesen Altersermäßigungen wollten Sie gegenrechnen, was im Bereich der Altersteilzeit anfängt. Das ist nichts, was das Land zusätzlich aufgebracht hat, sondern diese 200 zusätzlichen Stellen sind Leistungen, die die Lehrerinnen und Lehrer erbracht haben. Dann sollten Sie dies tatsächlich einmal bei den Adressaten benennen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Professor Dr. Zöllner, ich würde Sie heftig unterstützen, wenn Sie es hinbekommen könnten.

(Ministerpräsident Beck: Es ist immer anderer Leute Geld, über das wir hier reden!)

Ich würde Sie wirklich heftig unterstützen, wenn Sie es im Kreis Ihrer Kollegen in der Kultusministerkonferenz schaffen, zu einer anderen Einstellungspraxis zu kommen. Ich glaube, dass es gut wäre, wenn man sich bundesweit zumindest für den Schuljahresbeginn auf einen einheitlichen Stichtag oder einen einheitlichen Einstellungstermin einigen könnte. Damit würde man nicht die Konkurrenz zwischen den Ländern aufheben, was ich überhaupt nicht möchte, aber man würde zumindest die Lehrerinnen und Lehrer, die sich bewerben, dazu bringen, sich frühzeitig im Interesse der Schülerinnen und Schüler zu entscheiden.

(Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, das ist eine Anforderung, die man stellen kann. Dafür würde sich das Engagement auch lohnen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lelle.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst zwei Anmerkungen zu Herrn Kuhn und zu Frau Brede-Hoffmann machen. Sie haben erneut den untauglichen Versuch unternommen, alle Einstellungen als Verbesserungen darzustellen.

(Itzek, SPD: Ist es keine Verbesserung?)

Dies ist aber nicht der Fall. Wiederbesetzungen sind keine Verbesserung der Situation an den Schulen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind keine Verbesserung der Klassenstärke und in Bezug auf die Schüler-Lehrer-Relation sowie die Vertretungsmöglichkeiten.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie müssen einmal genauer zuhören!)

Herr Professor Dr. Zöllner, wenn Sie erneut den Eindruck erweckt haben möchten, dass Rheinland-Pfalz Spitze ist, dann kann ich Sie nur darauf hinweisen, Sie sollten sich einmal die Statistik der Bundesregierung über die Bildungsausgaben vornehmen. Da nimmt Rheinland-Pfalz einen hinteren Platz ein.

Herr Professor Dr. Zöllner, wir waren es, die vor wenigen Monaten gefordert haben, dass wir angesichts der derzeitigen Situation alle Lehrer wieder auf volle Planstellen einstellen sollten.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Dann sollen wir keine neuen Lehrer einstellen? Alle arbeitslos werden lassen? Ja toll!)

Es ist nicht so, wie Sie eben dargestellt haben, wir hätten dies nicht getan.

Herr Professor Dr. Zöllner, es ist bezeichnend, dass Sie in der Darstellung der Ursachen des derzeitigen Zustands einen Faktor ausgeklammert haben. Dazu haben Sie bezeichnenderweise nichts gesagt, nämlich zu den Sonderfaktoren, die in diesem Jahr durch die ADD hinzugekommen sind. Sie haben selbstverständlich Recht, dass es Gründe gibt, die Sie nicht be-

einflussen können, die seitens der Lehrer vorhanden sind. Dagegen kann man auch kaum etwas unternehmen. Darauf zielt unsere Kritik nicht ab. Unsere Kritik geht auch nicht gegen die Bediensteten der ADD, was ich hier noch einmal klar und deutlich sagen möchte. Wir wissen, dass diese sehr engagiert arbeiten, dass sie sogar Überstunden machen, um das Chaos zu beherrschen, von dem Herr Keller zu Recht gesprochen hat.

Lassen Sie mich einmal auf diese Sonderfaktoren kommen. Es ist zum Ersten die innere Struktur der ADD. Die Bediensteten selbst beklagen lange Aktenlaufwege. Sie beklagen die Umständlichkeit und die Verzweigung der Verwaltungswege. Es gibt Leute, die das Ganze inzwischen mit einer Karawane vergleichen. Sie kommt zwar irgendwann an, es fragt sich aber nur wann. Dies ist eine Folge Ihrer Verwaltungsreform. Das war vorhersehbar. Zu Recht hat ein mir bekannter SPD-Spitzenpolitiker gesagt: Ich sage dazu nichts mehr. Ich lasse die Karre an die Wand fahren. - Genau dies ist jetzt eingetreten.

Zum Zweiten möchte ich darauf hinweisen, dass die ADD natürlich von nicht ausreichendem Verwaltungspersonal gebeutelt ist und deshalb Schwierigkeiten entstehen. In den letzten Jahren haben Sie beispielsweise massiv die Schulräte abgebaut. Jetzt brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Verteilung nicht mehr funktioniert. Einen Grund der Schwierigkeiten sehe ich darin, dass in Trier eine ganze Reihe neuer Leute die Schulvorgänge bearbeitet, die zwangsweise keine ausreichende Sachkenntnis besitzen, was man ihnen persönlich nicht zum Vorwurf machen kann, aber es ist nachvollziehbar, die auch ohne Erfahrung im Schulbereich sind. Sie müssen immer wieder bei denen nachfragen, die kompetent sind. Das Ganze verzögert natürlich dann auch Abläufe.

Es ist kein Einzelfall, dass deshalb auch Bewerbungen monatelang irgendwo liegen geblieben und nicht bearbeitet worden sind, dass Bewerbungen für eine Hauptschule im Bereich der Grundschule monatelang geführt werden. Es gibt noch ähnliche Vorkommnisse.

Herr Professor Dr. Zöllner, natürlich stimmt es, dass wir uns auch im Wettbewerb mit den anderen Ländern befinden und dass dies Folgen in Bezug auf Entscheidungen der Lehrer hat. Es ist aber die Frage, wie wir damit umgehen, wie wir als Land in dem Bereich Auswege finden. Ich habe gehört, man denkt nun an Konventionalstrafen für Bewerberinnen und Bewerber, die kurzfristig abspringen. Das hielte ich wirklich für abwegig. Ich kann davor nur warnen.

(Bruch, SPD: Warum?)

- Herr Bruch, würden Sie sich in Ihren Entscheidungen gegen Ihre eigenen Interessen wenden?

(Bruch, SPD: Würden Sie einmal für die Interessen der Schülerinnen und Schüler reden?)

Dies wird doch hier verlangt. Es ist doch verständlich, dass jemand seine Entscheidung danach trifft, ob er in der Nähe seines Heimatorts bleibt, ob er Rücksicht auf seine Frau oder seinen Mann und deren Beruf nimmt. Hier Konventionalstrafen anzudenken, finde ich lächerlich. Sie werden auch ohne Zweifel nicht das bewirken, was sie bewirken sollen. Herr Kuhn, in diesem Punkt kann ich Sie nur auffordern, nicht nur Presseerklärungen abzugeben, sondern sorgen Sie dafür, dass die Landesregierung das umsetzt, was sie sich selbst vorgenommen hat, nämlich mehr und verstärkt auf volle Planstellen einzustellen.

(Glocke des Präsidenten -
Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, als Gäste im Landtag Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungswerks Neuwied, Mitglieder der Deutschen Steuergewerkschaft und eine Seniorengruppe aus dem Rhein-Lahn-Kreis begrüßen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt das Wort.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu meinen Vorrednern. Herr Kollege Lelle, dass die CDU Probleme mit Reformen hat, ist nichts Neues.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das hören wir bei jeder Angelegenheit. Ihre Hinweise auf die ADD sind schon ein wenig merkwürdig. Anzuerkennen ist, dass trotz dieser Umstellung und unter Berücksichtigung des Umfangs der Wiederbesetzungen und der Neueinstellungen Akzeptables geleistet wurde. Ich erkenne nicht, dass es einen gewissen Verbesserungsbedarf gibt. Ich denke, wir werden das im nächsten Halbjahr auf die Reihe bekommen.

Herr Keller, Sie stilisieren einige Einzelfälle zum Chaos. Das sind wir von Ihnen gewohnt. Bei diesen Zahlen, die in Rede stehen, ist es natürlich, dass es Probleme gibt, auch bei der veränderten Situation auf dem Arbeitsmarkt der Lehrer. Der Minister hat darauf hingewiesen. Ich glaube, das ist auch ein Stück nachvollziehbar.

Ich möchte noch eine weitere Anmerkung zu Frau Kollegin Thomas machen. Sie sprechen von Unterfinanzierung und von Mängelverwaltung. Richtig ist, dass wir in der Bundesrepublik insgesamt im Bund, aber auch in den Ländern durch-

aus darüber nachdenken müssen, wie wir verantwortungsvoll mit unseren Finanzen umgehen. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben an diesem Pult schon öfter gesagt, nicht alles ist mit Geld zu machen. Gleichwohl stellen wir 600 Lehrer zusätzlich ein. Ich möchte einmal darauf hinweisen, das sind fast 50 Millionen DM pro Jahr - dies nicht nur für ein Jahr festgeschrieben, sondern für viele Lebensjahre einschließlich der Pensionierung dieser 600 zusätzlichen Kräfte, die wir mit beschlossen haben.

(Ministerpräsident Beck: Es sind
100 Millionen DM, Herr Kollege!)

Zu sagen, das ist uns finanziell nichts wert, ist wohl doch ein bisschen abwegig.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich nicht gesagt! Ich habe
gesagt, es reicht nicht aus!)

Richtig ist aber, wir müssen insgesamt verantwortungsvoll mit dem Geld umgehen und Schwerpunkte setzen. Dies haben wir im Hinblick auf unsere Maßgabe, dass wir die Unterrichtsversorgung insgesamt verbessern wollen, getan.

Das Ganze ist kein neues Thema. Wir haben dies von Schuljahr zu Schuljahr wieder neu debattiert. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben ein längerfristiges Konzept. Ich erinnere zum Beispiel an KOSI, in dem wir schon vor Jahren bestimmte Richtlinien festgelegt haben, die wir jetzt Schuljahr für Schuljahr umsetzen.

Frau Kollegin Thomas, dann von Mängelverwaltung zu reden

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht nur so, dass wir Jahr für Jahr die Unterrichtsversorgung verbessern, sondern es kommt hinzu, dass wir die Qualität an unseren Schulen verbessern.

(Lelle, CDU: Die war ganz
schön schlecht!)

Hinzu kommt, dass wir die Eigenprofilierung unserer Schulen verbessern und die Schulorganisation insgesamt auch auf neue Füße gestellt haben. Ich erinnere nur an das Erfolgsmodell der Regionalen Schule mit dem wohnortnahen Angebot für qualifizierte Schulabschlüsse.

Ich komme zu unserem Thema im engeren Sinn. Ich denke, es ist nachvollziehbar, dass bei der Wiederbesetzung aller Stel-

len - Herr Lelle, Sie haben gesagt, das ist nichts Besonderes; es gibt viele Bundesländer, die dies nicht auf die Reihe bekommen - auch Probleme auftreten.

(Lelle, CDU: Welches?)

Hier in Rheinland-Pfalz erfolgt dies nicht nur in diesem Schuljahr, sondern auch bereits im letzten Schuljahr. Wir nehmen noch zusätzliche Stellen in die Hand. Ich erinnere an Hessen, die noch vor der Wahl großartig getönt haben. Sie haben nicht nur Schwierigkeiten bekommen, die Lehrer zu finden, sondern auch das Geld zusammenzubekommen. In Hessen gab es Eingriffe, die wirklich an die Qualität des Schulsystems gehen. Sie haben bei einer zusätzlichen Schülerzahl von fast 6 000 Schülern lediglich 300 zusätzliche Lehrer in diesem Schuljahr eingestellt. Wir haben es bereits gehört, auch dabei haben sie Schwierigkeiten, die entsprechenden Leute zu finden.

Ich denke, bei diesen neuen Einstellungen sollten wir ein Stückchen stolz darauf sein, dass wir es bei der Finanzlage in unserem Land hinbekommen haben. Dies hat dazu geführt, dass wir eine Verjüngung des Lehrkörpers haben, die nochmals durch die Dreiviertelstellen potenziert wird. Das sind zusätzlich 1 000 Lehrer, die wir sonst nicht vom Arbeitsmarkt hätten einstellen können. Wir erleben damit auch Innovationen, die junge Lehrer von der Ausbildung her mitbringen, die auch in den Schulen Platz greifen können. Das sollten wir dabei nicht verkennen. Wir wollen dies. Deshalb ist auch so verfahren worden.

Meine Damen und Herren, mit diesen Dreiviertelstellen ist es eine Frage der Zeit. Wir sind gut beraten, damit flexibel umzugehen.

Herr Kollege Lelle, Sie würden es vermutlich gar nicht anders machen. An der Stelle, an der es Engpässe gibt, zum Beispiel im berufsbildenden Bereich, haben wir schon in einzelnen Mangelfächern volle Verträge vergeben. Wir sind soweit, dass wir es in der berufsbildenden Schule durchgängig machen. Der Minister hat es dargestellt, wie wir bei anderen Schulen verfahren.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist eine sinnvolle Sache. Wenn wir das von heute auf morgen in Gänze tun würden, würden wir jegliche Flexibilität vergeben.

Es ist also nicht so tragisch. Der Minister hat gesagt, bereits in der ersten Woche ist vieles abgearbeitet worden von diesen 76 Lehrern. Ich selber habe inzwischen drei Schulen besucht. Dort läuft das recht vernünftig. Einige Neuerungen kann man feststellen. Der Schulalltag stellt sich doch ein bisschen anders dar, als es der eine oder andere wahrhaben will.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Thomas, es ist zunächst einmal respektabel, dass Sie die Leistungen, wenn auch nicht in allen Bereichen, der Landesregierung im Bildungssektor anerkannt haben.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie haben das getan. Es ist respektabel.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich sage Ihnen gleich noch etwas dazu!)

Das dient einer differenzierten Betrachtungsweise, die wir eigentlich beabsichtigen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich argumentiere immer differenziert!)

Ich teile aber nicht Ihre Einschätzung der gegenwärtigen Situation. Da haben wir das Problem der selektiven Wahrnehmung. Ich persönlich lebe auch in einem Umfeld. Ich habe drei Kinder im Schulbereich. Ich kenne die Schulsituation in meiner Stadt recht genau. Ich muss Ihnen widersprechen. Dieser Eindruck hat sich bei mir mit Sicherheit nicht verfestigt. Übrigens hat man in dieser Schule auch einen Wandertrag am zweiten Tag veranstaltet. Das macht sie aber schon seit 15 Jahren, glaube ich. Das ist kein Indiz dafür, dass sie Probleme hatten:

Die Probleme werden im Sinne der selektiven Wahrnehmung natürlich sehr unterschiedlich gewichtet und dargestellt. Das ist auch im Leben so. Das muss man anerkennen, dass die Opposition natürlich dazu neigt, die Dinge schwarz zu malen. Das registrieren wir auch.

Wir haben dann das Problem, mit dem Wünschbaren und Machbaren angemessen umzugehen. Auch dabei sind wir unterschiedlicher Meinung. Natürlich haben wir auch Wünsche, die über das hinausgehen, was wir im Augenblick leisten können. Daran besteht kein Zweifel. Dass Sie selbstverständlich das Wünschbare umsetzen wollen, verstehe ich auch. Aber wir tragen die Gesamtverantwortung für dieses Land. Bei den begrenzten Ressourcen, die wir haben, müssen wir damit verantwortungsvoll umgehen. Das tun wir. Mit Sicherheit kommt der Schulbereich in diesem Gesamtkomplex nicht schlecht weg.

Herr Lelle, ich möchte Ihnen widersprechen. Ich habe nie den Eindruck erweckt, dass wir insgesamt 1 600 neue Lehrerstel-

len geschaffen haben. Das sage ich noch einmal zur Redlichkeit. Es sind 600. Es gibt aber 1 600 Einstellungen von Personen insgesamt, also auch die Wiederbesetzungen.

Ich möchte das, was Sie zur ADD gesagt haben, genau umkehren, das heißt, es ist hoch anerkennenswert, dass in der Phase der Umstrukturierung diese Behörde, die ADD, in der Lage war, diese riesige Aufgabe, die eine Sondersituation darstellt, wie mehrfach dargelegt wurde, so zu bewältigen. Werin zu diesem Zeitpunkt weniger als 5 % am ersten Tag noch nicht realisiert waren - - - In anderen Bundesländern sind es mehr. Diese haben auch nicht die Schwierigkeit, eine Verwaltung neu zu strukturieren. Ich habe nicht verschwiegen, dass es nicht einfach ist, auf einen Schlag eine funktionierende neue Struktur zu schaffen. Es ist geradezu ein Beleg dafür, wie weit diese Umstrukturierung vorangeschritten ist, sonst hätte diese riesige Aufgabe so nicht bewältigt werden können.

Herr Lelle, Sie haben die kurzfristigen Absagen thematisiert. Ich will nicht fordern, dass entsprechende Restriktionen stattfinden sollten. Ich möchte aber auf eines hinweisen: Wenn ich einen Vertrag unterzeichnet habe und mich als Lehrer verpflichtet habe, eine bestimmte Stelle anzunehmen, dann sollte man davon ausgehen, dass ich diese Verpflichtung, diesen Vertrag einhalte. Wir haben nicht nur in der Bundesliga das Problem, dass Doppelverträge abgeschlossen werden. Das ist ein Phänomen, das wir mit Sicherheit nicht begrüßen können. Das hat mit Freizügigkeit nichts mehr zu tun. Wenn wir soweit kommen, dass angehende Lehrer in mehreren Bundesländern gleichzeitig Verträge abschließen und ohne jede Reaktion am letzten Schultag möglicherweise drei bis vier Absagen machen, dann haben wir natürlich ein zusätzliches Problem. Man muss lernen, damit umzugehen.

Danke.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich noch einmal der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kuhn, ich muss doch noch einmal ein paar Töne zu dem sagen, was Sie geäußert haben. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so wundern. Wir argumentieren immer differenziert in der Bildungspolitik. Wir haben durchaus das, was es an Neuerungen gab, auch kritisch begleitet. Wenn es neue Einstellungen gab, haben wir dies vor allen Dingen begrüßt. Aber wir sagen auch, es reicht nicht aus. Wir haben einzelne Instrumente sehr kritisch begleitet. Ich glaube, wir kommen unserer bildungspolitischen Verantwortung mehr nach, als Sie das

tun. Ich habe das Gefühl, die F.D.P. und Sie vorneweg entziehen sich im Moment der bildungspolitischen Verantwortung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf von der SPD)

Während im ganzen Land diskutiert wird, funktioniert der Unterricht, sind genügend Lehrer und Lehrerinnen an allgemeinbildenden Schulen, an berufsbildenden Schulen usw. vorhanden, ergeht sich Herr Kuhn, als hätte er mit all diesen Problemen nichts zu tun, in Überlegungen, wie man bei den teuren Schulbuchpreisen etwas ändern und die Eltern entlasten könnte. Das ist ein gutes Ansinnen. Sie und ich waren noch nicht im Landtag, aber wenn Sie im Protokoll nachlesen, müssen Sie feststellen, dass damals die F.D.P. die Lernmittelfreiheit mit aufgehoben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Dr. Kuhn, F.D.P.)

Ferner ist das Instrument, das sie vorgeschlagen haben, völlig untauglich ist. Was ist das für ein Vorschlag, wenn Sie die Bindungszeit für Bücher verlängern wollen? Damit tragen Sie doch nur dazu bei, dass im Zeitalter des Internets und der dauernden Flut neuen Wissens noch mehr Schülerinnen und Schüler länger mit alten Büchern lernen müssen. Das ist doch im Prinzip Ihr Vorschlag.

(Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Noch pikanter ist es doch, wenn man beklagt, dass es einen Anteil von 3 % strukturellem Unterrichtsausfall und einen viel höheren Anteil an temporärem Unterrichtsausfall gibt, dann aber die F.D.P. nichts besseres zu tun hat als zu sagen, die besten Lehrer im Land ziehen wir zusammen, wir wollen eine Eliteschule. Was interessiert uns in der F.D.P. denn, was in den einzelnen anderen Schulen stattfindet? Wir suchen uns die besten zusammen, und eigentlich müsste man hier im Land nach einer Eliteschule suchen.

Ich will deutlich machen, dass wir für die individuelle Förderung der Schüler und Schülerinnen sind und natürlich auch für die individuelle Förderung der Hochbegabten. Aber ich halte dieses Instrument, für das Sie noch von der CDU Unterstützung bekommen, für völlig untauglich und für völlig unangebracht in dieser Argumentation. Es wäre zehnmal besser, wenn Sie es vorantreiben würden, dass einzelne Schulen eine klarere Profilbildung machen können und damit werben können. Dafür gibt es Ansätze.

(Lelle, CDU: Das hat mit Hochbegabung nichts zu tun!)

- Natürlich. Sie, Herr Kuhn, versuchen, dem Bildungsminister den Unterrichtsausfall aufzubürden, und wollen dann überall im Land so kleine Sahnehäubchen hinterlassen. Ich sage Ih-

nen, Sie stellen sich aus der Verantwortung für die Bildungspolitik dieser Regierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das musste in diesem Zusammenhang einmal festgestellt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Kuhn, F.D.P.: Ich muss mein Lob
wieder zurücknehmen!)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Josef Keller das Wort.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion vonseiten der Vertreter der Regierungsfractionen und der Regierung war wie gehabt.

(Franzmann, SPD: Hervorragend! -
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ihre auch!)

Wenn man die Regierungsvertreter und die Vertreter der Regierungsfractionen hört, dann ist eigentlich alles in Butter. Dann bräuchte man sich gar nicht aufzuregen. Ich sage Ihnen jetzt einmal - Herr Ministerpräsident, hören Sie bitte einmal gut zu, ich helfe Ihnen doch -

(Ministerpräsident Beck: Es läuft alles
wie geschmiert, Herr Keller,
das wissen Sie doch!)

- Ich helfe Ihnen doch. Ja? Das sage ich jetzt auch als CDU-Vertreter aus Ludwigshafen, der durchaus respektable Erfolge über Ihre Parteigenossen erzielt hat und demnächst noch erzielen wird.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Hochmut kommt vor dem Fall. So haben es die Ludwigshafener Sozialdemokraten in den letzten Jahrzehnten immer gemacht. Sie haben gemeint, sie wüssten, wo die Bevölkerung der Schuh drückt.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben alles ignoriert. Jetzt haben sie die Quittung bekommen. Demnächst bekommen sie die weitere Quittung.

(Ministerpräsident Beck: Schauen
Sie einmal in den Spiegel!)

So wird es hier auch weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Dr. Schmidt hat die Sache auf den Punkt gebracht.

(Zuruf von der SPD: Sind wir
hier im Stadtrat?)

Er hat nämlich gesagt: Alles nicht so tragisch. -

Ich verspreche Ihnen eines, diese Aussage werden wir landesweit verbreiten. Ich habe eine gewisse prophetische Gabe. In Ludwigshafen hat sich das wiederholt bewiesen.

(Heiterkeit im Hause und
Beifall bei der CDU)

Dann wird diese Regierung hoffentlich auch tragisch enden.

Herr Minister, Sie haben zu Beginn Ihrer zweiten Ausführungen gesagt, dass Sie sich an Tatsachen messen lassen und nicht an Interpretationen.

(Staatsminister Prof. Dr. Zöllner:
Ich habe nur eine gemacht!)

Nun ist es einmal so, Tatsachen sind nun einmal die Grundlage für Interpretationen, aber die Tatsachen stehen an erster Stelle. Jetzt messe ich Sie einmal an diesen Tatsachen. Sind es keine Tatsachen, dass zu Schuljahresbeginn massive Vertretungen notwendig waren? Sind es keine Tatsachen, dass Klassen zusammengelegt wurden? Sind das keine Tatsachen, dass Klassen aufgeteilt oder nach Hause geschickt wurden?

(Zurufe von der SPD)

Das ist ein wahrhaft geglückter Start. Wenn jetzt die sehr geschätzte Kollegin Frau Brede-Hoffmann meint, jetzt wieder das Ganze, dass gleich zu Schuljahresbeginn Wandertage angesetzt wurden, also nach sechseinhalb Ferienwochen dann dies die erste pädagogische Glanztat ist, dass man den Kindern sagt, „Jetzt gehen wir wieder hinaus ins Grüne“, dann verstehe ich diese Pädagogik nicht.

(Beifall der CDU)

Das ist natürlich der Ausfluss dieser Spielschule, die Frau Dr. Götte zu verantworten hat. Nur mit Spielschule können wir unsere Kinder nicht für die Zukunft fit machen.

(Beifall der CDU)

Die Schule ist in erster Linie dazu da, dass die Kinder etwas lernen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sind wir
wieder bei der Kuschelecke vom
Herrn Böhr angelangt?)

Verursacht wurde dieses Chaos zu Schuljahresbeginn - der Herr Minister hat es jetzt auch ein bisschen zugegeben -

durch die Einstellungsbedingungen dieser Landesregierung. Wir haben sie in der Vergangenheit im berufsbildenden Bereich gedrängt. Der Opposition konnten Sie natürlich nicht folgen. Das verstehe ich noch. Aber dann ist der Kollege Kuhn von der F.D.P. hingegangen und hat unsere Förderung aufgegriffen.

(Kuhn, F.D.P.: Ach!)

Natürlich hat dann diese Oppositionsforderung eine ganz andere Qualität bekommen. Dann klappte es plötzlich. Lieber Herr Kuhn, auf Sie ist in vielen bildungspolitischen Dingen Verlass. Üben Sie jetzt bitte einmal weiter Druck auf den Minister aus, dass er jetzt endlich einmal kapiert, dass es auch Fächerkombinationen gibt, die wir dringend brauchen, und wir uns nicht den Luxus erlauben können, dass die Baden-Württemberger und vielleicht auch die Hessen - wen ich jetzt genannt habe, ist unerheblich -

(Heiterkeit bei der SPD)

wir wissen nur - ich habe auch das Saarland genannt; das haben Sie nicht genannt -, egal wo die hingehen, wir müssen verhindern, dass Lehrer, die bei uns ausgebildet wurden und die wir hier dringend brauchen, abwandern.

(Beifall der CDU)

Dann müssen Sie die Einstellungsbedingungen attraktiver machen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie das nicht hinbekommen, dann sind Sie fehl am Platz.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD,
begibt sich zum Rednerpult)

Präsident Grimm:

Wie Sie sehen, spricht nun die Abgeordnete Frau Brede-Hoffmann für die SPD-Fraktion.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Entschuldigung. Heute habe ich es mir irgendwie beim Herrn Präsidenten verdorben. Herr Präsident, Entschuldigung. Ich danke für die Worterteilung.

Herr Keller, wenn Sie jetzt einen Schulaufsatz - das gilt übrigens auch für Frau Thomas - über die Aussprache zu meiner Mündlichen Anfrage hätten schreiben sollen, dann hätten Sie

von sich selbst als Lehrer ganz bestimmt eine Fünf oder vielleicht sogar eine Sechs bekommen. Frau Thomas hätte ihren Aufsatz zurückbekommen, und da hätte druntergestanden: Warum schreibst du eigentlich nicht zu dem Thema, zu dem wir heute diskutieren wollten?

Die Hochbegabten waren heute wirklich nicht das Thema. Aber Sie haben es nett formuliert.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich weiß, darüber reden Sie nicht
gern, Frau Brede-Hoffmann!)

Eigentlich stehlen wir uns heute ein bisschen die Zeit, indem wir über Dinge diskutieren, die wir demnächst machen wollen. Schade drum!

(Dr. Altherr, CDU: Ihre Ausführungen
werden gar nicht gelesen!)

Herr Keller hat den schönen Satz über seine Rede geschrieben: „Das ist ja unerheblich“. Die meisten Ihrer Argumente waren es leider auch. Ich habe verzweifelt versucht, mir etwas von Dingen aufzuschreiben, die Sie uns vorwerfen, mit denen man sich jetzt wirklich heftig auseinander setzen könnte. Das ist mir im Moment nicht gelungen. Das muss ich deutlich sagen.

(Keller, CDU: Das kann aber
an Ihnen liegen!)

Ich komme zu Herrn Lelle; denn er hat ein Thema angesprochen, das ich im Rahmen dieser Anfrage relevant finde: Wie gehen wir mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Schulbereich um, die Verträge unterschrieben haben und sie dann nicht einhalten?

Herr Lelle, Ihre Partei vergleicht sonst immer Dinge mit der Privatwirtschaft und findet das wichtig und richtig, dass wir dort auch hinschauen, wie das alltägliche Leben ist. Ich denke, das ist gar nicht so verkehrt als Ansatz. Wie ist denn das alltägliche Leben in der Privatwirtschaft, wenn jemand einen Arbeitsvertrag unterschreibt und dann am Morgen, an dem er die Arbeit antreten soll, im Betrieb maximal anruft, vielleicht auch gar nichts tut, und die Stelle einfach nicht antritt? Der Privatbetrieb nimmt das so hin wie einen schlechten Regen und sagt: Macht nichts, der Mensch möchte nicht kommen.

Scheinbar soll Vater Staat - in dem Fall die Schulverwaltung - in Ihren Augen auch einfach sagen: Das ist aber schade, dass Sie nicht kommen, wir hätten Sie so gern gehabt, aber wenn Sie es denn nicht wollen, alles Gute für Ihr Leben. - Ich denke, so kann man mit dem Thema nicht umgehen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wie man reagiert, das ist die Aufgabe der Kultusministerkonferenz. Dem können wir hier sicherlich nicht vorgreifen. Aber dass man reagieren muss, dass dieses Problem diskutiert werden muss, nicht das Problem, das Herr Kollege Rosenbauer angesprochen hat, dass es Kolleginnen und Kollegen gibt, die irgendwo anders als im Land Rheinland-Pfalz arbeiten wollen, obwohl sie hier eine Ausbildung finanziert bekommen haben - ganz richtig bemerkt -, das ist sicherlich nicht das Problem. Aber dass man mit denen umgehen muss, die sagen: Ich unterschreibe etwas, aber ich komme dann nicht, weil es irgendwo anders etwas schöner ist, das sage ich euch aber nicht -, ist klar. Ich hoffe sehr, dass wir uns darüber einig sind und dass die Kultusministerkonferenz eine adäquate Reaktion dazu erarbeitet, dass wir uns mit dem Thema das nächste Mal nicht mehr beschäftigen müssen.

Ich finde es aber wirklich ganz erstaunlich in einer Zeit von Forderung nach Mobilität, die wir übrigens an 15jährige Auszubildende stellen, zu sagen, Lehrerinnen und Lehrer, die in Rheinland-Pfalz ausgebildet worden sind, dürfen dann auch nur hier arbeiten. Am besten schließen wir irgendwelche Tore zu, damit die nicht davonlaufen. Europa ist eine der Aufgaben, die wir alle zu bewältigen haben. Mobilität ist eine der Selbstverständlichkeiten, die wir von uns selbst erwarten.

Jung ausgebildete Menschen sollten das Recht darauf haben zu sagen, nicht in diesem Bundesland, sondern in einem anderen suche ich mir einen Arbeitsplatz. Wir begrüßen nämlich - Gott sei Dank - auch freudig diejenigen, die dieses Recht, aus anderen Bundesländern kommend, bei uns wahrnehmen und bei uns arbeiten. Unsere jungen ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer sollten dieses Recht auch behalten. Deshalb finde ich auch eine Frage, wie viel haben der junge Mann X und die junge Frau Y das Land Rheinland-Pfalz gekostet, die jetzt in Bayern oder Schleswig-Holstein arbeiten, schon ziemlich nahe gehend an das Grundrecht auf freie Berufswahl. Ich finde es nachgerade erstaunlich, dass Sie das in einer Mündlichen Anfrage unterbringen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Noch ein paar Worte zu dem, was Schulrealität in Rheinland-Pfalz ist: Es ist Ihnen offensichtlich völlig entgangen, dass zehn neue Regionale Schulen entstanden sind, wir dafür Lehrerinnen und Lehrer dorthin geschickt haben, wir dort die Organisationsstrukturen durch zusätzliche Stunden stützen und wir dort ordnungsgemäß die im Aufbau befindlichen Schulen unterstützen. Das haben Sie offensichtlich nicht gemerkt.

Was Sie offensichtlich auch nicht gemerkt haben, zumindest hat es Ihnen scheinbar keiner erzählt: Wir haben in diesem Jahr - ich begrüße dies außerordentlich - bei den 600 Stellen, die neu und zusätzlich gekommen sind, einen Schwerpunkt auf das berufsbildende Schulsystem gelegt, ein Schulsystem, das einen großen Teil unserer jungen Menschen qualifiziert, in diesem Land und für dieses Land künftig qualifiziert arbeiten zu können.

(Glocke des Präsidenten)

Wir werden dort - das können Sie in den nächsten Wochen hoffentlich lesen - Unterrichtsausfälle minimieren. Das ist richtig und wichtig.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Sehr geehrte Frau Thomas, Sie sind jetzt auch bildungspolitische Sprecherin geworden. Es ist eine schwierige Aufgabe. Diese Doppelfunktion ist mir auch wohl vertraut. Ich erkenne es an, dass man am Anfang ein paar Probleme hat. Aus diesem Grund möchte ich etwas richtig stellen.

Übrigens: Das partielle Lob, das Sie auch meistens differenziert äußern, muss ich im Hinblick auf das, was Sie zum Schluss gesagt haben, wieder zurücknehmen. Aber ich möchte etwas richtig stellen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es sollte auch kein Lob sein!)

- Entweder haben Sie es nicht genau gelesen oder Sie streuen hier Botschaften, die absichtlich und böse die Dinge verfälschen.

Wir haben - unserer Fraktion und anderen ist es seit längerer Zeit zugetragen worden - in der Tat ein Problem, was die Einführung neuer Schulbücher anbelangt. Das möchten wir gern einmal untersucht haben, und zwar nicht mit der Intention, möglichst lange alle Schulbücher zu erhalten, um zu verhindern, dass unsere Schüler sich angemessen informieren. Das ist eine böse Unterstellung. Vielmehr wollen wir überprüfen lassen, ob der Verdacht gerechtfertigt ist, dass nach der Aufhebung dieser Bindung häufig zu schnell und ohne Not neue Schulbücher eingeführt werden mit der Folge, dass Familien mit mehreren Kindern nicht mehr in der Lage oder nicht mehr so häufig in der Lage sind wie früher, die Schulbücher der Geschwister zu gebrauchen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Missglückter Versuch, populär zu sein!)

Diese Belastung der Familien, wenn sie vermeidbar ist, wollen wir verhindern und diesen Familien helfen.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Wenn Sie das so perfide herumdrehen, wie Sie dies eben getan haben, dann muss ich noch einmal sagen, dann ist dieser positive Eindruck bei mir total ---

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie haben erst einmal die völlig falsche Information gegeben, und dann haben Sie diese noch herumgedreht, als wären wir als Fraktion daran interessiert, dass die Schüler in diesem Land nicht mehr angemessen lernen. Also bitte, lassen Sie dies in Zukunft sein, oder wir müssen uns ein bisschen schärfer auseinander setzen. So geht das nicht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh ja!)

Was ich noch sagen wollte: Da versucht die CDU, möglicherweise verständlicherweise, irgendeinen Keil hineinzutreiben. Das ist nicht notwendig oder nicht von Erfolg gekrönt.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Ich will dies noch einmal deutlich darstellen: Wir sind uns in der Koalition völlig einig, was die Einstellungspraxis anbelangt. Es wurde deutlich gesagt, das Bildungsministerium reagiert angemessen, wohl überlegt und auch mit unserer Unterstützung auf die Einstellungssituation, auch im Hinblick auf die Schaffung von Beamtenstellen. Ich habe eben die Zahlen vom Mai - weit über 500 - genannt. Wir sind, was die Konzeption anbelangt, völlig einer Meinung.

Danke.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren, gestern hat bei der Diskussion über Gewalt gegen Rechts Herr Kollege Dr. Braun ausweislich des Protokolls behauptet, dass Herr Kollege Creutzmann über eine Zählgemeinschaft der F.D.P. mit den Republikanern einen Ausschusssitz im Verwaltungsrat der Sparkasse über den Kreistag Ludwigshafen erhalten habe.

Dazu möchte Herr Kollege Creutzmann eine persönliche Erklärung gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Landtags abgeben.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorwurf des Abgeordneten Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN, in der Plenarsitzung vom 16. August 2000, ich hätte im Kreistag Ludwigshafen über den Weg einer Zählgemeinschaft mit den Republikanern einen Sitz im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Ludwigshafen erhalten, ist falsch.

1.: Ich habe einen Sitz im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Ludwigshafen aufgrund einer Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, F.D.P. und FWG erhalten.

2.: In seiner Sitzung am 18. Oktober 1999 hat der Kreistag über den Wahlvorschlag der Mitglieder und Stellvertreter des Verwaltungsrats der Kreissparkasse ausweislich des Protokolls des Kreistags wie folgt abgestimmt: 39 Ja- und eine Neinstimme.

(Schweitzer, SPD: Er sollte sich einmal entschuldigen, der Dr. Braun!)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Zu § 33!)

- Bitte?

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie möchten dazu eine persönliche Erklärung abgeben.

Herr Dr. Braun, bitte schön.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach § 33 der Geschäftsordnung des Landtags kann ich noch einmal erklären, was der Hintergrund meiner gestrigen Ausführung war. Er ist dem Protokoll der Ratssitzung des Kreistags zu entnehmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Elster, sagte - ich zitiere -: „Eine Einbeziehung der Republikaner in eine Zählgemeinschaft würde deren Mitgliedschaft in lediglich zwei Ausschüssen garantieren.“

Dazu führt Herr Creutzmann aus - ich zitiere -: „Herr Creutzmann führt aus, dass es nach den Grundsätzen der Demokratie nicht angehen könne, bei Fraktionen mit gleicher Sitzstärke diese unterschiedlich zu behandeln und eine dieser Fraktionen auszugrenzen.“ Gemeint sind die Republikaner.

Nicht Herr Creutzmann persönlich hat den Sitz erhalten, sondern natürlich die Koalition. Es werden keine persönlichen Sitze vergeben. Eine Zählgemeinschaft von SPD und GRÜNEN

war angekündigt. Dann hätte der Verwaltungsrat eine Verteilung von fünf zu vier Sitzen gehabt, und der eine Sitz wäre gelöst worden, wenn keine Zählgemeinschaft von keiner Seite bestanden hätte. Daraufhin haben FWG, F.D.P. und CDU eine solche Zählgemeinschaft gemacht, sodass die Verteilung im Verwaltungsrat sechs zu drei Sitze ergibt. Es ist auch so protokolliert, dass dies sechs zu drei Sitze sind.

Herr Creutzmann, ich möchte dies so richtig stellen, indem ich Sie auffordere, dafür zu sorgen, dass Ihre Zählgemeinschaft, die Sie hatten, einen Sitz zurückgibt. Es ist mir egal, ob das der Ihre ist oder einer Ihrer CDU-Mitglieder im Kreistag. Sie müssen dafür sorgen, dass Sie nicht von den Republikanern, mit Unterstützung der Republikaner, einen Sitz erhalten. Welcher Sitz dann zurückgegeben wird, ist zweitrangig. Aber der Sitz, der aufgrund dieser Zählgemeinschaft dazugewonnen wurde, muss meiner Meinung nach zurückgegeben werden. Ich nehme auch an, dass das die Meinung des gesamten Parlaments ist.

(Dr. Altherr, CDU: Nein,
das ist sie nicht!)

Vielen Dank.

Präsident Grimm:

Zur Erwiderung erteile ich Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Abgeordneter Dr. Braun, das ist falsch. Sie haben das Protokoll einer Sitzung des Kreistags zitiert, die am 6. September 1999 stattgefunden hat. Ich wiederhole, dass in der Sitzung am 18. Oktober 1999 keine Zählgemeinschaft gebildet worden ist. Laut Protokoll ist ein Vorschlag unterbreitet worden, der mit 39 Ja-Stimmen und einer Enthaltung verabschiedet worden ist. So hat der Kreistag den Verwaltungsrat der Kreissparkasse gewählt.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Punkt abgeschlossen.

Ich rufe nun Punkt 4 der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

a) „Aktuelle Weinmarktsituation“
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6043 -

b) „Haltung der Landesregierung zur Aussetzung
von (zwangsweisen) Rückführungen von
Bürgerkriegsflüchtlingen in Anbetracht
der Situation in den Zielländern“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6046 -

Nach dem ersten Teil der Aktuellen Stunde werden wir in die Mittagspause eintreten.

Zu dem ersten Thema spricht für die antragstellende CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Anheuser.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs die positiven Signale aus dieser Situation herausarbeiten. Der Vegetationsstand ist witterungsbedingt sehr gut. Die qualitativen und quantitativen Erwartungen an die Ernte sind bestens. Nach meiner Einschätzung werden wir wahrscheinlich einen Jahrgang wie im Jahr 1959 bekommen. Ich gehe aber davon aus, dass das die einzigen positiven Signale bezüglich der Weinmarktsituation sind.

Nach Einschätzung - wahrscheinlich Überschätzung - der Landesregierung wird dieser witterungsbedingte Vorteil nur noch von Ihnen reklamiert werden. Mit der frühen Ernte wird sehr wahrscheinlich der Bedarf an Federweißem vornehmlich durch deutsche Ware besetzt werden. Das wird aber nicht zu einer merklichen Besserung führen.

Zu den Fakten: Der Landesregierung sind die Altbestände zum 31. August 1999, die Übermengen aus dem Jahr 1999 und die Übermengen aus älteren Ernten bekannt. Die Ergebnisse der Ernte 1999 waren prognostiziert, sind aber spätestens seit Dezember der Landesregierung bekannt, sodass die Ergebnisse sehr wohl hochgerechnet werden konnten.

Die Absatzzahlen sprechen ein bedeutendes Wort. Sie sind so schlecht wie nie zuvor. Die Keller der 25 000 Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz sind voll. Wein wird von den Banken aber nicht mehr als Sicherungsanlage angesehen. Welche Aktivitäten und Initiativen hat die Landesregierung in Angriff genommen? - Keine!

Seit dem 15. Februar 2000 dürfte der Landesregierung bekannt sein, dass die anstehende Änderung des Weingesetzes das Dreistufenmodell einführt. Welche Aktivitäten und Initiativen seitens der Landesregierung sind bekannt? - Keine! Weshalb wurde nicht versucht, mit den Sektkellereien im Land Vereinbarungen zu treffen, um für den Veredelungswein genügend Absatz zu schaffen?

Meine Damen und Herren, seit der Tagung der Assemblée des Régions Européennes Viticoles (A.R.E.V.) am 19. Mai in Griechenland ist bekannt, welche besonderen Maßnahmen im Weißweinsektor möglich sind. Auf dieser Konferenz habe

ich mich dafür stark gemacht, und die Konferenz hat das so beschlossen. Ich habe zweieinhalb Stunden mit dem Direktor der Kommission gesprochen. Es ist erarbeitet worden - das habe ich der Landesregierung mitgeteilt -, dass Destillationsmaßnahmen und andere Maßnahmen darstellbar sind. Auch diesbezüglich hat die Landesregierung keine Aktivitäten und Initiativen in Angriff genommen. Wir sind lediglich auf die Trinkweindestillation bis zum 1. September 2000 vertröstet worden.

Das führt dazu, dass die heutige Lage der Winzerbetriebe so schlecht wie noch nie zuvor ist. Ich kenne die Weinmarktsituation seit dem Jahr 1942. So schlecht wie jetzt ging es der deutschen Weinwirtschaft noch nie. Darüber hinaus ist die Weinwirtschaft in Rheinland-Pfalz noch stärker betroffen als die anderer Bundesländer.

Die CDU-Fraktion fordert deshalb ein Notprogramm. Wir hätten gern unter maßgeblicher Förderung des Landes zum frühestmöglichen Termin ein professionelles Marketing für den Transport, die Erfassung, die Lagerung usw. von Weinen, die der Destillation zugeführt werden. Wir fordern Sie auf, Platz für die neue Ernte zu schaffen, weil wir ansonsten bei finanziellen Engpässen in den Betrieben keine Möglichkeit sehen, voranzukommen.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, wir fordern Sie nachdrücklich auf: Tun Sie jetzt etwas! Bezüglich dieser Maßnahmen ist es nicht fünf nach zwölf, sondern schon halb eins. Wir müssen endlich auf die Winzer zugehen und ihnen genau sagen können, was wir noch für den Herbst 2000 retten können, weil sonst eine Hilfestellung nicht mehr durchführbar sein wird und die herausragenden Aussichten für die Ernte im Jahr 2000 in den Betrieben nicht ordentlich verifiziert werden können.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Franzmann das Wort.

Abg. Franzmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Anheuser, ich nehme Ihnen ab - gerade Ihnen ganz besonders -, dass Sie sich in hervorragender Weise Sorge um die rheinland-pfälzischen Weinbaubetriebe und Winzer machen. Sie haben einige Punkte vorgetragen, die aber nicht neu sind, weder dem Parlament und insbesondere nicht den Ausschüssen.

Im letzten Jahr haben wir in jeder Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau über die Weinbausituation dis-

kutiert und mit der Landesregierung erörtert, welche Maßnahmen sie sich vorstellen kann und was wir machen können. Herr Kollege Schmitt, im Übrigen sind entsprechende Maßnahmen auf Ihre Anfrage von Mitte Juli hin angekündigt worden.

(Schmitt, CDU: Angekündigt worden!)

- Warten Sie doch ab, welches Ergebnis der heutige Tag bringen wird.

Tatsachen sind:

1. In den rheinland-pfälzischen Weinkellern lagern über 9 Millionen Hektoliter Wein. Das ist mehr als die Ernte eines Herbstes. Rund 1,4 Millionen Hektoliter Wein davon lagern als Übermengen.
2. Der Weinabsatz und der Weinkonsum sind in den letzten Jahren in etwa gleich geblieben, die Produktion ist aber gestiegen. Gleichzeitig ist der Import von Weinen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union um rund 2 Millionen Hektoliter angewachsen.
3. Die Kaufrends haben sich verschoben. Darauf können die Winzerbetriebe naturgemäß jedoch nur mit mehrjähriger Verzögerung reagieren.
4. Wir haben nicht nur ein Mengenproblem - im Übrigen nicht nur wir in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der gesamten Europäischen Union -, sondern wir haben offensichtlich auch ein Qualitäts- und Strukturproblem.

Wenn wir uns diese Fakten vor Augen halten, können wir die Folgen an den Fingern abzählen, lieber Herr Kollege Anheuser. Wir wissen, dass nur mit harten Maßnahmen eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann. Dies bedeutet unter anderem

1. eine drastische Reduzierung der Mengen - nämlich eine Anpassung des Angebots an die Nachfrage -;
2. eine Steigerung der Qualität des Angebots an rheinland-pfälzischen Weinen, um im internationalen Wettbewerb noch besser bestehen zu können und
3. eine Verstetigung des Angebots im Veredelungsbereich und damit zwangsläufig auch eine Veränderung der Struktur des Weinbaus.

Ich stimme Ihnen zu, dass wir nicht länger zulassen können, dass das Gros der rheinland-pfälzischen Winzerbetriebe um den verdienten Lohn ihrer Arbeit und den Einsatz der finanziellen Mittel gebracht wird. Ich erinnere aber auch an die Diskussion, die wir im Ausschuss und darüber hinaus bei verschiedenen Begegnungen geführt haben, als es darum ging, durch Verordnungen die Mengen zu reduzieren, Herr Minis-

ter Bauckhage. Es gab diesbezüglich eine Vielzahl von Gesprächen. Es ist uns nicht gelungen, mithilfe von allen Verbänden die Mengen zu reduzieren. Das ist der entscheidende Punkt.

Das Dreistufenmodell, das glücklicherweise jetzt auch an der Mosel nach viel Hängen und Würgen eingeführt worden ist, war nicht einfach zu realisieren. Wenn es nicht geschaffen worden wäre, hätten die Moselaner in dieser beginnenden Periode noch erheblich mehr Probleme.

Die Angebote für den Fasswein des Herbstes 1999 decken die Gesteuungskosten nur zu Bruchteilen. Dazu sind Aufgaben zu lösen, die von den Betrieben, Verbänden und Kellereien selbst angegangen werden müssen. Ich verweise auf den Kommentar von Gerhard Knebel in der Ausgabe der „Deutschen Winzerzeitung“ der letzten Woche: „Welche Vermarktungsschiene aber auch immer beschritten wird, Erfolg verspricht nur konsequentes und marktorientiertes Qualitätsdenken. Gerade in diesem Herbst muss an die Vernunft der Winzer appelliert werden, die Erträge eigenverantwortlich zu begrenzen.“

Die Möglichkeiten hierzu sind bekannt: Ausdünnen, selektive und sehr späte Lese mit natürlicher Mengenbegrenzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies alles haben wir nicht nur im letzten Jahr, sondern in den letzten Jahren immer wieder gepredigt. Auch unser Appell an die Winzerbetriebe im vergangenen Herbst, auf die Tafelweinschiene zu setzen, in dem sie den Wein als Tafelwein ausweisen und dann in die Trinkalkoholdestillation geben, ist weitgehend ohne Erfolg verhallt. Wir können - das müssen wir leider als Politiker feststellen - nur reagieren, auch wenn wir vorher schon Konzepte vorschlagen, wie wir etwas einvernehmlich regeln wollen, und leider auch nur reparieren.

Im Hinblick auf das, was vorgeschlagen ist, was wir diskutiert haben und was wir auch im Rahmen unserer letzten Ausschusssitzung an der Mosel diskutiert haben, kann ich nur sagen, dass es noch die einen oder anderen ordnungspolitischen Bedenken gibt, die es zu überbrücken gilt.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich könnte mich jetzt an dieses Rednerpult stellen und sagen, dass von grüner Seite zum Thema Weinmarkt, Mengenregulierung und Quali-

tätssteigerung alles schon mehr als einmal gesagt wurde, dass unsere Vorschläge dazu auf dem Tisch liegen und dass die Situation, vor der wir jetzt stehen, nicht eingetreten wäre, wenn diesen Vorschlägen gefolgt worden wäre. Wir wissen aber alle, dass in der Politik das Prinzip gilt, dass man die Lästigkeitsschwelle überschreiten muss, damit die Entscheider endlich den Vorschlägen folgen. Also kann ich Ihnen und mir einen Wiederaufguss unserer Forderungen nicht ersparen.

Ich möchte aber zunächst drei Anmerkungen machen:

1. Herr Minister Bauckhage, Sie waren auch einmal Parlamentarier.

(Staatsminister Bauckhage: Ja!)

Es gibt eine Broschüre, in der der Inhalt der neuen Landesweinordnung abgedruckt ist. Diese Broschüre liegt inzwischen den Betrieben vor. Die Parlamentarier haben die Landesweinordnung noch nicht in Händen. Ich habe mich kundig gemacht: Das gilt auch für die Regierungsfractionen. Ich wage zu bezweifeln, ob das der richtige Umgang mit dem Parlament ist, das sich sehr lange und häufig mit dem Thema „Umsetzung des Bundesgesetzes“ beschäftigt hat. Auch wenn das formal kein Fehler wäre, ist das kein guter Stil. Herr Bauckhage, meine Bitte wäre, so etwas in Zukunft vielleicht zu vermeiden.

2. Die CDU hat in der Vergangenheit keinen einzigen ernsthaften Vorschlag gemacht, wie die Problematik der vollen Keller und der niedrigen Fassweinpreise zu lösen wäre. Meine Damen und Herren, das sind keine guten Voraussetzungen, um als Fraktion eine Aktuelle Stunde zu beantragen, in der man nicht in Form eines Antrags, sondern mündlich ein Notprogramm fordert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein bisschen mehr Einsatz gerade im Sinne unserer Winzerinnen und Winzer wäre schon gefordert gewesen.

(Zurufe von der CDU)

3. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau - ich erinnere an die letzte auswärtige Sitzung an der Mosel - hatte mehrheitlich kein Interesse daran, gestaltend auf die neue Landesweinordnung einzuwirken. Man hat sich - auch das ist nichts Neues - darauf verlassen, dass die Landesregierung die Vorgaben der Anbauverbände umsetzt. Meine Damen und Herren, wofür sind wir eigentlich gewählt? Wir sollten doch die Rahmenbedingungen setzen, damit für das, was Herr Franzmann gerade wieder angeführt hat und was seit Jahren gepredigt wird - wir brauchen mehr Qualität, wir brauchen eine Mengenreduzierung -, die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Was haben wir gemacht? Es hat in der neuen Landesweinordnung nur ein Signal gegeben, nämlich ein neues Ventil für die

großen Mengen durch das neue Segment Verarbeitungswein zu öffnen. Jetzt stehen wir vor der Situation, dass die Prognose für die Ernte im Jahr 2000 lautet, dass sie überdurchschnittlich hoch sein wird, wenn auch nicht ganz so hoch wie im letzten Jahr. Die Bestände sind nach wie vor hoch. Herr Franzmann hat die Bestände genannt. Die Lagerkapazitäten reichen nicht aus, und das Preisniveau ist schon so weit unten, dass es kaum noch weiter absinken kann.

Die Vereinbarungen mit den Kellereien bezüglich des neuen Segments Verarbeitungswein laufen nur zögerlich. Das ist auch verständlich, weil diese natürlich gern langfristige Verträge hätten. Wir wissen schließlich, dass es Schwankungen in den Ernten gibt. Deshalb tun sich da auch die Winzer schwer. Wir befinden uns also noch ganz am Anfang. Es ist auch mit sehr viel Skepsis zu beurteilen, ob es überhaupt gelingt, mit dem deutschen Verarbeitungswein den ausländischen Sekte grundwein zum Beispiel ein Stück weit zu verdrängen.

Der größte Teil der Aufkaufaktion vom letzten Jahr liegt noch im Keller. Insofern ist es nicht möglich, dass man diese Geschichte wiederholt. Dabei sind 64 Pfennig ausgezahlt worden. Es sollten noch weitere Gelder nachkommen, aber nach Aussage der Winzerschaft wird es nicht mehr geben.

Das einzig gute ist, dass die Übermengenmöglichkeit weggefallen ist. Das gilt aber nur ab der Ernte 2000. Wir haben aber auch noch die Übermengen von 1999, 1998 usw. Die Spätlese liegt inzwischen unter 90 Pfennig pro Liter. Die Auslese wird seit Monaten nicht mehr nachgefragt. Der Q. b. A. sortendifferenziert liegt zwischen 60 und 65 Pfennig. Die Situation ist also hoch dramatisch.

Was passiert jetzt? Wir haben jetzt ein neues Ventil mit dem Verarbeitungswein geöffnet. Jetzt wird nach dem nächsten Ventil, nämlich der Krisendestillation gerufen. Meine Damen und Herren, damit laufen wir geradewegs immer weiter auf die Wand zu. Ich frage mich, wie hoch der Leidensdruck eigentlich noch werden muss, bis endlich das, was immer wieder gepredigt wird, nämlich mehr Qualität und weniger Menge,

(Glocke des Präsidenten)

zum Zuge kommt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Weinernte des letzten Jahres war qualitäts- und mengenmäßig hervor-

gend. Auch in diesem Jahr ist wieder eine ähnliche Ernte zu erwarten. Trotz allem steht leider Gottes die Weinwirtschaft vor erheblichen Problemen. Es herrscht auf der einen Seite ein erheblicher Überhang an Weißweinen, was aber nicht nur in Deutschland so ist, sondern weltweit, während Rotweine verhältnismäßig gut absetzbar sind. Auf der anderen Seite haben wir eine Struktur in Deutschland, bei der der Fassweinmarkt eine recht hohe Bedeutung hat, womit natürlich auch viele Probleme verknüpft sind, während die Flaschenweinvermarkter und Direktvermarkter in diesem Bereich mit weniger Problemen zu kämpfen haben.

Hinzu kommt noch, dass wir erhebliche Mengen an Wein in den Kellern haben, egal ob es sich um Übermengen oder um Altweine handelt. Das führt dazu, dass der Weinmarkt, insbesondere der Fassweinmarkt, daniederliegt. Das betrachtet die F.D.P.-Fraktion mit größter Sorge. Deshalb haben wir uns im vergangenen Jahr zusammen mit anderen Fraktionen im Landtag dafür eingesetzt, dass wir Strukturveränderungen in den Weinbau bekommen und eine Änderung der Denkungsart langsam voranbringen. Ich sage langsam, weil es nicht einfach ist, in diesem Bereich eine Denkweise zu verändern.

Wir haben es deshalb sehr begrüßt, dass eine Marktsplattung zwischen Qualitätsweinen auf der einen Seite und so genannten Verarbeitungsweinen auf der anderen Seite möglich ist. Wir wissen auch, dass es nicht von heute auf morgen möglich ist, dieses Segment umfassend zu bedienen. Wir sind aber der Meinung, dass das eine Möglichkeit ist, um für deutschen Wein einen Markt zu gewinnen.

Wenn man heute Sekt kauft, was heute in Deutschland sehr weit verbreitet ist, sollten wir gemeinsam darauf hinwirken, dass sich künftig in deutschem Sekt auch deutscher Wein befindet und nicht der Sekt nur in Deutschland hergestellt ist, während das Produkt aus vielen anderen Bereichen der Welt nach Deutschland kommt.

(Beifall der F.D.P. und des
Abg. Licht, CDU)

Es gibt eine Reihe weiterer Verarbeitungsmöglichkeiten für Wein, die wir ---

(Licht, CDU: Bringen wir das
endlich mal auf den Weg!)

- Ja, dann lassen Sie uns das doch gemeinsam machen. Ich habe gar nichts dagegen. Man muss das doch einmal ansprechen.

Meine Damen und Herren, das ist eine der Möglichkeiten.

Eine weitere Möglichkeit sind weitere Strukturveränderungen. Ich bin sehr froh, dass das Qualitätsstufenmodell an der Mosel Eingang gefunden hat und es dort endlich auch angewandt wird, damit wir die Maßnahmen, die wir in den restlichen Landesteilen anwenden, endlich auch dort anwenden

können; denn dort ist im Fassweimbereich im Augenblick die Not am größten.

Die F.D.P. begrüßt es auch, dass es auf kommunaler Ebene erhebliche Anstrengungen gibt, die Winzer davon zu überzeugen, sich in Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften zu organisieren, um eine Qualitätssteigerung herbeiführen zu können.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema, das wir in dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und F.D.P. thematisiert haben, ist die Frage des Vertragsweinbaus. Es geht um die Frage, ob es nicht wieder verstärkt möglich sein kann, dass Trauben abgeliefert werden. Das alles sind Maßnahmen, die längerfristig angelegt sind, aber man muss diesen Weg beschreiten.

Eine kürzerfristig angelegte Maßnahme ist die Destillation, die jetzt auch verstärkt durch die Abstufung von Qualitätsweinen zu Tafelweinen möglich ist. Ich bin sehr froh darüber, dass es in Zusammenarbeit mit unserem Ministerium, dem Bundeslandwirtschaftsministerium und auch der EU-Kommission gelungen ist, für diesen Bereich eine Regelung zu schaffen. Ich bin mir auch sicher, dass wir im Bereich der Wiederaufbaukasse bei Ernteborgungskrediten und bei der Unterstützung von Kaltgärverfahren eine Strukturveränderung bekommen werden. Das ist alles nicht von heute auf morgen umsetzbar. Wir haben lange dafür gekämpft. Ich bin mir aber sicher, dass uns der Weinbauminister heute Maßnahmen darlegen wird, die geeignet sind, die aktuellen Probleme auch kurzfristig stärker in den Griff zu bekommen.

Wir sollten uns alle dafür einsetzen, dass dem Weißwein insgesamt ein stärkeres Augenmerk verliehen wird. Es gibt Bestrebungen, im Bezeichnungsrecht - ich erinnere an das Thema „Klassik“ und „Selektion“ - eine Verbesserung herbeizuführen. Wir sollten uns auch an der Initiative Weißwein, die das Ministerium gestartet hat, insgesamt beteiligen und die Winzerinnen und Winzer vor Ort aufrufen, um eine Qualitätsoffensive zu bekommen, damit, wenn es um die Produktion und die Bestellung der Weinberge geht, gerade jetzt noch eingegriffen und herausgeschnitten wird, um qualitativ hochwertige Weine zu bekommen, die viel besser mit anderen Weinen aus der neuen Welt und aus Europa konkurrieren können.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Weinbauminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich etwas zu der Broschüre sagen.

Frau Kiltz, ich gebe Ihnen Recht, die Broschüre haben die Weinbauverbände zuerst bekommen. Ich bitte um Verständnis und Entschuldigung.

Ich möchte Ihnen dafür den Grund nennen. Deshalb bitte ich um Ihr Verständnis. Wir hatten im Weinbau-Beirat über die Problematik gesprochen. Alle sind mit dem Qualitätsstufenmodell einverstanden. Nach einer langen Bedenkzeit hat der Weinbauverband Mosel seine Zustimmung gegeben, dann hat er diese wieder zurückgezogen und dann wieder zugestimmt.

Dadurch mussten wir lange warten, bis wir endlich klare Fakten hatten. Das beklage ich nicht. Ich möchte es nur einmal vor diesem Hintergrund erwähnen. Mir war es wichtig, dass diejenigen, die damit umgehen müssen, zunächst einmal informiert wurden. Ich räume ein, dass dies nicht in Ordnung war. Es wird auch nicht mehr passieren.

Ich möchte noch etwas zu den Lagermengen sagen. Von den 9 Millionen Litern haben wir 1,5 Millionen Liter Übermengen. Vor diesem Hintergrund muss man sich die weinbaupolitische Situation betrachten.

Herr Kollege Anheuser, kein Mensch in der Landesregierung reklamiert das Wetter für sich. Es macht uns insbesondere betroffen, dass wir nicht in der Lage sind, die Mengen zu vermarkten, die derzeit geerntet werden und voriges Jahr geerntet wurden. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau gibt jährlich 3,5 Millionen DM bis 4 Millionen DM für die Imagewerbung aus. Ich halte das für richtig, weil ich weiß, dass der Weinbau mehr als nur die Weinernte und die Vermarktung von Wein bedeutet. Er stellt auch ein Stück Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz dar.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Deshalb machen wir uns viele Gedanken, wie wir den Übergang in den Griff bekommen können und den Winzer, der in schwieriger Lage um seine Existenz bangen muss, in dem Rahmen, der möglich ist, unterstützen können.

Wir haben ein Überangebot an Weißweinen. Im gleichen Atemzug muss auch gesagt werden, dass wir im Bereich der Flaschenweinvermarktung beim Rotwein zwischenzeitlich sehr erfolgreiche Marktstrategien entwickelt haben. Die Problemlage stellt sich dort nicht so wie beim Weißwein dar. Wir haben das Problem, dass an der Mosel der Rotwein nicht die Rolle spielt wie in allen anderen Gebieten.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Herr Schmitt, es macht wenig Sinn, dass wir versuchen, verschüttete Milch aufzunehmen. Nachdenklich macht auch, wenn man sich die Weltmarktpreise betrachtet und sieht, wo Deutschland in der Weinproduktion liegt. Deshalb warne ich immer davor, dass man selbst dazu beiträgt, die Qualität ins falsche Licht zu rücken.

Rheinland-pfälzische Weine erfreuen sich im In- und Ausland einer hohen Wertschätzung. Das dürfen wir trotz der schwierigen Situation nicht aus dem Auge verlieren. Rheinland-pfälzische Weine haben im Durchschnitt eine hohe Qualität.

Nach mehreren Herbstern mit niedrigen Erträgen hat die große Ernte des Jahres 1999 augenfällig gezeigt, dass ein Zuviel in den Kellern sofort negative Auswirkungen am Markt für Fassware hat. Im letzten Jahr hatten wir es mit einem Naturereignis zu tun, das auch durch produktionstechnische Maßnahmen nicht völlig im Griff gehalten werden konnte.

Die Ausnahmesituation in den Kellern der fassweinerzeugenden Betriebe mit teilweise erheblichen Übermengen und leider auch nicht lange lagerfähigen Weinen aus einem ansonsten überdurchschnittlichen Jahrgang machen besondere Maßnahmen notwendig.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung lässt die Winzer nicht im Stich.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Wir haben uns für eine konsequente Marktsplattung eingesetzt und begrüßen, dass das Deutsche Weingesetz in diesem Sinne geändert wurde. Wir werden all das unternehmen, was unternommen werden kann und muss, wobei wir immer wissen müssen, dass wir uns in einem EU-rechtlichen Rahmen bewegen müssen.

Dies funktioniert nur, wenn sich die Europäische Kommission, unter Umständen auch der Europäische Ministerrat, mit der Sache befassen und unseren Vorstellungen ein Stück entgegenkommen. Dies ist nur in einem ganz engen Schulterschluss mit der Bundesregierung möglich. Deshalb bin ich morgen mit Herrn Bundeslandwirtschaftsminister Funke an der Mosel, um dort die Problematik zu besprechen.

Wir konnten nicht vor dem 6. Juli in der Form aktiv werden. Wir waren lange aktiv. Das war im vergangenen Herbst für einen Weinbauminister kein Zuckerschlecken. Wir haben dieses Mal alles unternommen, um die richtigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen und um bei der EU unsere Maßnahmen anzumelden.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Sie können sich darauf verlassen, dass darüber hinaus ein enger Kontakt zwischen dem Bundeslandwirtschaftsminister und mir bestanden hat.

Der Ministerpräsident hat sich mit dem Landwirtschaftsminister in Verbindung gesetzt, um alle Möglichkeiten auszuloten, die EU-rechtlich kompatibel sind.

Meine Damen und Herren, wir haben - das wissen Sie - die ersten Mostgewichtsanhebungen umgesetzt. Ich möchte nicht darüber streiten, wo Qualitätswein beginnt und wo nicht.

Wein mit 51 Grad Öchsle ist auch Qualitätswein. Ich bestreite nicht, dass die Lage hier und da sehr schwierig ist. Wir werden in den nächsten Monaten über weitere Maßnahmen sprechen müssen.

Ganz konkret habe ich ein Zwölf-Punkte-Programm erarbeiten lassen, mit dem die schwierige Situation in einer ganzen Reihe von Weinbaubetrieben in Rheinland-Pfalz verbessert werden kann. Die Maßnahmen der Landesregierung werden kurz- und mittelfristige Elemente enthalten, die ich Ihnen im Einzelnen nennen möchte:

1. Der Weg ist eröffnet, Qualitätsweine herabzustufen und nach rückwirkender Änderung der Weinerzeugungsmeldung an der Trinkalkoholdestillation ab dem 1. September 2000 teilzunehmen. Damit haben wir auch dem Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer die Teilnahme ermöglicht.

(Beifall der F.D.P.)

Ich sage deshalb klar und deutlich: Wären wir beim Rebsortenmodell geblieben, was man wollte, wäre nicht einmal die Möglichkeit der Destillation eröffnet worden. Es ist jetzt noch schwer genug, die Abstufung im Nachhinein zu erreichen. Nur die Einführung des Qualitätsstufenmodells ermöglicht die Teilnahme an der Trinkalkoholdestillation. Das ist kein marktwirtschaftliches Instrument. Es sind Instrumente, um die große Not der Winzer zu lindern.

In einer konzertierten Aktion von Weinwirtschaftsverbänden, Lehre und Beratung sowie Landwirtschaftskammer werden wir die Umsetzung mit dem Ziel ermöglichen, möglichst große Chargen bereits im September zur Trinkalkoholdestillation anzumelden.

2. Die Dringlichkeitsdestillation muss eröffnet und auch für rheinland-pfälzische Weine zugänglich gemacht werden. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die großen Mengen, vor allem die Übermengen, die in den rheinland-pfälzischen Kellern lagern, der Verwertung zuzuführen und für den Ausbau des qualitativ positiv einzuschätzenden 2000er-Jahrgangs Platz zu schaffen.

Meine Damen und Herren, dies ist immer ein Punkt, bei dem man aufpassen muss. Sie kennen alle - in Ihren Reihen sitzen auch Fachleute - das Preisgefüge bei Trinkalkoholdestillation und bei Dringlichkeitsdestillation, also Krisendestillation. Das Preisgefüge ist schon miserabel. Wir müssen deshalb alles daransetzen, möglichst viele Mengen in die Trinkalkoholdestillation hineinzubringen. Deshalb wäre es falsch, jetzt schon zu sagen: Wir müssen beides haben. - Wir müssen erst schauen, dass wir möglichst eine große Menge in die bessere Bezahlung bekommen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

3. Die Landesregierung wird ergänzend aus Landesmitteln einen Beitrag von 15 Millionen DM zur Verfügung stellen, um

die EU-Beihilfen bei der Trinkalkoholdestillation auf knapp 50 DM/Hektoliter aufzustocken.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich sage das deshalb, weil man wissen muss, dass das dann nicht mehr 50 Pfennig sind, sondern 34 bis 36 Pfennig. Deshalb setzen wir die 15 Pfennig aus Landesmitteln oben drauf, um ein Stück abzumildern. Das ist ein Datum, das zunächst noch einmal der Genehmigung der Europäischen Union bedarf. Die Kommission hat kürzlich bei einem gleich gelagerten Fall eine solche nationale Beihilfe abgelehnt. Damit ist klar, dass eine Zustimmung nur im Agrarministerrat erfolgen kann. Wir sind sehr optimistisch, dies über die Schiene Berlin-Brüssel zu erreichen. Denken Sie nicht, dass dies alles einfach zu erreichen wäre. Dann nützt es auch nichts, wenn man sich auf irgendeinem Weinbaukongress trifft. Dann muss man schon ein Stück mehr machen. Sie wissen, dass wir Verbündete in Frankreich, in Italien und auch in Spanien haben, die die gleiche Problematik haben. Ich gehe davon aus, dass der Bundeslandwirtschaftsminister diese Konstellation im Sinn der rheinland-pfälzischen Weinwirtschaft nutzen wird.

4. Die Trinkalkoholdestillation tritt am 1. September 2000 in Kraft. Die Durchführung dieser Destillationsmaßnahme muss gebündelt werden. Die Institutionen, die für die Umsetzung Verantwortung tragen, werden von uns tatkräftig unterstützt. So wird das Weinbauministerium eine finanzielle Unterstützung bei der Abwicklung der Maßnahme gewähren, indem es Organisations- und Transportkosten übernehmen wird.

(Vereinzelte Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wir übernehmen die Organisations- und Transportkosten und werden darüber hinaus auch die notwendige Woman- und Manpower aus unserem Hause zur Verfügung stellen, weil wir wissen, dass es jetzt notwendig ist, zu handeln.

Meine Damen und Herren, es ist schon ein Unterschied, ob man Resolutionen fasst und Briefe schreibt oder ob man handelt.

5. Meine Damen und Herren, Erntebergungskredite für Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften werden wie in den letzten Jahren für bis zu 25 Millionen Liter über die Wiederaufbaukasse erteilt. Auch Kellereien, die Most und Trauben für die Kaltgärung übernehmen, werden bis zu einem Volumen von 20 Millionen Litern gefördert.

6. Die Auflage des ISB-Sonderkreditprogramms für Weinbaubetriebe mit zinsgünstigen Krediten ist zwischenzeitlich eingeleitet.

(Vereinzelte Beifall bei F.D.P. und SPD)

7. Weinbaubetriebe, die die eigene Kellerwirtschaft aufgeben und den Einstieg in eine Erzeugergemeinschaft planen

oder den Abschluss langfristiger Lieferverträge von Trauben nachweisen können, werden in Zukunft finanziell gefördert.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die frei werdenden Mittel können für den Erwerb der Geschäftsanteile beim Beitritt in eine Winzergenossenschaft oder eine Erzeugergemeinschaft genutzt werden. Dieses Programm wird zurzeit entwickelt.

8. Die EU gewährt Lagerbeihilfen für die langfristige Lagerung von Tafelwein. Daran können sich auch die deutschen Tafelweinerzeuger beteiligen.

9. Die Umstrukturierungsmaßnahmen der EU, die mit Inkrafttreten der Weinmarktordnung in Gang gesetzt wurden, dienen dazu, die Erzeugung an den Bedarf anzupassen und die Strukturverhältnisse der Weinbaubetriebe zu verbessern.

Bisher war daran gedacht, eine Prämie für Steillagen in Höhe von etwa 20 000 DM/Hektar bei der Umstellung zu zahlen. Zur Unterstützung der Steillagengebiete soll diese Prämie deutlich erhöht werden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich werde alles daransetzen, diese EU-Mittel im rheinland-pfälzischen Weinbau umfassend und zeitnah zugänglich zu machen.

10. Zu den positiven Tendenzen in dieser schwierigen Zeit zählt die Bereitschaft des rheinland-pfälzischen Weinhandels, in Kooperation mit den Erzeugerbetrieben feste Bindungen einzugehen und akzeptable Preise - das ist der entscheidende Punkt, Herr Kollege Anheuser - für solche Vertragsweine zu zahlen. Sie können mir abnehmen, dass ich nicht erst seit gestern mit allen Kellereien gesprochen habe. Zurzeit existiert eine Reihe von Pilotprojekten in den Anbaugebieten, die seitens der staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten in der Anlaufphase unterstützt werden. Wir erhoffen uns von diesen eigentlich guten Ansätzen der vertikalen Kooperation neue Wege zur Sicherung der Einkommen der Betriebe und die Realisierung einer Erfolgspartnerschaft zwischen dem leistungsfähigen rheinland-pfälzischen Weinhandel und den Winzern in den Weinanbaugebieten.

Meine Damen und Herren, diese Entwicklungen finden die ausdrückliche Förderung der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

11. Der Auftritt der Winzerbetriebe und Weingüter am Markt kann weiter verbessert werden. Wir werden ein Programm schaffen, in dem vergleichbar mit der Exportberatung innovative Marketingberater, die zeitweise in Weingütern arbeiten, finanziell unterstützt werden können.

Zur Verbesserung des Marketings, der Produkt- und Angebotsgestaltung in Verbindung mit einem noch besseren Aus-

schöpfen des Kundenpotenzials müssen die vorhandenen Reserven in den Weinbaugebieten aus unserer Sicht noch besser genutzt werden.

12. Die Landesregierung unterstützt mithilfe einer Reihe von innovativen und modern gestalteten Werbeinitiativen den Absatz von rheinland-pfälzischen Weinen im In- und Ausland. Darüber hinaus werden wir im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten ein Verkaufsförderungsprogramm initiieren.

Ich sag noch einmal nachrichtlich, damit wir wissen, was auf staatlicher Seite getan wird: 3,5 bis 4 Millionen DM jährlich, Herr Itzek, als ehemaliger Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses.

(Zuruf von der CDU)

Herr Kollege Jullien, man muss das alles einmal in das richtige Verhältnis setzen. Wer jetzt glaubt, man könnte mit einer groß angelegten Werbemaßnahme in diesem Jahr und im vorigen Jahr die Probleme lösen, der täuscht sich. Dafür braucht man einen langen Atem und eine mittelfristige Zeit, zumindest bis dies alles einmal trägt. Das dauert in der Werbung eine Zeit lang. Sie können sich gern einmal von denjenigen, die davon einiges verstehen, beraten lassen.

Meine Damen und Herren, dieses Maßnahmenpaket, das ich Ihnen soeben vorstellen konnte, stützt sich auf EU- und auf Landesmittel. Wir werden aber auch die Bundesregierung als starken Partner für die Genehmigung von Teilen unseres Programms in Brüssel brauchen. Ich gehe davon aus, dass es uns gelingen wird, erhebliche Fortschritte am rheinland-pfälzischen Fassweinmarkt zu erzielen, wenn wir diese Schritte konsequent umsetzen. Für eine langfristige Bereinigung der Strukturprobleme reicht dies aber nicht aus, meine Damen und Herren. Vielmehr muss eine solche erhebliche Kraftanstrengung der Landesregierung in einen Neubeginn münden. Diese Chancen für einen Neubeginn müssen wir konsequent nutzen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich wäre sehr dankbar, man würde dann nicht in Populismus machen; denn nur dann ist man ein wirklicher Anwalt der Winzerinnen und Winzer in diesem Land.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, ein Neubeginn findet im Wesentlichen im Weinberg statt. Erzeugerbetriebe und Weinhandel müssen klare Strukturen, die auf Verlässlichkeiten und Bindungen beruhen, aufbauen. Die Zeiten der Spekulation und des Vagabundierens von Fassweinen müssen vorbei sein. Die Profile unserer Qualitätsweine müssen noch verbessert werden.

Ich setze hierbei auf die neuen Ansätze wie „Selektion“ und „Klassik“, die derzeit im Weinrecht umgesetzt werden und die ich möglichst bald der Weinwirtschaft zugänglich machen möchte.

Meine Damen und Herren, die Grundqualitäten müssen weiter verbessert werden. Dies ist eine Aufgabe der Winzer. Sie können dazu auf die Beratung und Ausbildung der Lehr- und Versuchsanstalten zählen. Ich werde - daran lasse ich keinen Zweifel - gemeinsam mit der Weinwirtschaft das Thema Hektarerträge und Mindestmostgewicht bei Qualitätsweinen erneut aufgreifen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Wir müssen einen Rechtsrahmen setzen, der Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht und Qualität, Spezialität und Originalität der rheinland-pfälzischen Weine fördert.

Meine Damen und Herren, der rheinland-pfälzische Wein hat gute Chancen, wenn er das Angebot der Marktspaltung konsequent und kontinuierlich nutzt, wenn er weitere Anstrengungen zur besseren Positionierung seiner Erzeugnisse unternimmt, wenn er die Weinqualität noch weiter steigert und einen modernen und weltoffenen Auftritt wählt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass zum einen die aktuellen Probleme des Weinmarkts nun entsprechend abgefedert werden können und zum anderen der Blick in die Zukunft in Richtung auf eine Qualitätsphilosophie bei offenen guten Märkten gelenkt wird. Ich füge hinzu, dass die Landeslehr- und Versuchsanstalten momentan in allen Weinbaugebieten Beratungen durchführen, um die Winzer zum einen mit der neuen Situation vertraut zu machen und zum anderen mit den Winzern und Winzerinnen die Situation zu erörtern und ihnen die Möglichkeiten zu eröffnen, die ich in dem Zwölf-Punkte-Programm genannt habe, um das Problem abzufedern.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus werden wir selbstverständlich als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und noch einmal mit eigener Woman- und Manpower versuchen, bei der Administration der Probleme und der Destillation behilflich zu sein. Dies alles war nur deshalb möglich, weil am 6. Juli die EU-Kommission endgültig entschieden hat, welche Destillationswege möglich sind. Sie können sich darauf verlassen, wir haben nicht irgendwo getagt, sondern haben natürlich auch unseren Einfluss geltend gemacht, um die Destillationswege so zu ermöglichen, wie sie uns nun zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Situation der Weinbaubetriebe, der Erhaltung ihrer Existenz sowie des Erhalts der Kulturlandschaft geht das Land an eine Grenze, die deshalb einfach belegt ist, weil wir für alles von Brüssel eine Zustimmung haben müssen. Sie können sich darauf verlassen,

dass wir alles unternehmen werden, um so weit Hilfestellung zu leisten, wie uns dies möglich ist.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Das eine ist Handeln, das andere ist Reden, und das Dritte ist Populismus. Wir haben uns zum Handeln entschlossen, und ich bin sicher, dass wir nur so die Probleme abfedern können:

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, nach der Dauer der Ausführungen des Weinbauministers steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dieter Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Betroffenheit der Winzerfamilien vor Ort feststellen will, wird merken - ob Minister oder Abgeordneter -, es geht einem; wie wenn man ein oder zwei Jahre lang ohne Gehalt oder Einkommen leben müsste, es wäre festgefroren, und wir wüssten gemeinsam nicht, was im Jahr 2000 auf uns zukommt. Das ist die Situation vieler Betriebe, damit man ihre finanzielle und auch psychologische Situation richtig einschätzt. Es geht in diesem Fall nicht nur um die Winzer, es geht um die Erhaltung einer gesamten Region, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese Qualität, diesen Stellenwert hat diese Debatte. Ich glaube, das ist in einer aktuellen Diskussion notwendig.

Herr Minister, Sie sind lernfähig. Das ist gar keine Frage. Das erkenne ich an. Exakt diese Forderungen haben wir - das werde ich Ihnen belegen - minutiös bereits vor zwei Monaten auf den Tisch gelegt, von 1 bis 12. Heute haben Sie sie angekündigt. Anscheinend brauchen Sie den Druck der Opposition, den Druck der Winzer, bis Sie reagieren!

(Beifall der CDU)

Das nennt man „zum Jagen getragen werden“, um überhaupt zu reagieren. Soeben ist gesagt worden, es ist fünf vor zwölf, meine Damen und Herren.

(Staatsminister Zuber: Halb eins!)

1999 nach der Weinlese haben wir exakt dieses Szenario nicht nur aufgezeigt, sondern haben auch vorhergesagt, was auf uns zukommt. Es ist notwendig, dass die Politik frühzeitig reagiert. Bis zum heutigen Tag ist dies, außer den Gesprä-

chen, den Briefen und Telefonaten, die mich sehr beeindruckt haben, tatenlos erfolgt. Ab dem heutigen Tag haben Sie das getan, was wir immer gefordert haben. Ich erkenne dies an. Das ist gar keine Frage. Alles, was für eine Weinbauregion und für die Winzer notwendig ist, ist eine gute Angelegenheit.

Die Landesregierung ist aber bisher ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, es gibt eine Zeit. Man kann nicht abtauchen, wenn die Probleme groß werden, und sich nur bei einer Schönwetterlage präsentieren. Darüber haben wir schon diskutiert.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung ist mitverantwortlich. Wir kennen es, wie der ehemalige Weinbauminister Brüderle damals aufgetreten ist. Ich möchte nicht von den Weinköniginnen oder anderen Dingen sprechen. Das gestehe ich Ihnen auch zu. Das ist Chefsache! Das ist gar keine Frage. In einer solchen Situation, in der die Winzer so dastehen, wie ich es vorhin geschildert habe, ist es notwendig, nicht nur Briefe zu schreiben und Telefonate zu führen.

Eine politische Entscheidung ist nicht davon abhängig, ob ich von der Ministerialbürokratie eine Durchführungsverordnung bekomme oder nicht.

Den Weg nach Brüssel oder nach Berlin gehen Sie oft genug. Berlin trifft im Übrigen noch mehr Schuld als Rheinland-Pfalz, weil Herr Funke sich bisher geweigert hat, den Antrag zu stellen. Bis zum heutigen Tag ist der Antrag auf Dringlichkeitsdestillation nicht gestellt worden, trotz dieser Ankündigungen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer möchte hinterher erklären, dass er einen Antrag genehmigt bekommt, wenn er noch nicht einmal bereit ist, ihn zu stellen?

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen wenige Tage vor der Weinlese, und wir haben bisher keine ausführliche Auskunft für die Winzer. Wie muss sich ein Winzer verkommen? Er wird nun die Trinkalkoholdestillation bekommen.

(Ministerpräsident Beck: Sie müssen
einmal sagen, was Sie wollen! -
Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Nun ist es notwendig, dass er vor Beginn der Herbstlese weiß, ob die Dringlichkeitsdestillation nun kommt oder nicht und mit welchen Bedingungen sie verbunden ist, damit er kalkulieren kann.

Wir wissen genau, mit den 470 000 oder eventuell 800 000 Hektoliter, die wir bei der Trinkalkoholdestillation erreichen, ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein. Trotzdem ist es richtig, es zu tun, und ich bejahe es inhaltlich voll.

Herr Minister, ich hoffe, dass morgen die politische Entscheidung erfolgt, wenn Herr Funke in der Region ist. Wenn Frankreich und Deutschland ein gemeinsames Interesse haben, soll mir einer erklären, dass wir weinbaupolitisch nicht den Knoten durchschlagen können und auch die Dringlichkeitsdestillation durchsetzen können. Wir können es national aufstocken und anreichern. Es sind exakt die 15 Millionen. Herr Minister, lesen Sie Ihre Briefe. Das habe ich Ihnen zusammen mit dem Weinbauverband Mosel-Saar-Ruwer vor einigen Wochen zugeschickt. Die Zahl ist imponierend. Ich bedanke mich dafür. Es ist exakt die Zahl, die wir damals für notwendig gehalten haben, um überhaupt einmal ein Notprogramm auf den Weg zu bekommen.

Nun geht es zunächst um erste Hilfe, und anschließend kommt das mittel- und langfristige Konzept, das heute allein nicht leistbar ist.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Dafür haben wir dann die Anhörung.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin sehr dafür, dass wir über die Frage der Qualitätssteigerung reden.

(Mertes, SPD: Lippenbekenntnisse!

Das sind alles nur Lippenbekenntnisse!)

Ich bin sehr dafür, ein Bündnis für Wein auf den Weg zu bringen und ein Gesamtkonzept für den Weinbau in unserer Region, im Land Rheinland-Pfalz zu erarbeiten. Dann würden wir der Verpflichtung gerecht werden. Sie sind ihr zwar heute durch Ihre Ankündigung teilweise gerecht geworden, aber wir mussten Sie zum Jagen tragen. Es ist in der Form, in der Sie es getan haben, schon zu spät gewesen, meine Damen und Herren!

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Christine Baumann das Wort.

Abg. Frau Baumänn, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier wurde gehandelt; denn dieses Zwölf-Punkte-Programm der Landesregierung wird mit Blick auf die kommende Weinlese die fast krisenhafte Weinmarktsituation entspannen und damit verbessern, insbesondere - dies betone ich ausdrücklich - an der Mosel.

Die vorgesehenen Maßnahmen machen Kellerraum frei. Sie erleichtern es, die neue Ernte zu lagern und zu bergen. Ich denke, das Zwölf-Punkte-Programm, das Herr Bauckhage soeben vorgetragen hat, war eine ebenso notwendige wie gute Reaktion auf einen absehbaren weiteren Preisverfall, insbesondere im Fassweibereich. In diesem Bereich wird Winzerinnen und Winzern direkt geholfen. Wir haben die Größenordnung gehört. Das sind keine Peanuts, wenn von 15 Millionen DM Landesmitteln gesprochen wird.

Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders Herrn Minister Bauckhage und Ministerpräsident Kurt Beck herzlich danken. In vielen Gesprächen mit den Betroffenen kam diese Lösung zustande. Die Lösung hier, aber auch die Gespräche, die in Berlin geführt wurden, haben zu guten Ergebnissen geführt.

Ich denke, die Entwicklung des Weinbaus in Rheinland-Pfalz ist auf einem guten Weg. Herr Schmitt hat es hier als Notprogramm bezeichnet. Ich rede in diesem Zusammenhang aber nicht gern von Notprogramm. Sie haben es ganz genau gesagt. Ich denke, diese mittelfristigen Maßnahmen sind die, die für die Zukunft unserer Winzerinnen und Winzer das Wichtige sind.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Unsere Landtagsfraktion unterstützt nachhaltig die Zielrichtung. Vor einiger Zeit haben wir schon einen Antrag mit Rahmenbedingungen, die wir festgelegt haben, eingebracht. Wir müssen uns also nicht verstecken und sagen, wir fordern nur etwas mit dem Mund, nein, wir haben das auch schriftlich festgelegt und im Ausschuss diskutiert. Wir wollen einen Weinmarkt, der sich am Markt orientiert und der deshalb kundenorientiert Qualität produziert.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich denke, alle, die Weinbau ernsthaft betreiben, müssen mir Recht geben, wenn ich sage, Qualität ist dabei nicht das, was der Gesetzgeber als Mindeststandard definiert, sondern Qualität ist genau das, was die Kunden kaufen und immer wieder kaufen wollen, nicht nur einmal.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich möchte noch einen Satz dazu sagen. Die Qualitätsweinwinzer fühlen sich eigentlich an der Nase herumgeführt,

wenn für Mengen immer wieder Notprogramme aufgelegt werden. Das müssen wir auch einmal sagen.

(Mertes, SPD: Sehr richtig!)

Ich denke, der Qualitätsanspruch erfordert auch ein Umdenken, ich würde sogar sagen ein radikales Umdenken.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Man muss einmal den Weltweinmarkt betrachten. Es gibt im Jahr 1999 auf dem Weltweinmarkt 275 Millionen Hektoliter. Verbraucht wurden aber nur 225 Millionen Hektoliter. Die Überproduktion bei der Weltweinvermarktung liegt bei 20 %. Wir wissen aber auch, dass der Weinkonsum weltweit konstant bleibt. Er ist nicht nach oben gegangen. Ich denke, wir sollten auch so realistisch sein und nicht für Zuschüsse produzieren.

Meine Damen und Herren, die Folgen der Globalisierung und damit der Marktkonkurrenz sind offensichtlich. Der Druck auf den heimischen Weinmarkt nimmt zu. Deshalb müssen wir offen mit unseren Winzerinnen und Winzern reden. Ich lobe nicht gern den Oppositionsführer, aber als er die Tage in der Südpfalz war, hat er doch tatsächlich, angesprochen auf Überkapazitäten, gesagt: Die Menge muss runter. - Ich hoffe, er hat das in diesem Sinn auch mit der Qualität gemeint. Ich ergänze nämlich, die Qualität muss rauf.

Ich möchte noch einen Landrat aus dem Bereich Mosel zitieren, der in einer Ausschusssitzung gesagt hat: Die Produktion muss dem Markt angepasst werden, nicht der Kunde der Menge. -

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr gut!)

Ich denke, das sagt alles. Wir müssen alle aus dieser Krise lernen. Wir müssen gemeinsam mit den Winzerinnen und Winzern und der Weinwirtschaft langfristige Konzepte entwickeln.

(Glocke des Präsidenten -
Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Als Gäste im Landtag darf ich den Freundeskreis der selbstständigen Frauen aus Limburgerhof begrüßen. Ich heiße Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schmitt, Sie kommen mir vor wie einer, der erst ausgesprochen fleißig

mithilft, die Grube zu graben. Dann, wenn das Kind, in dem Fall der Weinbau, hineingefallen ist, stehen Sie am lautesten daneben und rufen um Hilfe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und F.D.P.)

Man kann doch nicht über Jahrzehnte hinweg jegliche staatlichen Vorgaben über Mengenreduzierung und Qualitätssteigerung verweigern und dann, wenn die dadurch verursachte Krise vorhanden ist, laut rufen: Bitte, jetzt muss der Staat aber die Kosten dafür übernehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Herr Schmitt, das ist keine Haltung, mit der man diesem Problem begegnen kann. Meine Damen und Herren, wir müssen doch sehen, wir haben unterschiedliche Akteure auf dem Weinmarkt, die auch auf Signale reagieren.

(Schmitt, CDU: Ein bisschen mehr
Fachkenntnisse wäre hilfreich!)

Ich meine die Erzeugerinnen und Erzeuger, die Weinbaufunktionäre, die man gesondert nennen muss, die Politik und die Konsumentinnen und Konsumenten. Wenn fest steht, dass die Menge zu groß, die Qualität steigerungsfähig und der Preis zu niedrig ist, dann müssen vonseiten der Politik Signale kommen, die erstens auf Mengenreduzierung und zweitens auf Qualitätssteigerung gerichtet sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Marktsplaltung mit dem neuen Segment Verarbeitungswein ging das Signal in die entgegengesetzte Richtung, nämlich Mengenausweitung ohne Qualitätsansprüche. Man hätte gleichzeitig die Hektarhöchstserträge bei den Qualitätsweinen höher setzen müssen. Dann wäre das Signal in die richtige Richtung gegangen. Das haben Sie sich alle zusammen nicht getraut. Das muss man hier einmal feststellen. Wir haben es seit langem gefordert.

(Anheuser, CDU: Dummes Zeug!)

Sie müssen neue Vertragsweinbaumodelle propagieren, dies neben dem, was ich eben schon gesagt habe. Herr Minister, man muss dann feststellen - dies gilt im Übrigen für die Mehrheit dieses Hauses -, Sie taumeln von einem Krisenmanagement und einem Notprogramm ins andere.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, was dabei auf der Strecke bleibt, sind tragfähige Konzepte für die Zukunft des rheinland-pfälzischen Weinbaus.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das wären wir den jungen Winzerinnen und Winzern in Rheinland-Pfalz besonders schuldig. Ich bitte Sie noch einmal, im Ausschuss eine Debatte über die Zukunftsfähigkeit des rheinland-pfälzischen Weinbaus zu führen und aufzuhören, immer Krisen zu produzieren und dann nach dem Staat zu schreien.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Frey.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das, was Herr Schmitt gesagt hat, hat mich nicht verwundert. Es ist eine Art Fortsetzungsroman des letzten Jahres.

(Mertes, SPD: Groschenroman!)

Ich habe mir gedacht, gut gebrüllt, Löwe. Aber was regen Sie sich denn auf, Herr Schmitt? Es wird jetzt das gemacht, was die Weinwirtschaft, nicht nur die CDU, mit breiter Basis gefordert hat.

(Schmitt, CDU: Wer hat das gefordert?
Exakt das, was wir gefordert haben!)

Es wird jetzt ein Programm aufgelegt. Sie sagen: Ätsch, wir waren es. - Wissen Sie, das ist sehr billig und sehr durchsichtig. Wenn Sie die Weinbaupresse der letzten Wochen und Monate angeschaut haben, dann ist das nicht das CDU-Thema, sondern es ist das Problem der Weinwirtschaft. Wir setzen es um. Das ist das Entscheidende.

(Schmitt, CDU: Aber zu spät!)

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht zu spät, Herr Schmitt. Sie haben wieder nicht zugehört. Der Herr Minister hat sehr deutlich gesagt, dass zum Thema Destillation erst am 6. Juli überhaupt eine Stellungnahme der EU gekommen ist. Danach wurde umfassend gehandelt. Das, was hier dargestellt worden ist, kann sich doch sehen lassen. Frau Kiltz hat das Notprogramm genannt, dazu werde ich gleich noch etwas sagen. Es sind 50 Pfennig im Bereich der Trinkweindestillation. Wir stimmen sicherlich überein, dass das nicht der beste Weinpreis ist, aber er wird für Mengen bezahlt, die sonst nicht vermarktungsfähig wären. Das muss man hier sehen. Auf diese Art und Weise kann Wein aus dem Keller gebracht werden, der sonst nicht aus dem Keller geholt werden könnte.

Dass sich das Land entsprechend positioniert und sagt, wir müssen das in Brüssel erst notifizieren lassen, müssen Sie auch erkennen. Sie haben doch auch zwei EU-Abgeordnete in Ihrer

Region, die Ihnen das vielleicht einmal erzählen und erklären werden, wie das in Brüssel entsprechend gehandhabt wird.

(Schmitt, CDU: Also davon braucht
der Herr Dr. Frey mir nichts
zu erzählen!)

Herr Schmitt, wenn Sie sagen, das ist alles noch nicht festgeklopft, dann werden Sie der Sache sicherlich nicht übermäßig gerecht.

Frau Kiltz, Sie sagen, wir taumeln von einem Notprogramm in das nächste.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch so!)

- Das ist nicht so. Sie hätten auch genau bei den Punkten zuhören müssen, die der Minister genannt hat. Er hat ausgeführt, dass langfristige Lieferverträge unterstützt werden sollen, dass die Förderung von Mitgliedschaften in Winzergenossenschaften und Erzeugergemeinschaften erfolgen soll, dass eine Marketingunterstützung gegeben werden soll. Das sind alles Sachen, die auf Dauer angelegt sind, um auch dauerhaft aus dieser aktuellen Krise herauszukommen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Der Minister hat deutlich dargelegt, dass es auch der Wille der Landesregierung und natürlich der sie tragenden Fraktionen ist, diese vagabundierenden Mengen dauerhaft vom Markt zu nehmen. Es ist also kein Notprogramm für dieses Jahr, sondern ein Programm für die nächsten Jahre.

Ich bin mir sicher, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dann wird dieses Notprogramm, wie es in diesem Jahr heißt, ein dauerhaftes werden. Wir können dann dem rheinland-pfälzischen Weinbau Perspektiven eröffnen. Ich bin mir sicher, dass wir Probleme, die wir auch im Augenblick haben, dann vielleicht nicht mehr haben werden. Dieser Hoffnung gebe ich mich hin, und zwar auch in Kenntnis dessen, was wir Anfang der 80er-Jahre diskutiert haben, was wir im letzten Jahr gehabt haben. Ich bin noch recht jung an Jahren, deswegen auch hoffnungsfroh. Ich bin zwar nicht der Mensch mit seherischen Fähigkeiten, wie das Herr Keller heute früh gesagt hat, aber trotzdem darf man die Hoffnung nicht aufgeben.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Herrn Weinbauminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal erkläre ich, unter Druck habe ich mich nie gefühlt. Ich lasse mich auch von niemandem unter Druck setzen, um das einmal klar zu sagen.

(Mertes, SPD: Von Herrn Schmitt
schon gar nicht!)

Ich komme zum nächsten Punkt, der mir wichtig ist. Uns geht es darum, ein Situationsprogramm - ich will nicht sagen Notprogramm - für die derzeitige Situation aufzulegen, um bestimmte Härten und auch den dahinter stehenden Strukturwandel abfedern zu können.

Mir scheint folgender Punkt wichtig: Das eine ist Handeln und Geld beschaffen, das andere ist Fordern. Ich sage einmal, Fordern ist das einfachere.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Herr Licht, beim nächsten Punkt bin ich ein bisschen erschüttert, als ob es im Februar noch nicht kalt gewesen wäre. Vorhin sagte Herr Schmitt, dass im Januar - - - Verstehen Sie? Man hätte schon Ende Dezember erkennen können, wie groß die Ernte wird. Ihnen muss ich das wirklich nicht erläutern, im Februar war es schon einmal kalt. Ich rede von so genannten Spätfrösten.

(Licht, CDU: Wir haben im Februar schon
gesagt, wir müssen dafür sorgen,
dass vor dem nächsten Herbst
die Keller geräumt sind!)

Ich komme zum nächsten Punkt. Man kann wirklich erst nach der Blüte erkennen, wie die Ernte wird. Das weiß ich als Bäcker. Das muss man als Winzer zumindest anerkennen. Die Blüte läuft Ende Mai, Anfang Juni.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Ich verstehe, dass das alles schwer für Sie ist, dass Sie eigentlich nur das konstatieren müssen, was ich hier sage. Das verstehe ich alles.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Herr Anheuser, es geht nur darum, klarzumachen, ab wann man handeln konnte. Als gehandelt werden konnte, haben wir gehandelt. Es kam noch ein Problem hinzu. Das war das Problem, dass wir wollten, dass die Mosel an Destillationen teilnehmen kann. Wir wollten das. Das war schwierig genug. Qualitätswein kann man bekanntlich nicht destillieren. Es war schwierig genug, dies zu tun. Das hat lange gedauert. Vor meinem letzten Urlaub war die letzte Sitzung des Weinbaulichen Beirates. Frau Kiltz, übrigens lade ich Sie gern ein,

dort mit hinzugehen. Wir haben bisher immer weitestgehend das gemacht, was die Weinwirtschaft unterm Strich wollte. Ergebnisse liegen auf dem Tisch.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war vielleicht ein Fehler!)

Jetzt sage ich noch ein Wort zur Destillation generell. EU-weit stehen 12,5 Millionen für die Trinkweindestillation zur Verfügung. Aufgrund von Verhandlungen haben wir sehr gute Aussichten, dass wir über unser Vorjahresniveau kommen. Ich sage das deshalb, weil so getan wird, dass wir hier gesessen und nichts gemacht hätten.

Darüber hinaus verstehe ich auch den Bundeslandwirtschaftsminister. Wir haben darüber hinaus die Dringlichkeitsdestillation mit 5,3 Millionen. Jetzt muss es doch unser gemeinsames Ziel sein, möglichst viel in die Menge - das ist eine taktische Frage - der Trinkweindestillation zu bekommen. Das sind einerseits 23 Pfennig, wenn Sie Glück haben, andererseits 34 Pfennig plus Landeshilfe, also 50 Pfennig insgesamt. Das gilt unter Umständen auch unter Zurückführen der anderen Destillationswege. Die EU hat nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Das muss man nun einmal verstehen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wenn man das nicht verstehen kann, muss man sich abmelden. Das ist so. Deshalb ist die Taktik richtig.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Herr Licht, wir verstehen uns doch. Die Taktik ist richtig, zunächst zu schauen, möglichst viel in die besseren Preise zu bekommen, „möglichst wenig in die anderen“. Das ganze Spiel machen wir derzeit. Ich garantiere Ihnen, wir werden beides tun.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Wir werden natürlich beides tun. Wir wollen 23 Pfennig, was fast eine Beleidigung ist. Wir werden alles beides tun, um möglichst ein Stück abzufedern. Ich bleibe dabei, wir werden auch bei den nächsten Verhandlungen mit den Weinwirtschaftsräten und dem Weinbaulichen Beirat versuchen, die Strukturen in eine andere Richtung zu lenken.

Meine Damen und Herren, ich sagte eingangs, wir liegen mit dem Preis an neunter Stelle auf dem Weltmarkt. Das ist ungerechtfertigt. Das hat etwas mit bestimmten Marktmechanismen zu tun. Deshalb hätte ich die Bitte, dass Sie uns dabei unterstützen. Ich sage in aller Klarheit: Wenn die Mindestmorgewichte angehoben werden müssen, hätte ich gern ein Stück Flankenschutz.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Es ist so leicht, zu sagen, in Ordnung, man kann das machen. Aber wenn die Betroffenen dabei sind, sagt man, nein, wir lassen es noch einmal. Man muss ein Stück Flankenschutz haben. Ich garantiere Ihnen, wir werden all diese Probleme besprechen. Jedenfalls kann ich Ihnen sagen, ich habe Verständnis für die Betroffenheit der Opposition. Wir haben gehandelt und werden weiter handeln, weil wir wissen, dass die Winzer unverschuldet in diese Situation gekommen sind. Das ist klimabedingt.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Dieter Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Damit hier kein Missverständnis besteht: Ich habe vorhin klar gesagt, ich begrüße diese Initiativen, die jetzt gekommen sind, und bekenne mich zu der Frage der Destillation. Ich habe lediglich gesagt, dass das unsere Forderung vorher war und dass Sie das jetzt Gott sei Dank erfüllen, nicht mehr und nicht weniger. Jetzt sollte man nichts hineinreden.

Herr Minister, damit wir nachher wissen, worüber wir gesprochen haben: Ich habe die Trinkalkoholdestillation genannt. Sie wissen, nur 40 % sind möglich. Ich habe gesagt, nutzen wir sie voll aus. Es löst unser Problem nicht. Sie stehen noch in der Verantwortung, da haben wir alle Möglichkeiten offen für die Fragen der Dringlichkeit, Krisendestillation, weil dies auch für Qualitätswein möglich ist. Die Winzer brauchen bis zum Herbst eine Aussage, ob wir eine Anhebung erreichen oder nicht.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Nichts anderes habe ich hier gesagt. Ich bitte, mir das nicht zu unterstellen. Wer von Wein Ahnung hat, wird sich noch herausstellen. Lesen Sie die Forderung, unsere Anträge. Sie haben heute exakt 70 % davon erfüllt. Dafür bedanke ich mich. Es ist nur ein bisschen zu spät.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD -
Weitere Zurufe von der SPD)

In Zukunft müssen Sie zu der Frage, wann Sie die Dringlichkeitsdestillation umsetzen, noch etwas sagen, nämlich, schaffen Sie es oder nicht. Um mehr oder weniger geht es nicht. Dann ringen wir in Zukunft um die Frage, wie das Weinkonzept, das Gesamtkonzept für Rheinland-Pfalz aussehen wird. Dann wird sich zeigen, wo wir wirklich stehen. Ich lasse mir das nicht unterstellen, dass ich vorhin etwas anderes gesagt hätte. Lesen Sie das Protokoll. Ihr Staatssekretär hat im Fe-

buar bei der Winzerversammlung gesagt, die Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Keller leer gemacht werden. Wir werden dies auf den Weg bringen.

Mein Gott, man darf sich doch wohl noch selbst zitieren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Keine Sorge, ich mache es kurz, ich habe auch Hunger.

Herr Bauckhage, jetzt ist er fort. Das muss man sich noch einmal auf der Zunge zergehen lassen, Sie haben hier gestanden und gesagt, wir haben doch nur gemacht, was die Weinwirtschaft wollte.

(Staatsminister Bauckhage: Nicht nur!)

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Sie sind das Ministerium, der Minister.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Ich will noch einmal daran erinnern: Wenn Sie sagen, wir haben gemacht, was die Weinwirtschaft wollte, dann haben Sie das gemacht, was die Funktionäre der Anbauverbände wollten. Ich rede mit vielen jungen Winzerinnen und Winzern. Diese wollen in eine ganz andere Richtung. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis und lassen Sie uns darüber diskutieren. Vielleicht sind die Funktionäre nicht mehr die frischen, vielleicht haben sie nicht mehr die zukunftsfähigsten Ideen, also muss man einmal mit den anderen reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Das Wort hat noch einmal die Abgeordnete Frau Baumann.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Herr Schmitt, ich muss einmal auf Ihre letzte Äußerung eingehen, bei der Sie sagten, es wurde von der Landesregierung versprochen, dass die Keller leer gemacht werden. Ich sage scherzhaft, vielleicht sollen wir den Keller unter dem Landtag

ausbauen und dort alles hineinlaufen lassen. Das kann nicht ernsthaft damit gemeint sein.

(Schmitt, CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

- Das haben Sie vorhin gesagt. Es gibt sehr gute ---

(Schmitt, CDU: Ich habe nur zitiert!)

- Ja, aber Sie haben es ernst gemeint, dass man das so tun sollte. Darauf habe ich Bezug genommen.

Nein, aber ich bin jetzt in der ernsthaften Diskussion; denn sie wird bei Winzerinnen und Winzern geführt. In vielen Bereichen - ob das in der Pfalz oder auch an der Mosel ist - hat man sich zusammengesetzt und nicht nur Forderungskataloge aufgestellt, sondern sich genau überlegt, wie kann von der Weinwirtschaft, von den Winzern selbst geholfen werden. Es sind Programme aufgelegt worden. Sie werden nicht nur diskutiert, sondern sie sind langsam auch in der Umsetzung, ob das nun an der Mosel, in Schweich, oder bei uns in der Südpfalz ist. Es hat sich sehr viel getan, jedenfalls in der Südpfalz.

Ich muss eines bemängeln. Ich war auf vielen Versammlungen. Auf einer einzigen habe ich eine CDU-Vertreterin gesehen, die aber noch nicht einmal mit diskutiert hat. Das mache ich hier auch einmal zum Vorwurf. Fordern kann man, aber ernsthaft sich mit denen auseinanderzusetzen, die sich auf den Weg machen, das ist meines Erachtens auch notwendig und wichtig.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P. -
Licht, CDU: Die Kreise an der Mosel haben
zum Beispiel reagiert, ohne auf die
Landesregierung zu warten!)

Ich möchte das ganz einfach einmal sagen, dass sich im Land etwas tut und wir alle, die Verantwortung tragen, das mit unterstützen sollten.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist abgelaufen.

(Zurufe aus dem Hause)

- Nein, die Aktuelle Stunde ist abgelaufen. Wir treten in die Mittagspause ein. Mein Kollege wird die Sitzung um 14.00 Uhr wieder eröffnen.

Unterbrechung der Sitzung: 13.01 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.00 Uhr.

Vizepräsident Heinz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Haltung der Landesregierung zur Aussetzung von
(zwangsweisen) Rückführungen von Bürger-
kriegsflüchtlingen in Anbetracht der
Situation in den Zielländern“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6046 -**

Für die antragstellende Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Grützmaker das Wort.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren!

(Mertes, SPD: Ja!)

Es ist nicht gerade ein Privileg, wenn man es so ausdrücken soll, direkt nach der Mittagspause zu reden. Aber irgendeiner muss anfangen.

(Staatsminister Zuber: Es ist immer
ein Privileg, in diesem hohen
Hause zu reden! -

Mertes, SPD: Sie haben immerhin
die Chance, dass noch mehr
kommen können!)

- Es ist immer ein Privileg, in diesem hohen Hause zu reden; wollen wir das einmal so nehmen. Immerhin wird das Ganze auch protokolliert. Insofern kann jeder, der jetzt nicht die Gelegenheit hat, zuzuhören, das auch nachlesen.

Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde zur Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Kosovo und aus Bosnien haben wir aus einem sehr aktuellen Anlass beantragt. Sicher werden viele von Ihnen genauso wie wir jetzt in der letzten Zeit sehr oft von Bürgerkriegsflüchtlingen aus diesen Gegenden angerufen oder angesprochen, die über ihre Lage sehr verzweifelt sind, weil sie eine Ausreiseverfügung erhalten haben, und nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen, weil sie überhaupt keine Perspektive sehen, wie sie jetzt zu diesem Zeitpunkt in den Kosovo zurückkehren können. Ich sage ausdrücklich, dass das immer Leute sind, die grundsätzlich wieder in ihre Heimat zurück wollen, aber jetzt im Moment ganz große Schwierigkeiten dabei haben.

Dieses Problem, das sich jetzt sehr deutlich zeigt, fußt auf einem Beschluss der Innenministerkonferenz von März/April

dieses Jahres. Seitdem werden auch in Rheinland-Pfalz, gerade was die Kosovo-Flüchtlinge angeht, fast unterschiedslos alle von Ihnen aufgefordert, Deutschland kurzfristig zu verlassen, natürlich möglichst „freiwillig“. Aber die meisten von Ihnen wissen sicher auch, wie diese „Freiwilligkeit“ aussieht. Einer Familie zum Beispiel, die mich gerade angesprochen hat, die Ende August ausreisen sollte, wurde eine Verlängerung gegeben, wenn sie unterschreibt, dass sie spätestens bis 31. Dezember „freiwillig“ aus Deutschland oder aus Rheinland-Pfalz ausreist. Wer weiß, wie das dort unten im Winter aussieht, kann natürlich überhaupt nicht verstehen, warum man diese Leute mitten im Winter „freiwillig“ ausreisen lassen soll.

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch - darauf möchte ich besonders hinweisen - einen Beschluss im Bundestag, und zwar ist dieser Beschluss auf Initiative der Bundestagsabgeordneten von vier Fraktionen - SPD, CDU/CSU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - eingebracht worden, in dem gefordert wird, dass man die Rückführung sowohl nach Bosnien, aber auch nach dem Kosovo unter humanitäre Aspekte setzen soll, dass vor allem die Abschiebung allein stehender Mütter mit Kleinkindern ausgesetzt werden soll, bis für sie eine ordentliche Existenzmöglichkeit dort besteht, dass Jugendliche, die hier aufgewachsen sind und weitgehend integriert sind, anders behandelt werden müssten, oder dass man auch bei Ehepaaren, die aus verschiedenen Ethnien stammen, humanitäre Grundsätze anwendet.

Darüber hinaus fordert dieser Antrag auch, dass vor einer so genannten Rückführung die Existenzmöglichkeiten, die ein Mindestmaß an Überlebenschancen gewährleisten, geprüft werden.

Herr Zuber, da kann es nicht angehen - wir haben auch im Innenausschuss darüber geredet -, dass Sie sagen, grundsätzlich finden Sie, was dort in diesem Antrag steht, unterstützenswert, sich aber dann auf den Beschluss der Innenministerkonferenz zurückziehen und sagen, der Beschluss der Innenministerkonferenz ist ein anderer.

(Schweitzer, SPD: Was soll er denn machen?)

Meine Damen und Herren, Herr Zuber, wir erwarten von Ihnen, dass Sie in diesem Bereich auf Bundesratsebene initiativ werden; denn dass ein großer Handlungsbedarf besteht, das hat dieser Antrag des Bundestags wohl sehr deutlich gezeigt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, viele Flüchtlinge aus dem Kosovo, die teilweise schon lange vor dem Krieg, also seit sieben, acht oder zehn Jahren in Rheinland-Pfalz leben, die also schon lange vor diesem aktuellen Krieg nach Deutschland gekommen sind, sind völlig verzweifelt, weil sie überhaupt nicht wissen, wohin sie gehen sollen, wenn sie in den Kosovo zurückkommen. Es gibt dort kaum Notunterkünfte. Die einzige Struktur,

auf die diese Menschen zurückgreifen können, ist die Familienstruktur. Es gibt sonst keine soziale Strukturen, die diese Menschen, die dann zurückkommen, auffangen können. Darum muss man zumindest bei einer Ausreise oder bei einer Rückführung dieser Flüchtlinge darauf achten, ob es überhaupt Möglichkeiten gibt, ob Familien im Kosovo sind, die in der Lage sind, diese Menschen aufzunehmen.

Ich habe von den Organisationen - von Caritas und Diakonie - aus Pristina gehört, wenn wenigstens ein Zimmer da ist, in dem die Familie aufgenommen werden kann, dann ist die Möglichkeit einer Rückführung zu bejahen. Wenn aber für diese Menschen nicht einmal ein Dach über dem Kopf vorhanden ist und wenn überhaupt keine Familienangehörigen für diese Menschen da sind, dann müssen diese Menschen in Zelten übernachten und leben. Das kann man von unserer Seite aus wirklich nicht unterstützen. Darum fordern wir, dass bei den einzelnen Rückführungen der Flüchtlinge in den Kosovo sehr genau hingeschaut wird, ob dort überhaupt Möglichkeiten der Existenz bestehen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss.

Herr Zuber, wir fordern Sie auf, dass Sie bei uns in Rheinland-Pfalz deutlich machen, dass eine Rückführung oder Abschiebung von Flüchtlingen in den Kosovo im Winter nicht stattfinden darf und dass die Ausländerbehörden nicht alle Flüchtlinge über einen Kamm scheren. Es muss für die Menschen dort mindestens ein Dach über dem Kopf vorhanden sein.

Wir fordern Sie darüber hinaus auf, setzen Sie sich auf Bundesratsebene initiativ dafür ein, dass der Gruppenantrag des Bundestags auch Beschlusslage des Bundesrats wird.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Redmer das Wort.

Abg. Redmer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns gestern Nachmittag hier im Haus über Rechtsextremismus und Gewalt unterhalten. Das war notwendig.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau!)

Es gab Anlass dazu. Heute müssen wir uns über Bürgerkriegsflüchtlinge unterhalten. Auch dazu gibt es Anlass. Ich finde, es ist in der Tagesordnung ganz glücklich, dass das an zwei Tagen hintereinander behandelt werden kann. Beides gehört zur gesellschaftlichen Wirklichkeit bei uns. So schlimm das mit Rechtsextremismus und Gewalt ist, so positiv ist das, was die Menschen in diesem Land in Bezug auf die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen im Lauf der 90er-Jahre geleistet haben. Das gehört zu den besseren Seiten unserer jüngeren Geschichte. Das darf man ruhig so sagen. Man darf das nicht ausblenden, weil - wie gesagt - beides zusammen erst die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit beschreibt.

Kein Land in Europa hat mehr Bürgerkriegsflüchtlinge während der 90er-Jahre aufgenommen als Deutschland. Das hatte zur Folge, dass wir im letzten Jahr im Zuge des Kosovokriegs europaweit Quoten einführen mussten, damit die anderen auch ein klein bisschen mehr ihr Päckchen tragen, als sie das vorher getan haben. Das zeigt, wie weit wir voran waren.

In Rheinland-Pfalz haben wir insgesamt im Laufe der 90er-Jahre über 15 000 Flüchtlinge aufgenommen. Von diesen über 15 000 lebt heute nicht einmal mehr ein Zehntel in Rheinland-Pfalz. Es ist schon ein ganz starker Rückfluss erfolgt. Bei dem Rückfluss ist eine sehr große Freiwilligkeit zu beobachten gewesen. Es sind weniger als 2 % abgeschoben worden. Ich sage das einfach so, damit das auch einmal deutlich wird, wie gearbeitet und miteinander umgegangen wird, damit nicht der Eindruck entsteht, es werde nur jeder mit der Keule aus dem Land gejagt, der bei uns ist, sondern es ist in den letzten Jahren wirklich sehr flexibel reagiert worden.

Das Innenministerium hat dank des Herrn Minister Zuber eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen, dass zum Beispiel miteinander geredet wurde, dass die einzelnen Initiativen, die einzelnen Behörden usw. an einen Tisch gekommen sind. Ich selbst habe etwa an einer Handvoll dieser Gespräche teilgenommen. Ich denke, das war ganz vernünftig, dass wir miteinander gesprochen haben - Politik, Behörden, private Initiativen -, um vernünftige Wege der Rückführung zu finden, die Gott sei Dank dann auch in den allermeisten Fällen gefunden werden konnten.

Wie gesagt, weniger als 10 % der Bürgerkriegsflüchtlinge sind noch bei uns im Land. Bei dieser geringen Zahl derer, die noch hier sind, ist natürlich der Druck gesunken, was Rückführungen anbetrifft. Deswegen wird man sicherlich weiter schauen können, dass man diesen Menschen entgegenkommt, wo das möglich und sinnvoll ist, und man sich weiterhin um flexible Lösungen bemüht. Das haben wir in der Vergangenheit in Bezug auf Altersgruppen, soziale Gruppen, Traumatisierte und und und gemacht, auch immer witterungsbedingt. Denken Sie an die Winterperioden. Dann haben wir uns immer anders verhalten als im Sommer. Es ist wirklich sehr flexibel reagiert worden.

Ich denke, wir können es uns jetzt erlauben, dass wir in der Schlussphase weiter sehr flexibel sind. Nur eines muss auch ganz klar sein: Es darf kein Signal in dem Sinne herausgehen, dass die, die es bis unter die letzten 10 % gepackt haben, pauschal hierbleiben dürfen. Das wäre ein falsches Signal. Flexibilität ja, sehr human mit den Menschen umgehen ja, aber es darf nicht das pauschale Signal herausgehen, dass die Restlichen jetzt alle hierbleiben dürfen; denn das wäre sehr problematisch, wenn wir wieder in eine solche Bürgerkriegssituation hineinkämen und wir dann bei uns wieder Menschen aufnehmen müssten.

Wir hatten diese Problematik schon einmal hier im Hause gehabt, als Bosnien-Herzegowina langsam abebbte und sich das Kosovo als neues Thema auftat. Wir haben immer mit Recht darauf hingewiesen, wir müssen die eine Gruppe zurückführen, damit wir in der Gesellschaft Aufnahmebereitschaft und Kapazitäten haben, um die nächste Gruppe aufnehmen zu können. Das muss bis zu Ende geführt werden, aber mit einem Höchstmaß an Entgegenkommen.

In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hörter das Wort.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist von Herrn Kollegen Redmer richtig darauf hingewiesen worden, dass sich dieses Land und die gesamte Bundesrepublik in besonderer Weise der Verantwortung für die Flüchtlinge angenommen hat.

Ich darf an den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. vom vergangenen November erinnern, mit dem wir bewusst zum Ausdruck gebracht haben, dass wir die Flüchtlinge hier willkommen heißen, ihnen aber auch, wenn es die Situation im Kosovo zulässt, Hilfe bei der Rückkehr anbieten, um nicht zuletzt dort einen erfolgreichen Wiederaufbau des Landes zu erreichen.

Es ist sicherlich bis auf den heutigen Tag bedauerlich, dass die GRÜNEN damals die Möglichkeit und die Chance ausgeschlagen haben, dies als ein gemeinsames Signal deutlich zu machen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Verehrte Frau Thomas, Sie müssen sich einmal Gedanken machen, ob denn nicht - ich habe mir die Protokolle gerade dieser Debatte angesehen - auch die Frage des Stils, des Mit-

einanders der GRÜNEN mit den anderen Fraktionen, eine Rolle spielt.

Hier spielen Sie die Rolle, die die PDS im Bundestag spielt.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU -
Zurufe des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, dass wir auch bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz für die Art und Weise, wie die Bürgerkriegsflüchtlinge hier aufgenommen wurden, gefunden haben. Wir wollen diese Akzeptanz bei Klarheit dessen, was die Politik gesagt hat, nicht gefährden. Deshalb hat natürlich Herr Kollege Redmer auch Recht, wenn er sagt, dass die Rückführung jetzt entsprechend durchgeführt werden muss.

Frau Grützmaker, nur, Ihre Argumentation ist verräterisch. Im letzten Winter hieß es, im Winter geht es nicht, und jetzt heißt es, im Sommer geht es nicht, weil es im Winter wieder nicht geht.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So einfach ist das nicht!)

Also diese Kette können wir über Jahre weiterführen, und wir finden dann nicht mehr die Akzeptanz, wenn es darum geht, wieder Probleme zu lösen.

Ich weiß aus einer Reihe von Einzelfällen, etwa der Traumatisierten, dass nach ärztlichen Gutachten dies auch wieder um sechs Monate verlängert wird. Wenn das Gutachten dann entsprechend ausfällt, erfolgt die Rückführung oder es wird eine Verlängerung ausgesprochen.

Also auch seitens unserer Fraktion ein klares Ja zur Rückführung bei der notwendigen Prüfung des jeweiligen Einzelfalles. Die Linie muss klar bleiben, damit es auch in der Bevölkerung weiterhin die Akzeptanz dafür gibt, Bürgerkriegsflüchtlinge oder andere in dieser sicherlich in Europa einmalig großartigen Weise aufzunehmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Rheinland-Pfalz haben im europäischen Vergleich eine sehr hohe Zahl von Kosovoflüchtlingen aufgenommen, und es war für uns auch selbstverständlich, dass wir diesen Menschen in Not beistehen.

Es war aber von vornherein klar, dass, wenn sich die Verhältnisse im Kosovo geändert haben, auch eine Rückführung in Betracht kommt.

Nun kann man natürlich trefflich darüber streiten, wann die Verhältnisse im Kosovo so sind - dies galt vorher auch für Bosnien-Herzegowina so -, dass eine Rückführung erfolgen kann.

Ich bin der Meinung, wir können nicht warten, bis die Verhältnisse, die wir uns dort für eine weitere Zukunft erwarten, eingetreten sind.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das wollen die Leute auch nicht!)

- Frau Grützmaker, aber Sie wollen es.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen das, was wir damals gesagt haben, auch konsequent weitergehen und die Rückführung vorantreiben. Das heißt aber nicht, dass gegen humane Grundsätze verstoßen oder willkürlich gehandelt wird.

Von den Personen, die in Rheinland-Pfalz Zuflucht gesucht haben, sei es als Kontingentflüchtlinge, sei es durch illegale Einreise, sind bisher etwa 2 400 - nach den Zahlen, die das Innenministerium vorgelegt hat - ausgereist, und demnächst wollen 1 130 ausreisen. Es haben lediglich 125 Abschiebungen stattgefunden, und das waren auch nur Kosovo-Albaner und keine weiteren Minderheiten, die im Kosovo leben. Es werden auch jetzt diese Minderheiten der Roma, der Aschkali und der Serben nicht zurückgeführt. Es werden auch ältere Menschen, die ihr Leben in Deutschland verbringen, nicht vorübergehend zurückgeführt. Es werden auch keine Traumatisierten zurückgeführt.

All das, was bei Bosnien-Herzegowina von der Innenministerkonferenz beschlossen worden ist - dies hat der Innenminister auch im Innenausschuss und auch gegenüber dem Petitionsausschuss dargelegt -, wird, ohne dass es dafür einen Beschluss der Innenministerkonferenz gibt, in Rheinland-Pfalz bereits angewandt. Es gibt ein Förderprogramm für Rückkehrwillige, und es werden auch allein erziehende Frauen mit Kindern vorübergehend nicht zurückgeführt.

Ich denke, das ist auch wieder ein Zeichen der humanitären Politik unseres Innenministers, der sehr konkret im Einzelfall entscheidet, was gemacht wird. Ich denke, mit dieser Politik, die wir in Rheinland-Pfalz bereits im Bereich „Rückführung von Bosnien-Flüchtlingen“ praktiziert haben und jetzt auch im Kosovo, sind wir im Bundesvergleich ein sehr liberales, ein sehr humanes Bundesland.

Ich bin dem Innenminister dankbar für diese Handlungsweise und hoffe, dass, wenn wir wieder einmal in die Lage versetzt

werden, Menschen in Not beizustehen, dies auch weiter so passieren wird.

Danke.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Innenminister Zuber das Wort.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lassen Sie mich meine Ausführungen in einen Gesamtzusammenhang bringen.

Das Land Rheinland-Pfalz war erstmals im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien im Jahr 1991 mit der Aufnahme einer großen Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen konfrontiert. Zunächst waren es 1 300 Flüchtlinge aus dem heutigen Kroatien. Ihnen folgten ab dem Jahr 1993 die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina mit über 13 000 Personen, und zuletzt nahm das Land infolge des Bürgerkriegs im Kosovo 706 Kontingentflüchtlinge auf. Darüber hinaus wurden 455 illegal einreisende Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kosovo registriert. Hinzu kommen - nach groben Schätzungen - etwa 9 500 Kosovo-Flüchtlinge, die bereits in den vorangegangenen Jahren eingereist waren.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bei der rheinland-pfälzischen Bevölkerung und unseren Kommunen in Rheinland-Pfalz bedanken, die in einem Akt beispielloser Solidarität diese Vielzahl von Flüchtlingen aufgenommen haben.

Meine Damen und Herren, es versteht sich von selbst, dass Bürgerkriegsflüchtlinge nur auf Zeit Aufnahme bei uns finden können und dass ihre Rückkehr nach Beendigung des Bürgerkriegs die Regel sein muss. Selbstverständlich sind in diesem Zusammenhang Härten zu berücksichtigen. Dabei sind sowohl persönliche Gründe als auch die Situation vor Ort in unsere Überlegungen einzubeziehen. Im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Behandlung aller Bürgerkriegsflüchtlinge bedarf es dazu bundeseinheitlicher Vorgaben. Ich halte die bisherigen Regelungen grundsätzlich für ausreichend. Dies erläutere ich noch einmal anhand der bestehenden Erlasslage, obwohl das schon vielfältig geschehen ist.

Hinsichtlich der Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina hatten sich die Bundesländer am 26. Januar 1996 auf zwei zeitlich versetzte Phasen verständigt. Während in der ersten Phase grundsätzlich Alleinstehende und Ehepaare ohne Kinder zurückgeführt wurden, gehörten Ehepaare mit Kindern bzw. Alleinerziehende mit Kindern der zweiten Phase an. Mit der Rückführung haben wir im Frühjahr 1997, also vor mehr als drei Jahren, begonnen. Von der Rückführung sowohl in der ersten als auch in der

zweiten Phase waren bzw. sind weiterhin, das heißt bis zum heutigen Tag, ausgenommen

- Personen, die vor dem 15. Dezember 1995 das 65. Lebensjahr vollendet hatten, die hier, jedoch nicht in ihrer Heimat, Verwandte mit Aufenthaltsrecht haben, soweit sie nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind,
- Personen, die bereit sind, als Zeugen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag aufzutreten und dort auszusagen,
- Personen, die infolge von Kriegseignissen unter einer Traumatisierung leiden und aus diesem Grund der ständigen ärztlichen Behandlung bedürfen,
- Personen, die sich zurzeit in einem Weiterwanderungsverfahren in die Vereinigten Staaten von Amerika, nach Australien oder Kanada befinden und
- Auszubildende, die ihre Ausbildung vor dem 26. Januar 1996 begonnen haben bis zum Abschluss ihrer Ausbildung, soweit keine Sozialhilfe in Anspruch genommen wurde.

Über die weitere Behandlung dieser Personengruppen wird die Innenministerkonferenz zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden.

Im Übrigen stelle ich klar, dass keiner der Flüchtlinge eine Garantie erhalten konnte, wieder in seinen ursprünglichen Wohnort und nur dorthin zurückkehren zu können. Das ist gewiss leidvoll, aber es ist kein anderer Zustand, als der, den Millionen Deutsche nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bewältigen mussten.

Zwischenzeitlich sind in Rheinland-Pfalz die Rückführungen nach Bosnien-Herzegowina sehr weit fortgeschritten. Waren es zum Stichtag 1. Oktober 1996 13 034 Bürgerkriegsflüchtlinge, hielten sich hiervon zum 30. Juni 2000 lediglich noch 1 238 Personen auf. Als äußerst problematisch stellt sich die Rückführung der schwer traumatisierten Flüchtlinge dar. Deshalb wird sich die Innenministerkonferenz im Herbst mit dieser Personengruppe befassen. Sie wissen, dass ich persönlich für eine Lösung eintrete, damit diese Menschen nach Möglichkeit bei uns bleiben können.

Hinsichtlich der Rückführung der Flüchtlinge aus dem Kosovo hat die Innenministerkonferenz beschlossen, unverzüglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit im Frühjahr 2000 mit der Rückführung der Kosovo-Albaner ohne Aufenthaltsrecht begonnen werden kann. Erst nach der Öffnung des Landwegs aufgrund eines entsprechenden Transitabkommens mit den Anrainerstaaten konnte Ende April dieses Jahres mit der Rückführung begonnen werden. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse vor Ort ist aber die zwangsweise Rückführung zunächst auf albanische Volkszugehörige aus dem Kosovo beschränkt. Von einer Rückfüh-

zung der ethnischen Minderheiten, zum Beispiel Serben, Roma, Aschkali und andere, wird derzeit noch abgesehen.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Kriterien, nach denen albanische Volkszugehörige nachrangig zurückgeführt werden. Dies betrifft unter besonderen Umständen Lebensältere, Traumatisierte, Zeugen für den Internationalen Strafgerichtshof, in der Ausbildung befindliche sowie im Beruf stehende Personen und etliche Familien. Frau Abgeordnete Grützmaker, das betrifft also auch den Kreis, der vorhin angesprochen worden ist.

Diese differenzierten Regelungen zeigen, dass für die Landesregierung stets die Förderung der freiwilligen Rückkehr im Vordergrund stand und steht. Bisher wurden - Stand vom 1. August dieses Jahres - lediglich 125 Personen aus Rheinland-Pfalz nach Bosnien-Herzegowina und 116 Personen in das Kosovo abgeschoben. Das Land Rheinland-Pfalz fördert die freiwillige Rückkehr sowohl durch die Beteiligung an den Förderprogrammen des Bundes als auch durch weitere Maßnahmen. Bemerkenswert ist, dass seitens der Kosovoflüchtlinge schon jetzt eine große Rückkehrbereitschaft vorhanden ist.

Nach Mitteilung der Bundesgrenzschutzdirektion sind seit der Einrichtung der UN-Verwaltung im Kosovo im Juni 1999 allein auf dem Luftweg bereits über 48 000 Flüchtlinge freiwillig aus der Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von Rückkehrern, die den Landweg benutzt haben.

Diese große Rückkehrbereitschaft zeigt sich auch in Rheinland-Pfalz. Danach sind von den 706 Kontingentflüchtlingen bereits 477 und von den übrigen Kosovoflüchtlingen bereits 1 902 Personen auf dem Luftweg wieder ausgeweist. Für weitere 130 Personen wurde der Rückflug bereits gebucht. Darüber hinaus haben sich weitere etwa 1 000 Personen für einen Rückflug angemeldet. Über die Zahl der auf dem Landweg ausgeweisten Personen liegen mir bisher keine Informationen vor.

Gestatten Sie mir abschließend eine Anmerkung zum Beschluss des Deutschen Bundestags vom 6. Juli 2000, der die humanitären Grundsätze in der Flüchtlingspolitik zum Inhalt hatte. Ich stelle hierzu fest, dass wir in Rheinland-Pfalz einen Großteil dieser Forderung bereits erfüllen. Im Übrigen werden wir über diesen Beschluss auf der Innenministerkonferenz im November dieses Jahres beraten. Dabei werde ich meinen bisher eingeschlagenen Weg fortsetzen, nämlich auf der einen Seite aus den genannten Gründen heraus Rückführungen konsequent durchsetzen, dabei aber auf der anderen Seite menschlich handeln.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Mitglieder des CDU-Stadtverbands Münster-Maifeld, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Pellenz, Andernach, und eine Delegation von Laborangestellten der Uniklinik Mainz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Grützmaker das Wort.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Um einigen Stereotypen in diesem Hause zu begegnen: Auch wir wissen, dass Bürgerkriegsflüchtlinge zum großen Teil wieder in ihr Heimatland zurückkehren werden und müssen, wenn das Land diese Möglichkeit eröffnet. Mir ist von so vielen Personen, nicht nur von Flüchtlingen, sondern auch von Institutionen, von der Caritas und von der Diakonie, die in Pristina ihre Büros haben, mitgeteilt worden, dass die Situation dort unten noch so schwierig und unklar ist, dass es noch so viele Probleme mit den Wohnungen usw. gibt und dass die einzelnen Fälle sehr genau betrachtet werden müssen, und zwar auch die Fälle, die außerhalb des Bereichs liegen, den Sie angesprochen haben.

Zum Schluss haben Sie sehr deutlich gesagt, das begrüße ich auch, dass Sie - wenn ich Ihre Ausführungen richtig interpretiere - im November diesen Gruppenantrag aus dem Deutschen Bundestag behandeln werden. Da noch bis November Zeit ist, könnte so vorgegangen werden, dass die Menschen, die unter diesen Gruppenantrag fallen, bis dahin in Rheinland-Pfalz vor einer Abschiebung geschützt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das würde den Menschen, die wieder zurück wollen, eine große Sicherheit bieten. Vor allen Dingen würde es für die Kriegsdienstverweigerer eine Möglichkeit geben, die auch unter die humanitäre Besonderheit dieses Gruppenantrags fallen und die in Rheinland-Pfalz immer noch von der Abschiebung bedroht sind.

Das, was in diesem Antrag des Bundestags steht, nämlich dass im Rahmen einer Einzelfallprüfung, die von Behörden des Heimatlands und von den internationalen Organisationen vor Ort mit diesen Menschen abgestimmt worden ist, Minimal Kriterien berücksichtigt werden sollen, unter anderem zum Beispiel die Sicherheit vor Minen - auch das sollte man nicht vergessen - und ob es eine Existenzmöglichkeit für Personen und Familien gibt, um ein Mindestmaß an Überlebenschancen zu gewährleisten, wäre ganz wichtig. Mit diesen humanitären Grundsätzen, die in dem Gruppenantrag von allen vier Fraktionen unterstützt wurden, kommen wir auch in Rheinland-Pfalz in einigen schwerwiegenden Fällen ein ganzes Stück weiter.

Herr Zuber, ich bitte Sie, dass Sie auf die Ausländerbehörden in den einzelnen Städten Ihren Einfluss ausüben und ihnen sagen, dass in diese Richtung Überlegungen in der Innenministerkonferenz angestellt werden.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

„Auswirkungen der Steuerreform auf die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft von Rheinland-Pfalz“

Dazu erteile ich Herrn Finanzminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 14. Juli hat der Bundesrat dem Steuersenkungsgesetz zugestimmt. Es wird am 1. Januar 2001 in Kraft treten. Das Gesetz besteht aus drei Elementen:

1. Der Unternehmensteuerreform,
2. dem Vorziehen der für das Jahr 2002 vorgesehenen Stufe des bereits 1999 beschlossenen Steuerentlastungsgesetzes auf das Jahr 2001 und
3. einer weiteren massiven Absenkung der Einkommensteuer in den Jahren 2003 und 2005.

Mit dem bereits im Jahr 1999 in Kraft getretenen Steuerentlastungsgesetz und dem nun verabschiedeten Steuersenkungsgesetz wurde beginnend mit dem Jahr 1999 eine Steuerentlastung vorgenommen, die ab dem Jahr 2005 ein jährliches Volumen von rund 93 Milliarden DM erreicht.

(Beifall der SPD)

Damit ist das größte Steuerreformprojekt, das es je in Deutschland gegeben hat, auf den Weg gebracht.

(Beifall der SPD)

Zur Abrundung der am 14. Juli beschlossenen Reform ist nun das so genannte Steuersenkungsergänzungsgesetz notwendig, das am gestrigen Tag von der Bundesregierung verabschiedet wurde. Damit wird die Entschließung des Bundesrats umgesetzt, der Rheinland-Pfalz nicht nur zugestimmt hat,

sondern deren Inhalte im Wesentlichen auf uns zurückgehen. Sie gehen eigentlich ausschließlich auf uns zurück.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat der Steuerreform im Bundesrat zugestimmt. Sie hat mit dieser Zustimmung ihr Gewicht voll in die Waagschale geworfen und ihre politischen Möglichkeiten im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, insbesondere des Mittelstands, voll genutzt. Dies war vernünftig und notwendig im Interesse der Überwindung des Defätismus auf steuerlichem Feld, der nicht nur zu einem Symbol des Reformstaus in Deutschland geworden war, sondern zunehmend die konjunkturellen Auftriebskräfte behinderte. Insoweit war es leicht nachvollziehbar, dass die Verabschiedung der Steuerreform quer durch die Republik, von den Unternehmern ebenso wie von den Gewerkschaften, von den Verbänden und Kammern ebenso wie von der Publizistik, begrüßt wurde.

Es hat sich auch gezeigt, dass die vom Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Merz, im Anschluss an eine Sitzung des Vermittlungsausschusses gegenüber der Presse abgegebene Erklärung, Rheinland-Pfalz werde im Bundesrat der Reform nicht zustimmen, voreilig und falsch war.

(Beifall der SPD)

Es bleibt dabei: Über das Verhalten der rheinland-pfälzischen Landesregierung entscheidet allein die rheinland-pfälzische Landesregierung und niemand sonst.

(Beifall der SPD -
Mertes, SPD: Gar niemand!)

- Gar niemand!

Die wesentlichen Inhalte des Steuersenkungsgesetzes sind folgende:

1. Das steuerfreie Existenzminimum steigt von derzeit 13 500 DM bis zum Jahr 2005 auf 15 000 DM. Im Falle der Zusammenveranlagung von Ehegatten verdoppeln sich die Beträge jeweils.
2. Der Eingangssteuersatz, der im Jahr 1998 noch 25,9 % betragen hat, sinkt über 22,9 % in diesem Jahr und über 19,9 % im nächsten Jahr auf 15 % im Jahr 2005. Dies ist übrigens nach dem historischen Höchststand des Eingangssteuersatzes im Jahr 1998 der niedrigste Eingangssteuersatz seit 1958.

(Beifall der SPD und des
Abg. Kuhn, F.D.P.)

3. Der Spitzensteuersatz wird von 53 % im Jahr 1998 über 51 % in diesem Jahr in zwei Zwischenschritten auf 42 % im Jahr 2005 zurückgeführt.

4. Bezüglich der Besteuerung von Kapitalgesellschaften gibt es einen Systemwechsel vom so genannten Vollenrechnungsverfahren zum so genannten Halbeinkünfteverfahren. Das heißt, der Steuersatz für Kapitalgesellschaften, und zwar sowohl für ausgeschüttete wie im Unternehmen verbleibende Gewinne, wird ab dem Jahr 2001 auf 25 % gesenkt. Die gezahlte Körperschaftsteuer wird im Falle einer Gewinnausschüttung dem Anteilseigner nicht mehr auf die Einkommensteuerschuld angerechnet. Als Äquivalent für diesen Wegfall hat der Anteilseigner nur noch die Hälfte seiner Dividenden zu versteuern.

5. Für Personengesellschaften wird die Gewerbesteuer im Ergebnis faktisch weitgehend abgeschafft. Durch die Möglichkeit zur Verrechnung des 1,8-fachen des Gewerbesteuerbetrags mit der Einkommensteuerschuld wird die Gewerbesteuer als Sonderbelastung wirtschaftlich kompensiert, wobei den Kommunen ihre bisherigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer auch in Zukunft voll umfänglich erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ein jahrzehntelanger Kampf mittelständischer Unternehmen gegen die Zusatzbelastung aus der Gewerbesteuer wie auch gegen die Ungleichbehandlung zu Freiberuflern ist damit beendet.

6. Veräußerungsgewinne, die bei Geschäftsaufgabe oder Betriebsveräußerungen entstehen, sind ab dem Jahr 2001 bis zu 100 000 DM generell steuerfrei. Bisher waren das 60 000 DM. Darüber hinaus gehende Beträge werden mit dem halben Steuersatz besteuert.

Für diese Maßnahme, die Inhalt des gestern verabschiedeten Gesetzentwurfs durch die Bundesregierung ist, hatten die Bundesregierung und die Länder, die der entsprechenden Entschließung des Bundesrats zugestimmt haben, ein steuerliches Entlastungsvolumen von 1,75 Milliarden DM unterstellt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom gestrigen Tag geht nun von einem Entlastungsvolumen von 2 Milliarden DM aus. Insoweit ist die Erwartung des Bundesrats hinsichtlich des Entlastungsvolumens mehr als erfüllt. Die Bundesregierung hat somit Wort gehalten. Die Ausgestaltung im Detail wird im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zu beraten sein.

Meine Damen und Herren, die anhand dieser Eckdaten erkennbare Gesamtarchitektur der Steuerreform macht deutlich, dass die Reform allen Steuerzahlern, den Unternehmen ebenso wie den privaten Steuerbürgerinnen und -bürgern und insbesondere den Familien mit Kindern, zugute kommt.

Dies war auch notwendig, weil es bei der Reform entscheidend darauf ankam,

1. die Bedingungen für Investitionen aus dem In- und Ausland und für mehr Beschäftigung zu verbessern,

2. die Steuersätze insbesondere für die im globalen Wettbewerb stehenden Unternehmen deutlich zu senken und somit ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidend zu stärken und

3. die private Kaufkraft und damit die Nachfrage, aber auch die Fähigkeit zur eigenen Zukunftsvorsorge durch eine drastische Absenkung der Einkommensteuersätze über den gesamten Tarifverlauf zu erhöhen. Ganz entscheidend ist dabei die Absenkung des Eingangssteuersatzes von 25,9 % im Jahr 1998 auf 15 % im Jahr 2005 und die gleichzeitige Anhebung des Grundfreibetrags. Damit wird ein erheblicher Beitrag zur Verstärkung und Beschleunigung des konjunkturellen Aufschwungs geleistet, der bislang noch im Wesentlichen auf außenwirtschaftlichen Einflüssen beruht.

Mit dieser Steuerreform kann sich Deutschland auch im internationalen Vergleich gut sehen lassen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

In der Europäischen Union werden wir spätestens ab dem Jahr 2005 zu den Ländern mit der niedrigsten Eingangsbesteuerung gehören.

Ähnliches gilt für den Spitzensteuersatz. Die ab dem Jahr 2005 geltenden 42 % werden in der Europäischen Union nur noch von Großbritannien und Portugal mit jeweils 40 % unterschritten, allerdings beginnt in Großbritannien die obere Proportionalzone, ab der der Spitzensteuersatz gilt, bereits bei 79 400 DM, in Portugal gar ab 61 500 DM, während die Spitzensatzbesteuerung in Deutschland erst ab 102 000 DM greifen wird.

Meine Damen und Herren, schließlich verbessert sich im internationalen Vergleich auch die Situation der Kapitalgesellschaften. Mit einem Körperschaftsteuersatz von 25 % zuzüglich der Gewerbesteuer und dem Solidaritätszuschlag werden ab dem Jahr 2001 die Gewinne der Körperschaften nur noch mit 38,6 % belastet. Damit liegt die Belastung in Deutschland im Vergleich zur EU unter dem Durchschnitt.

Im Jahr 2005 wird die Gesamtsteuerentlastung gegenüber dem Jahr 1998 nicht weniger als 93 Milliarden DM betragen. Davon kommen rund 65 Milliarden DM den privaten Haushalten zugute. Die mittelständischen Unternehmen werden um rund 30 Milliarden DM entlastet, während die Großunternehmen trotz der massiven Absenkung des Körperschaftsteuersatzes per Saldo um rund 2 Milliarden DM belastet werden, was im Wesentlichen durch die veränderte Bewertung von Rückstellungen für die Kraftwerk betreibenden Unternehmen und die Versicherungswirtschaft im Zuge des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 begründet ist.

Was bringt die Reform für die Familien und für den Mittelständler ganz konkret? Zwei Beispiele: Einer Familie mit zwei Kindern und einem zu versteuernden Einkommen von

60 000 DM verbleiben unter Berücksichtigung des angehobenen Kindergeldes bereits im laufenden Jahr 2 400 DM netto mehr als noch im Jahr 1998.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Im Jahr 2001 werden es sogar 3 400 DM sein,

(Dr. Schiffmann, SPD: Hört! Hört!)

und bis zum Jahr 2005 wird sich dieser Betrag auf nahezu 4 800 DM jährlich erhöhen.

(Beifall der SPD)

Das zweite Beispiel: Ein verheirateter selbstständiger Handwerksmeister mit einem Gewinn aus einem Gewerbebetrieb von 100 000 DM jährlich, was zugleich auch das steuerpflichtige Einkommen sein soll, hat im Jahr 2001 unter Einbeziehung der Gewerbesteuer bei dem für Rheinland-Pfalz durchschnittlichen Hebesatz von 370 % 4 500 DM netto mehr in der Tasche als noch im Jahr 1998. Im Jahr 2005 wird seine Nettoentlastung 6 600 DM betragen.

Bereits diese beiden Vergleiche - viele weitere ließen sich anschließen - widerlegen auf recht deutliche Weise die unsinnige Aussage, die Steuerreform komme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den mittelständischen Unternehmen nicht zugute. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Mittelstand sind die Hauptbegünstigten dieser Reform.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Der Vorwurf, dass die Unternehmensteuerreform Großunternehmer begünstige und den Mittelstand vernachlässige, wird vor allem durch den Vergleich des Körperschaftsteuersatzes von 25 % mit dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 42 % begründet. Ein solcher Vergleich ist natürlich unsinnig, da er Äpfel mit Birnen vergleicht.

Zunächst einmal ist anzumerken, dass zu dem Körperschaftsteuersatz von 25 % die Gewerbesteuer hinzuzurechnen ist, zusätzlich noch der Solidaritätszuschlag, sodass wir es bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften mit einer Steuerlast von 38,6 % von der ersten Mark des Gewinns an zu tun haben.

Bei der Einkommensteuer hingegen, die für Einzelunternehmer und Personengesellschaften gilt, haben wir es mit einem völlig anderen System zu tun. Nach dem steuerfreien Grundfreibetrag beginnt dort die Steuerbelastung mit einer Eingangsbelastung von 15 % im Jahr 2005 und steigt dann bis auf 42 % an, die bei einem Einkommen von 102 000 DM greifen. Hinzu kommt der Solidaritätszuschlag, insgesamt also 44,3 %.

Die durchschnittliche Steuerbelastung von Einzelunternehmen und Personengesellschaften in Höhe von 38,6 %, wie sie für Kapitalgesellschaften von der ersten Mark an gilt, wird erst bei einem steuerpflichtigen Einkommen für Ledige von 250 000 DM und von zusammenveranlagten Ehegatten von 480 000 DM erreicht. Ein solches Einkommen von mehr als 250 000 DM bzw. 480 000 DM wird jedoch nur von weniger als 5 % aller Steuerpflichtigen, die gewerbliche Einkünfte haben, erreicht. Umgekehrt: Für mehr als 95 % aller Personengesellschaften und Einzelunternehmer ist die steuerliche Belastung nach der Einkommensteuer günstiger, als sie es für Kapitalgesellschaften ist.

(Beifall der SPD)

Diese Wirkung ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass die Steuerreform die Möglichkeit geschaffen hat, das 1,8-fache des Gewerbesteuermessbetrags mit der Einkommensteuerschuld zu verrechnen. Lassen Sie mich auch dies an einem Beispiel deutlich machen.

Ein mittelständisches Unternehmen mit einem Gewinn von 500 000 DM vor Steuern - vor Einkommen- und Gewerbesteuer - hat im Jahr 2000 eine Gesamtbelastung von Einkommen- und Gewerbesteuer in Höhe von 224 900 DM. Im Jahr 2001 reduziert sich diese Steuerlast um 20 100 DM, im Jahr 2005 um weitere 20 850 DM.

Meine Damen und Herren, ist das nun mittelstandsfreundlich oder nicht?

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Nicht selten schließlich wird der Vorwurf einer zu hohen Spreizung in den Steuersätzen zwischen Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften erhoben. Der Abstand zwischen dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer und der Gesamtbelastung der Kapitalgesellschaften - so die Feststellung - sei zu hoch. In der Tat, der Spitzensteuersatz einschließlich des Solidaritätszuschlags liegt im Jahr 2001 um 13 Prozentpunkte höher als die Durchschnittsbelastung der Kapitalgesellschaften. Dieser Wert verringert sich allerdings bis zum Jahr 2005 auf etwa 6 Prozentpunkte.

Wo liegt das Problem? In Irland, in Österreich, in Frankreich, in Belgien und in Dänemark liegt der Abstand zwischen dem Körperschaftsteuersatz und dem Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer jeweils zwischen 14 und 24 Prozentpunkten. In den Niederlanden, im viel gepriesenen Musterbeispiel für Innovationskraft und Investitionsstärke, beträgt dieser Abstand gar 25 Prozentpunkte. Im Vergleich dazu werden wir ab dem Jahr 2005 mit rund 6 Prozentpunkten Spreizung den niedrigsten Wert in der gesamten Europäischen Union haben.

Ich halte diese Widerrede gegen die Steuerreform deshalb auch für an den Haaren herbeigezogen. Ich bin auch sicher, dass sie für einen Gang nach Karlsruhe, wie hier und dort er-

wogen wird, überhaupt nichts hergeben wird. Dieses Thema ist allenfalls als Spielwiese für steuerpolitische Fundamentalisten geeignet. Derer allerdings hat es im Gesetzgebungsverfahren nicht gemangelt.

Wir hatten die Situation, dass sich der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat in fünf Sitzungen allein mit der Frage des Systemwechsels, dem Übergang vom Vollarrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren, befasst hat. Dabei liegt es auf der Hand, dass das bisherige Vollarrechnungsverfahren, wenn es auch trotz seiner ungeheuren Kompliziertheit und Missbrauchsanfälligkeit zum Teil nützlich gewesen sein mag, unter den Bedingungen des freien Kapitalmarkts in Europa keine Zukunft mehr hat. Ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs, was sich erst jüngst mit einem vergleichbaren niederländischen Fall bereits befasst hat, bestätigt dies.

Der Vorsitzende der so genannten Brühler Kommission, die im Auftrag des Bundesfinanzministers die Steuerreform vorbereitet hatte, nämlich der Leiter der Steuerabteilung des Deutschen Industrie- und Handelstags, Alfons Kühn, schrieb dazu am 23. Juni 2000 im „Handelsblatt“ unter der Überschrift „Allein dem Halbeinkünfteverfahren gehört die Zukunft“ unter anderem Folgendes - ich zitiere -:

„Die Brühler Kommission ging auf der Basis unabhängiger, aber doch weitgehend übereinstimmender Schätzung der Kreditwirtschaft und der Finanzverwaltung davon aus, dass jährlich zwischen 10 und 14 Milliarden DM Körperschaftsteuer durch Gestaltungen ausfallen, die weder von der Verwaltung beherrschbar noch vom Gesetzgeber zu unterbinden sind.“

Meine Damen und Herren, das Vollarrechnungsverfahren, dem ein führender Vertreter der deutschen Wirtschaft das soeben zitierte Negativurteil ausgestellt hat, war die Bastion, die die Union im Vermittlungsverfahren geradezu als einen Glaubenssatz aufgebaut hatte. Ich habe die Reden, die gehalten wurden, noch alle im Ohr: „Es gibt für diese Steuerreform im Bundesrat keine Mehrheit, sie bekommen sie auch nicht“ oder „Grundlage der Beratung im Vermittlungsausschuss ist nicht der Regierungsentwurf, sondern der Gesetzentwurf der CDU/CSU“ oder „Wir sind nicht bereit, den Systemwechsel mitzumachen. Wir können hier darüber reden, aber ein Ergebnis gibt es nicht“ oder „Wir haben keine Angst, die Reform scheitern zu lassen“.

Meine Damen und Herren, über diese Fundamentalbetrachtungen hinaus ist es im Vermittlungsverfahren nicht zur Erörterung auch nur eines einzigen konkreten Vorschlags oder Sachverhalts oder gar eines konkreten Antrags der Union zu irgendeinem Punkt, sei es der halbe Steuersatz bei der Betriebsveräußerung oder eine Verbesserung im Tarifverlauf oder eines konkreten Änderungsvorschlags oder zu was auch immer, gekommen. Es ging allein um den politischen Kampf und um die Verhinderung der Steuerreform, zumindest zu jenem Zeitpunkt.

Aufseiten der Bundesregierung hat es gegenüber dem im Bundestag verabschiedeten Gesetz eine beträchtliche Bewegungsbereitschaft gegeben. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat an dem endgültig zustande gekommenen Ergebnis einen beträchtlichen Anteil. Ganz konkret darf ich nennen:

1. Die Ansparabschreibung für kleine Unternehmen bleibt, entgegen dem ursprünglichen Bundestagsbeschluss, bestehen.

2. Die Regelung des so genannten Mitunternehmererlasses, mit dem Strukturveränderungen von Personenunternehmen steuerunschädlich vorgenommen werden können, wird mit seinen wesentlichen Inhalten wieder eingeführt und wird nunmehr gar ins Gesetz hineingeschrieben.

3. Für Gewinne aus der Betriebsveräußerung und Betriebsaufgabe wird der halbe Steuersatz mit den eingangs von mir genannten Modalitäten wieder eingeführt. Mit der Anhebung des Freibetrags von 60 000 DM auf 100 000 DM werden 85 % aller Geschäftsaufgaben und Betriebsveräußerungen gänzlich steuerfrei gestellt.

4. Der Spitzensteuersatz beträgt ab 2005 nicht, wie ursprünglich im Beschluss des Bundestags vorgesehen, 43 %, sondern 42 %.

Meine Damen und Herren, mit diesem Ergebnis, zu dem beide Koalitionspartner einen wichtigen Beitrag geleistet haben, können wir uns mehr als sehen lassen - nicht überheblich, aber doch selbstbewusst.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, nichts ist so gut, als dass es nicht auch eine Schattenseite hätte. Die Einkommensteuer ist bekanntlich auch die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Kirchensteuer. Die Kirchen haben von Anbeginn der Diskussion über die Steuerreform deutlich gemacht, dass sie die Kirchensteuerausfälle aufgrund der Tarifänderungen selbstverständlich mittragen werden. Nicht akzeptieren wollen sie jedoch die Reduzierung der Einkommensteuer durch die Verrechnung der Gewerbesteuer mit der Einkommensteuerschuld und den Übergang vom Vollarrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren.

Ministerpräsident Beck und auch ich haben von Anbeginn der Diskussion immer wieder zugesichert, dass die Kirchen in dieser Frage mit unserer Unterstützung rechnen können. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Kirchen Einnahmeausfälle durch Reduzierung der Bemessungsgrundlage hinnehmen sollen, während sich der Staat für diesen Steuerausfall - das gilt insbesondere für den Übergang zum Halbeinkünfteverfahren - bei der Körperschaftsteuer schadlos hält.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Der in dieser Frage von den Berliner Koalitionsfraktionen kürzlich in den Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf sieht hinsichtlich der verrechneten Gewerbesteuer eine Korrektur der Bemessungsgrundlage vor, nicht jedoch bezüglich des Übergangs zum Halbeinkünfteverfahren. Die Landesregierung wird dies nicht akzeptieren und nicht locker lassen und im Interesse der Kirchen spätestens im Bundesrat für eine Korrektur dieses Vorhabens eintreten.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir dabei erfolgreich sein werden. Die Kirchen haben in dieser Frage Anspruch auf Unterstützung und Solidarität.

Meine Damen und Herren, allein im Jahr 2001 werden Wirtschaft und private Haushalte um rund 45,4 Milliarden DM entlastet. Davon entfallen auf die rheinland-pfälzischen Steuerzahler insgesamt 2,2 Milliarden DM - Private und Unternehmen. Im Jahr 2005 werden es dann sogar 3,1 Milliarden DM sein.

Dieser Entlastung des Bürgers steht selbstverständlich eine entsprechende Belastung der öffentlichen Haushalte gegenüber. Im Landeshaushalt werden wir im kommenden Jahr eine Mindereinnahme von rund 860 Millionen DM zu verkraften haben. Auf die Kommunen kommen 211 Millionen DM zu, zusätzlich 184 Millionen DM durch die Wirkung des kommunalen Finanzausgleichs.

Diese Belastung in Höhe von 184 Millionen DM wollen wir jedoch im Jahr 2001 den Kommunen ersparen und die Verrechnung erst im Jahr 2004 vornehmen, sodass ihnen insoweit ein Liquiditäts- und Zinsvorteil entsteht und mehr Zeit zur Anpassung ihrer Haushalte bleibt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

In früheren Debatten hat die Landesregierung an dieser Stelle bereits zum Ausdruck gebracht, dass wir den Steuerausfall in den kommenden Jahren beherrschen wollen und beherrschen werden, ohne unser Konsolidierungsziel, allerspätestens im Jahr 2008 auf Neukredite verzichten zu können, zu gefährden.

Wir haben im Doppelhaushalt 2000/2001 die Steuereinnahmen sehr vorsichtig eingeplant. Wir haben im vergangenen Jahr eine Rücklage gebildet, und der bisherige Haushaltsverlauf bestätigt unsere bereits im Frühjahr zum Ausdruck gebrachte Einschätzung, dass wir auch für dieses Jahr einen guten Haushaltsabschluss erwarten können, sodass die Neuverschuldung im kommenden Jahr trotz der beträchtlichen Beanspruchung durch die Steuerreform nicht erhöht werden muss.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Steuerreform war notwendig, und die Erleichterung über ihre Verabschiedung war allge-

mein. Nicht alle Wünsche konnten erfüllt werden. Gewiss bleibt noch manches wichtige Anliegen offen, auch das Problem einer durchgreifenden Steuervereinfachung.

(Beifall bei der F.D.P. -

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Da klatscht der Richtige!)

Wir sind jedoch mit diesem Entlastungsvolumen schon bis an die Grenze der Belastungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte herangegangen; denn Finanzpolitik handelt immer von zwei Dingen: von Steuerpolitik und Haushaltspolitik.

(Beifall der SPD)

Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik hat immer einen fairen Ausgleich beider Interessenlagen sicherzustellen. Das hat nicht zuletzt etwas mit unserer Verantwortung für die kommenden Generationen zu tun.

Meine Damen und Herren, man mag es für einen Schönheitsfehler und mehr halten, dass die Abschreibungsbedingungen zum Teil verschlechtert werden, zum Beispiel durch die Reduzierung der degressiven Abschreibungssätze von 30 % auf 20 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

- Herr Kollege Dr. Gölter, ich darf daran erinnern, dies war auch bereits in den Petersberger Beschlüssen vorgesehen, wenn auch keine Reduzierung auf 20 %, sondern auf 25 %.

Die darüber hinaus gehende weitere Reduzierung von Abschreibungssätzen nach der allgemeinen Tabelle hat damit zu tun, dass der Bundesfinanzhof es der Politik zur Aufgabe gemacht hat, die Abschreibungsdauer der technischen Nutzungsmöglichkeit bei bestimmten Wirtschaftsgütern anzupassen.

Doch neben den Einzelaspekten, so wichtig auch immer sie sein mögen, kommt es immer auch und nicht zuletzt auf die Gesamtwirkung eines Projekts an. Damit sind wir, so denke ich, mit dieser Reform auf einem guten Weg.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Mit den Worten: „Mit der Revitalisierung der Wirtschaft und den begonnenen Reformvorhaben ist Deutschland ein hoch interessanter Standort geworden“, wird der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank und Standortbeauftragte der Bundesregierung, Hilmar Kopper, am 14. August 2000 in der „Welt“ zitiert.

(Böhr, CDU: Ja!)

- Herr Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender Böhr, in den Nachrichten der Industrie- und Handelskammer Trier vom August 2000, die heute Morgen auf meinen Tisch kamen,

sind in einem größeren Beitrag zur Steuerreform Zwischenüberschriften zu finden wie: „Positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu erwarten“ und „Steuerbelastung sinkt um 20 %“.

(Böhr, CDU: Ja, macht mal schön!)

Schließlich darf ich auf die im „Handelsblatt“ von gestern zitierte Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit verweisen, wonach in diesem Jahr ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 210 000 und für das nächste Jahr um 250 000 zu erwarten ist. Ich spreche in diesem Zusammenhang nicht von einer Verringerung der Arbeitslosenzahl. Sie ist durch den demographischen Faktor größer. Zu verweisen ist auch darauf, dass die Direktinvestitionen ausländischer Investoren in der Bundesrepublik Deutschland wieder deutlich zugenommen haben.

Es ist nicht so, dass ich all dies in erster Linie für eine unmittelbare Folge der Steuerreform halte. Dafür ist sie noch zu jung. Wohl aber waren auf steuerlichem Feld Bedingungen zu schaffen, die diese zweifellos positiven Ansätze unterstützen und verstärken und den Unternehmen auf längere Sicht Planungssicherheit geben.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Zugleich bitte ich, nicht zu unterschätzen, dass mit dieser Reform ein wichtiges Signal nach außen gegeben wurde, nämlich dass Deutschland, dass die deutsche Politik nach Jahren des Stillstands endlich wieder gestaltungs- und reformfähig ist. Dieses Signal wird uns guttun, übrigens nicht nur nach außen, sondern auch nach innen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Wir kommen nun zur Aussprache über die Regierungserklärung. Den Fraktionen steht jeweils eine Redezeit von 15 Minuten zur Verfügung.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Anfang meiner Ausführungen einiges zu dieser Regierungserklärung sagen.

Herr Finanzminister, sie scheint Ihnen einiges Kopfzerbrechen und einige Schwierigkeiten bereitet zu haben; denn trotz Ihrer Zusage von gestern Abend, wir sollten sie bis heute Morgen um 10.00 Uhr haben, lag sie bis 14.00 Uhr immer

noch nicht vor. Es gab Hinweise aus Ihrem Hause, daran werde noch gearbeitet, und sie müsse noch abgestimmt werden.

(Bischel, CDU: Darin ist viel Geheimnis!)

Meine Damen und Herren, für mich ist dies die Fortsetzung des Durcheinanders im Abstimmungsverhalten dieser Landesregierung bei der Abstimmung über die Steuerreform im Bundesrat,

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

wo es dienstags noch hieß, die Landesregierung werde dieser Steuerreform nicht zustimmen, und am Freitag hat sie doch zugestimmt, nachdem „Oberstrippenzieher“ Rainer Bröderle tätig geworden ist.

(Beifall der CDU)

Wohl kaum einer in diesem Hause wird die Notwendigkeit einer umfassenden und ausgewogenen Steuerreform infrage stellen. Keiner wird sagen können, dass unser Steuerrecht nicht reformbedürftig sei und dass die viel geforderte Vereinfachung unseres Steuerrechts notwendiger denn je ist.

Meine Damen und Herren, wir brauchen diese überfällige Steuerreform nicht nur für die Wirtschaft, wir brauchen sie für Deutschland, wir brauchen sie für uns alle, wir brauchen sie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

(Ministerpräsident Beck: Deshalb wolltet Ihr sie verhindern!)

- Herr Ministerpräsident, wenn man sich im Urlaub befunden hat, sollte man zu Dingen, die man nur über das Handy mitbekommen hat, keine Stellung beziehen!

(Ministerpräsident Beck: Ich habe mehr dazu beigetragen, als Sie davon verstehen! -

Dr. Mertes, SPD: Das ist unglaublich! - Weitere Zurufe von der SPD -)

Meine Damen und Herren, ebenso deutlich muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass mit diesem Reformwerk, als so genanntes Steuersenkungsgesetz bezeichnet, die angestrebte und dringend notwendige Vereinfachung des Steuerrechts nicht erreicht wird.

Herr Finanzminister, Sie haben von Licht und Schatten gesprochen.

(Mertes, SPD: Damit wären nicht Sie gemeint!)

Sie haben leider den Schatten etwas zu wenig belichtet. Lassen Sie sich einmal sagen, dass es bei dieser Steuerreform mit

Sicherheit Sieger und Verlierer geben wird. Mit Sicherheit wird eine gleichmäßige Entlastung für alle Steuerzahler nicht erreicht.

(Beifall der CDU)

Wie ist es denn sonst zu erklären, dass höhere Einkommen stärker als kleinere entlastet werden und dass gravierende steuerliche Unterschiede und Benachteiligungen bei Körperschaftsteuerzahlern und Einkommensteuerzahlern entstehen? Die Differenzierung und steuerliche Begünstigung von Kapitalgesellschaften im Zuge dieser Steuerreform gegenüber Einzelunternehmen und Personengesellschaften verstößt nicht nur gegen den in der Abgabenverordnung verankerten Grundsatz der Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung, sondern ist, wie es der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht, Professor Dr. Paul Kirchhof, formuliert, --

(Mertes, SPD: Ja! Ja!)

- Herr Mertes, hören Sie zu.

-- aufgrund der außerordentlichen steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten eine Steilvorlage für das Erfinden und Entstehen von so genannten Steuerschlupflöchern und somit nicht nur verfassungsrechtlich höchst bedenklich, sondern auch ein Verstoß gegen § 42 der Abgabenordnung, der den Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Einzelnen regelt und definiert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wo liegen nun die Problembereiche, die sozialen Unausgewogenheiten der Steuerreform? Wo ist die Schiefelage dieses Reformwerks? Lassen Sie mich hierzu drei Komplexe herausgreifen, die an dieser Steuerreform Kritik hervorrufen müssen und als Schwachpunkte einer unausgegorenen Steuerreform zu bezeichnen sind.

Ich frage Sie: Meine Damen und Herren, ist es sozial ausgewogen, wenn im Zuge dieser Steuerreform ein lediger Arbeitnehmer mit einem Jahresbruttolohn von 70 000 DM ab dem Jahr 2001 stärker steuerlich entlastet wird als ein verheirateter Arbeitnehmer und Familienvater mit zwei Kindern bei gleichem Jahresbrutto? Ist es sozial ausgewogen, wenn die steuerliche Entlastung für den verheirateten Arbeitnehmer erst ab einem Jahresbrutto von rund 100 000 DM größer als bei einem ledigen Arbeitnehmer wird?

(Mertes, SPD: Sie wissen doch genau,
dass Sie die Unwahrheit sagen!
Sie müssen die absoluten
Summen nennen! -

Ministerpräsident Beck: Dummes Zeug!)

- Man muss eben das Steuerrecht verstehen. Da gibt es bei Ihnen Probleme.

(Beifall bei der CDU -
Itzek, SPD: Ach ja! Eine Schande
für den ganzen Berufsstand!)

- Herr Ministerpräsident, mit Äußerungen wie „Dummes Zeug“ sollten Sie etwas zurückhaltender sein. Das steht einfach einem Ministerpräsidenten dieses Landes nicht an.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, vielleicht fällt Ihnen etwas Überzeugung leichter, wenn ich Ihnen die Äußerung eines bekannten Sozialdemokraten hier vorführe, der sich zu dieser Steuerreform wie folgt geäußert hat: Die Steuerreform entlastet den Durchschnittsverdiener zu wenig und den Milliardär zu stark.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sicherlich diese Äußerung von dem früheren SPD-Bundvorsitzenden und ehemaligen Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine gelesen,

(Heiterkeit des Abg. Mertes, SPD)

dem aus meiner Sicht nichts mehr hinzuzufügen ist.

(Mertes, SPD: Wen nehmen
Sie denn da heran? -
Dr. Mertes, SPD: So weit ist es
schon gekommen!)

Wie ist es mit dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit und der Einheitlichkeit der Besteuerung zu vereinbaren, wenn selbstständige Handwerksmeister und mittelständische Unternehmer, die ihren Betrieb als Einzelunternehmen oder in Form einer Personengesellschaft führen, einem höheren Steuersatz unterliegen als Kapitalgesellschaften, Aktiengesellschaften und GmbHs?

(Mertes, SPD: Das hat der Minister doch
so langsam erklärt, dass sogar
Sie es verstehen konnten,
Herr Jullien!)

Kann es richtig sein, Herr Mertes, dass Veräußerungen von Anteilen oder Beteiligungen von Kapitalgesellschaften, also Großkonzernen, Banken, Versicherungen und Aktiengesellschaften steuerfrei sind, während der kleine Handwerksmeister, der zur Absicherung und Finanzierung seiner Altersversorgung seinen Betrieb veräußert oder überträgt,

(Bruch, SPD: Ist doch
schon erledigt!)

diesen Erlös auch nach der uns seit gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten Regelung immer noch mit dem halben Steuersatz versteuern muss, dieser halbe Steuersatz jedoch nicht den jeweiligen Eingangsteuersatz unterschreiten darf. Das ist doch keine mittelstandsfreundliche Politik, das ist genau das Gegenteil.

(Mertes, SPD: Das kostet
8 Milliarden DM!)

Das ist eine gegen den Mittelstand gerichtete Politik. Das ist eine Politik gegen kleine und mittlere Handwerksbetriebe. Es ist eine mittelstandsfeindliche Politik.

(Beifall bei der CDU)

Bei dieser Steuerreform gibt es mit Sicherheit Gewinner. Diese Gewinner sind Großkonzerne und Kapitalgesellschaften, Großverdiener und Millionäre. Das sind die Gewinner dieser Steuerreform.

(Mertes, SPD: Wir lieben das
Kapital schon immer!)

Lassen Sie sich von mir sagen: Diese Steuerreform wird keine neuen und zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, sondern sie blockiert und erschwert die Schaffung von Arbeitsplätzen und wird mehr zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen.

Wer ist noch ein weiterer Verlierer dieser Steuerreform? Die Kommunen. Herr Finanzminister, Sie haben ausgeführt, dass das Land im Zuge von Mindereinnahmen rund 860 Millionen DM ausgleichen muss. Sie haben aber nicht genau gesagt, wie das Land dies ausgleicht, sondern immer von Absichten gesprochen.

(Kuhn, F.D.P.: Das hat er schon
fünfmal erklärt!)

Darüber hinaus wird es nach den Berechnungen des Landkreistags im Jahr 2001 zu Steuerausfällen bei den Kommunen von rund 380 Millionen DM kommen. Vom Jahr 2001 an bis zum Jahre 2004 werden sich diese Ausfälle auf rund 1,4 Milliarden DM belaufen.

(Mertes, SPD: Wie wäre das denn bei dem Merz-Entwurf gewesen? Sie wollten doch noch viel mehr! Hätte es dann einen Goldesel gegeben? Sie jammern jetzt über diese Summe und wollten selbst mehr. So ist es!)

- Herr Mertes, von einem Finanzminister kann man doch erwarten, dass er sagt, wie 860 Millionen DM im Land verkraftet werden.

Lassen Sie mich ein vorläufiges Fazit zu dieser Regierungserklärung und zu dieser vorliegenden Steuerreform ziehen. Bei

dieser vorliegenden Steuerreform bleibt die Steuergerechtigkeit außen vor. Die eindeutige steuerliche Begünstigung von Kapitalgesellschaften gegenüber Einzelunternehmen und Personengesellschaften wird mit großer Wahrscheinlichkeit das Bundesverfassungsgericht beschäftigen. Der Grundsatz der Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung wird im Zuge dieser Steuerreform ad absurdum geführt. Die vorgesehene Anrechnung der Gewerbesteuer ist mehr als fraglich.

(Mertes, SPD: Wieso das denn?)

Letztlich ist das ganze Reformwerk alles andere als ein Beitrag zur Vereinfachung des Steuerrechts. Es ist genau das Gegenteil. Das Steuerrecht wird komplizierter und undurchschaubarer. Mit Sicherheit kann diese Steuerreform nicht als ein gelungenes und überzeugendes Reformwerk bezeichnet werden.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Itzek das Wort.

Abg. Itzek, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jullien bleibt nun einmal Jullien, nichts dazugelernt.

(Jullien, CDU: Qualität setzt
sich durch!)

Ich habe mir heute Morgen noch einmal das letzte Protokoll über die Aktuelle Stunde durchgelesen, als dieses Thema auch diskutiert worden ist. Es ist nicht zu glauben, Herr Jullien: Das, was Sie damals gesagt haben, wiederholen Sie heute im Prinzip wieder.

(Jullien, CDU: Weil es sich nicht
geändert hat!)

Ich erinnere an eine Aussage des Kollegen Böhr, der voller Überzeugung gesagt hat: Diese Steuerreform wird durch die CDU verhindert werden. - So richtiggehend voller Überzeugung hat er das gesagt. Aber es ist anders ausgegangen.

(Böhr, CDU: Schlimm genug!)

Die Vernunft hat gesiegt. Es war ein Sieg der Bundesregierung.

(Beifall der SPD)

Es war ein Sieg der Landesregierung. Herr Finanzminister, weil Sie Großartiges geleistet haben, möchte ich mich bei Ihnen besonders bedanken.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Es war aber auch ein Sieg der Vernünftigen innerhalb der CDU.

(Böhr, CDU: Oje!)

Es war ein Sieg der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es war ein Sieg für unsere Unternehmen im Land. Es war ein Sieg für neue Investitionen.

(Wirz, CDU: Kommen Sie doch einmal zur Sache!)

Es war ein Sieg für den Wirtschaftsaufschwung. Es war ein Sieg für neue Arbeitsplätze. Es war ein Sieg der Vernunft.

(Beifall der SPD)

Es sind 93 Milliarden DM Steuerentlastung, die größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wenn ich das in Relation zu den jährlichen Steuereinnahmen setze, die wir 1998 mit 830 Milliarden DM hatten, dann sind das 11 %. Der Staat verzichtet auf 11 % seiner Steuereinnahmen, eine enorme Summe.

Ich widerspreche Ihnen. Es widersprechen auch die Fachleute. Von diesen 93 Milliarden DM kommen 65 Milliarden DM den Arbeitnehmern und Familien zugute, 30 Milliarden DM dem Mittelstand. Die großen Unternehmen werden mit 2 Milliarden DM belastet, zum Beispiel auch die BASF, die das akzeptiert hat, weil ihr ein niedriger Steuersatz wichtiger als eine Verhinderung der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage im Bereich der Abschreibung war.

Sie spielen sich hier als derjenige auf, der den Mittelstand schützen will. 80 % aller Unternehmen haben ein Einkommen von unter 100 000 DM. Das heißt, sie profitieren voll und ganz von der Steuerentlastung. Ich nehme einmal einen rheinland-pfälzischen Bäckermeister, der 70 000 DM Gewinn vor Steuern hat. Er hat im Jahr 1998 13 950 DM an Steuern bezahlt. Im Jahr 2005 wird er um 4 300 DM entlastet, das heißt, 31 %.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Schöneberg, CDU: Er zahlt 8 000 DM
mehr Heizkosten!)

Ein verheirateter Malermeister aus Rheinland-Pfalz, der einen Gewinn in der Größenordnung von 90 000 DM vor Steuern erzielt hat, hat 1998 21 300 DM Steuern gezahlt. Er zahlt im Jahr 2005 5 641 DM weniger, das heißt, er zahlt 26 % weniger Steuern.

(Beifall bei der SPD -
Zuruf von der CDU: In fünf Jahren!)

Nehmen wir einen weiteren Mittelständler aus Rheinland-Pfalz, einen Pkw- bzw. Autohändler mit einem Gewinn von 100 000 DM. Hier beträgt die Entlastung 17 %.

(Jullien, CDU: 2005!)

Nehmen wir einen verheirateten Inhaber eines Bauunternehmens, Gewinn 250 000 DM. Auch in diesem Fall beträgt die Entlastung 22 %. Sie können nicht sagen, ein lediger Arbeitnehmer wird stärker entlastet als ein Verheirateter.

(Jullien, CDU: Natürlich!)

Wenn Sie die Steuerbeträge nebeneinander legen, zahlt natürlich ein Lediger wesentlich höhere Steuerbeträge als ein Verheirateter.

(Mertes, SPD: Deshalb ist es
Heuchelei gewesen!)

Sie können nicht die Prozente nehmen, sondern Sie müssen die Gesamtbeträge nehmen.

(Jullien, CDU: Aber um die
Entlastung geht es doch!)

- Herr Jullien, ich nenne ein paar Beispiele. Das tut weh. Ich habe Verständnis dafür. Sie leiden heute noch darunter, dass die Steuerreform durchgegangen ist.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, zitiere ich jetzt einmal wahllos aus der Presse: „Die Steuerreform ist nach Ansicht von Experten das Herzstück des Aufschwungs, weil sie Industrie und Kunden das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft zurückgibt“, oder: „Gelobte Steuer, die meisten großen Wirtschaftsverbände begrüßen die geglückte Steuerreform der rotgrünen Regierung.“ Aber es gibt auch andere: „Zuerst geht Stoiber die Fassung verloren. Hilflos sahen die Unionsstrategen zu, wie rotgrün die Ablehnungsfront gegen die Steuerreform durchbrach“, oder: „Kleinverdiener sparen am meisten. Maximale Steuerentlastung von 68 %.“ Zum Beispiel so im „Handelsblatt“ vom 17. Juli 2000 zu lesen. „Frankfurter Allgemeine“, Ihr Hofberichterstatte: „Stimmungshoch der Firmen.“ IHK: „Steuerreform und Nachfrage sorgen für Optimismus“, oder „Handelsblatt“ vom 20. Juli: „Steuerreform versetzt Industrie in Hochstimmung.“ Das sind Schlagzeilen.

(Beifall bei der SPD -
Mertes, SPD: Das ist es!)

Das ist ein Durchbruch der verkrusteten Strukturen. Als Sie 16 Jahre die Verantwortung hatten, hat sich nichts getan, haben Sie nichts zuwege gebracht.

(Schöneberg, CDU: Vor 15 Jahren
blockierten --)

Ich habe bewusst in diesen Dank auch die rheinland-pfälzische F.D.P. mit einbezogen. Sie hat mitgearbeitet. Es haben auch Unionsländer mitgearbeitet. Besonderen Dank. Die Vernünftigen haben gesiegt.

(Zuruf von der CDU)

Das steuerpolitische Ziel ist erreicht worden. Wir haben die Steuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer gesenkt.

Das war schon vor der Steuerreform. Ihnen hat doch das Bundesverfassungsgericht in Ihr Buch geschrieben, dass Sie die Familien jahrelang vernachlässigt haben.

(Zuruf des Abg. Schöneberg, CDU)

Jetzt erst sind doch durch die Erhöhung des Kindergelds und der Kinderfreibeträge die Familien in die Lage versetzt worden, wieder einigermaßen finanziell über die Runden zu kommen.

(Schöneberg, CDU: Weil Sie blockiert haben!)

Zu nennen sind die Reform der Unternehmensbesteuerung zur Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen durch Senkung der Steuersätze und die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Herr Dr. Gölter, wir waren doch in vielen Gesprächen bei der BASF. Das ist ein wichtiges Unternehmen in Rheinland-Pfalz.

(Dr. Gölter, CDU: Das bestreite ich gar nicht!)

Gerade diese Ziele sind dort als ganz besonders wichtig erachtet worden, nämlich dass es hier um eine ganz wichtige Sache geht. Ich meine, wir sind tatsächlich in der Lage, das heute so zu betrachten.

Jetzt nehmen wir einmal einen Arbeitnehmer aus Ludwigshafen, der bei der BASF mit einem Jahresbruttoverdienst von 60 000 DM beschäftigt ist. Er zahlte im Jahr 1998 5 986 DM, zahlt im Jahr 2005 3 192 DM, das heißt, das ist eine Entlastung von rund 2 800 DM, das heißt, eine monatliche steuerliche Entlastung von 250 DM. Das ist der Erfolg einer solchen politischen Entscheidung, wie wir sie gefällt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir eine ledige Verkäuferin mit 40 000 DM Bruttoeinkommen. Sie zahlte im Jahr 1998 6 003 DM, im Jahr 2005 4 181 DM. Natürlich ist sie dann bezüglich des Betrags geringer entlastet als bei dem von mir vorhin genannten Fall. Sie hat schon vorher weniger Steuern gezahlt. Wenn man so etwas miteinander vergleicht, muss man ohne weiteres sagen, dass es bisher unterschiedliche steuerliche Belastungen gegeben hat.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das war ein großer Erfolg, ein großer Tag. Wir sollten denjenigen, die dafür die

Verantwortung getragen haben, Dank sagen, dass es endlich gelungen ist,

(Zuruf von der CDU)

dieses Sich-nicht-mehr-Fortbewegen aufzuhalten und im Interesse des Arbeitsmarkts und unserer Wirtschaft voranzuschreiten. Das ist erreicht worden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich begrüße zunächst Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Soldaten des Stabs- und Fernmelderegiments 310 Koblenz. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Finanzminister, ich habe mich auch etwas über die Last-Minute-Erklärung gewundert, als ich sie gehört habe, weil nicht so viel Neues darin enthalten war. Sie haben vor drei Wochen angekündigt, dass eine Regierungserklärung kommt. Ich habe gedacht, vielleicht kommt noch etwas fundamental Neues, das das rechtfertigt.

(Staatsminister Prof. Dr. Zöllner: Steuersenkung!)

Ich brauche keine Regierungserklärung, um über die Steuerreform zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, nach zehn Jahren kontroversen, blockierenden und zum Teil absurden Debatten kann jetzt ab 1. Januar 2001 diese umfassende Steuerreform in Kraft treten. Nach der Bundesratssitzung am 17. April 2000 ist der Weg dafür frei geräumt. Ich möchte gern allen Blockierern und Unbelehrbaren, die aus einer Verzögerung der Entscheidung auch krampfhaft parteipolitischen Profit ziehen wollten, ---

(Zuruf der Abg. Wirz und Dr. Gölter, CDU)

- Herr Dr. Gölter, Sie haben eine schwere Niederlage erlitten. Dazu zähle ich die CDU-Spitze nicht nur auf Bundesebene, auch die hier im Hause.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich kann mich noch lebhaft an den Zwischenruf von Herrn Böhr erinnern, als es um die Zustimmung und Beratung im Bundesrat ging. Er rief dazwischen: Nie im Leben wird es das geben und wird das kommen.

(Zuruf des Abg. Böhr, CDU)

Ich zähle zu denen die F.D.P. auf Bundesebene, weil auch sie über lange Jahre zu den Blockierern gehört hat. Daran ändert auch letztlich die Zustimmung dieser Landesregierung im Bundesrat nichts.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich sage nur, schauen Sie sich das bunte Abstimmungsverhalten der F.D.P. in den verschiedenen Bundesländern an.

Meine Damen und Herren, aber sie musste erkennen, dass sich Blockaden und Enthaltungen gegen gesellschaftliche Mehrheiten - Herr Creutzmann, das muss man sich einmal anhören, wenn man zur F.D.P. gehört - nicht durchhalten lassen.

Ich erinnere mich noch an die öffentlich und laut vorgetragenen Appelle von Herrn Finanzminister Mittler, doch dem Vermittlungsergebnis so zuzustimmen. Es wäre doch durchaus beachtlich. Es kam noch etwas dazu: durch die letzte Entscheidung ein Prozent Steuersenkung im Jahr 2005 und noch zwei Sondertatbestände bei den Steuerbegünstigungen. - Das Ergebnis, das in dieser Sitzung bei der Vermittlung herausgekommen war, ist durchaus beachtlich.

Meine Damen und Herren von der F.D.P., Sie sind mit dieser Zustimmung zu diesem Reformpaket auf den fahrenden Wagen aufgesprungen. Sie haben mit dieser Zustimmung eigentlich gezeigt, dass Sie die steuerpolitischen Positionen und das steuerpolitische Engagement, das die grüne Bundestagsfraktion und Ihre Regierungsmitglieder auf Bundesebene gezeigt haben, anerkennen und diesem zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, aber nach der Verkündung von 60 Millionen DM an Bundesmitteln für diverse Straßenbauprojekte habe ich mir dann zuerst einmal die Frage gestellt, ob die Zustimmung ganz uneigennützig war, ob es doch noch andere Zusammenhänge gab und ob die Zustimmung wirklich sozusagen für „umme“ gekommen ist.

(Bauckhage, F.D.P.: Das ist ein
Stück Unverschämtheit!)

- Ich habe diesen Eindruck gehabt. Ich habe nicht dabei gesessen, aber die Frage darf man sich stellen, Herr Bauckhage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Bauckhage, F.D.P. -
Bruch, SPD: So billig würden
wir es nicht machen!)

Meine Damen und Herren, mit dieser Steuerreform, die jetzt mit den neuen Beschlüssen ein Entlastungsvolumen von rund 62,5 Milliarden DM bringt - es ist mehrfach gesagt worden, es ist die größte Steuerentlastung in der Geschichte dieser Bundesrepublik -, erfüllt die rotgrüne Bundesregierung eines ihrer zentralen Vorhaben in dieser Wahlperiode.

Herr Böhr, daran konnten Sie nichts ändern, auch nicht Ihre Mitstreiter, dass das auf den Weg gebracht wurde, wovon CDU und F.D.P. über Jahre geredet haben.

(Mertes, SPD: Wer solche Mitstreiter hat,
dem wünscht man keine Feinde!)

Für uns ist dabei zentral, dass diese Entlastung zu 50 % auf private Haushalte und zu 23 % auf kleine und mittlere Betriebe entfällt. Auch das sind Zahlen, die Sie mit Ihren Modellen nie vorweisen konnten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Steuerreform entlastet alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Mit dieser Steuerreform wird die Kaufkraft der Haushalte und die Investitionskraft der Unternehmen gleichermaßen gestärkt. Damit wird der wirtschaftliche Aufschwung weiter an Fahrt gewinnen. Herr Böhr, daran ändern auch ihre Kassandrarufer nichts. Es wird auch - was noch viel wichtiger ist, so die Prognosen - eine halbe Millionen zusätzliche Arbeitsplätze damit verbunden werden, etwas, was dieses Land dringend braucht und wovon auch Ihre Partei, solange sie in der Bundesregierung war, geredet hat und was Sie nicht geschafft haben.

Meine Damen und Herren, auch in Richtung F.D.P., 29 Jahre gab es einen Spitzensteuersatz von 56 % bzw. 53 %. Davon waren Sie erhebliche Jahre in der Verantwortung. Dann gibt es zwei Jahre Rotgrün, und der Spitzensteuersatz, und nicht nur er, sondern auch der Eingangssteuersatz, das steuerfreie Existenzminimum und viele andere Dinge wurden nach unten gesenkt bzw. das Existenzminimum nach oben gesetzt, wovon Sie, Herr Creutzmann, und viele ihrer Kollegen immer nur gesprochen haben.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Geträumt vielleicht!)

Rotgrün im Bund hat gehandelt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ist es sicher, dass diese Reform kommen wird. Das ist auch ein Erfolg bündnisgrüner Steuerpolitik und unserer beharrlichen Verhandlungen in der Koalition, im Finanzausschuss und auch im Vermittlungsausschuss.

Meine Damen und Herren, bevor nachher die F.D.P. an der Legendenbildung stricken will, stelle ich fest, die GRÜNEN --

(Bauckhage, F.D.P.: Oh!)

- Ja, Herr Bauckhage.

-- waren die treibende Kraft für die Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen, nicht die F.D.P.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Bauckhage, F.D.P.: Ach was!)

Wir haben dafür gefochten, dass die erst für 2003 vorgesehene dritte Stufe der Einkommensteuerreform auf 2001 vorgezogen wurde und man sich bei den Steuersenkungen nicht allein auf den Spitzensteuersatz fixiert. Wir haben dafür gestritten, dass Finanzminister Eichel, nicht wie er das ursprünglich einmal vorhatte, die Reform der Körperschaftsteuer zunächst isoliert vorzieht und alles, was mit der weiteren Reform der Einkommensteuer verbunden ist, hinten anstellt. Das waren einmal Pläne. Die GRÜNEN auf Bundesebene haben dies mit verhindert.

Meine Damen und Herren, wenn sich Herr Eichel mit seinen Plänen so durchgesetzt hätte, dann wäre die Kritik, die die CDU heute wieder geäußert hat, auch berechtigt gewesen. Heute ist sie nicht mehr berechtigt.

Meine Damen und Herren, weil wir uns in diesen Verhandlungen und in diesen Auseinandersetzungen immer für Steuergerechtigkeit eingesetzt haben und auch heute noch einsetzen, fordern wir auch heute, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen an diesen neuen Regelungen auch teilhaben können, die nach der Entscheidung im Bundesrat den halben Steuersatz bei Betriebsveräußerungen vorsehen. Auch Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die Abfindungszahlungen erhalten, muss das recht und billig sein, was für Betriebsveräußerungen gilt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie müssten mir schon erklären, warum Sie sich für diesen Schritt jetzt nicht weiter für zuständig erklären oder warum es nicht möglich sein sollte, die Lebensbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu berücksichtigen, die Abfindungen erhalten und die meistens über eine lange Zeit in einem Unternehmen waren und für die diese Abfindungen auch ein Ausgleich für die Aufgabe ihrer wesentlichen Erwerbsquelle sein soll. Wo ist der Unterschied zu der Betriebsveräußerung und den Gewinnen, die Sie jetzt nur für den halben Steuersatz versteuern lassen? Das müssen Sie mir erklären, wo der Unterschied liegt. Ich rede von den Arbeitnehmerinnen, die lange in Unternehmen waren und dann Abfindungen erhalten. Ich rede nicht von Bundesligatrainern, die Abfindungen erhalten, weil sie sich nach einem halben Jahr als untüchtig herausgestellt haben, sondern ich rede von den Arbeitnehmern und Arbeit-

nehmerinnen, die lange in Betrieben gewirkt haben und denen unserer Meinung nach das gleiche Recht zusteht. Da müssen Sie über Ihren Schatten springen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Meine Damen und Herren, das ist für uns ein wichtiger Punkt, wo noch Veränderungen herbeigeführt werden müssen, wenn wir diesen Anspruch auf Steuergerechtigkeit auch glaubwürdig vertreten wollen. Herr Finanzminister, ich freue mich auch, dass diese Landesregierung solchen Forderungen, die die GRÜNEN im Finanzausschuss, aber auch im Vermittlungsausschuss bereits in Diskussionen eingebracht hatten, noch einmal Nachdruck verliehen hat und damit auch dafür gesorgt hat, dass manch eine Entscheidung dann auch gefällt wurde. Ich spreche vom Erhalt der Anwartschaften, ein Anliegen der GRÜNEN. Im Finanzausschuss konnten wir uns damit nicht durchsetzen. Mit der Hilfe des Finanzministers Mittler ist es dann letztendlich auch durchgegangen. Ich denke, wir haben an einzelnen Punkten, wenn es um die Frage des Mittelstands ging, durchaus am gleichen Strang gezogen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch was die zweite Entscheidung angeht, die Betriebsveräußerungen und der halbe Steuersatz dafür, haben die GRÜNEN vorher schon im Finanzausschuss dafür gesorgt, dass der Freibetrag angehoben wurde.

Herr Mittler, Sie haben schon deutlich gemacht, dass der Nachschlag in der Bundesratsentscheidung lediglich für 15 % der Betriebsveräußerungen dann noch geltend war. 85 % sind schon vorher über die Freibetragsregelung abgedeckt worden, eine Lösung, die wir vorgeschlagen haben.

Herr Bauckhage, da müssen Sie schon das Zugeständnis machen, dass Sie im Prinzip diese Vorschläge, für die die GRÜNEN gefochten haben, unterstützt haben und sich auch noch einmal mit draufgesetzt haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir verkennen nicht, dass zur Finanzierung dieser großen Entlastungsbeiträge die Länder, die Gemeinden und nicht nur der Bund bei der Gegenfinanzierung in erheblichem Umfang beitragen müssen. Der Finanzminister hat Beträge genannt, was auf Rheinland-Pfalz zukommt, die auch deutlich über den veranschlagten Mitteln im Doppelhaushalt für das Jahr 2001 liegen. Das heißt, hier sind weitere Anstrengungen notwendig, Einsparungen im Haushalt zu erbringen. Ich will Ihnen sagen, wo ich glaube, dass diese Einsparungen erbracht werden können und müssen. Herr Bauckhage, dabei sind Sie insbesondere gefragt. Wenn Sie, wie sie das bisher immer proklamiert haben, Rahmenbedingungen und steuerliche Rahmenbedingungen auch für Unternehmen ändern wollen, wenn Sie mehr Geld in

den Betrieben lassen wollen, damit entsprechende Investitionen getätigt werden, dann ist das ein Grund mehr, Ihre Subventionspolitik von Grund auf zu reformieren. Nein, „reformieren“ kann man nicht sagen, Sie müssen es vom Kopf auf die Füße stellen. Sie müssen erhebliche Teile davon abstreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen Ihre Klientelbedienung und Subventionspolitik nach dem Gießkannenprinzip aufgeben. Sie müssen dann endlich auch einmal dazu kommen, eine Wirtschaftsförderung tatsächlich für den Mittelstand zu machen und nicht zu Verhältnissen zu kommen, dass Sie dem Mittelstand 20 Millionen DM pro Haushaltsjahr zugestehen und auf der anderen Seite einem „global player“ wie General Motors, in zwei Jahren mehr als das Dreifache dieses Betrags für nur einen Produktionszyklus geben.

(Zuruf des Abg. Bauckhage, F.D.P.)

- Herr Bauckhage, an solchen konkreten Ergebnissen wird natürlich Mittelstandsfreundlichkeit gemessen und nicht nur daran, ob man sich zum Schluss noch mit an eine Steuerreform dranhängt.

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bauckhage das Wort.

Abg. Bauckhage, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal ein paar Sätze zu Ihnen, Frau Thomas, und Ihnen, Herr Jullien, sagen, bevor ich zu dem Kern komme, um auch ein Stück der Legendenbildung vorbeugen zu können.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Da mache ich schon einen Unterschied zwischen den beiden!)

Frau Thomas, unabhängig von der Steuerreform und unabhängig davon, dass Sie zunächst die Frage nach dem Ermittlungsergebnis stellen und sich im Nachhinein noch melden und sagen, aber wir waren auch dabei, frage ich mich: Was haben Sie eigentlich in der Bundesregierung gemacht?

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P. -

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie waren auch dabei!)

Sie waren Teil der Bundesregierung und haben einen Gesetzentwurf in das Vermittlungsverfahren gebracht, der das einfach nicht vorsah. Ich will nicht kritisieren, dass in dem Vermittlungsverfahren das eine oder andere hinzukommt. Nur,

ich kann Ihnen sagen, diese rheinland-pfälzische Landesregierung hat im Vermittlungsverfahren die Ansparabschreibung und den Mitunternehmererlass auf den Weg gebracht.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P. -

Beifall des Abg. Bruch, SPD)

- Frau Thomas, es macht wenig Sinn, dass Sie nun versuchen, auf das Trittbrett zu kommen. Sie kommen nicht auf das Trittbrett.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Dazu sage ich auch etwas. Nun warten Sie doch einmal ab. Dazu sage ich sofort etwas.

Dann kommt die spannende Frage - dies sage ich einmal ganz klar, um etwas zur Architektur und zur Technik zu sagen - nach der letzten Runde im Bundesrat. Dort haben übrigens, wie die Verfassungsorgane nun einmal so sind, diese selbst entschieden und sich nicht hervormunden lassen. Sie sind nicht missbraucht worden, sondern haben selbst entschieden. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat maßgeblich mit dazu beigetragen, dass der Spitzensteuersatz von 43 % auf 42 % abgesenkt und der halbe Steuersatz für Veräußerungsgewinne bei Personengesellschaften wieder eingeführt wurde.

Man kann lange darum herumreden. Das wäre nicht so gekommen, wenn nicht Herr Kollege Mittler und ich dies gemeinsam so gewollt und gemeinsam auf den Weg gebracht hätten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, dies bedeutet zunächst einmal mehr. Es ist nicht nur die Frage des Spitzensteuersatzes, sondern auch die Frage, dass insgesamt der Tarifverlauf ein anderer wird. Man muss auch wissen, dass die Bundesregierung zuvor schon den Eingangssteuersatz entsprechend korrigiert hat und deshalb der Tarifverlauf wesentlich günstiger wird, insbesondere für die Personengesellschaft, die wirklich dem Mittelstand zuzurechnen ist. Das war für uns als F.D.P. in Rheinland-Pfalz der Grund, zu sagen, jetzt sind wir in der Lage, den Sprung zu tätigen, und wir haben ihn dann getan.

Meine Damen und Herren, im Übrigen leben wir nicht irgendwo auf einer Insel, sondern wir leben im politischen System, natürlicherweise auch bei unterschiedlichen Philosophien der Parteien, jeder in seiner Parteiphilosophie.

Damit war - für mich übrigens entscheidend - die Gleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaften gegeben. Jetzt kann man ein Stück darüber diskutieren, wie es oben in der Spitze aussieht. Natürlich gibt es ein paar, die noch immer nicht so gleichgestellt sind. Aber die letzte Gleichheit wird es nicht geben. Die letzte Gerechtigkeit gibt es nicht auf dieser

Erde. Man hat im Steuersystem immer, wenn man es so anlegt, wie wir es angelegt haben, am Schluss ein paar Verwerfungen, die unvermeidlich sind.

(Zuruf der Abg. Frau Thomnas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich sage doch nicht das Gegenteil. Verstehen Sie? - Sie müssen doch gar nicht aufgeregt sein. Ihre Aufgeregtheit belegt eigentlich, dass Sie nicht bereit sind, sich mit der Sache seriös auseinander zu setzen und jetzt versuchen, daraus im Nachhinein noch einmal nachzukarten, um doch auf das Trittbrett zu kommen.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Aber das hilft alles nicht viel weiter. Es war für mich persönlich in diesem Kabinett der entscheidende Punkt, dass man sagen konnte: Wir haben jetzt einen Zustand, bei dem Personen- und Kapitalgesellschaften einigermaßen gleichgestellt werden.

(Licht, CDU: Einigermäßen!)

- Ich komme gleich dazu.

Das sage ich nicht nur vor dem steuersystematischen Hintergrund, sondern auch vor dem Hintergrund, dass ich in der Regel weiß, wovon ich rede.

Herr Licht, der Mittelstand ist gleichgestellt. Sie müssen die Gewerbesteuer berechnen. Verstehen Sie? - Das muss man gefälligst tun.

Die Mehrzahl der Mittelständler hat mehr vom Tarifverlauf als vom Spitzensteuersatz. Das muss man auch einmal sagen dürfen.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD -
Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist politisch schwer zu beeinflussen!)

- Frau Grützmaker, ich versuche nur, dies einmal systematisch zu erläutern.

Dies war für mich der Grund, zu sagen, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dass der andere Teil der Landesregierung der Reform zustimmt. Ich komme aus dem Mittelstand. Ich bin kein geborener Politiker. Ich weiß, bei Privatgesellschaften und Privatunternehmen steht mehr dahinter als eine Gesellschaftsform, nämlich auch eine bestimmte Unternehmenskultur. Das war mir das Wichtigste dabei.

Jetzt kommen wir einmal zu dem Punkt - dies belegt im Prinzip die Hilflosigkeit -, dass Sie sagen, und zwar in perfider Art und Weise - das war schon ein Stück unverschämte - Ich weiß nicht, ob andere Mittel geflossen sind.

Ich kann Ihnen garantieren; es war die Stärke der rheinland-pfälzischen Landesregierung, dass wir kein Junktim zu anderen hergestellt haben, sondern klar gesagt haben, wir wollen eine Steuerreform. Deshalb weise ich diesen perfiden und ganz versteckt von Ihnen gemachten Vorwurf auf das Entscheidendste zurück. Wir haben und wollen nicht wegen der Zustimmung eine Mark kassieren, sondern wir wollen eine Reform für die Steuerbürger.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt kommt der andere entscheidende Punkt. Das belegt eigentlich die Situation von Ihnen, Herr Jullien. Wenn Sie das Beispiel bringen mit 70 000 DM ledig, 70 000 DM verheiratet und zwei Kindern und dann sagen, der Entlastungseffekt ist anders, dann ist zu sagen: Wer so etwas sagt, weiß nichts von dem Steuersystem. - Das ist systemimmanent, weil er auch mehr zahlt. Deshalb wird er mehr entlastet.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

- Wissen Sie, wenn man Ihnen folgen, eine Steuerreform in dieser Art machen und noch einmal tausenderlei Unterschiede machen wollte, dann hat diese kein System mehr. Dann wird sie zur Willkür.

(Zuruf des Staatssekretärs Dr. Klär)

Herr Kollege Klär, das geht einfach nicht. Dann wird es zur Willkür. Man muss im System bleiben. Das ist völlig logisch.

Meine Damen und Herren, jeder weiß, wenn ich von der Philosophie spreche, dann ist die Philosophie meiner Partei - jetzt komme ich auf die Ausgangsbasis zurück - eine andere. Wir sagen 15 %, 25 %, 35 %.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sagen Sie schon viele Jahre!)

- Ich versuche, alles sehr sachlich darzustellen. Ich verstehe die Aufgeregtheit nicht.

Staatssekretär Sarrazin hat in diesem Hause einmal gesagt - dies war in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor vielen Jahren nachzulesen -: Wenn wir einen Einheitssteuersatz von 25 % hätten, hätte der Staat mehr Steuereinnahmen als nach dem bisherigen System. Was bedeutet das? - Das bedeutet, dass wir historisch, und zwar farbenlehreunabhängig, in der Vergangenheit versucht haben, in diesem Staat zu viel über Steuern zu steuern. Nun ist die Frage: Wie bekomme ich den Systemwechsel hin?

Ich meine, wir wissen dies alles sehr gut. Ich erinnere jetzt einmal an die Godesberger Beschlüsse - nachher sage ich noch einen Satz dazu -, als im Gespräch war, Kapitalbeteiligungen und Kapitalzinsen unterschiedlich zu behandeln. Die Lebensversicherung ist eine andere Kapitalform. Wir kennen die Debatten.

Meine Damen und Herren, ich will damit sagen: Wie so oft steckt der Teufel manchmal im Detail. - Ich hätte mir natürlich gewünscht, wir hätten einen Schritt weitergehen und auf dieses 15er-, 25er-, wie auch immer, 35er-System einsteigen können. Allerdings muss man sagen, dass dies ein schwieriges Unterfangen geworden wäre. Ich halte es nach wie vor für richtig.

Der dritte Grund, warum wir in Rheinland-Pfalz und besonders ich dieser Steuerreform zugestimmt haben, war, dass ich weiß, die Leute waren die gegenseitige Blockade leid.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Bruch, SPD: Das ist es!)

Die Leute und die Menschen in diesem Staat wollten endlich sehen, wie handlungsfähig die Politik ist. Man kann durchaus über alles streiten. Man kann darüber streiten, ob man das Komma links oder rechts setzen muss. Aber über eines kann man nicht streiten: Hier geht es um ein Entlastungsvolumen von einmaliger Größenordnung.

Meine Damen und Herren, dieses Entlastungsvolumen - darüber kann man lange hin- und herstreiten - wird nicht irgend jemand zukommen, sondern ist ein Zurücknehmen des Staates, und der Steuerzahler wird mehr Geld in der Tasche haben.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Jetzt weiß man, wo er steht. Jetzt kann man wiederum streiten, ist das für den einen ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger. Das alles muss man im System unterbringen.

Ich bin stark dafür, dass wir ein Steuersystem der Leistungsfähigkeit beibehalten, also der Leistungsmöglichkeiten. So ist das Steuersystem nämlich angelegt. Kein anderes Steuersystem ist dies.

Meine Damen und Herren, nun noch ein paar Sätze zur Rolle der F.D.P. in Berlin. Jetzt könnte ich mich leicht zurückziehen und darauf verweisen, dass wir in der Opposition gewesen sind und unsere eigenen Vorstellungen eingebracht haben, dafür aber keine Mehrheit gefunden haben.

Ich bin heute noch zutiefst davon überzeugt: Hätten wir, als der Bundesregierung unter Bundesfinanzminister Stoltenberg der große Wurf der Steuerreform in den Jahren 1988/1989 gelungen ist, die andere dann fällige Steuerreform früher auf den Weg gebracht, um in der Steuerpolitik im europäischen und weltweiten Wettbewerb konkurrenzfähig zu sein, hätten wir nicht bis Godesberg gewartet, dann wären wir ein Stück weiter gewesen. - Das räume ich an dieser Stelle ein.

(Beifall der F.D.P.)

Jetzt kann gefragt werden, wer die Schuld daran trägt. Die Beantwortung der Frage ist müßig. Einerseits war eine

Blockade gegeben, und andererseits ist es zu spät auf den Weg gebracht worden. Jetzt muss man aber auch wissen, was in der Zwischenzeit passiert ist. In der Zwischenzeit gab es eine Bareis-Kommission - ich erinnere an dieser Stelle an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts -, die eine Steuerreform ähnlich der Godesberger Beschlüsse vorgelegt hat. Dann hat der damalige Bundesfinanzminister Waigel - man höre und staune - neue Berechnungen durchführen lassen bis hin zur Wiedereinführung des so genannten Mittelstandsbauchs, der mit Mühe und Not unter Stoltenberg flacher wurde.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir in Rheinland-Pfalz - auch vor dem Hintergrund der Situation der Unternehmen in Rheinland-Pfalz; denn Rheinland-Pfalz ist mittelständig strukturiert - sagen können: Das war ein Schritt in die richtige Richtung, es müssen weitere folgen.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Für uns war einerseits der halbe Steuersatz bei der Veräußerung klar, und andererseits wollten wir den Tarif oben abflachen, aber nicht mit dem Spitzensteuersatz. Für uns war das Abflachen der Kurve entscheidend und damit eine Entlastung des Mittelstands auf einer deutlichen Basis. Wenn ich Mittelstand sage, meine ich damit auch den Facharbeiter, meine Damen und Herren. Das ist einer von vielen, der davon partizipiert, wenn die Kurve flacher verläuft.

Ein letztes Wort zur Subventionspolitik: Frau Thomas, es ist schön plakativ populistisch, zu sagen: Dann geben sie dem Giganten, und dafür betreiben sie Subventionspolitik in diesem Land.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist genauso perfide und unseriös, als Sie vorhin sagten, dass wir im wahrsten Sinne des Wortes dafür eingekauft worden seien.

Bei Opel in Kaiserslautern sind derzeit 5 400 Personen beschäftigt. Darauf bin ich sehr stolz. Neulich war ich dort und habe mit dem Betriebsrat verhandelt. Es wurde deutlich, wie schwierig es ist, wenn die Leute mit der Existenzfrage bedroht sind. Ich wäre sehr stolz darauf, wenn wir das Zweigwerk in Kaiserslautern in der Größenordnung halten könnten. Was meinen Sie, wie viele Synergieeffekte an den Mittelstand von diesem Unternehmen ausgehen? Ich räume ein, dass das natürlich ordnungspolitisch problematisch ist. Wenn man aber in einer Welt lebt, in der in Thüringen Unternehmen mit einer Steuerfreiheit von 35 % gefördert werden, muss man zusehen, dass man Arbeitsplätze in diesem Land erhält. Ich bin bereit, dafür flankierende Maßnahmen zu ergreifen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer das kritisiert, muss sagen, wie er das machen will. Wer das Wort „Mittelstand“ in den Mund nimmt und nicht bereit ist, mit der Mittelstandsförderung demjenigen den Nachteil auszugleichen, den er aufgrund seiner Größe hat, hat es nicht verdient, das Wort „Mittelstand“ in den Mund zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass die Steuerreform ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Ich meine, dass der Herr Finanzminister ein wahres Wort gesagt hat, dass wir in Rheinland-Pfalz ein wenig selbstbewusst auftreten können, weil wir maßgeblich diese Entlastungen für den Mittelstand erreichen könnten.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P.
und SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böhr das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muss schon ungewöhnliche kulinarische Vorlieben haben, um an diesem Steuerbeschluss Geschmack zu finden.

(Zurufe aus dem Hause)

Die Debatte ist nicht nur höchst eigenartig, sondern höchst aufschlussreich. Die Partei der Sozialdemokraten, der liberale Wirtschaftsminister und selbstverständlich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reklamieren das Gesetz für sich.

(Mertes, SPD: Nur Sie nicht!)

Meine Damen und Herren, so viel an Kraut und Rüben, wie vorgetragen worden ist, so viel Kraut und Rüben ist dieses Gesetz.

(Zurufe aus dem Hause)

Deshalb folgt es keinem schlüssigen Konzept einer Steuerreform, die wir benötigen.

(Beifall der CDU)

Deswegen verdient das auch nicht den Namen einer Reform.

(Unruhe bei SPD und F.D.P.)

- Herr Kollege Mertes, das Lachen wird Ihnen übrigens im nächsten Jahr vergehen;

(Mertes, SPD: Da bin ich sicher!)

denn dann wird sich der Nebel lichten, und die wirklichen Folgen des Gesetzes werden offenbar.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich das einmal überlegen: Eine Ampelkoalition reklamiert gemeinsam ein Steuergesetz für sich. Eigenartig ist, dass jeder der drei Redner in der Tat einzelne Bausteine für sich beanspruchen kann. Meine Damen und Herren, das ist ein steuergesetzliches Tohuwabohu, das stattgefunden hat, aber kein schlüssiges Konzept.

(Beifall der CDU -
Zurufe aus dem Hause)

Herr Finanzminister Mittler, Sie haben sich redlich Mühe gegeben, die Folgen dieses Beschlusses wirtschaftlich, sozial - mich hat verwundert, dass Frau Thomas nicht auch noch den Begriff „ökologisch“ hinzugefügt hat - als ausgewogen darzustellen. Ich habe heute Morgen ein langes Gespräch mit einer Person geführt, die aus dem Umfeld der Kronzeugen kommt, die Sie genannt haben:

(Pörksen, SPD: Wer ist das?)

Es war der Steuerexperte des Deutschen Industrie- und Handelstages. - Jetzt muss man nur noch wissen, woher er kommt und wessen Interessen er vertritt.

Meine Damen und Herren, der Mann sagt mir: Wir klopfen uns auf die Schenkel. Das ist das Steuergesetz, das die Großindustrie seit Jahren erwartet und erhofft hat. So ist es.

(Beifall der CDU)

Deshalb brauchen wir die Frage nach den Gewinnern dieser Steuerreform überhaupt nicht lange zu diskutieren. Es gibt zwei wesentliche Gewinner: Die Großindustrie und die Großbanken. - Das sagen sie auch ganz unverhohlen und offen, und sie haben Recht mit dem, was sie sagen.

(Schöneberg, CDU: Genauso ist es!)

Meine Damen und Herren, deshalb ist der Jubel auch öffentlich. Sie haben überhaupt keinen Grund, ihre Meinung hinter dem Berg zu halten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Auf der anderen Seite gibt es einige, die jetzt etwas verschämt und hin- und hergerissen nicht genau wissen, welche Position sie beziehen sollen. Das sind die Verlierer, nämlich der deutsche Mittelstand.

(Zurufe aus dem Hause)

Der deutsche Mittelstand ist der Verlierer dieser Steuerreform, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Wenn ich das so sage, ist das nicht die ganze Wahrheit. Ich werde gleich noch ein paar Zahlen nennen, aber nicht so viele wie Herr Mittler; denn mir stehen weniger Mitarbeiter zur Verfügung, um mir solche Zahlen in letzter Minute herauszuarbeiten.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Herr Kollege Mertes, es ist nicht nur der Mittelstand, für den Sie in Ihren Sonntagsreden so mannhaft kämpfen. Meine Damen und Herren, es ist die große Mehrheit der Arbeitnehmerschaft in Deutschland, die von dieser Steuerreform nicht, aber auch gar nicht profitiert.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen wurde - das will ich nur als Randbemerkung hinzufügen - der komplette finanzwissenschaftliche Sachverstand Deutschlands ignoriert. 78 Professoren - wer die Namen liest, wird feststellen, dass das nicht gerade die dümsten waren -

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

haben diese ungenießbare Mixtur, die GRÜNE, Rote und Liberale angerichtet haben, für nicht genießbar gehalten. Diese 78 Professoren hatten ohne Frage Recht und waren auf der richtigen Seite.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Bauckhage gehört zu denjenigen, die bei jeder Gelegenheit die lange Chronologie der Steuerdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland vortragen. Wenn man sich aber die Chronologie der letzten Tage vor der entscheidenden Sitzung des Bundesrats vor Augen hält, dann glaubt doch wohl niemand im Saal, dass es irgendjemandem der Beteiligten um die Sache gegangen ist.

(Mertes, SPD: Nur Ihnen
und Herrn Merz!)

Es ging doch nicht mehr um die Sache, meine Damen und Herren. Im Vergleich zu dem Verhalten, das der Bundeskanzler und sein Finanzminister an den Tag gelegt haben, hat das Verhalten auf einem orientalischen Teppichbasar die Grundsatztreue eines katholischen Nonnenklosters! So wurde doch jede einzelne Stimme verhackstückt und verramscht!

(Beifall der CDU -
Zurufe der SPD)

Herr Kollege Mertes, dass Sie mir das nicht glauben, liegt in der Natur der Sache. Wenn aber der friedliebendste Mensch in Person, nämlich der thüringische Ministerpräsident, sich so verhält, wie er sich in der Sitzung des Bundesrats verhalten hat, spricht das doch Bände. Das war doch unwürdig für das Verfassungsorgan, was sich an diesem Tag abgespielt hat.

(Beifall der CDU -
Unruhe im Hause)

Es ging aber nicht um die Sache. Paul Kirchhoff, über den Sie eben eine abfällige Bemerkung gemacht haben, hat das mit den Worten eines Ex-Verfassungsrichters sehr zurückhaltend mit dem Regime des goldenen Zügels oder der Wohlverhaltensprämie beschrieben. „Die Zeit“, bekanntlich das Mitgliedsorgan der Christlich Demokratischen Union seit vielen Jahren, hat eine Karikatur abgedruckt, die ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehle. Die Überschrift zieht doch genau die Konsequenz aus diesem Kuhhandel: „Der nächste Kuhhandel, bitte.“ Hans Eichels trickreicher „Kuhhandel“ um die Steuerreform beschädigt den Föderalismus. Das ist die Wahrheit.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und wer war die Kuh? -
Beifall der SPD)

- Ja, Frau Grützmacher, das ist vollkommen richtig. Es gehören dazu immer zwei. Das Problem ist aber nicht, dass dazu zwei gehören, sondern das Problem ist, dass dann öffentlich gemacht wird, dass einem Ministerpräsident eines Not leidenden Landes ein bestimmtes Angebot unterbreitet wurde, das er abgelehnt hat. Wie wollen Sie das in der öffentlichen Diskussion durchhalten? Der Verfall der politischen Kultur liegt doch bei dem, der den Kuhhandel anbietet. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall der CDU -
Unruhe bei der SPD)

Das Ergebnis ist, dass der Mittelstand abgestraft worden ist. Das sind die Personengesellschaften. Es musste natürlich von denjenigen, die diese Steuerreform verteidigen, unter diesem Gesichtspunkt ihrer Angreifbarkeit natürlich die Bedeutung der Personengesellschaften in Deutschland relativiert werden. Wir haben bereits in mehreren Beiträgen gehört, dass das alles nicht so nach der reinen Lehre aussieht. Ich weise nur darauf hin, dass die Personengesellschaften 84 % aller Unternehmen in Deutschland ausmachen. Wenn ich das so formuliere, ist das nicht ganz präzise; denn man muss sagen, es sind noch 84 % aller Unternehmen in Deutschland. Reden Sie einmal mit Unternehmen, die als Personengesellschaft organisiert sind.

Die gedankliche Fantasie ist doch längst in Gang gesetzt worden, wie man diese Benachteiligung aus der Welt schafft, indem man nämlich den Status der Personengesellschaft verlässt. Das steht inzwischen doch in jeder Zeitung. Diese Frage ist eben mehr als nur eine steuerpolitische Frage. Da liegt ei-

ner des Pudels Kerne. Es geht nicht nur um steuerpolitische Folgen, sondern es geht um unser wirtschaftspolitisches Leitbild in Deutschland, nämlich ob ich den abhängigen Manager der Kapitalgesellschaft zum wirtschaftspolitischen Leitbild nehmen will oder den Unternehmer, der für sein Risiko geradesteht. Das ist der Mittelstand.

(Beifall der CDU)

Der Manager einer großen Kapitalgesellschaft hat eine Personalabteilung.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es gibt auch kleine Kapitalgesellschaften!)

Wenn es um Kündigungen geht, geht das per E-Mail an den Chef der Personalabteilung. Der gibt das dann weiter und sagt: Jetzt kündige den 250 Personen.

(Vizepräsident Schuler übernimmt
den Vorsitz)

Der Manager in der Personengesellschaft überlegt sich fünfzehnmal, ob er Auge in Auge seinem 20-jährigen Mitarbeiter sagt: Ich habe keine Arbeit mehr für dich. Deshalb muss ich mich von dir trennen.

(Itzek, SPD: Das ist jetzt Schwachsinn!)

Das ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, und das ist Mittelstand.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Bauckhage, Sie kennen die Zahlen, da ich vermute, dass diejenigen, die uns diese Zahlen genannt haben, sie Ihnen genauso genannt haben. Die Mehrbelastung der Personengesellschaft gegenüber der Kapitalgesellschaft beträgt im kommenden Jahr 33 %. Das ist der Entlastungseffekt, von dem geredet wird. Die Mehrbelastung beträgt 33 %.

Es gibt übrigens auch heute eine Mehrbelastung, die ich gar nicht verschweigen will. Es gibt auch vor dieser Reform eine Mehrbelastung, die sich aber auf verhältnismäßig bescheidene 5 % beläuft. Im kommenden Jahr, im ersten Jahr, in dem diese so genannte Reform gilt, wird die Mehrbelastung der Personengesellschaft im Vergleich zur Kapitalgesellschaft 33 % betragen. Im letzten Jahr, im Jahr 2005, wird sie immer noch bei 15,4 % liegen. Das ist ein Kreuz, das die Personengesellschaften schleppen müssen und mit dem sie von dieser Ampelkoalition, die für diese Steuergesetzgebung verantwortlich ist, allein gelassen werden.

(Beifall der CDU -

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und wie viele sind das?)

Deshalb kann ich Ihnen nur empfehlen, mit den Leuten zu reden, die sich überlegen, wie sie sich in dieser Situation einrichten. Es wird dann niemand glauben, dass das jemand sehenden Auges als unabänderliches Schicksal entgegennimmt. Die reden und diskutieren darüber, wie sie sich anders organisieren können. Das hat Veränderungen für die Struktur unserer Wirtschaft in Deutschland zur Folge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die F.D.P. diese Veränderungen will. Es fällt mir jedenfalls sehr schwer, mir vorzustellen, dass Sie diese Veränderungen wollen. Es fällt mir nicht schwer, mir vorzustellen, dass die GRÜNEN diese Veränderungen wollen. Es fällt aber einigermaßen schwer, mir vorzustellen, dass die F.D.P. diese Änderungen wirklich bewusst will oder in Kauf nimmt.

Das, was sich die Unternehmen, die Personengesellschaften, überlegen, werden auf der anderen Seite die Arbeitnehmer mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen; denn auch da gilt, dass die Entlastung, von der jetzt schon mehrfach die Rede war, Ergebnis einer ganz bestimmten Berechnung ist. Die prozentuale steuerliche Belastung eines durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens wird im Jahr 2005 größer sein als im Jahr 2001.

(Ministerpräsident Beck: So ein Quatsch! -
Staatsminister Mittler: Ah! -
Schwarz, SPD: Raus damit!)

- Ah, Herr Mittler, ich hätte mir gewünscht, dass dieses „Ah“ vor Ihrer Beschlussfassung gekommen wäre und die Erkenntnis, dass das so ist, vorher eingesetzt hätte, und nicht erst jetzt mit einem erstaunten „Ah“ vorgetragen wird.

(Beifall der CDU)

Sie wird größer sein als im Jahr 2001. Ich rede nur von der steuerlichen Belastung

(Schwarz, SPD: Jetzt erklären Sie
das doch einmal!)

eines durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens. Das heißt im Klartext: Die kalte Progression frisst alles weg, und sie frisst noch mehr weg, als diese so genannte Steuerreform den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zurückgibt. Deshalb wird es ein Wundern geben, wenn man beim Lohnsteuerjahresausgleich feststellt, wie man vor der Reform gestanden hat und wie man nach der Reform steht. Im Jahr 2005 wird der deutsche Arbeitnehmer im Durchschnitt weniger von seinem Lohn behalten als vor Einsetzen dieser Reform.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Übrigen wird im Jahr 2005 - das steht nicht nur in der Zeitung, die uns Herr Kollege Mertes gestern zur Lektüre empfohlen hat, sondern es steht heute auch in einigen anderen Zeitungen - das Abga-

benniveau auf Rekordhöhe mit 55 % liegen. Ich rede jetzt von den Steuern und Abgaben im Jahr 2005. Daran wird die ganze Heuchelei sichtbar.

Die Reform kann nicht isoliert betrachtet werden ohne gegenzurechnen, obwohl die Sozialdemokraten doch die Erfinder der Gegenrechnungsmodelle in Deutschland sind - fünf Jahre wurden wir wie die Karnickel mit dem Argument getrieben: Das müsst ihr aber gegenrechnen -, weil die Öko-steuer zur Entlastung gegengerechnet zulasten des deutschen Arbeitnehmers ausgeht. Das ist die Wahrheit dieser so genannten Steuerreform. Die Belastung wird steigen und nicht sinken. Spätestens im kommenden Jahr werden das alle merken.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der 12. Jahrgangsstufe des Aufbaugymnasiums Alzey. Seien Sie herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Böhr hat eben mit großem sprachlichen Aufwand gefragt, ob es um die Sache ging. Er hat dann anhand des Artikels aus der „Zeit“ den Begriff des Kuhhandels usw. durchzelebriert. Ich komme darauf jetzt im Speziellen zurück. Dabei hat er verschwiegen, dass die Christdemokratische Union in Deutschland ihre personalpolitischen Positionierungen an der Frage der Steuerreform, die elementar für Deutschland ist, abarbeiten wollte. Die Frage, die Herrn Merz und Frau Merkel im Deutschen Bundesrat berührt hat, war, nicht beantwortet von den Länderregierungen, die im Deutschen Bundesrat von der CDU präsentiert werden, die Frage des Halbeinkünfteverfahrens so lange zu diskutieren, bis keiner mehr fragt, was es kosten würde, wenn sich die Vorschläge der CDU im Bundesrat realisieren würden.

Die Tatsache, dass sie eine Frage wie die der Steuerreform, die wir schon einmal in Deutschland, und zwar mit unserer Mithilfe, falsch beantwortet haben - das habe ich schon einmal an dieser Stelle gesagt -, und die Tatsache, dass die Frage der Positionierung von Herrn Merz als harter Hund im Bundesrat dazu führen sollte, dass Sie die Steuerreform auf den September verschieben wollten, ist geplatzt.

Meine Damen und Herren, eines gibt es in Europa und Deutschland: Alle sagen, dies ist der Schritt weg von der

deutschen Krankheit zur Reformfähigkeit des deutschen Staats.

(Beifall der SPD)

Es gibt nur einen Verlierer. Das ist die Christdemokratische Union und ihr als Vasall treu ergebener Christoph Böhr.

Ich erspare mir die Presse. Die Internetrecherche ist wirklich lustig. Man bekommt alles wieder zu sehen, was man früher in Aktenordnern nicht mehr gefunden hat. Man kann jetzt wunderbar zitieren. Das möchte ich aber nicht tun.

Ich kann aus dem Kopf Folgendes zitieren: --

(Kramer, CDU: Aber richtig!)

- Das ist keine Frage.

-- Herr Biedenkopf hat eine Woche nach diesem Freitag gesagt, wenn man ihn an jenem Freitagmorgen gefragt hätte, hätte er all diesen Dingen zustimmen können. - Nun ist Herr Biedenkopf - Entschuldigung - in Sachen 3. Oktober nicht gerade eine Adresse, auf die man sich jetzt mit der CDU beziehen kann.

(Böhr, CDU: Und warum habt ihr nicht gefragt?)

Man muss auch Verständnis haben, wenn er den Kohl auslädt oder nicht richtig einlädt. Das schmerzt. Auch hier ist der große Weltenlenker Christoph Böhr wieder auf der Verliererseite.

(Beifall der SPD)

Er ist auch auf der Verliererseite, wenn es darum geht, die Fragen zu klären, die zum Beispiel die Liberalen eingebracht haben.

Ich könnte jetzt auch Herrn Jullien zitieren. Das tue ich jedoch nicht, um Ihre Reputation nicht endlos zu zerstören.

Wahr ist, dass wir lange gerungen haben. Wir waren uns auch nicht so wahnsinnig einig in dieser Woche, wie man dieses Kind schaukeln könnte, weil es schwer war. Es war für beide Seiten ein Schritt über einen unbekannten Abgrund, nämlich: Wie wird das laufen?

Am Ende, als wir uns nach der Kabinettsitzung getrennt haben, war uns klar, dass wir falsch gelegen hätten, wenn wir als Staat eine Antwort wie 1997 gegeben hätten.

(Beifall bei der SPD)

- Herr Jullien, Sie lachen. Ich bin in der Lage und sage es auch: Es kann sein, dass man eine Entscheidung, die man noch vor drei Jahren für richtig gehalten hat, bei längerem Nachden-

ken auch einmal für falsch halten kann. - Das ist für Sie ein Zustand, den Sie nie erreichen werden. Davon gehen wir alle aus.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das gehört auch zu Christoph Böhrs Wahrheiten. Das, was wir jetzt beschlossen haben außer der Mittelstandskomponente, dass es zu 75 % ---

--Herr Kollege Bauckhage, Petersberg, nicht Godesberg. Nun leugnet er dieses Kind, das er vor drei Jahren noch mit in die Welt gesetzt hat.

Meine Damen und Herren, so viel zum Staatenlenker Christoph Böhr.

(Beifall der SPD)

Ich komme jetzt zu den anderen. Es wird darüber gejammert - eben wurde damit schon kräftig begonnen -, dass der Staat Ausfälle hat.

Meine Damen und Herren, mit dieser Steuerreform ist Schluss mit lustig und Staatsausgaben. Wir können nicht 93 Milliarden DM weniger einnehmen und zur gleichen Zeit so viel ausgeben, wie wir es bislang gewohnt waren.

Herr Jullien, ich weiß nicht, wie Sie sich so etwas vorstellen und ob Sie nicht einmal darüber nachdenken. Sie jammern, dass die Gemeinden weniger Geld haben werden.

Meine Damen und Herren, wenn der Vorschlag von Herrn Merz durchgegangen wäre, wäre die Summe noch größer. Wie würden Sie dann öffentlich weinen, wenn er das gemacht hätte? Man muss sich schon fragen, wo die Geradlinigkeit ist. Oder ist Ihnen die Mosel so in Leib und Seele gegangen?

Man kann nicht auf der einen Seite dafür sein, dass wir eine Steuerreform mit 93 Milliarden DM durchsetzen, und dann jammern, dass wir weniger Einnahmen haben. Das ist gerade so, als wenn man eine Diät macht und darüber jammert, dass man Hunger hat.

(Beifall bei der SPD -

Dr. Gölter, CDU: Es gibt Leute, die machen das als Selbstbefriedigung!)

Meine Damen und Herren, das ist ein Zusammenhang, der nicht zu leugnen ist.

Wir haben den Gemeinden klar gesagt, dass das Geld kostet. Ich sage das überall. Es wird einmal bei der Einkommensteuereinnahme direkt originär bei den Kommunen und dann beim kommunalen Finanzausgleich rumsen.

Wir haben ein Angebot gemacht. Wir haben gesagt: Damit ihr Planungssicherheit habt, nehmen wir es euch nicht sofort über den Finanzausgleich ab. - Wir müssen es gegenrechnen. Das steht im Gesetz. Es ist nichts anderes, wie es schon immer gewesen ist.

Meine Damen und Herren, das gehört zu den historischen Wahrheiten. Wir können dem deutschen Volk nicht erklären, wir wollen euch weniger Geld abnehmen, und uns zur gleichen Zeit in jedes Schlagloch auf irgendeiner Landesstraße auf dem Hunsrück oder in der Eifel setzen und sagen: Hier muss morgen investiert werden. - Das ist nicht mehr möglich, wenn man es mit der Wahrheit ernst nimmt.

(Bischel, CDU: Früher haben Sie das immer so gemacht, Herr Mertes!)

- Herr Bischel, wir haben 16 Jahre eine Bundesregierung ertragen, deren Trümmer wir jetzt mit dieser Reform gerade weggeräumt haben.

(Beifall der SPD)

Ihre Presseerklärungen sind mir auch präsent. So ist das nicht. Aber auch Ihnen möchte ich es nicht antun, das alles zu wiederholen. Man muss unter dem Kessel ein bisschen Feuer schüren.

Diese Landesregierung hat es in einem schmerzhaften Prozess geschafft, am Ende die Frage, die die wichtigste war, zu lösen: Schaffen wir es, Deutschland in der wichtigsten Frage, nämlich in der Steuerreform, reformfähig zu machen?

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat es geschafft, und zwar mit der F.D.P., der SPD und mit Ministerpräsident Beck. Das ist die entscheidende Frage.

Ich sage Ihnen eines, weil Sie zelebriert haben, wie das mit dem Geld wird: Es gibt nichts Gnadenloseres als einen Gehalts- oder Lohnzettel am 30. eines Monats. - Auf diesem ist all das aufgeführt, was man bekommen und was man nicht bekommen wird. Die Gehaltszettel des 30. Januar 2001 werden zu Werbeplakaten für diese Koalition.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Mertes, ich glaube, Sie müssen ein bisschen länger warten, bis Sie einen Werbezettel für diese Koalition vorweisen können. Das wird nicht am 1. Januar 2001 kommen. Das würde höchstens am 30. Januar 2005

kommen, weil allein die Absenkung von dem Spitzensteuersatz von 43 Punkte auf 42 Punkte einer Zuarbeit dieser Landesregierung zu verdanken ist. Alles andere ist ohne Ihre Mitwirkung entstanden, also der rotgrünen Regierung zuzugestehen. Das sollten Sie vielleicht einmal registrieren, auch wenn Sie nicht unbedingt in allen Punkten ein Freund der rotgrünen Koalition auf der Bundesebene sind.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Sie sollten bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage hat gesagt, die GRÜNEN springen aufs Trittbrett. Diese rotgrüne Bundesregierung hat vorgeschlagen und dann vorgelegt, den Eingangssteuersatz von 25,9 % auf 15 % - 11 Punkte - zu senken. Wir haben vorgeschlagen, den Spitzensteuersatz von 56 % auf 43 % zu senken. Das sind 13 Punkte. Das ist kein Trittbrett, sondern ein ganz ansehnlicher breiter Zug in Richtung Steuerreform.

Daran gibt es ein kleines Trittbrett. Das ist nämlich die Absenkung von 43 % auf 42 %. Darauf steht Herr Bauckhage. Schauen wir einmal, wo der Motor ist und wer auf dem Trittbrett steht.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- So ist das, Herr Creutzmann. Das hört man nicht gern, wenn man draußen steht.

Herr Böhr, ich komme zu Ihren Prophezeiungen. Sie tun so, als sei der gesamte Mittelstand durch diese Steuerreform benachteiligt. Das ist nicht so. Sie haben es schon bei der letzten Aktuellen Stunde nicht verstanden, dass es um einen Prozentsatz ging. Es waren 5 %.

Herr Dr. Gölder, Sie sagen zu Recht, dass es sich um Unternehmen handelt, die eine gewisse Größe haben. Dafür gab es einmal den Vorschlag des Optionsmodells.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Der ist dann auch zerrissen worden. Jetzt gibt es eine weitere Absenkung im Tarifverlauf. Aber der Mittelstand wird im Wesentlichen davon profitieren, dass der Tarifverlauf durch die Absenkung der Eingangssteuersätze wesentlich verändert wurde. Insofern stimmt diese Prognose nicht.

Herr Böhr, wenn Sie von der kalten Progression reden und dann schwarze Bilder an die Wand malen, dann bekomme ich die kalte Wut. Dann müssen Sie doch einmal sagen: Was kommt denn als Alternative? Kalte Progression? Wollen Sie das Einfrieren aller Gehälter? - Das wäre quasi das Einfrieren des Einkommens, und dann gäbe es keine kalte Progression. Ansonsten ist das eine normale Entwicklung im Laufe der Jahre, wenn es eine Einkommenssteigerung gibt, dass sie na-

türlich auch in der Progression ein Stück hochlaufen. Wenn Sie das nicht wollen, und Sie wollen zum Beispiel keine Progression, dann sollten Sie aber auch deutlich machen, wie Sie es dann schaffen wollen, einen permanenten Aufgaben- und Ausgabenabbau des Staates zu bewerkstelligen, um die geringeren Einnahmen zu kompensieren. Dazu habe ich von Ihnen noch keinen Vorschlag gehört.

Ich finde, wenn man sich als Oppositionsführer oder als Fraktionsvorsitzender einer großen Oppositionsfraktion hierhin stellt, dann kann man nicht nur unken und Kassandrarufer in den Wald hineinrufen, sondern dann muss man mit konkreten Vorschlägen kommen. Damit waren Sie heute außerordentlich sparsam.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Böhr hat hier verkündet, diese Steuerreform hätte den Namen „Reform“ nicht verdient. Dann muss ich sagen, dann habe ich die Reaktion der Öffentlichkeit nach der Verabschiedung der Steuerreform völlig falsch eingeschätzt. Ich nehme an, dass Sie das alles verfolgt haben. Die Medien haben übereinstimmend die Steuerreform, wie sie endgültig mit den Modifikationen verabschiedet wurden, begrüßt. Die Experten waren überwiegend derselben Auffassung: Diese Steuerreform musste jetzt kommen.

Ich bin ganz sicher, dass Ihre Äußerung, die Landesregierung und die sie tragenden Parteien hätten nur aus taktischen Gesichtspunkten diese Steuerreform mit auf den Weg gebracht, zurückzuweisen ist. Ich sehe das anders. Wir haben alle genau verfolgt, mit welcher Einstellung, mit welcher Haltung Sie vor der Verabschiedung der Steuerreform in den Verhandlungen agiert haben. Es ist jedem aufgefallen, dass Sie die Diskussion gescheut haben, dass Sie bewusst blockiert haben und dass Sie letztendlich darauf gesetzt haben, möglicherweise in letzter Stunde das zu erreichen, was durch die Koalition in Mainz auf den Weg gebracht wurde.

Dann gibt es eine ganze Reihe Äußerungen von prominenten CDU-Politikern. Es wurde bereits schon von meinen Kollegen ein Beispiel genannt. Auch Frau Merkel hat mehrfach gesagt: Das hätten wir auch hinbekommen, das war auch unser Ziel. - Es ist völlig falsch, zu behaupten, diese Steuerreform würde von der CDU als eine solch miserable Lösung dargestellt. Wenn Sie das hier tun, dann stehen Sie auch im Widerspruch zu vielen prominenten Politikern der CDU.

Dann regt mich noch eines auf. Wenn jetzt ohne Erläuterung behauptet wurde, große Kapitalgesellschaften würden von der von den Sozialdemokraten getragenen Bundesregierung einfach so entlastet, dass sei so furchtbar unsozial, dann kommen mir die Tränen. Ich muss dann einmal die Freunde von der Sozialdemokratie in Schutz nehmen. Es glaubt doch niemand, dass die Sozialdemokraten aus der Motivation heraus große Kapitalgesellschaften schützen und ihnen Geschenke machen.

(Zurufe von der CDU)

Sie geben sich hier pseudosozial und wissen es besser. Sie kennen genau die Gründe, nur, Sie sagen sie nicht. Sie kennen genau die Gründe, warum es zu diesen Entlastungen kommt. Es geht um internationalen Wettbewerb, damit auch um Arbeitsplätze und um Konkurrenzfähigkeit. Es geht um den Wirtschaftsstandort in Deutschland. Es ist also völlig falsch, zu behaupten, dass sei eine neokapitalistische Anwendung der Sozialdemokraten, dies zu tun. Sie spielen sich als pseudosozialpolitische Retter auf und produzieren eine Situation, die es so nicht gibt. Der Mittelstand wird in der Tat entscheidend und erkennbar entlastet. Das ist in Ordnung.

Es ist auch kein Verfall der politischen Kultur, zu der wir nur im Geringsten beigetragen hätten. Zunächst einmal gibt es immer zwei. Greifen Sie sich selbst einmal an die Nase und reden mit Ihren Parteifreunden. Wir haben in Rheinland-Pfalz ganz bewusst auf jede Kompensation verzichtet. Herr Minister Bauckhage hat es richtig formuliert. Darauf sind wir auch stolz. Das hat unseren Einfluss so groß gemacht, weil wir nicht wie die Teppichhändler gehandelt haben. Unser Ziel war es, die Steuerreform entscheidend zu verbessern. Sonst hätten wir kein Ziel. Das hat auch unser politisches Gewicht gestärkt. Dafür bin ich sehr dankbar.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Das zum Thema „Verfall der politischen Kultur“.

Die Steuerreform ist nach unserer Einschätzung eine wichtige Etappe vom Volumen her, auch von der Struktur her. Sie hat mit Sicherheit Schwächen. Das wird von niemandem bestritten. Ein solches System auf den Weg zu bringen, ohne dass man auch systematische Mängel erkennen könnte, ist in der Tat äußerst schwierig und fast unmöglich. Es ist aber eine wichtige Etappe, das heißt, wir brauchen neue Ansätze am Tag nach der Steuerreform für weitere Entlastungen, die Sie kennen. Unsere Vorstellung ist klar. Unser Endziel ist: 15 %, 25 % und 35 %; dann ist Schluss, so wie Herr Struck das einmal zu Recht gesagt hat. Das ist unser Ziel.

Herr Kollege Mertes hat mit seiner Beurteilung der Kompensation Recht, weil er exakt formuliert hat. Er hat zu Recht gesagt: Diese Ausfälle sind nicht zur gleichen Zeit durch Einnahmen zu kompensieren. Da hat er Recht. Ich weise darauf hin, dass nach unserer Einschätzung - das ist schon sehr oft gesagt

worden - in der Zukunft die Kompensation einen höheren Stellenwert hat, als die Steuersenkung an sich im Augenblick verursacht.

Im Endeffekt wird die wirtschaftliche Entwicklung dazu führen, dass wir von der absoluten Steuermenge her wesentlich mehr Einnahmen haben werden und damit auch unseren Staat handlungsfähig machen werden. Das ist implantiert in unser Ziel, einen weiteren Schritt bis hin zu einer genannten dreigegliederten Steuerreform, die noch einfacher wird, zu vollziehen. Das muss unser Ziel sein. Die nächste Steuerreform muss eine radikale Vereinfachung bringen. Das ist nicht gelungen. Das wird auch zugegeben. Man kann nicht alles auf einmal machen. Das muss aber das nächste Ziel sein, radikale Vereinfachung, einfache, niedrige Steuersätze, und dann haben wir das Ziel erreicht, um den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder fit zu machen.

Die Kompensationen, die in Rheinland-Pfalz aufgebracht werden müssen, sind bekannt. Sie sind mehrfach erläutert worden, auch die Systematik, wie hier kompensiert wird. Wir stellen fest, an der Schätzung brauchen wir nichts zu revidieren. Die Schätzung hat Bestand. Das zeigt auch, dass wir eine solide Finanzpolitik in Rheinland-Pfalz verfolgen. Dazu werden wir morgen noch etwas sagen. Diese Schätzung hat Bestand.

Die Kompensation wird seriös gewährleistet, und damit sind wir in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu anderen Bundesländern einen Schritt weiter, da wir keinen Nachtragshaushalt brauchen. Dies zeigt, wir haben seriös finanziert. Wir haben die Dimension der Steuerausfälle richtig eingeschätzt. Der Finanzminister hat dies glücklicherweise schon vor sehr langer Zeit deutlich gemacht. Rheinland-Pfalz ist also auf doppelt gutem Weg.

Wir haben diese Steuerreform um eine Mittelstandskomponente ergänzt und haben im Land letztendlich auch eine solide Steuer- und Finanzpolitik betrieben. Insofern kann Rheinland-Pfalz mit diesem Ergebnis sehr zufrieden sein.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, dass diese Debatte über weite Strecken - von Ausnahmen abgesehen - im Wesentlichen mit einem freundlichen Unterton geführt worden ist. Ich glaube, dass der Anlass es rechtfertigt, mit freudiger Miene über diese Fragen zu reden; denn zweifellos wurde mit der Verabschiedung der Steuerreform hinsichtlich der

Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und damit auch unseres Landes Rheinland-Pfalz ein Meilenstein erreicht und ein Riesenschritt nach vorn gegangen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das haben wir in diesem Hause, in den Schritten, die wir gehen wollten, teilweise unterschiedlich, aber als gemeinsame Zielsetzung x-mal betont.

Jedem von uns wird es so gegangen sein: Wenn man in den vergangenen Jahren im Ausland für den Standort Rheinland-Pfalz geworben hat, und es wurden einem immer nominale und reale Steuersätze entgegengehalten, die in Deutschland um so viel schlechter seien als anderswo, so hat einem diese Tatsache schon wehgetan und hat die Bemühungen ungemein erschwert. Bei vielen Unternehmen, insbesondere bei denjenigen, die international an den Märkten tätig sind, haben wir einen deutlichen Druck gespürt, wesentliche Unternehmensteile und neue Produktionsanlagen nicht aus marktbedingten Gründen, sondern aus Wettbewerbsgründen aus Deutschland herauszuverlegen. Dies hat uns alle mit großer Sorge erfüllt.

Ich möchte das unterstreichen, was mein Kollege Mertes gesagt hat. Diejenigen, die das Vermittlungsverfahren vor drei Jahren miterlebt haben, werden es unterstreichen können. Vorhin wurde Bernhard Vogel zitiert. Er könnte bestätigen, dass es damals von ihm sowie von mir gemeinsame Bemühungen um eine Lösung gegeben hat. Ich möchte auch nicht bestreiten, dass es gut gewesen wäre, wenn wir eine solche Entscheidung schon früher bekommen hätten. Aber ich unterstreiche in diesem Zusammenhang auch das, was mein Kollege Bauckhage gesagt hat. Es war damals ein Zeitpunkt, der bereits auf die Bundestagswahl zugespitzt war, sodass ein vernünftiges Ergebnis, wie es nun erreicht worden ist, damals leider nicht erreicht werden konnte.

Aber es kann doch nicht wahr sein, dass man nun sagt, dies sei keine für die Wirtschaft, für die Bürgerinnen und Bürger sowie für unser Gemeinwesen äußerst positive Entscheidung, die getroffen worden ist. Es ist die größte Steuerreform, die bisher in Deutschland gemacht wurde, und wir freuen uns darüber. Wir sollten sie auch nicht kaputtreden, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich meine nicht „kaputtreden“ in dem Sinne, dass nicht an jedem Vorhaben auch irgendetwas zu kritisieren wäre und dass dies nicht in ein Parlament und in eine solche Debatte gehörte. Aber das, was wir derzeit an Signalen an die Wirtschaft und an die Gesellschaft richten, über die nationalen Grenzen hinaus, darf nicht so klingen, als hätten wir nicht diesen großen Schritt gemeinsam getan und als hätten wir nicht auf über 90 Milliarden DM an Steuererleichterungen im steuerlichen System verzichtet, auch wenn ein Teil durch Verbreiterung der Steuerbasis, aber auch durch das Schließen so genannter Steuerschlupflöcher refinanziert wird. Auch dies ist

durchaus ein Wort, das man nur unter dem Tisch aussprechen dürfte. Dies war auch gewollt. Es gab tiefe Unvernünftigkeiten auch bei Abschreibungsgestaltungsmöglichkeiten, die korrigiert werden mussten.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Hause immer gesagt - dies können Sie in vielen meinen Reden, aber auch in Reden des Finanzministers nachlesen -, das, was hinsichtlich der steuerlichen Entscheidungen notwendig ist, muss sich auch an Kriterien messen lassen, die wir immer genannt haben: Zum einen habe ich immer das Beispiel der Familie genannt, die auf dem Hunsrück wohnt und einer der Ehepartner einen weiten Pendlerweg zurückzulegen hat, da er in Mainz arbeitet. - Ich komme darauf zurück.

Wir haben zum Zweiten immer gesagt, für den typischen mittelständischen Betrieb in unserem Land Rheinland-Pfalz muss eine Erleichterung dabei herauskommen, da diese Betriebe das Rückgrat unserer Wirtschaft in diesem Flächenland darstellen und entscheidend dazu beigetragen haben, dass wir eine deutlich günstigere Arbeitsmarktsituation haben, als dies in fast allen anderen Bundesländern der Fall ist. Die Breite und Stabilität dieser mittelständischen Wirtschaft hat dazu einen maßgeblichen Beitrag geleistet, und dies wollten wir auch bei der steuerlichen Entlastung berücksichtigt sehen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Schließlich haben wir immer deutlich gemacht, dass als Eckwert für unsere Orientierung die Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte auch weiterhin gesehen werden muss und dass wir vorhaben - das haben wir uns für diese Legislaturperiode vorgenommen, werden es uns aber auch für die Zukunft vornehmen -, die Investitionsfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu erhalten. Dies wiederum begrenzt natürlich die Spielräume einer Steuerreform, da wir ansonsten handlungsunfähig werden.

Wer meint, er kann ständig noch oben draufsatteln, um beispielsweise immer weitere Absenkungen des Spitzensteuersatzes zu erreichen ---

Wir waren schon bei einer Größenordnung von 43 auf 42 %, was vernünftig war und was wir auch gerne mitgetragen haben. Aber dabei sind schon Belastungen herausgekommen, die über der 6-Milliarden-Grenze liegen. Je weiter man nach unten geht, desto mehr Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind durch den Spitzensteuersatz in seiner Absenkung erfasst, und desto teurer wird dies.

Wenn ich nun noch den Tarifverlauf absenken würde, so wäre es schlicht und einfach unbezahlbar und ungestaltbar. So sahen im Übrigen die Vorschläge der Union aus.

Ich möchte nun einmal versuchen, das, was ich gesagt habe, an dem zu messen, was erreicht worden ist, um möglichen Legebenbildungen entgegenzuwirken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich beim Grundfreibetrag beginne,

so deshalb, weil auch an der Legende gestrickt wird, man müsse im Zusammenhang mit der Steuerpolitik einen Anwalt für die kleinen Leute neu erfinden, und das sei die Union.

(Zuruf von der CDU: Tja!)

Ich möchte deutlich machen, dass der Grundfreibetrag von 12 300 DM im Jahr 1998 zukünftig auf 15 000 DM angehoben wird. Dies bedeutet, dass viele Leute gerade im untersten Einkommensbereich aus der Steuerpflicht zusätzlich völlig herausfallen.

Dies ist zum einen ein Entlastungselement für die aller kleinsten Einkommen, aber auch für alle anderen; denn es kommt allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugute, was als Existenzminimum steuerfrei gestellt worden ist.

(Beifall der SPD)

Natürlich muss in diesem Zusammenhang der Eingangssteuersatz, der ab diesem Zeitraum einsetzt, ebenfalls sozial gestaltet werden. Meine Damen und Herren, wenn wir von einem Eingangssteuersatz von 25,9 % im Jahr 1998 auf 15 % im Jahr 2005 gekommen sein werden, so wird niemand ernsthaft behaupten, dass die kleineren Einkommen in dieser Steuerreform keine Berücksichtigung gefunden hätten. Sie wissen ebenso gut wie ich, dass dazu die Kindergelderhöhungen zu rechnen sind und dass man somit zu der Beurteilung der Frage kommt, ob die Familie mit Kindern anständig entlastet ist oder nicht. Ich werde Ihnen einige Beispiele nennen, wie sich dies auswirkt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen, wie sich das für die Familie auswirkt, die normal ihr Geld verdient, normal zur Arbeit fährt und zwei Kinder hat. Ich möchte zu dieser Rechnung die beiden genannten Argumente einbeziehen. Das eine hat man sich heute trockengehalten, da zum 1. Januar des kommenden Jahres eine Kampagne geplant ist, wie ich heute in der Zeitung gelesen habe. Aber wir können heute schon einmal darüber reden, das ist gar keine Frage. Ich meine die Ökosteuer. Ich habe einmal diese Komponente mitberechnen lassen und einbezogen, zum Zweiten auch das schöne Nominal-/Realverhältnis. Herr Böhr hat dazu Zahlen genannt, die vielleicht bei der letzten Mondfinsternis geschrieben worden sind, Herr Kollege. Aber real sind sie wirklich nicht. Das, was Sie hier genannt haben, würde ich einmal von Ihren wenigen Mitarbeitern nachrechnen lassen. Es stimmt schlicht und einfach hinten und vorne nicht.

Schauen wir es uns einmal an, wie es aussieht für einen verheirateten Schlosser mit zwei Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen von 60 000 DM. Das ist in unserem Land durchaus nicht unrealistisch.

(Abg. Böhr, CDU, verlässt seinen Platz)

Herr Kollege Böhr, ich bedauere es, dass wir häufig Debatten ohne Sie in diesem Hause führen. Es ist nicht schlimm. Nur, Sie haben mich angesprochen, und ich hätte Sie auch gern angesprochen.

(Böhr, CDU: Ihr Bedauern ist Ihnen anheim gestellt!)

- Das ist wahr, das ist mir anheim gestellt. Ich darf es aber auch ab und zu einmal ausdrücken.

(Böhr, CDU: Jederzeit!)

- Das ist nett.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns einmal an, wie das aussieht unter Einbeziehung des Kindergelds für diese Familie. Einbezogen ist ein Pendelweg von 20 Kilometern. Ich komme noch auf einen Pendelweg - immer einfache Strecke, weil das steuerrelevant ist - von 80 Kilometern, damit niemand sagen kann, er rechnet schön. Wir haben eine Entlastung ab dem Jahr 2001. Wir haben jetzt eine Belastung dieser Familie, wenn ich die steuerlichen Regelungen und das Kindergeld nehme, von 706 DM. Im Jahr 2001 wird es eine Entlastung geben. Das Kindergeld wird die Steuern überschießen. Insofern werden sie einen Transfer vom Staat von netto 2 200 DM bekommen. Wenn ich bei diesen 20 Kilometern die Ökosteuer gegenrechne, und zwar den Stand, wie er geplant ist, immer Gesetzeslage, wie sie derzeit ist, sind dies 412 DM. Dagegen ist eine Entlastung der Rentenbeiträge von 388 DM zu rechnen. Das heißt, dass wir nach wie vor eine Entlastung von 2 176 DM haben. Es ist also ein Überschuss von 2 176 DM, den diese Familie hat. Das ist gegenüber 1998 eine Entlastung von 2 882 DM.

Wenn ich die Rechnung fortsetze und rechne sie für das Jahr 2005, dann kommen wir unter dem Strich, wobei die gleichen Kriterien unterstellt sind, also eine Erhöhung der steuerlichen Belastungen, die bereits beschlossen sind, und Entlastungsfaktoren, auf eine Summe von 4 034 DM mehr in der Tasche als jetzt. Wenn sie nominal und real rechnen und zugrunde legen, dass die Preissteigerung im Jahr bei etwa 1,4 % liegt - dabei ist mehr der Satz dieses Jahres angenommen als der in den letzten Jahren wirklich reale Durchschnitt -, dann kommen sie auf eine Differenz zwischen dem, was nominal und dem, was real an Entlastung vorhanden ist, die sich etwa auf 160 DM beläuft, was gegenzurechnen ist, was also in der jetzigen Situation in Abzug zu bringen ist.

Dies ist zu den Horrorzahlen zu sagen, die vorhin hier verbreitet worden sind. Ich denke, wir sollten einfach bei den Fakten bleiben. Es wird im Protokoll stehen. Sie können es nachrechnen lassen. Es wurde im Finanzministerium vom Kollegen Herrn Dr. Deubel gerechnet. Da bin ich ganz sicher, dass es richtig ist, was er gerechnet hat.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt nehmen wir einmal jemanden, der ein bisschen besser verdient und, um besser zu verdienen, auch bereit ist, einen noch weiteren Fahrweg auf sich zu nehmen und 80 Kilometer zur Arbeit fährt. Es ist ein Chemiefacharbeiter, verheiratet, zwei Kinder mit einem Einkommen von 100 000 DM. Das gibt es auch. Das sind zum Beispiel Leute, die aus der Westpfalz aus Kusel bis nach Ludwigshafen fahren. Es ist ein einfacher Fahrweg von 80 Kilometern. Ich nehme die gleiche Rechnung. Es kommt unter dem Strich bei der ganzen Geschichte - wieder alles gegengerechnet - zwischen 1998 und 2001 eine Verbesserung von 3 594 DM für diese Familie heraus. Im Jahr 2005 werden es 5 117 DM sein. Auch dort beträgt die Real-Nominal-Differenz knapp 600 DM, die noch einmal gegenzurechnen wäre. Dies zu der Legendenbildung, das Ganze wäre sozusagen im Jahr 2005 schon alles aufgefressen.

Ich möchte Ihnen auch gern ein Beispiel eines verheirateten Malermeisters und dessen Situation bei einem durchschnittlichen zu versteuernden Gewinn vor Steuern von 90 000 DM nennen. Nun sage niemand, das hätte nichts mit der Realität zu tun. Zumindest wenn ich mit den Leuten rede, sind wir im Regelfall in dieser Größenordnung und nicht in der Regel in der Größenordnung, in der der Spitzensteuersatz greift. Dort haben wir eine Entlastung unter dem Strich in der Größenordnung von 5 641 DM anzusetzen.

Ich möchte jetzt die Beispiele nicht noch weiter fortsetzen. Ich habe noch eine ganze Reihe anderer Beispiele, die alle spitz gerechnet sind nach der Kunst unserer Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten. Lassen Sie uns also mit der Mär aufhören, die Wirkung würde sich nicht so entfalten, wie wir dies in diesem Land von diesem Rednerpult aus zum Maßstab unseres politischen Handelns gemacht haben.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wer wüsste es nicht, oder wer sollte es denn verschweigen, dann spielen natürlich auch Grundorientierungen unterschiedlicher Parteien bei der Frage eine Rolle, wie wir uns bei einem so großen Steuervorhaben am Ende verhalten. Wir haben über diese Fragen intensiv kommuniziert. Ich war ein bisschen weit weg, aber glauben Sie mir, ich habe intensiv mit kommuniziert, so weit die Akkus der Handys getragen habe. Der Kontakt zum Bundeskanzler war während dieser ganzen Zeit einwandfrei, auch der Kontakt zum Finanzminister. Der Kontakt zum Koalitionspartner war einwandfrei während dieser Zeit. Wir haben die Möglichkeit gehabt, die Interessen unseres Landes und die grundsätzlichen Abwägungen und Einordnungen vorzunehmen.

Dass es durchgesetzt worden und richtig platziert worden ist, ist im Wesentlichen das Verdienst des Kollegen Mittler. Wir haben das platziert, was letztendlich als maßgebliche Verbesserung noch einmal für die Personengesellschaften, also für den Mittelstand einzuordnen ist. Ich werde Ihnen kein Geheimnis verraten, wenn ich Ihnen sage, kurz nach der Operation, also kurz nach der Abstimmung, nein, es war am Samstagmorgen, hat mich Herr Eichel angerufen und hat mir ge-

sagt: Ihr wart mir die Teuersten! - Frau Thomas, das hat sich aber nicht darauf bezogen, dass wir irgendwo um etwas ge-
feilscht haben, was uns aus anderen Gründen zustand, sondern wir haben nur über diese inhaltlichen Fragen gerungen, dabei allerdings eine Menge herausgeholt, weil wir das für richtig gehalten haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wenn wir eine Chance haben, dann haben Herr Kollege Bauckhage und ich sie auch genutzt, dass wir nämlich über Luft im Investitionsplan für Straßen im Bundeshaushalt reden können. Dies ist jetzt, weil eben durch die schon eintretende psychologische Wirkung der Steuerreform, aber auch durch ein allgemeines und sich schon vorher ankündigendes Anziehen der Konjunktur dort Luft entstanden ist. Dann wären wir geradezu leichtfertig, würden wir uns nicht melden. Wir haben uns gemeldet. Sie können davon ausgehen, in anderen Fragen stehe ich auch mit der Bundesregierung in engem Kontakt. Wenn es eine Chance gibt, dann heben wir den Finger, dann wollen wir auch im Interesse unseres Landes mitreden. Das hat überhaupt nichts mit politischen Kompensationsgeschäften zu tun. Das möchte ich ein für alle Mal und ganz deutlich gesagt haben. Alles andere, wenn es behauptet wird, ist eine glatte Lüge.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich bezichtige Sie nicht der Lüge, ich möchte es nur dargestellt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir das, was wir an Maßstäben gehabt haben, jetzt einmal darauf abklopfen, wie die Wirkungen sein werden, dann möchte ich doch auch einige Bemerkungen dazu machen. Ich komme zunächst zu der Verzweiflungsattacke der Union, die schon im Bundesrat losging und jetzt fortgesetzt wird, die politische Kultur in Deutschland wäre beschädigt worden. Ich möchte gar nicht so weit zurückschauen und einmal fragen, wie bestimmte Entscheidungen beispielsweise mit Aufträgen für Fregatten zu früheren Zeiten schon zustande gekommen sind.

(Böhr, CDU: Wie denn, Herr
Ministerpräsident?)

Aber ich möchte noch eines deutlich machen.

(Böhr, CDU: Wie denn, Herr
Ministerpräsident?)

- Lesen Sie es doch nach, Sie wissen es doch so gut wie ich.

(Böhr, CDU: Wie denn, Herr
Ministerpräsident?)

Mertes, SPD: Lesen Sie es doch nach! -
Weitere Zurufe von der CDU)

- Nein, ich rede doch gar nicht von „Bimbos“ oder so etwas. Ich rede davon, dass bestimmte Aufträge an bestimmte Werften vergeben worden sind und dafür bestimmte Verhaltensweisen zu bestimmten Zeiten in der Landesregierung zustande gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich nicht aufregen. Es ist nicht alles auf Sie gemünzt. Darum geht es gar nicht. Davon habe ich geredet. Es war doch so. Das weiß doch jeder in Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde, dass wir nicht das Recht haben, zu kritisieren, wie Herr Kollege Diepgen sich in dieser Frage entschieden hat. Ich finde auch nicht, dass wir das Recht haben, zu kritisieren, wie Herr Kollege Perschau und Herr Kollege Scherf sich in dieser Frage entschieden haben. Das Gleiche billige ich auch der brandenburgischen Landesregierung zu. Ich gehe davon aus, dass sie in der Sache den Weg für vertretbar gehalten haben. So ist es mir auch bestätigt worden.

Unter dem Gesichtspunkt einer Interessenlage in ihrem Land haben sie eine Entscheidung getroffen. Ihnen war es nicht wert, in die Solidarität der Parteilinien in dieser Interessenlage gezwungen zu werden. Das ist die künstliche Aufregung über das Vertun von irgendwelchen Spielregeln oder irgendwelchen verfassungsgemäßen Vorgehensweisen im Bunderrat nicht wert, was hier abgezogen wird. Ich muss sagen, das sollte man ein bisschen herunterhängen. Ich habe manchmal auch Verständnis. Ich rege mich auch manchmal auf. Aber insoweit habe ich auch Verständnis, dass sich Herr Kollege Vogel aufgeregt hat. Wenn man sich selbst in die Gewissheit redet, man könne andere wider besseres Wissen in die Parteilinien gegen das Interesse des Staates zwingen, und man läuft damit auf, dann kann man sich innerlich so enttäuscht fühlen, dass man solche Reaktionen an den Tag legt.

(Beifall bei SPD und F.D.P. -
Zuruf des Abg. Schöneberg, CDU)

So ist das zu erklären und nicht anders.

Lassen Sie mich über diese politische Frage, über die Frage von aufgestellten Taktiken, die manchmal danebengehen können, hinaus ein Wort zu der Auswirkung auf unsere Wirtschaft sagen. Ich bin sehr zuversichtlich. Aus den in den letzten Wochen und Monaten im Land geführten Gespräche im Zusammenhang mit der Steuerreform - auch in den Wochen seit sie entschieden ist - ergibt sich, dass sich diese Entscheidung sehr positiv auf das Investitionsverhalten der rheinland-pfälzischen Wirtschaft auswirken wird. Das ist für uns ein wichtiges Datum, wie immer man das im Einzelnen politisch bewertet. Ich möchte darüber hinaus sagen, dass ich davon ausgehe, dass der Trend, der sich in Rheinland-Pfalz Gott sei Dank auch im letzten Jahr schon abgezeichnet hat, nämlich eine positive Beschäftigungsbilanz, fortsetzt. Es ist nicht nur

die drittbeste Arbeitsmarktbilanz, sondern auch eine positive Beschäftigungsbilanz. Das war bundesweit bei weitem nicht so.

Ich gehe davon aus, dass sich dieser Trend durch diese Entscheidung verstärkt. Insoweit können wir auch am Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren zu einer weiteren Verbesserung kommen. Ich denke, das kann niemand kalt lassen, wenn wir dort endlich die Kurve zu einer Beschäftigung finden, die die nominale Arbeitslosenzahl in einer Größenordnung von unter 5 % sieht. Nach den heute geltenden Spielregeln kann das de facto als Vollbeschäftigung betrachtet werden. Das muss unser Ziel sein. Wir haben realistische Chancen, dies in den nächsten Jahren zu erreichen.

Es gibt eine Reihe von Arbeitsamtsbezirken in Rheinland-Pfalz - nicht nur in den Ballungsregionen -, die bereits heute in den Größenordnungen von 6 %, 6,4 %, 6,5 %, 6,7 % Arbeitslosigkeit liegen. Dort können wir es schaffen, unter die Fünf-Prozent-Marke zu kommen. Das wird unsere einzusetzenden Kräfte umso stärker in die Regionen leiten, die es schwerer haben und denen wir noch stärker als bisher helfen können.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt
bei der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage ein letztes Wort zu den öffentlichen Haushalten. Ich glaube schon, es ist ein bemerkenswertes Datum. Was an Solidarität zwischen der kommunalen und landespolitischen Verantwortung gefordert ist, konnten wir ohne äußeren Druck als Entscheidung der Landesregierung - ohne dass wir deshalb von Oberbürgermeistern, von Landräten gedrängt werden mussten - sagen: Immerhin werden 184 Millionen DM über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren nicht im kommunalen Finanzausgleich verrechnet. - Das sind erhebliche Zinsverluste für das Land. Aber das ist ein Zeichen der Solidarität an die Kommunen. Das darf man auch aussprechen und deutlich machen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich denke, darüber hinaus ist heute auch eines klar geworden: Es hat Kassandrarufer bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2000/2001 gegeben.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

- Verehrter Herr Kollege Jullien, lesen Sie einmal nach, was Sie gesagt haben, nämlich dass dieser Haushalt danebengehen werde. Lesen Sie es einmal nach. Ich kann Ihnen heute sagen: Diese Operation, die uns - - - Es ist genannt worden. Weit über 800 Millionen DM wird es auch im kommenden Jahr an zusätzlichen Steuereinnahmeausfällen geben, die ausgeglichen werden müssen. Mit unserer Vorsorge, mit den Maßnahmen der Personalbewirtschaftung über die Personalbudgets und den vorbeugenden Maßnahmen, um die allge-

meine Ausgabenentwicklung im Griff zu behalten, werden wir auskommen und müssen nicht zusätzlich eine Vollbremsung in Bezug auf das Ausgabeverhalten des Landes machen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, was Herr Kollege Mertes hier gesagt hat. Es wird jetzt nicht „Wünsch dir was“ gegeben. „Wünsch dir was“ ist vorbei. Das geht nicht, dass man überall alles verspricht. Wir müssen aber nicht zusätzlich auf die Bremse treten. Wir haben sogar die Luft - wie Herr Bauckhage, denke ich, dies mit einem eindrucksvollen Programm für die Winzer deutlich gemacht hat -, diese Notwendigkeiten zu erfüllen und das in Ordnung zu halten.

Das wird auch für 2001 gelten. Wir brauchen keinen Nachtragshaushalt. Wir brauchen keine Haushaltssperre, weder in 2000 noch in 2001. Die Regierung ist stolz darauf, und darauf können die sie tragenden Regierungsfaktionen stolz sein, dass sie es geschafft haben, eine Steuerreform, eine so große Entlastung der Bürger, insbesondere der Familien mit Kindern, der Wirtschaft zu verkraften und auf der anderen Seite die notwendigen Investitionen und Impulse der öffentlichen Hand weiterzugeben und die Nettoneuverschuldung über die mittelfristige Finanzplanung in diesem Land auf null zu fahren. Das ist für ein Land wie Rheinland-Pfalz eine gewaltige Leistung. Das wollen wir auch einmal reklamieren dürfen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für meine Begriffe bleibt angesagt, dass wir die sich ergebenden Chancen noch mehr, indem wir die Kräfte bündeln und zusammennehmen und dass wir das große Sozialwerk, nämlich die Rentenversicherung, für die kommenden 20 bis 30 Jahre stabilisieren. Diese Chance besteht in Deutschland. Wenn wir das geschafft haben, können wir wirklich sagen, wir haben den Reformstau durchbrochen. Diese Bundesrepublik Deutschland und unser Land Rheinland-Pfalz werden auch durch unser eigenes Zutun im Reigen der Nationen, der Wirtschaftsnationen und auch im Reigen der Regionen in Europa und darüber hinaus in Zukunft eine führende Rolle spielen können. Darum ist es gegangen. Das ist erreicht. Diese Chance haben wir.

Ich bitte Sie herzlich, diese Chance nicht durch Ihr Schlechtreden zu mindern.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Gölter das Wort.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da der Ministerpräsident am Schluss seiner längeren Ausführun-

gen der Versuchung nicht ganz widerstehen konnte, in die Rede eines Ministerpräsidenten anlässlich der Beratungen des eigenen Haushalts überzugehen, muss ich Ihnen Folgendes sagen: Wenn Sie sagen, „Wünsch dir was“ ist vorbei, dann sind das die bösen Leute draußen. - Wir müssen festhalten, dass diese Landesregierung seit 1991 in einem atemberaubenden Tempo 20 Milliarden DM zusätzliche Schulden gemacht hat.

(Beifall der CDU)

Entschuldigung, in einem atemberaubenden Tempo hat das Land Rheinland-Pfalz seine Position in der Leiter nach oben verbessert, wenn Sie höhere Verschuldung als Verbesserung akzeptieren. Jetzt einfach zu sagen - das gilt auch für Sie, Herr Kollege Mertes -, „Wünsch dir was“, das sind irgendwo dann draußen doch ein bisschen die Bösen, die ununterbrochen an den Ecken standen.

(Mertes, SPD: Ich habe doch
noch gar nichts gesagt!)

Natürlich gibt es die Eckensteher, angefangen bei Bürgermeistern und Landräten sowie Oberbürgermeistern von allen Parteien und auch bei Abgeordneten. Aber dass das auch ein Stück Verantwortung der Politik und dieser Landesregierung ist und war, dass wir jetzt nicht einfach sagen können: „Wünsch dir was“ usw. ist vorbei, ihr werdet euch noch wundern“, finde ich, dann machen Sie es sich zu einfach.

Herr Ministerpräsident, Sie machen es sich auch zu einfach, wenn Sie „schlechtreden“ sagen. Glücklicherweise ist durch das Grundgesetz und die Landesverfassung die uneingeschränkte Jubelbekundung noch nicht vorgeschrieben.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren - Herr Kollege Itzek, hören Sie einmal zu -, ich habe für Ludwigshafen aus persönlichen Gründen - da kommt meine Mutter her - und für den Kollegen Itzek ein hohes Maß an Sympathie, aber die Art und Weise, wie hier nach dem Modell germanischer Heldensagen usw. gefeiert wird, ist - entschuldigen Sie bitte - ein bisschen zu einfach. Das geht doch über ganz begründete, systematische Einwände hinweg. Ich finde, systematische Einwände bei allen Problemen, wie es in den letzten Jahren gelaufen ist, hier vorzutragen, auch in die politische Diskussion einzubringen, auch im Blick auf die Zukunft, ist völlig legitim. Das kann man nicht als schlechtreden bezeichnen.

Meine Damen und Herren, wir wünschen uns, dass es diesem Land Bundesrepublik Deutschland gut geht. Das ist unser Land. Aber trotzdem brauchen wir den Diskurs, den Streit über den Weg der letzten Jahre. Dazu gehört auch die Blockade, die 1998/1999 vorgenommen worden ist. Wir brauchen die Betrachtung, was in der Zukunft richtig ist.

Dazu will ich ein paar Bemerkungen machen, wobei ich mir zu Beginn ein Zitat erlaube. Ich nenne gleich die Quelle. „Wir sind für die Beseitigung der steuerlichen Ungleichheit zwischen Einzelfirmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften,“ - Achtung! - „soweit der gewerbliche Betrieb durch die Einkommensteuer stärker belastet ist, als es durch die Körperschaftsteuer wäre.“

Programm der SPD Juli 1954, Berlin.

(Kramer, CDU: Hört, hört!)

Es war sicher nicht alles richtig, was man damals geschrieben hat. Es ist sicher vieles zu Recht aufgegeben worden, aber es war nicht alles falsch, was damals geschrieben worden ist. Die Passage zum grundsätzlichen Verständnis von der Gleichmäßigkeit, der Gleichwertigkeit wirtschaftlicher Tätigkeit und Besteuerung war richtig. Vor diesem Hintergrund kann man manchmal schon ein bisschen Verständnis dafür haben. Ich zitiere jetzt das „Handelsblatt“ vom 20. Juni und einen konservativen Journalisten, Hans Mündorf. Er meint, die SPD sei auf dem Weg zum programmatischen Nihilismus.

(Mertes, SPD: Keine Schweinerei!)

- Keine Schweinereien, gell. Jetzt übernehme ich plötzlich die Position, die zurzeit einige in der SPD, allerdings vorläufig noch recht unerfolgreich, vortragen. Aber das nur am Rande.

Meine Damen und Herren, der Herr Staatsminister der Finanzen hat gemeint, kritische Einwände gegen die Steuerreform mit der Pauschalbezeichnung „Fundamentalisten“ abtun zu können. Das ist seine Sache.

Nur eben noch ganz nebenbei, irgendwann sollte uns - den Oppositionsfraktionen - die Landesregierung sagen, ob Regierungserklärungen vorher zugeschickt werden oder nicht. Dies sollte einfach im Sinne des Umgangs miteinander geschehen. Bitte nehmen Sie es mir nicht übel - ich sage das so -, ich habe es 14 Jahre so gehalten, wenn die Regierungserklärung am Vortag um 15.00 Uhr nicht auf dem Tisch der Opposition lag, habe ich selbst angerufen und begründet und gesagt, wann sie kommt. Ich finde, es gibt ein paar solcher Dinge im Umgang miteinander.

Jetzt war die Regierungserklärung nicht gerade von umwerfender Neuheit. Wie sollte sie es auch sein. Aber trotzdem habe ich einfach die Bitte, dass uns die Landesregierung irgendwann sagt, wie sie es diesbezüglich mit der Opposition hält, weil wir dann auch ein bisschen wissen, wie die Landesregierung die Opposition grundsätzlich einschätzt.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, der große Mainzer Kardinal Volk hat in jeder Rede immer wieder gesagt: „Umgang ist das halbe Leben.“ Auch das gehört dazu. Meine Damen und Herren,

vor allen Dingen, wenn jemand Stil proklamiert, sollte er sich selbst an ein Minimum von Stil halten.

(Beifall der CDU -

Frau Schneider-Forst, CDU: So ist es!)

Jetzt komme ich noch einmal zu dieser Frage der Fundamentalisten zurück. Dann ist Herr Kirchhof ein Fundamentalist. Das ist ein bisschen merkwürdig. Es widerstrebt auch ein bisschen der allgemeinen Einschätzung. Kirchhof hat gesagt, dass diese Steuerreform einen Impetus in die Kapitalgesellschaft enthält, und dies sei tendenziell die anonymere Form der Wirtschaftsorganisation.

Meine Damen und Herren, darauf muss man doch hinweisen. Natürlich hat der Manager auch unternehmergleiche Funktionen. Aber wenn er den Laden an die Wand gefahren hat, bekommt er den „goldenen Handschlag“, oder der Herr Bundeskanzler kommt, und die Millionen werden gezahlt. Er geht doch kein persönliches Risiko in Deutschland mehr ein. Die abgesichertste Berufsgruppe in Deutschland sind die Manager der großen Unternehmen, meine Damen und Herren. Das ist nun einmal so.

(Beifall der CDU)

Es gibt doch die Beispiele.

(Schwarz, CDU: Warum regst du dich auf, Schorsch?)

- Entschuldigung, weil ich auch von meiner Herkunft her - da spielt eine Backstube auch eine gewisse Rolle - die Personengesellschaft und die persönliche Haftung für einen fundamentalen Punkt halte und sehe, dass in den Kapitalgesellschaften diese persönliche Verantwortung in den letzten Jahren in vielen Fällen nicht wahrgenommen worden ist.

(Schwarz, SPD: Wir haben es zwischenzeitlich auch in Personengesellschaften!)

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie bitte, der Einzelhandelskaufmann oder die Offene Handelsgesellschaft tun das Gleiche wie die Kapitalgesellschaft, und sie müssen mit ihr steuerpolitisch konkurrieren. Das ist ein Problem.

Meine Damen und Herren, wenn von Personengesellschaften die Rede ist, dann denken viele an den Bäckermeister um die Ecke und denken, das sind die Kleinen. Es gibt Große in Deutschland. Es gibt einen ganz Großen in Rheinland-Pfalz auf dem Feld der Chemie. Was diesbezüglich gedacht wird oder so etwas, sollte die Landesregierung vielleicht dann auch einmal in diesem Zusammenhang interessieren.

Meine Damen und Herren, der Vorstandsvorsitzende der Firma Merck ---

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Dr. Gölter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schwarz?

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Nein, die ist nicht ernst gemeint. Das sehe ich seinem Gesicht an. Ich kenne den Herrn nämlich.

(Heiterkeit im Hause)

Dazu ist mir das Thema zu ernst, dass wir Spielchen miteinander treiben können. Ich habe viel für Spielchen übrig und mache das manchmal selbst, aber entschuldigen Sie bitte, darum geht es mir jetzt im Augenblick nicht.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat der Vorstandsvorsitzende der Firma Merck einen Artikel veröffentlicht. Daraus darf ich einmal zitieren: „Dass ein persönlich haftender Gesellschafter deutlich stärker ausgeprägt den Unternehmertypus verwirklicht als der Vorstand einer Kapitalgesellschaft, dürfte unbestritten sein.“

Das ist natürlich auch ein Fundamentalist - das weiß ich -, alles Fundamentalisten, wobei mit dieser Aussage nicht dem Vorstand die unternehmerische Position bestritten werden soll.

„Rechtfertigt die Übernahme der persönlichen Haftung der Eigentümer einer Personengesellschaft, dass diese steuerlich gegenüber einer Kapitalgesellschaft diskriminiert werden? Sollen vielleicht Personengesellschaften wegen des Fehlens der paritätischen Mitbestimmung bestraft werden?“

Am Schluss dieses Artikels kommt er zu der Bewertung, dass „eine ganze Reihe von Regelungen schlicht und ergreifend“ - das Wort steht hier - „pervers in ihren Auswirkungen sind“.

Meine Damen und Herren, das heißt, hier ist ein dramatisches Problem. Kirchhof sagt - deshalb ist es gut, dass sich das Verfassungsgericht irgendwann damit beschäftigt -, dass hier die Gleichheitsfrage, die Freiheitsfrage und die Vereinigungsfreiheit angesprochen sind. Kirchhof verweist auf die frühere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Rechtsform - Herr Kollege Kuhn - keine Rechtfertigung für Belastungsunterschiede sein darf.

Damit sind wir an einem ganz fundamentalen Punkt. Dieser Punkt muss weiter geklärt werden. Es ist so, auch wenn Sie es nicht gern hören, dass die Unternehmen bei dieser Steuerreform besser behandelt werden als der persönlich haftende Unternehmer. Es ist so, dass Gewinne in einer bestimmten Form - nämlich im Unternehmen als höherwertige Besteuerung verbleiben; das ist auch eine Grundfrage gesellschaftspolitischen Verständnisses - besser besteuert werden als entnommene Gewinne.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund bleibt ein ganz grundsätzliches Problem. Das ist auch ein Teil der Strategie der Union gewesen. Ob die dann in allen Details usw. geschickt war, ist eine andere Frage. Das hilft uns hier jetzt auch nicht weiter.

Ich habe noch eine kurze Bemerkung bezüglich der Beispiele. Ich bin in der glücklichen Situation, selbst keine Beispiele ausrechnen zu können. Die Beispiele widersprechen sich zum Teil. Aber alle Argumente, die von den Befürwortern dieser Koalition vorgetragen worden sind, haben die inflationäre Entwicklung, die Lohnsteigerung und die Steuerprogression nicht einbezogen.

(Itzek, SPD: Doch!)

Insofern wird natürlich auch diese Steuerreform in einer Reihe von Jahren anders aussehen, als dies heute der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Meine Damen und Herren, Halbeinkünfteverfahren - Vollanrechnung: Eines der Probleme liegt wohl darin, dass das Halbeinkünfteverfahren nur dann auf Dauer funktionieren kann, wenn der Einkommensteuertarif, der Spitzensteuersatz, auf Dauer auf einem höheren, wesentlich höheren Niveau bleibt als der Körperschaftsteuersatz. Insofern ist das Halbeinkünfteverfahren natürlich auch in dieser Grundfrage ein Menetekel für die Zukunft. Das wird uns noch zu schaffen machen, und diese wohl zu vernachlässigenden 78 Professoren, Frau Thomas, haben genau darauf hingewiesen, dass der systematische Wechsel vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren bezüglich der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und der Gleichwertigkeit der Betrachtung wirtschaftlichen Handelns der Zukunft fundamental entgegenstehen wird.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will noch eine kurze Bemerkung zu dem Stichwort „Kuhhandel“ machen, was uns schon beschäftigt und zum Teil auch amüsiert hat.

Herr Ministerpräsident, ich weiß, manchmal muss man reden usw. Das ist nicht weiter schlimm. Sie haben eben gesagt, es war die Aufregung - wörtliches Zitat - weiß Gott nicht wert. Darüber sollten wir noch ein bisschen nachdenken.

Was ich jetzt sage, meine ich sehr grundsätzlich und sehr nachdenklich. Ich sage Ihnen auch - ich meine es persönlich ein bisschen resigniert, weil ich jetzt seit über 40 Jahren durch die Gegend renne -, ich frage mich schon manchmal, ob es eine richtige Lebensentscheidung war. Das hat irgendwo auch ein bisschen bittere Züge. Das sage ich Ihnen ganz offen, vor allem, wenn man Politik auch so leidenschaftlich betrieben hat.

Die Finanzhilfen des Bund und der Länder sind in ihrem Ablauf und in den Methoden im Grundgesetz und in Gesetzen festgelegt - Artikel 104 a und Artikel 107 Abs. 2 des Grundgesetzes. Da gibt es ganz genaue Regeln.

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, das, was da gelaufen ist, ist die Gutsherrenart. Es ist noch Suppe da. Will noch jemand einen Nachschlag? Oder war dies etwas anderes?

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Natürlich können Sie sagen, brillant gemacht - in Ordnung. Aber wer sagt, brillant gemacht, der sagt auch letztlich - ich meine das sehr nachdenklich und sehr grundsätzlich -, dass die Politik in wichtigen Fragen amoralisch handelt. Das ist so.

Wenn wir in diesen Tagen überall bedenkenswerte Reden über die Zuwendung zu diesem Staat und zu dieser Verfassung hören, dann müssen wir selbst auch darüber nachdenken, welchen Dingen wir Beifall spenden.

(Pörksen, SPD: Worüber reden Sie eigentlich!)

Es ist nicht einfach, Verfassungsfreundschaft und Verfassungspatriotismus in Deutschland zu wecken. Aber da ist die Frage: Welches Bild geben diejenigen, die oben stehen? - Dabei bleibe ich. Insofern steckt hinter der Aufregung von Bernd Vogel ein Stück mehr als die Aufregung, die irgendwann abklingt, dass das nicht geht, Bund und Länder damit an die Grenze des geordneten Umgangs miteinander kommen und dass vor diesem Hintergrund auch der Föderalismus sich in einer ganz kritischen Situation befindet. Ich denke, dass dieser Vorgang der letzten Wochen -

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme sofort zum Schluss.

- - wirklich ein Anlass ist, darüber nachzudenken, dass wir getrennte Steuern, getrennte Verantwortung und mehr Wettbewerb brauchen. Wie wollen Sie Menschen, auch interessierten Menschen in einem Staat klar machen, wie Entscheidungen fallen und wie etwas läuft, wenn sie solche Dinge sehen?

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, insofern war das keine Sternstunde der Menschheit. Ich darf das sagen. Aber das muss irgendeiner noch sagen, weil alle wissen, dass es so ist, und die Zeitungen haben es alle geschrieben,

(Glocke des Präsidenten)

und im Fernsehen konnten wir es beobachten, dass auch das persönliche Interesse des Herrn Brüderle in den Auseinandersetzungen innerhalb der F.D.P. eine gewisse Rolle gespielt hat.

Herr Bauckhage, dem würden selbst Sie in einer stillen Stunde mir gegenüber zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will auf ein Argument des Herrn Kollegen Gölter eingehen, bei dem er sich mit der Frage des Verhaltens im Bundesrat auseinander gesetzt hat.

Er geißelt die Verhaltensweise, die jetzt beschrieben worden ist, erwähnt aber nicht, dass der Deutsche Bundesrat von der CDU, vom Präsidium der CDU, dazu genutzt werden sollte, die Steuerreform auf September zu verschieben, um ein parteipolitisch günstiges Klima in der Sommerpause zu erzeugen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Beifall der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Schweitzer, SPD: Ganz genau!)

Ist denn das der Teil des Anstands, den Sie hier einfordern, der dann aber bei Ihnen sozusagen per Rabatt gehen kann? - Das geht auch nicht.

(Beifall der SPD und der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 1: Sie sagen nichts dazu, dass die CDU-Vorschläge, die im Vermittlungsausschuss - man muss sagen - kursiert sind - sie sind nicht sozusagen per Papier vorgelegt worden -, für Länder wie unseren geliebten Nachbarn, das Saarland, und für den weiten Teil des Ostens, für die Länderhaushalte und für die Kommunen, unfinanzierbar waren. Ist das anständig? Ist das eine Zumutung? Ist das das Vorbild, von dem Sie sprachen? - Also, ich kann es nicht erkennen. Ich versuche es. Ich kann es nicht erkennen.

(Beifall der SPD)

Jetzt gehen wir auf den „Kuhhandel“ genau ein. Sie wissen, ich gehe das Thema dann voll durch.

Eben hat Herr Kollege Böhr sich so geschüttelt, als es um die Frage der Fregatten ging. Sodann soll jeder die Geschichte wissen.

Bei der Steuerreform der sozial-liberalen Regierung gab es einen Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, der später auch noch viel Verantwortung für deutsche Finanzen übernommen hat, der ein Strukturproblem hatte. Dieses Strukturproblem ist so gelöst worden. Dies konnte man nachlesen in der „Wirtschaftswoche“, eine Zeitung, die Sie doch ansonsten gern für sich bemühen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich will ein Weiteres zu dem - dies wurde auch schon angesprochen - sagen, bei dem Sie so eine gewisse Unanständigkeit finden, bei dem Sie auch die Verfassung und natürlich auch den Richter außer Dienst mit hinzunehmen. Es geht nicht um Verfassungsrecht. Es ging um elementare Politik Deutschlands mitten in Europa, ob wir weiterhin das Gespött unserer Nachbarn wären, reformunfähig zu sein, oder ob wir es schaffen würden, eine Reform, die seit zehn Jahren überfällig ist und die wir gemeinsam nicht geschafft haben, durchzusetzen. Um das ging es, nicht um Juristerei.

(Beifall bei der SPD)

Dass ein schlechter Verlierer aus dem Bundesverfassungsgericht sozusagen nachtritt, würde ich auch ein Stück unterstellen dürfen. Der Mann ist ansonsten ein kluger Mann. Aber er ist mir teuer, ich könne sogar sagen: „zu teuer.“

(Dr. Gölter, CDU: Wieso ist der ein schlechter Verlierer?)

- Er ist ein schlechter Verlierer, weil er zum Beispiel vorschlägt und sagt, was selbst Herr Koch nicht will, es wäre unmöglich, dass dieser Antrag des Bundesrats, der dort verabschiedet worden ist, nun Gegenstand einer Verhandlung im Bundestag werden sollte. Da sagt selbst Herr Koch, das würde sich auseinander entwickeln, das könne man nicht tun. Insofern ist er ein schlechter Verlierer, weil er die Konsequenz der Veränderung, nämlich das, was zum Mittelstand gemacht worden ist, nicht haben will. Das gehört auch dazu.

Also, wenn Sie von uns verlangen, wir müssten in dieser Frage in uns gehen, dann habe ich nur eine Bitte: Gehen wir alle in uns. - Waren alle politischen Spekulationen, diese Steuerreform jetzt zu verhindern und drei Monate später vielleicht in einer zweiten Runde umzusetzen, nur von der Würde des Bundesrats und dem Respekt vor dem Verfassungsgericht getragen? - Sie waren genauso banal wie andere Vorstellungen.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Es gehört auch dazu, dass wir uns nicht gegenseitig vorhalten, wer der Moralischere in dieser Frage gewesen ist.

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt. Natürlich ist die Frage der Mittelstandskomponente - - - Sie haben dies in Bezug auf die steuerliche Behandlung von Personengesellschaften und anderen Rechtsformen angesprochen. Manchmal

wundert mich das. Sie sind - ich darf dies auch einmal so sagen - ein heller Kopf. Von Ihnen kann man auch etwas lernen.

(Keller, CDU: Ja, dann tun Sie es doch!)

- Herr Keller, Sie haben das zehn Jahre lang auch nicht getan. Dann lassen Sie mir wenigstens eine Stunde lang Zeit.

Herr Dr. Gölter, wenn in ganz Europa die Frage nach der Gesellschaftsform mittelständischer Unternehmen anders als in den deutschsprachigen oder in den deutsch dominierten Räumen beantwortet wird, stellt sich die spannende Frage, ob wir uns auf Europa einstellen oder ob sich Europa auf Deutschland einstellt.

(Dr. Gölter, CDU: Dann soll er es doch sagen!)

- Entschuldigung, aber das konnten Sie, der gern die „ZEIT“ liest - ich beobachte das mindestens einmal pro Woche -, dort nachlesen. Insofern ist der Schritt, den wir anbieten, auch ein Versuch, europatauglicher zu werden. Sie machen daraus den Verrat am Mittelstand.

- Herr Jullien, Sie haben auf diese Frage nicht geantwortet. Durch Ihre berufliche Tätigkeit könnten Sie mir viel besser erklären als ich es je lernen kann, weshalb es sinnvoll ist, Personengesellschaften umzuwandeln; denn das ist Ihr Beruf. Dann geben Sie bitte nicht vor, dass das ein Schreckgespenst sei, sondern das ist die Realität Ihrer täglichen Arbeit und das aus guten Gründen.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Wenn Sie das machen, wird das wohl hoffentlich richtig sein. Sie werden doch wohl nicht Ihre eigene - gut bezahlte, versteht sich - Tätigkeit als falsch interpretieren.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Aus dem „Kuhhandel“ wird letztlich nichts anderes als ein politisches Geschäft. In Berlin, Brandenburg und Bremen muss es doch Partner gegeben haben, die das nicht als „Kuhhandel“ verstanden haben, sondern als eine politische Situation, aus der sie einen Vorteil herauschlagen konnten. Jetzt folgt meine Schlussfolgerung: Rheinland-Pfalz hat sich für Sachen eingesetzt, für die gesamte Bundesrepublik, nämlich bezüglich der Frage, wie der Mittelstand in einigen Punkten zu behandeln ist. - Deshalb bin ich der Meinung, dass es keinen Grund gibt, uns in diesem Parlament von Ihnen vorhalten zu lassen, wir hätten einen „Kuhhandel“ betrieben.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Ministerpräsident Beck: Richtig
spannend heute!)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Staatsminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe nur auf wenige angesprochene Aspekte ein.

Zunächst gehe ich auf den Vorwurf der Mittelstandsfeindlichkeit in Bezug auf die Behandlung der Einzelunternehmer, der Personengesellschaften und der Freiberufler bei Geschäftsaufgaben und Betriebsveräußerungen ein. Dafür gilt jetzt ein Optionsmodell. Zunächst gilt ein Freibetrag von 100 000 DM. Der darüber hinausgehende Betrag kann der Regelbesteuerung unterworfen werden. Das heißt: Der Gesamtbetrag geteilt durch fünf, dann wird der Steuerbetrag darauf abgelesen, mit fünf multipliziert und dann erhält man den endgültigen Steuerbetrag, oder: halber Steuersatz nach dem Freibetrag von 100 000 DM.

Diese Regelungen sieht das Gesetz vor. Herr Jullien, ich rufe Ihnen in Erinnerung, was in den Petersberger Beschlüssen vorgesehen war: Die Abschaffung des Freibetrags, der damals 60 000 DM betrug und jetzt auf 100 000 DM erhöht worden ist. - Unter der CDU-Regierung sollte er abgeschafft werden.

(Jullien, CDU: Wir hatten ihn 1998 abgeschafft. Was ist mit den Jahren 1999 und 2000?)

- Der ist doch geblieben! Der 60 000 DM-Freibetrag gilt zurzeit!

(Jullien, CDU: Aber nicht der halbe Steuersatz!)

Ich will Ihnen einmal sagen, was die CDU mit den Petersberger Beschlüssen vorhatte: die Abschaffung des Freibetrags. - Die jetzige Regierung hat den Freibetrag von 60 000 DM auf 100 000 DM erhöht. Damit sind 85 % aller Veräußerungsfälle steuerfrei.

Darüber hinaus stand in den Petersberger Beschlüssen und in dem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz der alten Koalition, dass der halbe Steuersatz für Betriebsveräußerungen abgeschafft wird. Jetzt ist der halbe Steuersatz maßgeblich. Jetzt frage ich: Wer hat mittelstandsfreundlich gehandelt? Wer hat sich den Vorwurf der Mittelstandsfeindlichkeit zugezogen, den Sie erhoben haben? Sie liegen voll daneben, wie zumeist.

(Beifall der SPD -
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Herr Fraktionsvorsitzender Böhr und Herr Abgeordneter Dr. Gölter haben die Besserstellung der Großindustrie angesprochen. Es ist erst einige Monate her, dass Herr Ministerpräsident Teufel in einer leidenschaftlichen Rede im Bundesrat der Regierung vorgeworfen hat, sie treibe mit ihrer Steuerpolitik die Großindustrie, die Industrie und die Industriearbeitsplätze aus dem Land. Jetzt mit einem Mal wird der Regierung vorgeworfen, sie begünstige die Großindustrie in unangemessener Weise. Vielleicht überlegen Sie sich noch einmal, auf welche der beiden Argumente Sie sich einlassen wollen.

Herr Dr. Gölter, ich habe gelernt, dass auch ein so kluger Mann wie Sie

(Pörksen, SPD: Oho!)

- das meine ich so, wie ich es sage - für Argumentationen nicht offen ist und dass Sie bewusst - an mangelnder Aufnahmefähigkeit kann es nicht liegen - ausblenden, dass für mehr als 95 % des Mittelstands, der in Einzelunternehmen und Personengesellschaften organisiert ist, die Besteuerung nach der Einkommensteuer günstiger ist als nach der Körperschaftsteuer.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Das ist die Situation, die Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Deshalb wird es schwer sein, dies mit Nachdruck zu vermitteln.

Meine Damen und Herren, Sie müssen den Vorwurf, im Jahr 2005 sei die prozentuale Belastung des Gehalts höher, weil in der Zwischenzeit die Progression angestiegen sei, den Sie heute nicht zum ersten Mal erheben, noch einmal überdenken. Der ansonsten von mir hochgeschätzte Abgeordnete des Deutschen Bundestags, Rauen, erzählt diesen Unsinn auch ständig.

Wenn Sie diese Wirkung verhindern wollen, müssen Sie den linearprogressiven Tarif abschaffen. Gerade diesen linearprogressiven Tarif hat niemand - und zwar aus guten Gründen - leidenschaftlicher in den vergangenen Jahren verteidigt als der langjährige Bundesfinanzminister Theo Waigel.

Das passt nicht zusammen mit dieser vorgeschobenen Argumentation. Das ist für die Leute auch relativ uninteressant. Wichtig ist, was ihnen netto in der Tasche bleibt oder - um es konkreter zu sagen - was ihnen netto mehr in der Tasche bleibt als zuvor.

Die bittere Klage, die im Hinblick auf das vorgetragen worden ist, was nunmehr verabschiedet worden ist, ist unberechtigt. Ich will Ihnen eine kurze Passage aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. Juli 2000 vorlesen, aus einem Gespräch mit Kurt Biedenkopf: „Hätte die Regierung rechtzeitig mitgeteilt, dass sie den Spitzensteuersatz auf 42 % zu senken bereit sei, hätten in jedem Fall auch die Länder Baden-Württem-

berg, Saarland, Sachsen und Thüringen zugestimmt, wahrscheinlich auch Bayern." Wenn diese Steuerreform so des Teufels ist, wie sie, auch von Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender Böhr, dargestellt worden ist, frage ich mich, weshalb bei dieser jetzigen Konstellation Biedenkopf, Teufel, Müller und wahrscheinlich auch Stoiber hätten zustimmen können.

Eine letzte Anmerkung bezüglich des Umgangs miteinander, insbesondere in den Verfassungsorganen. Herr Dr. Gölter, Sie haben doch Krokodilstränen geweint, wenn Sie über den Umgang mit Verfassungsorganen und mit Organen des Bundes geredet haben. War es denn ein der Verfassung entsprechendes Verhalten, fünf Tage lang im Vermittlungsausschuss zu filibustern, nichts zur Sache beizutragen, nicht einem einzigen Argument nicht nur nicht zugänglich zu sein, sondern auch kein einziges Argument selber vorzutragen, nur mit dem Ziel, die Reform zu verhindern?

Im Vermittlungsausschuss ist noch nicht einmal der Hauch eines Versuchs eines Vermittlungsergebnisses unternommen worden. Nein, das ist schon so, wie das Hans Eichel dem bayerischen Ministerpräsidenten in der abschließenden Sitzung des Bundesrats im Hinblick auf das Aufjaulen einiger CDU-Ministerpräsidenten - übrigens auch des thüringischen Ministerpräsidenten - entgegengehalten hat: Wer fünf Tage konsequent versucht hat, eine Reform zu verhindern, darf sich nicht darüber wundern, dass eine Regierung Anstrengungen unternimmt, dennoch eine Reform zustande zu bringen,

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

und zwar mit Ergebnissen, die zwischen frei gewählten Regierungen frei vereinbart werden und die alle im Gesetzblatt veröffentlicht werden, sodass nichts unter dem Tisch gehalten wird. Das ist dann die Alternative.

(Beifall der SPD)

In Bezug auf die 68 Professoren habe ich großen Respekt vor dem, was sie publiziert haben. Wenn wir darauf hören, bekommen wir die Unterschriften von 68 anderen Professoren. Ich bin mir ganz sicher, dass wir dann ein Problem in Deutschland niemals lösen werden, wir aber von Mal zu Mal gescheitert sein könnten.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass diese Reform ihre Wirkung voll entfalten wird.

Ihr Problem ist es, dass die Opposition zum Schluss der Debatte auch im Bund bedeppt da steht - die heutige Diskussion hat das auch für das Land Rheinland-Pfalz offenbart -, aber damit leben muss.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Jullien, CDU: Mittler gegen
den Rest der Welt!)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache zur Regierungserklärung angelangt.

Ich rufe nun die Punkte 18 und 19 der Tagesordnung auf:

**Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 109
der Geschäftsordnung des Landtags**

Jahresbericht 1999

**Besprechung des Berichts des Bürgerbeauftragten
(Drucksache 13/5611) auf Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion
der F.D.P. und der Fraktion der SPD
- Drucksachen 13/5618/5623/5626 -**

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Hammer, das Wort.

Abg. Hammer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht des Petitionsausschusses und der Strafvollzugskommission nach § 109 der Geschäftsordnung des Landtags ist vielleicht ein bisschen mit dem Begriff „Der Petitionsausschuss ist der Kummerkasten des Landes Rheinland-Pfalz“ zu überschreiben. Nun haben wir gerade in der vorhergehenden Debatte von vielen Kümernissen gehört. Allerdings ist das nicht Teil unserer Aufgabenstellung im Petitionsausschuss und der Arbeit, die wir für das Parlament leisten.

Ich will zwei Vorbemerkungen machen. Ich bedanke mich zunächst einmal ganz herzlich für die hervorragende Zuarbeit und Mitarbeit des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags Rheinland-Pfalz, insbesondere von Herrn Dr. Brink, aber auch von Frau Esselborn und - da sie sich zurzeit in Mutterschaftsurlaub befindet - von Frau Thiel. Der Petitionsausschuss und die Strafvollzugskommission arbeiten in einer Weise fair miteinander, wie ich das schon häufiger in den letzten Jahren sagen durfte.

Eine zweite Vorbemerkung, die ganz aktuell ist: Äußerungen von CDU-Abgeordneten zu Vorkommnissen in der JVA Frankenthal veranlassen mich doch, ein bisschen dafür zu plädieren, dass wir mit Sorgfalt die Argumente und Gesichtspunkte betrachten und dass wir vor allen Dingen auch Fairness widerfahren lassen. Mehr Sorgfalt und Augenmaß bei der politischen Auseinandersetzung hilft auch ein Stück den Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten, um ihnen bei ihren schweren Aufgabenstellungen den Respekt zukommen zu lassen, den sie verdienen. Wenn ein Dienstordnungsverfahren eingeleitet ist, sollten wir nicht schon vorab Forderungen stellen.

Die Strafvollzugskommission hat sich - damit will ich in den Bericht einsteigen - im Jahr 1999 in sieben Sitzungen mit - wie dem Bericht des Bürgerbeauftragten zu entnehmen ist - 219 Eingaben, das sind insgesamt 8,5 % der Eingaben, die der Petitionsausschuss insgesamt bearbeitet hat, zusätzlich beschäftigt.

Wir haben ein zentrales Problem, das auch in diesem Jahr noch einmal zu formulieren ist, nämlich dass durch die generelle Überbelegung der Justizvollzugsanstalten unseres Landes auf die dort einsitzenden Strafgefangenen, aber auch auf die Beschäftigten enorme Belastungen zugekommen sind und dass uns daraus auch das eine oder andere an Problemstellungen im Ausschuss und in der Kommission beschäftigt hat.

Die häufigsten Eingaben kamen aus dem Bereich Wittlich und insbesondere aus Diez. Die Problemerkörterungen in der Strafvollzugskommission und im Petitionsausschuss mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch mit der Spitze des Ministeriums haben jedoch dazu beigetragen, dass in Dienstbesprechungen und in der täglichen Arbeit Verbesserungen angegangen worden sind.

Wir haben im letzten Jahr eine aus dem Jahr 1988 stammende Vereinbarung zwischen dem Landtag, vertreten durch den Präsidenten, und dem Justizminister bezüglich der Kontrolle der Abgeordnetenpost neu getroffen. Zwischen dem Justizminister und dem Landtagspräsidenten ist in diesem Verfahren sichergestellt worden, dass die Post von Strafgefangenen an Abgeordnete und die Post von Abgeordneten zurück an Strafgefangene ungeöffnet bleibt.

Ich will zum Bereich der Strafvollzugskommission vielleicht die Aussicht geben, dass nach der Fertigstellung der Justizvollzugsanstalt in Wöllstein, die für das nächste Jahr ins Auge gefasst ist, auch eine spürbare Entlastung der von mir eben noch einmal beschriebenen Zustände der Überbelegung erfolgen kann.

Der Petitionsausschuss hat sich in elf Sitzungen im Jahr 1999 mit - so kann man das dem Bericht des Bürgerbeauftragten entnehmen - insgesamt 2 816 Eingaben beschäftigt und sie abgeschlossen. Der Schwerpunkt lag bei vier Bereichen. Ich nannte bereits den Strafvollzug. Hinzu kommt der Bereich der Baugenehmigungen, der soziale Bereich und das Ausländerwesen, das anteilmäßig den größten Bereich ausmacht.

Wir haben auch das eine oder andere Kuriose bei unserer Arbeit erlebt. So hatten wir beispielsweise eine Eingabe, bei der eine Gemeindeverwaltung, nachdem ein Eigentümer auf Veranlassung der Gemeindeverwaltung sein Grundstück gepflastert hatte, um einen Parkplatz für seinen Pkw zu schaffen, anschließend die Auffassung vertreten hat, auf seinem Grundstück sei jetzt die Pflasterung wie im öffentlichen Verkehrsraum gegeben, weshalb dieser Parkplatz ein öffentlicher Parkplatz sei. Der Bürgerbeauftragte und seine Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter haben die Gemeindeverwaltung von der Kuriosität dieses Gedankengangs überzeugt, wodurch eine positive Regelung erreicht werden konnte.

Wir beschäftigen uns auch mit internationalen Fragen. Ich sage das mit einem kleinen Griff ans Ohr, der Humor bedeuten soll. Wir haben das Gesetz zur Ordnung des Handwerks, in dem die Handwerkermeisterprüfung in Deutschland und die Anerkennung in Luxemburg und der Abschluss der luxemburgischen Meisterprüfung durch deutsche Staatsbürger geregelt ist, als Erschwernis angesehen. Zu diesem Bereich muss eine Regelung gefunden werden. Das wird nicht mehr den Petitionsausschuss, sondern die Parlamente zu beschäftigen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger wenden sich mit ihren Eingaben an den Petitionsausschuss oder - so ist das in Rheinland-Pfalz geregelt - direkt an den Bürgerbeauftragten. Wenn man arbeitet, gibt es aber nicht immer nur Freude. Es gibt auch Beschwerden. Der Petitionsausschuss beschäftigt sich mit den Beschwerden, die von den Bürgerinnen und Bürgern gegen den Bürgerbeauftragten vorgetragen werden.

Ich möchte ein Beispiel nennen, nämlich die Massenpetition Heerwagen wegen des Munitionslagers in Hallschlag. Wir haben diese Beschwerden behandelt und gemeinsam mit dem Bürgerbeauftragten die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger, die Beschwerden geführt haben, ausräumen können. Letztlich hat keine der Beschwerden Bestand gehabt.

Ich möchte die Tätigkeit in vier Punkte aufgliedern. Den ersten Punkt, die Beschwerden gegenüber dem Bürgerbeauftragten, habe ich bereits angesprochen. Bedanken möchte ich mich in diesem Zusammenhang für die gute Vorarbeit durch den Bürgerbeauftragten, die gute Zusammenarbeit mit den Beschäftigten im Büro des Bürgerbeauftragten und bei dem sehr stark belasteten Mitarbeiter, Herrn Schöpflin, für seine Kompetenz in den ausländerrechtlichen Fragen. Er ist für die Kolleginnen und Kollegen Ratgeber und Hinweisgeber und weiß, wo man unter Umständen noch eine Chance finden kann, wenn man sich im kommunalen Umfeld um Fragen des Ausländerrechts bemüht.

Ein herzliches Dankeschön auch an Herrn Weichlein, der uns aufgrund seiner langjährigen Erfahrung mit ruhiger Souveränität in unserer Ausschussarbeit unterstützt.

Ich möchte ein Beispiel nennen, bei dem wir über die gute Arbeit des Bürgerbeauftragten und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinaus mit unserer Arbeit als Petitionsausschuss erfolgreich waren. Ich nenne den Fall Ali Kebenč. Hierbei geht es um einen ausländerrechtlichen Fall. Der Bürgerbeauftragte hatte keine Möglichkeit mehr gesehen, auf dem Weg des normalen Vorgehens eine Hilfestellung zu organisieren.

Wir haben als Petitionsausschuss die Gelegenheit genutzt und beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer

Flüchtlinge in Nürnberg die besondere Konstellation vorge tragen, dass das Oberverwaltungsgericht ein Urteil eines Ver waltungsgerichts aus formalrechtlichen Gründen nicht korri gieren konnte, aber den Sachverhalt für den Ausländer als noch nicht ausreichend aufgeklärt gesehen hat.

Wir haben in Nürnberg erfahren können, dass es eine Mög lichkeit gibt, nämlich - wenn ich mich richtig erinnere - den § 54 des Ausländergesetzes. Aus diesem geht hervor, dass sich das Bundesamt noch einmal mit einer solchen Frage beschäf tigen kann. Das hat zum Erfolg geführt; denn Herr Kebenc hat wegen der Gefahr der politischen Verfolgung und der Gefahr für Leib und Leben in seinem Heimatland in der Zwi schenzeit eine Duldung erhalten. Das ist ein Beispiel für die engagierte Arbeit des Ausschusses.

Bei dem nächsten Bereich, den ich ansprechen möchte, geht es um die Legislativeingaben. Hierbei handelt es sich um die Eingaben, die durch die Verwaltung des Landtags mit der Un terstützung der Landesregierung bearbeitet werden und das Ziel haben, Gesetze, Gesetzesvorschriften und Verwaltungsvorschriften im Sinne der Eingabe stellenden Bürgerinnen und Bürger zu verändern.

Ich möchte zwei positive Beispiele nennen. Der Kollege Ernst von der CDU-Fraktion hat die Legislativeingabe 11/1999 - Änderung der Landesverordnung über die Lernmittelfrei heit vom 14. März 1994 - eingebracht. Wir haben festhalten können, dass das zuständige Ministerium nach langem Nach haken eine Regelung gefunden hat, die so aussieht, dass al lein erziehenden Elternteilen, das heißt, so genannten Rest familien, ab dem Schuljahr, das jetzt begonnen hat, die glei chen Möglichkeiten wie Eltern, die in elterlicher Gemein schaft zusammenleben, eingeräumt werden. Das ist ein posi tives Beispiel unserer Arbeit.

Zweites Beispiel: Eine Verbandsgemeinde im nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz hat die flächendeckende Erhebung von Kirchensteuern bei Nicht-Kirchen-Mitgliedern bzw. Mitglie dern anderer religiöser Gemeinschaften als legitim angese hen. Dies ist durch das Petitionsverfahren korrigiert worden. Die Verbandsgemeindeverwaltung ist in der Zwischenzeit da von überzeugt, dass ihr Verhalten von damals nicht rechtens war und das neue Verfahren für die Bürgerinnen und Bürger, die davon betroffen sind, von Vorteil ist.

Wir haben im letzten Jahr ein Instrument bei der Bearbeitung von Eingaben gefunden, die an den Bürgerbeauftragten ge richtet waren, bei denen es sich jedoch um keine Legislativ eingaben gehandelt hat. Mit der Unterstützung von Herrn Dr. Stahnecker haben wir herausgefunden, dass der Bürger beauftragte bei staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen keine Einwirkungsmöglichkeiten hat, das Parlament aber - in die sem Fall der Petitionsausschuss - durchaus diese Möglichkeit besitzt.

Wir haben in zwei so genannten Parlamentseingaben eine Veränderung des Verhaltens in der Form herbeiführen kön

nen, dass in Zukunft die Strafgefangenen ihre Sparbücher und Guthaben auf ihren Konten besser vermittelt bekom men. Dadurch ist eine Verbesserung der Information in den Justizvollzugsanstalten gewährleistet.

Der Petitionsausschuss hat im Berichtszeitraum bei zwei In formationsbesuchen seine Arbeitsweise überprüfen können. Einen Besuch habe ich bereits angesprochen, nämlich den beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flücht linge.

Außerdem haben wir uns im Bayerischen Landtag über die Vor- und Nachteile der öffentlichen Behandlung von Eingaben informiert. Unser intensives Zuhören, unsere Beobach tungen und Gespräche haben uns letztlich davon überzeugt, dass unsere Vorgehensweise, als einziger Ausschuss nicht öf fentlich zu tagen, den petitionseinreichenden Mitbürgerin nen und Mitbürgern und ihren Interessenlagen besser ent spricht als das Verfahren, das Bayern praktiziert. Wir möch ten nicht schlauer als Bayern sein, sondern nur empfehlen, dass wir weiterhin bei dem rheinland-pfälzischen Verfahren bleiben.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich noch einen wichtigen Punkt anspre chen. Manchmal fragt man sich, ob es sich bei Bürgerinnen und Bürgern um Querulanten oder um Menschen handelt, die immer das Gleiche vortragen. Wir haben in diesem Zu sammenhang eine Eingabe gehabt, die von dem Petenten mit dem gleichen Sachverhalt wieder vorgetragen wurde. Wir haben diese zu einem Gerichtsverfahren getrieben.

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz hat die Auffassung des Petitionsausschusses und auch der Landtagsverwaltung geteilt, dass ein Petent ohne Änderung der Sachlage keinen Anspruch hat, dass seine Ein gabe ein zweites Mal das gesamte Petitionsverfahren durch läuft. Dies ist nun klar geregelt und ist eine große Hilfe für die zukünftige Arbeit.

Zum Schluss möchte ich mich - ich glaube, das sagen zu dür fen - auch im Namen des Ausschusses für die kooperative und gute Zusammenarbeit bei dem Innenminister des Landes, Herrn Zuber, der für die ausländerrechtlichen Angelegenhei ten zuständig ist, und dem Justizminister, Herrn Martin, be danken. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch noch ein mal Peter Caesar, mit dem ich über achteinhalb Jahre als Vor sitzender der Strafvollzugskommission zusammenarbeiten durfte.

Bedanken möchte ich mich auch bei der Staatskanzlei, die uns bei der Bearbeitung der Legislativeingaben hilfreich zur Seite steht. Bei der Landtagsverwaltung habe ich mich vorab schon bedankt. Ein herzliches Dankeschön auch an meine Kollegin nen und Kollegen im Petitionsausschuss für das engagierte

Arbeiten im vergangenen und in diesem Jahr. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes Rheinland-Pfalz weiter tätig sein.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Schuler:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Müller das Wort.

Abg. Frau Müller, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder nehmen wir die Gelegenheit wahr, auf unsere Arbeit, insbesondere auf die Arbeit des Petitionsausschusses, aufmerksam zu machen. Wir sind auf diese Arbeit stolz; denn der Petitionsausschuss ist trotz seiner stillen Arbeit der Ausschuss mit dem größten Kontakt zu den Problemen der Bürgerinnen und Bürger. Bei uns läuft wirklich alles zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist für mich als Politikerin und auch für uns alle eine befriedigende Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zu helfen, die ich im Landtag gern wahrgenommen habe. Populismus ist bei unserer Arbeit nicht angesagt, weder vom Bürgerbeauftragten noch von uns im Ausschuss, wobei der eine oder andere schon die Gelegenheit wahrnimmt, sich auch in dem einen oder anderen Fall öffentlich darzustellen. Ein bisschen Populismus hätte mir wahrscheinlich auch nicht geschadet, aber das geht natürlich mit mir heim. Der Arbeit im Ausschuss war es nicht abträglich; denn wir müssen schon zwischen populistischer Pauschalkritik und berechtigten Beschwerden im Einzelfall, auf die der Kollege Hammer eingegangen ist, unterscheiden.

Es gilt ganz besonders, unseren Ermessensspielraum im Petitionsausschuss auszuloten. Dieser ist insbesondere auch bei den ausländerrechtlichen Eingaben sehr gering.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allem Aufstöhnen von Bürgermeistern und Landräten sowie losgelöst aus dem Dunstkreis der Stammtische, seien wir doch einmal ehrlich: Sind wir nicht alle froh, dass es einen Ausschuss gibt, eine Institution, an die man persönliche Einzelfälle, bei denen man nicht weiterkommt, einfach weiterreichen kann?

(Beifall im Hause)

Auch wenn wir in diesen ausländerrechtlichen Dingen eine Abschiebung nicht verhindern können, so erreichen wir doch häufig bei einer toleranten Verwaltung eine Milderung des Abschiebeverfahrens, zum Beispiel dass Kinder ihre Schule beenden können, dass eine Krankheit auskuriert wird. Aber eine individuelle Vergünstigung, wie sie oft auch gewünscht

wird, können wir uns in einem rationalen Rechtsstaat einfach nicht leisten. Insofern war unser Besuch beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg sehr wichtig für unsere Arbeit. Mit dem, was auch jetzt mit der Abschiebung von Bürgerkriegsflüchtlings auf uns zukommt, haben wir im nächsten halben Jahr noch einiges zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bürgerbeauftragte rückt jedes Jahr die Schwerpunkte seiner Arbeit und auch der bearbeiteten Petitionen in seinem Bericht in den Vordergrund. Ob das aber hinsichtlich der geringen Zahl der Eingaben zum Immissionsschutz und insbesondere zum Schornsteinfegerwesen gemessen an der Anzahl der Gesamteingaben so gerechtfertigt oder gelungen ist, bezweifle ich. Ich halte die öffentlich entfachte Diskussion, wie sie zurzeit geführt wird, für nicht geglückt; denn ein handwerklicher Beruf, wie der des Schornsteinfegers, der überwiegend öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnimmt und in fast jeden Haushalt kommt - wir haben in Rheinland-Pfalz Millionen Haushalte -, hat es nicht verdient, auch bei Fehlverhalten einzelner, so wie es jetzt geschehen ist, diskreditiert zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist unverkennbar, dass die Bürgerinnen und Bürger die Aufgaben- und Gebührenbelastung zunehmend als erdrückend empfinden. Doch dies jetzt gerade an den Schornsteinfegergebühren festzumachen, ist überzogen. Deshalb teilen wir auch nicht diese Pauschalkritik an den Vertretern des Schornsteinfegerhandwerks.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeit im Petitionsausschuss schafft auch das Bewusstsein für das, was wir im Landtag und auch in den kommunalen Gremien vor Ort beschließen. Wir müssen immer wieder feststellen, dass zwischen Gesetz, Recht und Satzung auf der einen Seite und der Realitäts-tauglichkeit im alltäglichen Leben oftmals Lücken klaffen oder zumindest Missverständnisse vorprogrammiert sind. Hier haken wir auch mit unseren Legislativeingaben an die Landesregierung nach oder geben diese Eingaben an unsere Fachausschüsse weiter.

Mit Petitionen, die in das kommunale Selbstverwaltungsrecht eingreifen, tun wir uns natürlich besonders schwer. Aber oft reicht schon das Nachfragen des Bürgerbeauftragten oder eines Petitionsausschussmitglieds bei einer Behörde, um Abhilfe bei den Petenten zu schaffen, weil auch eine gewisse Sensibilisierung stattfindet. Das zeigt auch die Vielzahl der erledigten Eingaben.

Natürlich können wir bei manchen Anliegen von Petenten nicht helfen, wenn zum Beispiel jemand eine landwirtschaftliche Halle im Außenbereich genehmigt bekommt, sie anschließend gewerblich nutzt und glaubt, die Gemeinde würde ihr ganzes Planungsgebiet an diese Halle anpassen. Dabei können selbst wir nicht helfen.

Die Fragen der kommunalen Abgaben und der Abfallbeseitigung waren sowieso eigentlich immer mein persönliches Steckenpferd. Sie sind 1999 nicht angestiegen, aber trotzdem haben wir noch in vielen Fällen Aufklärungsarbeit zu leisten. Der Bürgerbeauftragte und auch wir gleichen in vielen persönlichen Gesprächen vor Ort immer noch so manches Informationsdefizit der Verwaltungen aus.

Wir haben uns auch einen Überblick von der Arbeit und der Verfahren der Petitionsausschüsse anderer Bundesländer verschafft. Die Teilnahme - Herr Kollege Hammer hat darauf hingewiesen - an der Sitzung des bayerischen Landtags hat uns gezeigt, dass die Probleme zwar in den anderen Ländern ähnlich sind, die Behandlung und Verfahrensweisen der Petitionen ist aber dort sehr viel anders. Ich möchte das ohne Wertung auf einen Nenner bringen: Mehr Öffentlichkeit für die Petitionsausschussmitglieder in anderen Ländern, aber auch mehr Arbeit durch Nichtvorhandensein eines Bürgerbeauftragten als Anlaufstelle und Filter. - Bei uns klappt die Zusammenarbeit. Die Erfolgsbilanz im Rechenschaftsbericht dokumentiert unsere gemeinsame Arbeit. Vielen Dank an dieser Stelle für alle Beteiligten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zum Schluss möchte ich noch ein paar Sätze zum Strafvollzug sagen. Ich habe mir in den vergangenen neun Jahren Einblick in alle Gefängnisse verschafft. Ich weiß, welche verantwortungsvolle Arbeit dort von den Beamtinnen und Beamten geleistet wird. Bei noch so vollen Gefängnissen und Mehrarbeitsstunden können wir Fehlentwicklungen, wie wir sie jetzt in Frankenthal und vorher bei der Methadonabgabe erleben, einfach nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben fatale Folgen, wie wir alle festgestellt haben.

Die Petitionen aus dem Strafvollzug bewegen sich nach wie vor auf hohem Niveau. Entlastung gibt es wahrscheinlich erst, wenn die Überbelegung dezimiert werden kann. Herr Kollege Hammer, wir alle erhoffen uns eine Entspannung durch den Neubau in Wöllstein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir auch nach neun Jahren Petitionsarbeit nicht sicher, ob dem Parlament und der Politik immer bewusst ist, über welch wirksames Instrument es in der Gestalt des Petitionsausschusses und des Bürgerbeauftragten verfügt, nämlich Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit abzubauen und die viel zitierte Bürgernähe tatsächlich zu praktizieren. Ich glaube, es lohnt sich, darüber nachzudenken.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Schuler:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal natürlich auch von unserer Seite der Dank an den Bürgerbeauftragten und sein Büro. Die Petitionen, die bearbeitet werden - die Zahlen würden genannt: fast 4 000 wurden bearbeitet, 3 000 konnten abgeschlossen werden -, verursachen eine Arbeit, wenn man bedenkt, dass inhaltlich gearbeitet wird, die man sich gar nicht vorstellen kann. Es ist allein schon eine große Arbeit, diese Petitionen zu beantworten. Aber man sieht, dass jede einzelne Petition auch inhaltlich, sachlich angemessen bearbeitet wird. Dafür vielen Dank an das Team des Bürgerbeauftragten und an den Bürgerbeauftragten selbst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben heute die letzte Aussprache zu einem Bericht des Bürgerbeauftragten in dieser Legislaturperiode. Deshalb einige grundsätzliche Anmerkungen.

Der Petitionsausschuss in Rheinland-Pfalz ist bestimmt ein starker Ausschuss, da er durch den Bürgerbeauftragten unterstützt wird und viel Arbeit schon im Vorfeld geleistet wird, da der Bürgerbeauftragte vorher sachlich abklären kann, welche Petitionen überhaupt eine Chance und welche nur eine geringere Chance haben, eine positive Antwort zu finden.

Allerdings leidet dadurch natürlich der Petitionsausschuss selbst - das möchte ich einmal ehrlich ansprechen - an einer gewissen Schwäche, da wir als Mitglieder des Petitionsausschusses hauptsächlich die Fälle zu bearbeiten haben, die ohnehin schon mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht mehr einvernehmlich abgeschlossen werden können. Das heißt, wir haben die Dinge zu bearbeiten, die der Bürgerbeauftragte nicht erfolgreich bearbeiten konnte.

In diesem Bereich ist die Politik gefragt. Es ist erforderlich, dass wir im Petitionsausschuss immer wieder nachhaken und bei bestimmten Problemen immer wieder hinterher sind.

Ich möchte zur Verdeutlichung zwei Probleme ansprechen. Herr Hammer, Sie haben Hallschlag genannt, die von der Anzahl der Petenten sicherlich umfangreichste Petition. Wenn ich es richtig weiß, sind es über 400. Die Sanierung in Hallschlag können wir im Petitionsausschuss natürlich nicht genau bestimmen, und wir können auch nicht genau sagen, wie sie stattfinden soll. Aber man sieht an den derzeitigen Problematiken, die vor Ort bestehen, man sieht an den Umsiedlung der Menschen vor Ort wie auch an den ungelösten Problemen des Trichters, wo das meiste Material lagert: Es ist nicht einfach möglich, dass die Landesregierung ihre Lösun-

gen vorschlägt, Petitionen eingereicht werden und anschließend gesagt wird, die Landesregierung wird gefragt, ob ihr eigenes Handeln so in Ordnung ist.

Deswegen ist es wichtig, im Petitionsausschuss immer kritisch nachzufragen, was inhaltlich in der Petition steht. Wir bekommen Petitionen, die manchmal für und manchmal gegen eine Ortsumgehung sprechen, wo sich Bürgerinitiativen an uns wenden und von uns den Rat einholen wollen, was sie tun sollen, da alles andere schon versagt hat.

Deswegen muss man jede einzelne Angelegenheit abwägen. Wir können die tausend Petitionen, die uns vorgelegt werden, natürlich nicht immer bis ins Letzte ausleuchten. Deswegen werden sie unter den einzelnen Abgeordneten aufgeteilt. Ich habe bisher die Erfahrung gemacht, dass jeder sehr sorgsam mit den Petitionen, die er vorgelegt bekommt, umgeht.

Der zweite Punkt ist die unendliche Geschichte von Abschiebungen, von Hoffnungen von Menschen, die nicht auf Dauer in Deutschland leben dürfen und die sich dann an den Petitionsausschuss wenden, um zu erreichen, dass sie nicht zu diesem Zeitpunkt in dieser Situation oder überhaupt nicht abgeschoben werden.

Ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass wir im Parlament selbst eine Debatte nach § 106 der Geschäftsordnung des Landtags hatten, in der wir einen Entscheid des Petitionsausschusses noch einmal diskutiert haben und in der auf meinen Antrag hin versucht wurde, zu beleuchten, was in diesem Fall möglich ist, bei dem es um zwei kurdische Geschwister ging, die abgeschoben werden sollten.

Ich möchte auch sagen, in diesem Fall wurde von einem Mitglied des Petitionsausschusses, von Herrn Schreiner, zum Teil unsäglich argumentiert, indem er sagte, man solle sich lieber um rheinland-pfälzische Bürgerinnen und Bürger kümmern als um Menschen, die ohnehin auf der Liste der Abschiebung stehen. Ich habe das damals nicht noch einmal angesprochen. Aber ich möchte heute sagen, ich halte das für völlig verfehlt, und ich hielt es auch damals für völlig verfehlt. Ich glaube, so kann man mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern oder Einwohnerinnen und Einwohnern nicht umgehen, auch wenn es keine Staatsbürger sind, Herr Schreiner.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

- Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen? Dann benutzen Sie das Mikrophon!

(Schreiner, CDU: Nein, das will ich nicht!
Sie haben mir damals nicht zugehört,
und ich habe keine Hoffnung,
dass Sie mir heute zuhören!)

Herr Schreiner, ich zitiere aus dem Protokoll vom 11. Mai 2000: „Herr Dr. Braun,“, sagt Herr Schreiner, „ich wünsche mir, dass Sie häufiger mit der gleichen Inbrunst für rheinland-pfälzische Bürger im Petitionsausschuss eintreten, die um ihre Baugenehmigung kämpfen oder denen der Stadtbus durchs Wohnzimmer fährt.“ Dann haben Sie entsprechend gesagt, die anderen Fälle sind weniger wichtig. Das stimmt eben nicht. Alle Fälle sind gleich wichtig. Die Fälle, die die Ausländer betreffen, sind genauso wichtig. Sie sind diesbezüglich vielleicht auf einer Linie mit dem Oberbürgermeister der Stadt Landau, Herrn Dr. Wolff, der gedacht hat, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland hätten gar kein Recht auf Petitionen. Herr Schreiner, das ist nicht so, vielleicht lernen Sie das auch noch.

Im Bereich dieses einen Verfahrens können wir doch einen Erfolg vermelden, obwohl damals der Petitionsausschuss und das Parlament abgelehnt reagiert haben. Deswegen war es richtig, diese Petition im Parlament zu besprechen, damit wir sehen, es gibt noch Wege, auch wenn schon alles hoffnungslos aussieht. Das Bundesamt in Nürnberg hat entschieden, die Geschwister dürfen bleiben. Das konnte nur so geschehen, weil es ein Kirchenasyl gab, ansonsten wären die Geschwister abgeschoben worden. Das konnte nur so geschehen, weil es ein Petitionsverfahren gab, das die Abschiebung zunächst einmal aussetzt.

Das ist richtig, und das muss beibehalten werden. Darum bitte ich die Abgeordneten, die heute zuhören und die das Protokoll lesen können, also alle Mitglieder des Landtages: Werben Sie vor Ort dafür, dass dieses Verfahren beibehalten wird, dass Petitionen in Rheinland-Pfalz eine aufschiebende Wirkung haben. Wir können damit Menschen aus Not retten, und dies war ein Beispiel dafür. Wir können damit Menschen aus Not und Gefahr retten. Ich glaube, es ist wichtig, dass der Petitionsausschuss dieses Recht hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen möchte ich auch noch einmal erwähnen, das Parlament, das Ministerium und auch die Landesregierung müssen darüber wachen, dass der Petitionsausschuss und der Bürgerbeauftragte ernst genommen werden. Es gibt erste Anzeichen, dass die Bürgermeister mancher Städte, wie beispielsweise Herr Deubig in Kaiserslautern, überhaupt nicht mehr antworten, wenn der Bürgerbeauftragte sie anschreibt. Das kann nicht sein, das darf nicht sein, und das untergräbt die politischen Möglichkeiten dieses Parlaments.

Es ist darauf hinzuweisen, der Petitionsausschuss und der Bürgerbeauftragte haben das Recht nachzufragen, und sie haben auch das Recht auf eine Antwort. Es kann nicht sein, dass Kommunalpolitiker sagen, das geht uns nichts an, sollen die doch machen, was sie wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Insgesamt wünsche ich mir vom Petitionsausschuss, dass er auch bei seiner nächsten Zusammensetzung so weiterarbeiten kann. Dieser Ausschuss arbeitet am längsten. Auch nach der Wahl werden wir uns noch treffen. Wir werden auch dann noch entscheiden müssen und entscheiden dürfen, wie es mit den Petitionsverfahren weitergeht. Der Petitionsausschuss sollte aber auch mehr Selbstbewusstsein und mehr Mut haben, die Landesregierung mit einzubeziehen und zweifelhafte Petitionen an die Landesregierung zu verweisen. Das Parlament hat sein Recht. Es gibt diesen Petitionsausschuss aus bestimmten Gründen, nämlich um Verwaltungen mit zu kontrollieren, und zu diesen Verwaltungen gehört auch die Landesregierung.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dröscher das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesverfassung gewährleistet jedermann das Recht, sich mit Eingaben an den Landtag zu wenden. Der Landtag hat die Entgegennahme, die sachliche Prüfung und die Beantwortung dieser Petitionen dem Petitionsausschuss übertragen, der dabei vom Bürgerbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt wird.

Die Inanspruchnahme des Petitionsrechts ist für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahrzehnten - im Jahr 1999 feierten wir das 25-jährige Jubiläum der Einrichtung der Stelle des Bürgerbeauftragten - selbstverständlich geworden. 1999 waren es fast 3 000 Eingaben aus allen Städten und Landkreisen unseres Landes, aber auch aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland. Zusammen mit einigen hundert Gesprächen bei den Sprechtagen des Bürgerbeauftragten belegt dies eindrucksvoll diese Selbstverständlichkeit, dass im Land Rheinland-Pfalz jeder mann das Recht hat, sich mit Eingaben an uns zu wenden.

Im Durchschnitt sind es sechs von 10 000 Einwohnern des Landes, die dieses Recht in Anspruch nehmen, wobei die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mainz und aus dem näheren Umfeld mit mehr als zehn von 10 000 Einwohnern die absolute Spitze darstellen, während die Einwohner der Region Frankenthal mit 1,9 Einwohnern am wenigsten petitionsfreudig sind. Man kann nun darüber streiten, ob es die größere

Leidensfähigkeit der Frankenthaler oder weniger Grund zu Beschwerden ist. Dies ist sicherlich eine Mentalitätsfrage.

(Zuruf von der CDU: Das liegt
am guten Abgeordneten! -
Rösch, SPD: Das sieht man am
Kollegen Dr. Schiffmann!)

Die Schwerpunkte lagen wie in den vergangenen Jahren mit 12,5 % im Ausländerwesen, beim Sozialhilfegesetz, beim Strafvollzug und etwas weniger als in den vergangenen Jahren beim Bauaufsichtsrecht. In diesem Bereich hat sich die neue Landesbauordnung sicherlich bewährt.

Insgesamt sind die Schwerpunkte dieser Eingaben sicher auch ein Barometer für gesellschaftspolitische Probleme und für die Qualität von Gesetzen und Verordnungen. Die Diskussion holt uns jeweils ein.

Das Ergebnis bei fast 3 000 Petitionen ist zunächst einmal auf den ersten Blick sehr gut; denn von den abgeschlossenen 2 907 waren nur 720 nicht einvernehmlich. Wir als Ausschuss bekommen natürlich diese nicht einvernehmlichen Sachen auf den Tisch. Da kann manchmal die Frustration schon wachsen. Meine Erfahrung aus den vergangenen Jahren ist, dass diese Petitionen, die mit dem Vorschlag eines nicht einvernehmlichen Abschlusses auf die Tagesordnung des Ausschusses kommen, vom Bürgerbeauftragten und seinem Team sorgfältig und teilweise mit einem erheblichen Arbeitsaufwand auf alle Möglichkeiten der Hilfe für die Petenten abgeklopft worden sind. Das erleichtert wesentlich die Arbeit der Ausschussmitglieder, die diese Vorgänge vertreten müssen.

In diesem Zusammenhang ein herzliches Dankeschön an Uli Galle und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese Unterstützung und Zuarbeit

(Beifall bei SPD, F.D.P. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, die den Ausschuss ebenfalls nach Kräften unterstützen.

Das Ergebnis zeigt aber auch, dass die Möglichkeiten des Ausschusses begrenzt sind. In vielen Fällen müssen wir doch akzeptieren, dass auch Anliegen von Petenten, denen wir gern in einer schwierigen Situation helfen würden, nicht Entsprochen werden kann. Das sind weniger die Fälle, die in der Presse groß berichtet werden, wie das Falschparken auf dem eigenen Grundstück oder das mit den Schornsteinfegern. Das sind in vielen Fällen auch ganz schwierige und dramatische Situationen, die einfach nicht bereinigt werden können.

Vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass die Arbeit dieses Ausschusses - das wurde von den Vorrednern bereits erwähnt - eher im Verborgenen geschieht und dass es auch nicht so attraktiv zu sein scheint, diesem Ausschuss anzugehören und

dass auch die Besprechung des Berichts von der einen Sitzung auf die andere verschoben wurde. Deshalb besteht heute auch der Bedarf an Werbung für diese Arbeit.

Wir haben heute im zweiten Teil der Aktuellen Stunde gehört, dass die Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo aufgrund der hohen Rückkehrbereitschaft zügig geschieht. Das ist ein gutes Ergebnis.

Im Petitionsausschuss haben wir es aber dann gerade mit den Menschen zu tun, die aus teilweise sicher sehr subjektiven Gründen nicht zurück wollen. Für mich persönlich und für andere Mitglieder des Ausschusses sind es oft auch die schwierigsten Momente, wenn wir in solchen Situationen nicht helfen können. Aber es muss auch gesagt werden, dass außerhalb des Petitionsrechts immerhin im vergangenen Jahr mehr als 40 % der Petitionen, die in diesem Zusammenhang gestellt wurden, erfolgreich abgeschlossen wurden, das heißt, dass der Bürgerbeauftragte und sein Team helfen konnten und diese ausländischen Mitbürger durchaus Hilfe erhalten.

Wir haben mit dem Ausschuss - das steht in einem engen Zusammenhang mit den ausländerrechtlichen Fragen - im Februar 2000 das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg besucht. Im Mai hat der Arbeitskreis der SPD-Fraktion auch die Außenstelle in Trier besucht. Die Vorrédner haben es schon gesagt. Es war beeindruckend. Mich hat besonders beeindruckt, dass bei diesen Besuchen in Nürnberg dieses Informationszentrum des Bundesamts vorhanden war, was in hohem Maße Asylinformationen, Datenbanken, Informationsschriften, ausländische Rechtsvorschriften, Informationen über Parteien, Gewerkschaften, ethnische und religiöse Gruppen, sowie Serviceleistungen des Bundesamts hat. Es war beeindruckend. Wir haben eine ganze Reihe von Möglichkeiten, uns dort beraten zu lassen, wenn wir uns mit solchen Fragen befassen.

In Trier war es vor allem die Information über die Tätigkeit der Einzelentscheider, die nachher oft auch eine Rolle in den Eingaben spielen. So weit zu diesen Besuchen.

Über den Besuch in München ist auch gesprochen worden.

Neben den aktuellen Sorgen und Nöten der Bürgerinnen und Bürger des Landes, die das in der Verfassung festgelegte Petitionsrecht in Anspruch nehmen, werden wir mit Sicherheit weiterhin die Entwicklungen im Bund, in anderen Bundesländern und in Europa beachten müssen. Europa wird für uns immer wichtiger. Aus der Erfahrung der letzten Jahre bin ich sicher, dass das rheinland-pfälzische Modell mit Petitionsausschuss, Bürgerbeauftragten und der guten Zusammenarbeit dabei auch eine wichtige Rolle spielen wird und als Beispiel in der einen oder anderen Form übernommen werden wird.

Das ist noch einmal ein Ergebnis, das Hoffnung für die Zukunft macht. Ich hoffe, dass wir mit der Arbeit dieses Ausschusses auch hier im Parlament in der Zukunft weiterhin Gehör finden.

Danke schön.

(Beifall der SPD und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Frey das Wort.

(Abg. Bruch, SPD, verteilt
Gummibärchen)

Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst ein Wort des Dankes an den Herrn Kollegen Bruch, der durch das Verteilen von Gummibärchen dafür sorgt, dass ich wenigstens noch so lange Zuhörer habe, bis sie alle sind. Es sind auch Bonbons dabei, wie ich vom Herrn Präsidenten höre.

Zum Thema: Der Bericht des Petitionsausschusses von Herrn Kollegen Hammer und der Strafvollzugskommission wurde uns erteilt. Er hat wieder sehr eindeutig gezeigt, dass das Petitionsrecht ein Recht aus unserer Verfassung ist, das für viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land eine hohe Bedeutung hat - so, jetzt bekommt die CDU auch noch Gummibärchen, dann ist das ganze Haus versorgt, vielleicht gehen Sie auch noch zur Regierung, Herr Kollege, dann kann ich weiterreden -: denn wie sonst würde sich erklären lassen, dass sich so viele Menschen mit Eingaben an den Bürgerbeauftragten wenden.

Es ist auch sehr erfreulich, dass der Bürgerbeauftragte durch Außensprechstunden die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land aufsucht, um auch diejenigen, die sich schriftlich nicht so artikulieren können, die nicht so mobil sind, die Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Beschwerden an diese Institution zu wenden. Es ist weiterhin erfreulich, dass in fast zwei Dritteln der Fälle in irgendeiner Form weitergeholfen werden konnte.

Im Bericht des Jahres 1999 sind wieder drei Schwerpunkte sichtbar, wie sie auch in den letzten Jahren in dem Bericht ihren Niederschlag gefunden haben. Das ist der Bereich der Ausländerangelegenheiten, der Bereich der Sozialhilfe und der Bereich des Strafvollzugs. Diese Probleme hatten wir bereits in den letzten Jahren. Aber im Bereich der Ausländerangelegenheiten ist sehr deutlich, dass sich die Problemlagen in vielen Bereichen verschärfen.

Wir arbeiten heute das ab, was wir Anfang der neunziger Jahre als Zuwanderungsbewegung hatten und stellen fest, dass wir in vielen Bereichen mit dem rechtlichen Szenario, das wir zur Verfügung haben, nicht immer das erreichen können, was wir eigentlich erreichen möchten. Deshalb ist es gut, dass wir eine Altfallregelung haben, die in vielen Bereichen humanitäre Entscheidungen ermöglicht. Aber wir stellen doch fest, dass wir eine Regelung in Form eines Zuwanderungsgesetzes dringend brauchen.

Ich bin sehr froh, dass es einen Besuch beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge gab. In Nürnberg wurde uns sehr deutlich die Arbeit dieser Behörde vorgeführt. Herr Braun, es hat mich gefreut, dass Sie meine Argumentationen im Fall Orak aufgegriffen haben, nämlich auf diese Institutionen zurückzugreifen, wenn es darum geht, Einzelfälle zu überprüfen und nicht zu sagen, das muss der Landtag machen. Das haben Sie noch im Mai getan.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Es war so. Ich mache Ihnen gar keinen Vorwurf. Ich bin froh, dass Sie mittlerweile eingesehen haben, dass dieses Amt oft besser arbeitet.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich will Sie doch gar nicht angreifen. Ich bin doch froh, dass diese Einsicht auch Früchte getragen hat.

Ich bin auch froh, dass wir in München waren; denn dort konnte man sehen, wie in anderen Bundesländern diese Ausländerangelegenheiten behandelt werden. Ich muss sagen, ich bin stolz darauf, dass wir in Rheinland-Pfalz sind; denn hier herrscht ein ganz anderes Klima, als das in Bayern der Fall ist.

Meine Damen und Herren, der Bereich der Sozialhilfe ist für viele Bürgerinnen und Bürger weiterhin ein Buch mit sieben Siegeln, weil viele Bürgerinnen und Bürger damit überfordert sind, die Einzelleistungen, die in diesem Bereich vom Gesetzgeber vorgesehen sind, auch in Anspruch zu nehmen. Deswegen sollten wir uns auch im politischen Bereich überlegen, ob es nicht Sinn macht, eine Vereinfachung für die Bürgerinnen und Bürger, die auf diese Leistungen angewiesen sind, in Form eines Bürgergelds - oder wie auch immer - zu schaffen.

Der letzte Schwerpunkt ist der Bereich des Strafvollzugs. Es wird auch der Bericht der Strafvollzugskommission diskutiert. Es gibt eine weiterhin hohe Anzahl von Eingaben, die natürlich auf den Belegungszahlen basieren, auf der Tatsache, dass viele Freizeiträume in den Justizvollzugsanstalten nicht mehr zur Verfügung stehen und das Angebot in diesem Bereich lei-

der zurückgefahren werden musste. Aber ich glaube, dass wir uns als Petitionsausschuss und als Strafvollzugskommission der Probleme der Gefangenen, aber auch der Mitarbeiter, in umfassender Weise angenommen haben.

Ein letztes Wort zur Zusammenarbeit des Petitionsausschusses und des Bürgerbeauftragten mit Behörden und Kommunen. Der Eindruck, den ich im letzten Jahr gewonnen habe, war, dass diese Zusammenarbeit ganz überwiegend gut klappt. Ich bin Herrn Dr. Braun dankbar, dass er auch den Finger in die Wunde gelegt hat, was den Fall Kaiserslautern angeht. Wir hatten schon mit anderen Gebietskörperschaften unsere Probleme im letzten Jahr, aber anhaltend ist es Kaiserslautern. Vielleicht lässt sich auch im Bereich der Kommunalpolitik einmal eine Änderung herbeiführen.

Abschließend ein Wort des Dankes an all die, die mit den Petitionsverfahren zu tun haben, das Büro des Bürgerbeauftragten, der Bürgerbeauftragte selbst, die Staatskanzlei, die Ministerien, der Wissenschaftliche Dienst, alle Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss. Aber ein persönliches Wort des Dankes möchte ich am Schluss dieser Debatte an Frau Kollegin Ingrid Schneider und Frau Müller sagen, die in der nächsten Legislaturperiode - das lässt sich bereits heute zu einem so frühen Termin schon sagen - diesem Haus nicht mehr angehören werden, auch nicht mehr im Petitionsausschuss sein werden. Für meinen Teil kann ich sagen, dass die Zusammenarbeit mit Ihnen beiden sehr gut, sehr innig und über alle Parteigrenzen hinweg am Thema orientiert war.

(Beifall im Hause)

Ich bedauere es, dass Sie nicht mehr kandidieren bzw. aufgestellt wurden. Aber ich denke, der Dank aller Kolleginnen und Kollegen - das hat der Applaus gezeigt - ist Ihnen gewiss. Ich freue mich, dass wir wenigstens noch bis zum Mai zusammenarbeiten werden.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zu den Punkten 18 und 19 der Tagesordnung.

Wir sind damit am Ende der heutigen Beratung. Ich lade Sie herzlich für morgen zur 115. Sitzung um 9.30 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.23 Uhr.